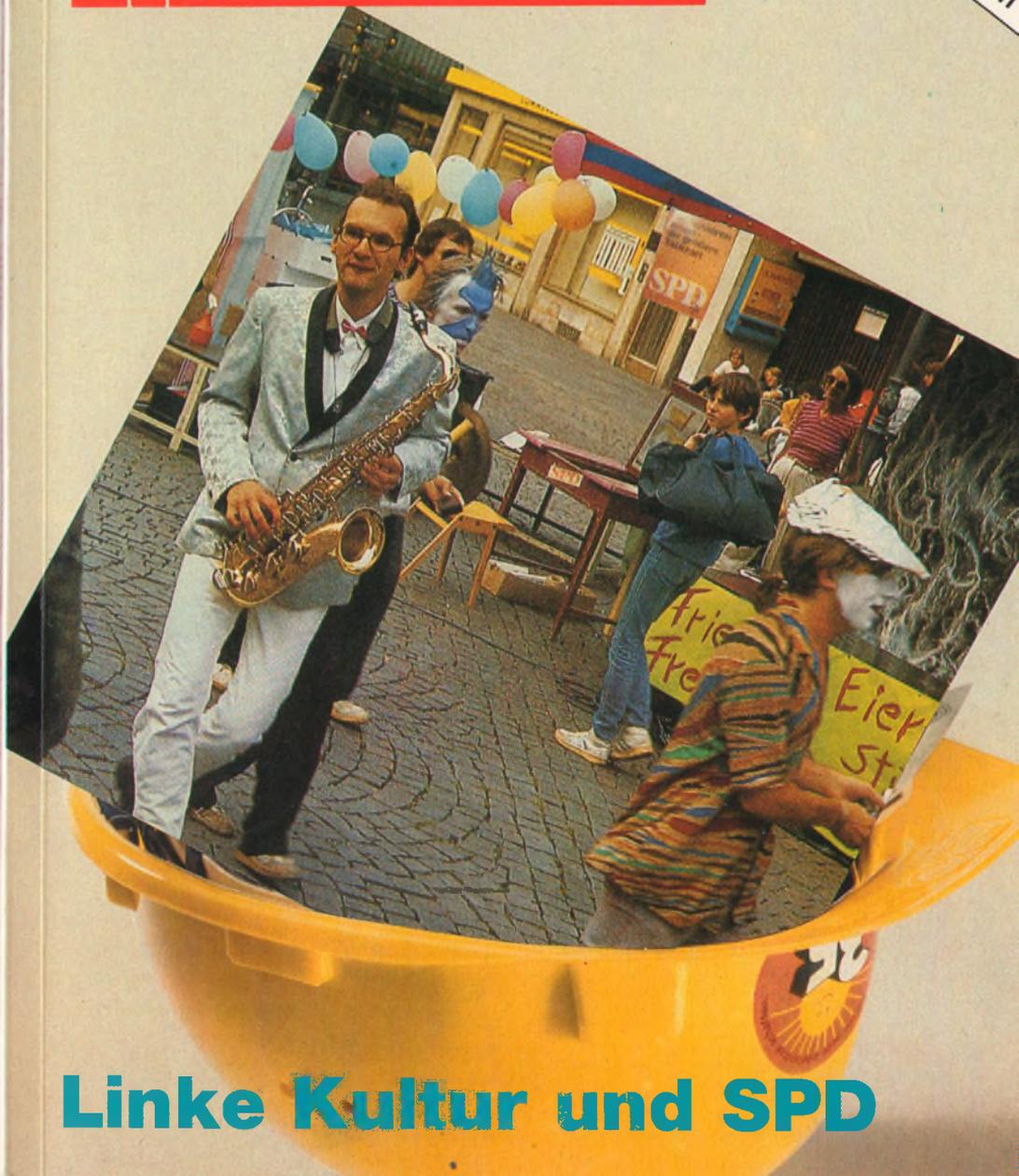


Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

SPW - 32



Rot-grüne Koalition?
Interview mit Hans Janßen



Linke Kultur und SPD



Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Katrin Fuchs (Werl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Knut Krusewitz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Sekretär: Joachim Pieczkowski

Redaktion und Auslieferung: Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65
Tel.: (030) 461 7083

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45,
Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1986.
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage: 1.-3. Tausend September 1986

Die spw erscheint 1986 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 12,50 DM, in der Republik Österreich 90,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 8,50 DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 9,— DM (65,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 1115028300 (BLZ 100 101 11)
Postcheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegt — in Teilaufgabe — eine Klappkarte des spw-Verlags, Berlin-West bei.

Inhalt

Editorial	259
-----------------	-----

Aktuelle Kommentare

<i>Wolfgang Michal</i> : Fußball ist unser Leben	262
<i>Werner Holtfort</i> : »Mit nie dagewesener Härte ...«	263
<i>Wolfgang Zellner</i> : Gelingt es, über den eigenen Schatten zu springen?	267

Analysen

<i>Detlev Albers</i> Erste Anmerkungen zum Irseer Programmentwurf	270
<i>Hans Willi Weizen</i> Sozialdemokratische Entspannungspolitik — weiterentwickeln oder aufgeben? ...	275
<i>Jürgen Blume</i> Lexikon der Meinungen oder wissenschaftliches Handbuch? Zu einem sozialdemokratischen »Lexikon des Sozialismus«	282
<i>M. Damm, W. Elfferding, Ch. Müller, M. Stobbe und J. Thurau</i> Die Dieppen-Formel zum politischen Erfolg	285
<i>Josef Hindels</i> Sowjetunion heute und Gorbatschow Reformen aus austromarxistischer Sicht	294
<i>Edgar Göll</i> Demokratische Sozialisten in den USA	300
<i>Uwe Kremer</i> Der Juso-Bundesverband in der zweiten Hälfte der 80er Jahre	307

Diskussionsschwerpunkt: Linke Kultur und SPD

<i>Diether Dehm</i> Kulturarbeit für den Ausstieg aus der Profitlogik	312
<i>Joachim Günther</i> »Amerikanisierung« oder Parteiidentität? Zur Organisationskultur der SPD	324
<i>Hermann Glaser</i> Europa zwischen Humanität und Barbarei	332
<i>Karin Westermann</i> »Seien Sie mir heiter und ruhig ...« Zum Film Margarethe von Trotta über Rosa Luxemburg	340
<i>Arno Klönne</i> Thesen zur »neuen Geschichtsbewegung«	346
<i>Eckard Holler</i> Die Geschichte des Club Voltaire Tübingen 1970-1986	348

Dokumentation

Kulturteil des Entwurfs für ein neues SPD Grundsatzprogramm »Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft«	352
»Asylantenfrage« und Grundgesetzänderung (Werner Holtfort)	359

Interview

»Rot-grüne Koalition nicht instabiler als die sozialliberale Koalition« Interview mit Hans Janßen über den Kampf für die 35-Stunden-Woche, Kern- energieverzicht und die Macht nach den nächsten Bundestagswahlen	362
---	-----

Berichte

<i>Jürgen Blume</i> : »Nicht in Mehrheiten, sondern in Alternativen denken!« »Spuren im Alltag suchen — Geschichte in der politischen Praxis« — Geschicht- stagung der SPD vom 19. bis 20. April 1986 in Oldenburg	371
<i>Gerald Mackenthun</i> : Konservative Denkspiele. »Die Tagesordnung der Zukunft — Humaner Fortschritt, Sicheres Leben«. Kongreß der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung am 29. und 30. Mai 1986 in West-Berlin	374
<i>Karl-Heinz Wanninger</i> : Diskussionen im juristischen Elfenbeinturm. Rechtspoli- tischer Kongreß der SPD vom 20. bis 22. Juni 1986 in Essen	377

Besprechungen

<i>Gärtner, Heinz, und Günther Trautmann (Hrsg.)</i> : Ein dritter Weg zwischen den Blöcken? Die Weltmächte, Europa und der Eurokommunismus (<i>Uli Schöler</i>)	379
<i>Scharrer, Manfred</i> : Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung (<i>Uli Schöler</i>) .	380
Über die Autoren / Autorinnen	384

Editorial

Sonntagabend. Mein Schimmie flimmert über die Glotze. Wie immer gestreift. Ein Mord nach dem andern. Und da noch die Nerven behalten. So nimmt es auch nicht Wunder, daß er ausrastet, Zeugen anbrüllt, sie packt, aus dem Untersuchungszimmer wirft. Über den biedereren Vorgesetzten, der anmahnt, daß das doch ein bißchen weit gehe, kann man nur lächeln.

Nachrichten. Streit über die Verschärfung der Sicherheitsgesetze. Welche Waffen darf die Polizei benutzen?

Kultur und Politik. — Vielleicht erfährt man in einem »Tatort«-Krimi mehr über die Produktion von Zustimmung als in Parteiprogrammen und Reden der Politiker. Das »Herunterholen« einer politischen Streitfrage (Welche Rechte und Methoden soll die Polizei haben bzw. anwenden können?) auf die allgemein-menschliche Verstehensenebene (»Na, der war ja ganz schön im Streß«, »Wie hättest Du denn gehandelt?«), schafft im Kulturellen mehr Verständnisbereitschaft für politische Entscheidungen als langatmige Begründungen eines Strauß oder Kohl im Bundestag.

Linke Kultur und SPD: Zwei Welten? — Wir erleben sie täglich als Getrennte: Wir gehen zu unseren politischen Terminen *und* wir gehen in den Luxemburg-Film oder das BAP-Konzert. Analytisch ist die Trennung problematisch: reproduziert sie doch die bürgerliche Trennung in Kunst, Musik, Film auf der einen und in Politik auf der anderen Seite. Sinnvoller scheint es mir, Kultur als eine *Dimension* auch der Politik zu begreifen; den Theaterbesuch genauso wichtig zu nehmen wie den Infostand. Und da gibt es jenseits der Kneipenkultur noch einiges zu tun. Die Rede von der Trennung verweist aber auch auf ein reales Problem und macht Sinn als Aufgabenformulierung:

Im Inneren muß die SPD eine andere politische Kultur entwickeln, um wieder für die *einfachen* Mitglieder interessant zu werden. Die Dominanz der Ortsvereins-Arbeit durch Formalia und Mandatsträger mit ihren spezifischen Interessen ist durch themenbezogene Projektarbeit zu brechen. Für das Mitglied muß er wieder *sein* Ortsverein werden.

Im engen Sinne kulturelle Aktivität (Sport, Theater, Film) dürfen nicht mehr nur den »Privaten« überlassen bleiben, sondern müssen wieder zu einem selbstverständlichen Bestandteil des Parteilebens werden.

Und die Partei SPD muß die Autonomie kultureller Aktivität und Projekte außerhalb akzeptieren: Sie nicht großväterlich bevormunden und dort, wo sie über Steuertöpfe verfügt, offener sein, selbstbewußt — ohne Opportunismus und ohne Bevormundung — sich in die kulturellen Praxen einmischen.

Das, was schon auf der politischen Ebene wenig Sinn macht — die Unterordnung der Bewegungen unter die Politik einer oder mehrerer Parteien —, erscheint erst recht auf dem Feld des »Selbstzweckhaften«, der Kultur, hoffnungslos als Strategie. Hier bedarf es eines Netzes von kulturellen Praxen, einer »Einheit in der Vielfalt«, um das »Gleichgewicht« auf dem kulturellen Feld gegen die Kultur der Herrschenden zu verschieben. Damit wären Voraussetzungen für politische Veränderungen geschaffen, die nicht — wie in Frankreich — an einem Wahltag erreicht, aber schon nach einer Wahlperiode wieder verschlissen sind.

Dieter Dehm kritisiert den Kulturteil des Irseer Entwurfs. Gegen die dort vorzufindende Vorstellung *einer* Kultur (»des Wahren und Schönen«), die es nur noch allen zu vermitteln gelte, wendet er den Blick auch dem Alltag zu, der in Irsee säuberlich von der Kultur getrennt wurde, holt die Kultur vom Himmel auf den Boden bestimmter Interessen und for-

dert von der Sozialdemokratie *Kulturarbeit*, d.h. »Arbeit zwischen, mit und an den Kulturen« in der Perspektive des Ausstiegs aus der Profitlogik.

Joachim Günther versucht, eine weitere Lücke im Irseer Entwurf zu füllen, denn über den schönen Worten von einer »Kultur für alle« ist die Kultur der eigenen Organisation vergessen worden. Aus seiner Analyse der Defizite der politischen Kultur der Sozialdemokratie leitet er drei »organisationspolitische Hauptaufgaben« ab, um der immer stärker um sich greifenden »Amerikanisierung« der Partei Paroli zu bieten.

Hermann Glaser geht es um die internationale Dimension. Gegen nationale Borniertheiten und amerikanischen Kulturimperialismus setzt er auf die »europäische Humanität«. In ihrer Geschichte sieht er Anknüpfungspunkte für die Entwicklung einer demokratischen Kultur.

Welche Möglichkeiten in kulturellen Projekten stecken können, machen zwei weitere Beiträge des Schwerpunktes deutlich: *Arno Klönne* macht Anmerkungen zu der um die Geschichtswerkstätten entstandenen »neuen Geschichtsbewegung«, deren Interesse vor allem dem Alltag, der Kultur und den Mentalitäten *der Unteren* gewidmet ist. — *Eckhard Holler* stellt die Geschichte des Club Voltaire, eines Kulturprojekts in Tübingen, vor. Er zeigt einige praktische Schwierigkeiten eines *autonomen* Kulturprojekts, nicht zuletzt auch mit der politischen (d.h. oftmals auch SPD-) Bürokratie, auf.

Kaum ein politischer Film hat in letzter Zeit mehr Aufsehen erregt als Margarethe von Trotta's Rosa Luxemburg-Film. Die Produktion eines Film-Sinns ist nicht mit der Vorführung beendet. Gegen zwei männliche Filmlektüren — Rosa zur Heiligen stilisierend die eine, den Film als Geschichtsfälschung verwerfend die andere — schlägt *Karin Westermann* eine feministische Sehweise vor, die Rosas Kampf um Selbstbestimmung im Privaten wie im Politischen ins Zentrum rückt.

Jürgen Blume

Verlagsmitteilungen

Personelle Veränderungen

Mit diesem Heft nehmen zwei neue ständige Mitglieder ihre Arbeit in der Redaktion auf. Wieder dabei ist *Michael Karnatz*, Jahrgang 1955. Beruflich als Lehrer für Mathematik und Physik tätig, war er von 1984 bis 1986 Juso-Vorsitzender eines Berliner Unterbezirks. Der Redaktion gehörte er bereits von 1979 bis 1981 an. *Hans Willi Weinzen*, Jahrgang 1953, Dipl.-Politologe, ist den Leserinnen und Lesern von *spw* als Autor bekannt; seine Arbeitsschwerpunkte sind Geschichte der Arbeiterbewegung und DDR-Forschung. Er ist Mitglied im Arbeitskreis/Fachausschuß Deutschlandpolitik des Landesvorstands der Berliner SPD.

Nach jahrelanger Mitarbeit scheidet *Hans Raßmes*, der zu den Mitbegründern des Projekts *spw* zählt und fast acht Jahre der Verlagsleitung angehörte, aus Redaktion und Geschäftsführung aus. Sein sachkundiges Engagement trug wesentlich dazu bei, dem Verlag über die Gründungsschwierigkeiten hinweg auf die Beine zu helfen und ihn zu einem vergleichsweise dauerhaften publizistischen Instrument von marxistischen und nicht-marxistischen Linken in der Sozialdemokratie zu machen. Ein mehrjähriger Auslandsaufenthalt zwang ihn zum Rücktritt von seinen Funktionen. An seine Stelle wählte die Gesellschafterversammlung am 14. Juni 1986 *Joachim Günther*, Jahrgang 1951, Kreisgeschäftsführer der SPD Berlin-Kreuzberg und seit Anfang 1986 Mitglied der Redaktion, in die dreiköpfige Geschäftsführung. Dort übernimmt er den Arbeitsbereich »Werbung«.

Ebenfalls verändert weist das Impressum den Kreis der Herausgeber/innen aus, der mit dem Gesellschafterausschuß der GmbH identisch ist. Nach dem Ausscheiden von *Erhard Eichert* (Herford) und *Werner Loewe* (Hamburg) bestimmte die Gesellschafterversammlung fünf neue Mitglieder des Gesellschafterausschusses: *Katrin Fuchs* (SPD-MdB aus NRW), *Ursula Pausch-Gruber* (stellv. Bundesvorsitzende der AsF), *Olaf Scholz* (stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten), *Kurt Wand* (UB-Vorstandsmitglied der SPD Hamburg-Eimsbüttel) und *Burkhard Zimmermann* (UB-Vorstandsmitglied der SPD Berlin-Zehlendorf).

Zweite Auflage »FRAUEN BILDER«

Die von den Berliner Jusos durchgeführte Ausstellung »Die weibliche Wirklichkeit ist anders!« lief in West-Berlin im Juni und Juli 1986 mit großem Erfolg; überdurchschnittlich viele Besucher/innen kamen in die Räume der Elefanten Press Galerie, um die hundert besten Fotos in technisch ausgezeichneten Vergrößerungen zu sehen. Die erste Auflage des dazu im *spw*-Verlag erschienenen Katalogs »FRAUEN BILDER« (Preis: 19,80 DM) war bald vergriffen; die zweite, unveränderte Auflage ist lieferbar.

Ab Herbst 1986 und das ganze Jahr 1987 hindurch wird die Ausstellung in verschiedenen westdeutschen Städten gezeigt werden. Nähere Informationen bitte bei den Berliner Jusos, Müllerstr. 163, in Berlin (West) 65, Telefon (030) 469 21 32 oder 33.

Internationaler Kongreß über Gramsci und Mariátegui in Hamburg

Vom 2. bis 5. Oktober 1986 findet im Martin-Luther-King-Haus in Hamburg ein internationaler wissenschaftlicher Kongreß zum Thema »Kultur und Politik bei José Carlos Mariátegui und Antonio Gramsci« statt. Nach dem letztjährigen Kongreß über Rosa Luxemburg und Gramsci soll es in diesem Jahr vor allem um die Auffassungen bei Mariátegui gehen, der in Lateinamerika und besonders in Peru, wo er gelebt hat (1894-1930), »die Bezugsperson der Linken im Hinblick auf marxistische Theorie ist«. An dem Kongreß werden viele Wissenschaftler aus aller Welt teilnehmen, darunter einige aus Peru. Auf dem Treffen finden u.a. Veranstaltungen zur politischen Situation in Peru statt, es werden Ausstellungen und Tonbildserien über das Leben der Indios heute gezeigt. Die Kongreßsprache ist deutsch.

Anmeldungen bei: Kulturfestival e.V., z.Hd. Ulrich Schreiber, Agathe-Lasch-Weg 52, 2000 Hamburg 52, Telefon 040 / 88 07 295 oder 48 92 05

Aktuelle Kommentare

Wolfgang Michal

Fußball ist unser Leben*

Wenn Nationaltorwart Toni Schumacher auf mexikanischem Rasen »zarteste Lyrik« von sich gibt, steht Golo Mann im heimischen Wohnzimmer stramm. Die Nationalhymne (vor allem die erste Strophe) röht sich von Mann zu Mann immer noch am besten. Und auch der baden-württembergische Kultusminister und Fußballpräsident Gerhard Mayer-Vorfelder(!) bekommt dann gewisse Gefühle: vom Scheitel bis zum Belt.

Fußball und Männerbewegung heißt die Koalition der späten achtziger Jahre (eine Kopolation aus einem Guß — wie eine Brekerskulptur), denn Fußball ist ein *Mannschaftsspiel*. Nach »Männer«-Hit und »Männer«-Film besamen Deutschlands Recken wieder den Rasen.

Ist es Zufall, daß Westdeutschlands Zeitgeistzeitschriften *Wiener* und *Tempo* die deutsche Fußballnationalmannschaft von zwei Schwulen beurteilen ließ? Filmemacher Rosa von Praunheim und der grüne MdB Herbert Rusche durften Wadln und Bizepse der Vizeweltmeister fachmännisch unter die Lupe nehmen. Und wenn Männer ihre Körper entdecken, entdecken Deutsche Kampfgeist und Bulldozermentalität: »Sie kämpften bis zum Umfallen.« Ausputzer und Verteidiger hatten ihren großen Tag. Nur die Stürmer fehlten. Noch.

Fußball ist ein Anti-Frauen-Sport, ein Refugium für Männerbund und Bruderkuß (der Kanzler küßte noch ein wenig ungeschickt!). Der Fußballplatz ist ein Ehrenplatz für Eingeweihte, wo Männer sich sicher fühlen, weil Frauen die Abseitsfalle nie begreifen werden, kein Foul und keinen Elfer erkennen. Fußball ist Kameradengestik (wenn Toni den Elfer hält, den Lothars Rückpaß provoziert); Fußball ist Soldatenlyrik (wenn Toni seine Schuld am Titelverlust in eine BILD-Schlagzeile preßt).

Das ist die *Erotik* des deutschen Soldaten, der für seine Generäle in die verlorene Schlacht zieht. Einer muß das Opfer bringen, einer muß die Prügel kassieren, um die anderen zu retten, um Deutschlands Reinheit zu erhalten. Und das ist der Grund, warum Neonazis hier ihr entscheidendes Rekrutierungsfeld sehen. Fußball ist pervertierter Klassenkampf. Fußball suggeriert: Einer für alle, alle für einen. Fußball ist der vorweggenommene Krieg.

Umgekehrt (die andere Seite der Medaille) bedeutet Fußball Solidarität: ein Team bilden, zusammenspielen, abgeben, sich anbieten, gemeinsam verlieren, gemeinsam siegen. Kein Arbeitskampf könnte ohne diese Moral funktionieren: »Geschlagen ziehen wir nach Haus, unsere Enkel fechten's besser aus.« Trotz aller Millionärs- und Legionärsgeschichten, trotz Schiebung und Leibchenwerbung hat sich dieser Sport etwas von seinem Ursprung aus dem Kollektivgeist der Arbeiterklasse bewahrt. Fußball als nationale und sozialistische Utopie — immer in Gefahr, nationalsozialistisch interpretiert und ausgebeutet zu werden.

Das ist der Unterschied zum Tennis: Während der »Aufschlagneurotiker« Boris Becker davon träumt, ein Hochleistungscomputer zu werden, also den Traum aller mittelständi-

* Text der 4. Strophe der deutschen Nationalhymne

schen Dienstleistungsaufsteiger träumt, ist Karlheinz Rummenigge italienischer Millionär und deutscher Siegfried zugleich, ist Toni Schumacher der Zocker mit Ferrari-Instinkt und der Kölsche Jung von nebenan.

Tennis ist asexuell, digital und vollelektronisch, während Fußball vom Geblaffe und Gemotze der Stars gegeneinander lebt, von den Hackordnungen und Eifersüchteleien, dem Kampf um die größere Klappe. Tennis ist asozial wie Monaco, verbissen und ernst wie Tiriak, Bosch und Becker, Fußball dagegen hat den Charme der Wichtigtuerei, der Angeber, Aufschneider und Maulhelden. Ein Wimbledonsieg wird abgehakt, eine Fußballvizeweltmeisterschaft wird gefeiert — selbst wenn sie so miserabel gewonnen wird wie gegen Uruguay, Schottland, Dänemark, Mexiko, Frankreich und Argentinien.

Im Fußball feiern die Männer ihren Sieg über die Angst vor den Frauen — auch wenn dieser Sieg nur ein Traum ist und nur neunzig Minuten dauert. Die momentane Popularität des Fußballs ist geborgt, eine letzte Blüte, ein verzweifelt festhalten an der guten alten Zeit, als Fritz Walter für seinen »Chef« die wertkonservative Welt noch in Ordnung hielt.

Der Fußballsport liegt im Sterben. Die Macht der Männer ist gebrochen. Niemand spürt das deutlicher als Bernd Schuster und die Sportreporter der BILD-Zeitung, die wie vom Blitz gerührt waren, als sie die Hiobsbotschaft erhielten: »Sex im deutschen Männerlager!«

Und schon erhoben sich diesseits des Atlantiks die Spielerfrauen zum Protest, schlug Gabi ihren Schuster über den Leisten. Das Machtwort, das dem Kaiser fehlte — die Frauen wußten es zu gebrauchen. Diesen Spielerfrauen gehört die Zukunft.

Wenn also Gerhard Mayer-Vorfelder, Toni Schumacher und Golo Mann glasigen Auges die Nationalhymne röhren — dann laßt sie: Im dunklen Wald pfeifen Angsthasen immer.

Werner Holtfort

»Mit nie dagewesener Härte ...«

Über die Herstellung eines »christdemokratischen« Zusammenhangs von Atomprotest, RAF und Verschärfung der Sicherheitsgesetze

Daß der Abschied von der Kernenergie die Menschheit direkt in die Kulturstufe der Steinzeit zurückwerfe, war eine griffige Parole. Aber sie zieht nicht mehr. Zu viele Expertengutachten besagen, daß wir ohne Atomstrom (freilich mit Abschied von unserer Energievergeudung) ebenso gut leben können. Die Entscheidung für die unbeherrschbare nukleare Technik mit ihren immensen tödlichen Zerstörungskräften war energiepolitisch unnötig; allein wirtschaftspolitische und Prestigeinteressen standen Pate. Jetzt noch, aber nicht mehr lange, kann die Weiche herumgeworfen und Kurs auf natur- und menschenfreundliche sanftere Stromversorgungsalternativen eingeschlagen werden. Und die Mehrheit des Volkes wünscht es, nach dem Menetekel am Pripjet im April sogar die Überzahl bei den Anhängern der Unionsparteien, die doch am nachdrücklichsten die gefährliche Nukleartechnik »ohne Wenn und Aber« geradezu zur Glaubensfrage gemacht hatten.

Die Unruhe der Menschen mußte gedämpft werden. Deshalb verschwand das »Ohne Wenn und Aber« aus christdemokratischem Munde. Man spricht statt dessen von »Übergangstechnik« und erklärt sich nun bereit, Alternativen zu fördern. Aber wieder einmal klaffen Wort und Tat auseinander. Kreidegeschmack im Munde, werden atomare Wiederaufbereitungstechnik, Plutoniumwirtschaft und »schneller Brüter« vorangetrieben, dabei selbst Regierungskonflikte in Kauf genommen. Erst am 22. Juli 1986 forderte Nordrhein-Westfalens CDU-Chef Kurt Biedenkopf die Bundesregierung auf, die SPD-Landesregierung zum Betrieb des Brutreaktors in Kalkar zu zwingen: Für den Bau habe man über sechs Milliarden Mark »Lehrgeld« bezahlt; nun müsse er auch erprobt werden. (Dieses in Politik und Wirtschaft beliebte Prinzip nennt man *Sachzwang*, es entschuldigt vom Vorwurf, die Handlungsfreiheit falsch eingeschätzt zu haben und paßt genau so gut auf militärische Raketen: Nun sind die Waffen einmal angeschafft worden, nun muß man sie auch einsetzen!)

Indessen ist es schwieriger geworden, nur durch Kreide in der Stimme die Bevölkerung zu täuschen. Daher zeigen nun »christliche« Politiker erneut, wie sehr sie die verächtliche und menschenverachtende »Regierungskunst« beherrschen, Ängste des Volkes, die der eigenen Politik der Machthaber bedrohlich werden könnten, umzulenken auf ein Feindbild. Das zunächst sich Anbietende war, die Atomkraftgegner zu Volksfeinden zu stempeln. Gelingt es, vor ihnen mehr Angst zu entfachen als vor den Gefahren der Kernenergie, so sind die an dieser hängenden wirtschaftlichen Interessen, sind ferner Prestige und eigene Rechthaberei gerettet. Schon seit Jahren ordnen Verfassungsschutzberichte Proteste gegen Nuklearenergie unter »sonstige Linksextremisten« (so z.B. der Niedersächsische Verfassungsschutzbericht 1980) ein. Nun werden die Skeptiker am Schreibtisch mit einbezogen. So bezeichnete Franz Josef Strauß am 17. Juni 1986 in einer Sondersitzung des Bayerischen Landtages die Wissenschaftler, die der Kernenergie kritisch gegenüberstehen, als »Verführer mit irrationalen und freiheitsfeindlichen Gedanken!« (lt. Meldung der Presseagenturen Reuter und dpa). Österreicher dürfen zwar — wie viele Ausländer — ohne besondere Aufenthaltserlaubnis in das Bundesgebiet. Doch seit dem 7. Juni 1986 wurden sie zu Hunderten von der Bayerischen Grenzpolizei an der Einreise gehindert wegen des Verdachts, sie könnten an einer (erlaubten!) Demonstration in Regensburg gegen die Wiederaufbereitungstechnik teilnehmen, denn das wäre »eine erhebliche Beeinträchtigung der Belange der Bundesrepublik« (so Bayerns Innenminister Karl Hillermeier). Hillermeier veranlaßte auch, ein gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf protestierendes Rockfestival in Burglengenfeld gegen jedes Recht zu verbieten. Zwar hoben die sonst nicht eben regierungsfeindlichen Bayerischen Verwaltungsgerichte beider Instanzen das Verbot auf. Doch Vizekanzler Norbert Steger, unter anderem Vorsitzender der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), wurde durch die Andeutung, der Freistaat Bayern bemühe sich um ein Verbot seiner Einreise, abgehalten, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Eine Parallele drängt sich auf, die Franz Josef Strauß bei seiner vielfach bekundeten Sympathie zur chilenischen Militärdiktatur nicht unlieb sein kann, nämlich zum Verbot einer öffentlichen Veranstaltung der chilenischen Oppositionspartei PDC, auf der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler am 27. Juli 1986 in Valparaiso sprechen sollte, durch das dortige Terror-Regime.

Nun verlief die Veranstaltung in Burglengenfeld allerdings friedlich — das Feindbild wurde nicht bestätigt. Hillermeier hatte die neuen, insbesondere für das Augenlicht gefährlichen Gummischrotgeschosse, eigens für das Festival erstmalig freigegeben, vergeblich bereitgestellt. Die Genugtuung über den gewaltlosen Verlauf scheint begrenzt. Der

örtlich zuständige Schwandorfer Landrat Hans Schuierer äußerte nach mehrwöchentlicher Beobachtung am 23. Juli 1986 seinen Eindruck, Gewalttätigkeiten von seiten der Protestierenden seien der Exekutive politisch willkommen, sogar »politisch gewollt«: »Man braucht sie für die politischen Ziele.« In der Tat wäre den »Stahlhelmen« in den Unionsparteien ganz und gar das Konzept verdorben, wenn Proteste gegen die Fortsetzung der Atomenergiepolitik durch die Bank friedlich verlaufen. Der Masse der Bürger muß daher unbedingt suggeriert werden, Kernkraftgegner seien eine Bedrohung des inneren Friedens der Republik. Wären sie keine »drohende Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes«, so wäre der Einsatz des Bundesgrenzschutzes bei Anti-Atom-Veranstaltungen ein klarer Verfassungsbruch (vgl. Art. 91 Abs. 1 des Grundgesetzes).

Auch die immer lautere Forderung, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit, erst im Sommer 1985 durch Novellierung des Strafgesetzes empfindlich beschnitten, erneut und noch schärfer einzuengen, kann nur plausibel gemacht werden, wenn man auf eskalierende Gewaltkriminalität hinweisen kann. Attentate sind daher geradezu Sternstunden der Reaktion! Es sei denn, sie stammten von Neonazis. Als am 26. September 1980 auf dem Gelände des Münchner Oktoberfestes durch rechtsradikalen Bombenanschlag 13 Menschen getötet und 219 verletzt wurden, wußte die bayerische Landesregierung alsbald und ohne lange Ermittlungen, es sei ein geisteskranker Einzeltäter gewesen, der vermutlich selbst dabei draufgegangen sei. Das ist und bleibt das christdemokratische Erklärungs-(und Beschwichtigungsmuster für jede rechtsextremistische Kriminalität: Stets waren es vereinzelte Wirkköpfe, selbst wenn Waffenlager gefunden wurden, mit denen man ganze »Wehrsportgruppen« militärisch ausrüsten kann. Oder die politischen Motive werden eskamotiert: Bloßer Jugendprotest ohne politischen Hintergrund!

Anders bei den pseudolinken Attentaten: Die Leiche des am 1. Februar 1985 in Gauting ermordeten MTU-Chefs Ernst Zimmermann war noch nicht beigelegt, als Strauß schon die Beschneidung des Demonstrationsrechts forderte, ganz, als seien Demonstranten die Täter gewesen. Ebenso geschah es unmittelbar nach dem Tod des Siemens-Vorstandsmitgliedes Karl Heinz Beckurts und seines Fahrers Eckhard Groppler am 9. Juli 1986 in Straßlach. In beiden Fällen lautete die Begründung, Terroristen entwickelten sich aus linken Demonstranten. So unsinnig und beweislos diese Behauptung auch ist, man versucht, sie zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu machen und Abscheu und Abwehr gegen Terrorismus zu nutzen, um die Bundesrepublik in einen geistigen Belagerungszustand gegen Atomkraftgegner zu versetzen. Insoweit wirken eine Handvoll militanter Steinewerfer mit reaktionären Scharfmachern gegen den liberalen Rechtsstaat zusammen.

Der Methoden sind mehrere: Ausschreitungen werden nicht nur in der Darstellung übertrieben und hochgespielt. Sie werden auch provoziert, und womöglich nicht mehr nur mit martialischem Auftreten. »Mit nie dagewesener Härte« (*Die Zeit*) setzen verantwortliche Politiker unterschiedslos Polizeikräfte und Polizeimittel ein. Zusammen mit den kleinen Gruppen der Gewalttäter wird die Masse der Friedfertigen mit CS-Reizgas besprüht und verprügelt. Mutwillig zertrümmern Uniformierte geparkte Autos. Sanitäter, die lediglich Verletzte versorgen wollen, werden massiv behindert. Das alles geschieht nicht etwa nur in Bayern. Entgegen dem »Brokdorf«-Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1985 wird schon die Ausübung des Grundrechts auf Demonstration durch verzögernde Vorbeugungskontrollen der Ankommenden und durch Zugangssperren behindert; so am 7. Juni 1986 Zehntausende an der Demonstration vor dem Atommeiler in Brokdorf und am 8. Juni 1986 durch Einkesselung von 883 Kernkraftgegnern, die bis zu 15 Stunden

im von Beamten gebildeten Kessel gefangengehalten wurden. Kurz, zwischen Friedlichen und Gewalttätigen mögen die Juristen noch unterscheiden, die Hillermeiers setzen unterschiedslos und gleichmäßig gegen beide Stöcke, Kampfgas, Wasserwerfer und Gummischrotkugeln ein. Allerdings, ob die Juristen wirklich zwischen friedlich und gewalttätig unterscheiden, wird sich erst in einem weiteren Spruch des Bundesverfassungsgerichts im November erweisen. Denn bislang hat die Mehrzahl der Obergerichte in Strafsachen entschieden, der friedlich und vorübergehend zum Zweck politischer Meinungsäußerung auf einer Fahrbahn Sitzende verübe ebenfalls Gewalt.

Durch reaktionäre Strategie kann indessen im Volke die Atomideologie nicht durchgesetzt werden. Das Übermaß beim Einsatz der Staatsgewalt hat vielmehr zu einem »Phänomen der Solidarisierung« (Hans-Dietrich Genscher) geführt: Viele friedliche Zuschauer bekamen angesichts des martialischen Polizeieinsatzes Mitleid mit den Getroffenen, Wut gegen den staatlichen Übergriff und schließlich Verständnis für illegale Gewalt. Daß durch schärfere Gesetze gegen Demonstrationen und durch hart zupackende Polizei dem Terrorismus kein Abbruch getan werden kann, liegt auf der Hand (und ist ja auch gar nicht das wahre Ziel): Schon in seinem Vorspruch zu der von seinem Ministerium verbreiteten Schrift »Zur ideologischen Begründung des Terrorismus« hatte der damalige Bundesjustizminister 1979 richtig erkannt: »Nur die geistig-politische Auseinandersetzung vermag den Terrorismus von seinen Grundlagen her zu überwinden.« Gegen Gewalt hilft eben niemals Gegengewalt, sondern allein das Aufsuchen und Ausrotten der Wurzeln, aus denen die Gewalttat wächst. Umgekehrt schaukeln Gewalt und Gegengewalt einander zur Eskalation hoch; jede Aggressivität weckt Aggressionen. Subversiver Terror existierte nicht nur zu allen Zeiten, es gibt ihn auch in anderen modernen Industriestaaten wie z.B. in den Niederlanden, in Frankreich, den USA (die Sonderfälle Großbritannien in der irischen und Spanien in der baskischen Frage können hier außer Acht bleiben) ganz und gar unabhängig von der Haltung zur nuklearen Energie. Dagegen ergibt es überhaupt keinen Sinn, ständig Gesetze zu verschärfen — gerade im Polizeistaat blüht Terrorismus, und nicht nur das Zarenreich konnte ein Lied davon singen. Es ist ja auch offenkundiger Widersinn, eine freie Gemeinschaft mündiger Bürger durch repressivere Staatsmacht erzwingen zu wollen.

Einen Sinn ergibt die reaktionäre Strategie denn auch lediglich, wenn durch sie der Weg in einen anderen Staat eingeschlagen werden soll, einen Staat, in dem Bürgerfreiheiten minimalisiert, dagegen die Exekutive übermächtig werden sollen, einen Staat, dessen Raison nicht mehr die Verfassung, sondern Schutz von Eigentum, Wirtschaftsmacht und sonstigen Privilegien wären. Hier aber sind Sozialdemokratie und Gewerkschaften aufgerufen, zu verstehen, daß soziale Gerechtigkeit und innerer Frieden nur unter dem Schutz der intakten Menschenrechte des Grundrechtskatalogs möglich sind. Dazu gehört auch das schon zu sehr eingeschränkte Demonstrationsrecht (übrigens ebenso das Asylrecht!). Die SPD muß sich deshalb mit der Masse der friedfertigen und zum Gewaltverzicht bereiten Atomkraftgegner verbünden, ebenso, wie sie mit dem entschlossenen Auftreten Willy Brandts auf der Friedensdemonstration der 250000 am 10. Oktober 1981 in Bonn Bundesgenosse der Friedensbewegung wurde. Oder soll das »Wagnis der Freiheit« (Adolf Arndt) dem Sicherheitsbedürfnis des Atomstaates zuliebe aufgegeben werden?

Wolfgang Zellner

Gelingt es, über den eigenen Schatten zu springen?

Zur Ausgangslage vor dem Bundestagswahlkampf

Die Rechtsregierung hat vieles eingeleitet, zu dessen Vollendung und Festigung sie eine zweite Amtszeit bräuchte. Eine Reihe besonderer Gemeinheiten hat sie auch bewußt für eine zweite Runde aufgehoben. Acht Jahre CDU/CSU/FDP würden Fakten schaffen, deren Beseitigung bis zur Jahrhundertwende dauern könnte.

Der § 116 AFG ist schon heute ein Fakt gegen die Streikfähigkeit, gleichwohl aber erst als Einstieg gedacht zur Zerschlagung der Mitbestimmung und zur Knebelung der Gewerkschaften in einer Situation, wo die Arbeitslosenquote gegen 15% steigen kann. Zu wessen Geschäftsbedingungen dann die Arbeitszeitverkürzungen ausgehen sollen, ist klar. Zusätzlich steht für das nächste Jahrzehnt eine Reihe von Entscheidungen an, die — in der Öffentlichkeit noch kaum diskutiert — die Verhältnissverhältnisse in der Bundesrepublik nachhaltig beeinflussen können, wie z.B. die Steuer- und Rentenreform.

In der *Außenpolitik* ist der bisherige Balanceakt zwischen williger Unterordnung unter den US-Kurs und verbaler Bekundung einer Fortsetzung der Entspannungspolitik keine weiteren vier Jahre durchzuhalten, droht dann die endgültige Verödung der Entspannungspolitik. Und eine der hervorragendsten Leistungen dieser Regierung besteht darin, in der Militärpolitik eine beispiellose Aufrüstung angelegt zu haben, ohne daß dies der Öffentlichkeit wirklich zu Bewußtsein kam.

Ebenfalls steht für die kommenden vier Jahre die Grundentscheidung in der *Energiepolitik* an: Noch mehr rein in die Kernenergie oder raus aus der Atomkraft — einmal dahingestellt, wie langsam oder schnell. Über der Diskussion, ob sofortiger Ausstieg, ob im Jahr 1995 oder 2000, geht manchmal der Blick dafür verloren, daß die Grundentscheidung — ob überhaupt — noch nicht gefallen ist. Ebenfalls noch nicht zur Hälfte durchgezogen hat die Rechte ihr Bürgerrechtsabbau- und inneres Militarisierungsprogramm. Die Rechte war seit März 1983 dreieinhalb Jahre politisch im Angriff und hat inhaltliches Terrain erobert, jetzt wird sie die inhaltlichen Angriffe für ein paar Monate bremsen, um die ganze Kraft ihrer Offensive auf die Erhaltung der Mehrheit zu richten. Nach Niedersachsen ist klar, daß die Rechte, wenn auch knapp, immer noch die Nase vorn hat. Der Abstand ist aber gering genug, daß die Entscheidung noch offen ist und bis Tage vor dem Wahltag offen sein kann.

Es ist nicht so wichtig, ob man für die Wahl '87 den Begriff »historisch« bemüht oder nicht, aber eine Niederlage und vier weitere Jahre Rechtsregierung würden alle Kräfte links der CDU um mehr als vier Jahre zurückwerfen.

Der entscheidende Vorteil der Rechten ist, daß sie einen politischen Block bilden, als solcher handeln und wahrgenommen werden. Niemand zweifelt, daß CDU/CSU und FDP die Koalition fortsetzen werden, wenn sie die Mehrheit dazu haben. Widersprüche und Differenzen innerhalb der Koalition widersprechen dem nicht, auch nicht Gerüchte über ein sozialliberales Revival in Hamburg. Im Gegenteil: Sie sind zum Teil funktional, weil sie scheinbar das politische Spektrum der Koalition verbreitern.

Der Grundtenor der rechten Wahlkampfstrategie ist eine Mischung aus positiver Erfolgsoffensive und Diffamierungs- und Angstkampagne. Der inhaltliche Schwerpunkt ist die Wirtschaftspolitik. Mit der Parole: »weiter so, Deutschland — stabile Preise — sichere

Renten — mehr Arbeitsplätze — CDU — die Zukunft«, versucht die CDU nach Aussage Geißlers, ihre »Leistungen« mit »Zukunftsfähigkeit« zu verbinden, eine direkte Fortsetzung der 83er Parole »Den Aufschwung wählen«. Die Stimmungsgrundlage dieser Parole ist, daß die Zukunftserwartungen derer, die einen Arbeitsplatz haben, positiver geworden sind und jeder, der einen hat, hofft, ihn zu behalten. Bewußt wird mit der Trennung in Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose Politik gemacht, was nicht zu schwer fällt, sind doch die über drei Millionen Arbeitslosen bisher politisch nicht zu sehr aufgefallen. Auf diesem Hintergrund wird Richtiges — stabile Preise — nach vorne und die Lügen untergeschoben und hemmungslos mit jener höheren wirtschaftspolitischen Kompetenz gepokert, die der CDU in der Bevölkerung mehrheitlich immer noch zugeschrieben wird.

Diese Taktik ist für die CDU/CSU aber nicht ohne Risiken: Die Frontbegrädigung beim Babyjahr war so mies, daß dies ein Massenthema ist und auch im Wahlkampf sein wird. Auch die Kombination von Aufschwung und Arbeitsplätzen kann dann eine Abseitsfalle werden, wenn trotz Aufschwung die Arbeitslosenzahlen nicht fallen oder gar steigen. Dann sind — wie Umfragen zeigen — immer mehr Leute dafür, daß man endlich etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun sollte, weil man offensichtlich auch etwas tun kann. Allerdings: Um diese Abseitsfalle zuschnappen zu lassen, bedarf es einer klaren und ausstrahlungsfähigen Alternative in der Sache, die die SPD weder ausreichend hat noch vermitteln kann. Jenseits von Meinungen und politischen Alternativen gibt es aber noch eine Chance, wenn die IG Metall im Dezember/Januar voll in die nächste Runde der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche einsteigt. Hier besteht die Möglichkeit der Polarisierung im Konflikt, was in dieser Sache für die CDU/CSU/FDP schon einmal nicht gut ausgegangen ist. Die nächste Tarifaueinandersetzung kann wahlentscheidend und die Situation deswegen bis wenige Tage vor dem 25. Januar offen sein. Auch im Sektor Friedens- und Abrüstungspolitik tritt die Regierung mit der Verlängerung der 83er Parole »Frieden schaffen mit immer weniger Waffen« auf und versucht, sich als Friedensregierung zu stilisieren. Die Friedenspolitik stellt aber — zumindest in den positiven »Leistungs«aspekten — nicht den Schwerpunkt, sondern eher eine notwendige Sicherungsflanke dar. Da paßt dann Genschers sonst nicht so geliebte Entspannungspolitik. Der Schwerpunkt liegt hier aber eindeutig in der Diffamierung der SPD und der Grünen als »Sicherheitsrisiko«. Dieses Vorgehen hat gute Gründe: in der Friedenspolitik ist das Eis für die Rechte besonders dünn, die Gefahr des Umkippens einer hochgezogenen Friedensselbststilisierung ist groß und die Alternativen der SPD sind real. Das Problem beim Thema Frieden ist, daß es bisher noch kein Wahlkampfthema ist. Was geleistet werden muß, ist, die Sachthemen in den Vordergrund zu rücken und Positives dagegen zu stellen (Rahmenabkommen C-Waffen, Palme-Plan, Aufhebung des Stationierungsbeschlusses). Noch schlechter steht es für die Rechte in Sachen Kernenergie trotz Wallmann und IAEO-Reaktorkonferenz. Hier müssen die Themen aufgenommen werden, die am dringendsten sind: Schneller Brüter, WAA; Bau- und Genehmigungsstop für neue AKWs.

In den sonstigen Bereichen zieht die Regierung alles nach vorn, was etwas bringen könnte (Riesenhuber, Blüm, Süßmuth, die noch immer keine an Ausstrahlung adäquate SPD-Gegenspielerin hat) und zieht die Versager nach hinten: Von Schreckenberger spricht niemand mehr, Zimmermann als Umweltschützer ist passé zugunsten der Stammrolle des Polizeiministers.

Überlagert werden alle Felder der rechten Leistungs-Optimismus-Kampagne durch eine Angst- und Rot-Grün-Chaos-Kampagne, die zum einen bewußt und skrupellos neue Felder aufreißt, um Stimmungen zu schüren (Asylrecht), zum anderen dies mit der Ausnut-

zung von Widersprüchen in der SPD verbindet (Rot-Grün). Das verweist auf den größten Schwachpunkt der Kräfte links der CDU: Obwohl jeder weiß, daß sie nur zusammen in der Lage sind, den Rechtsblock abzulösen, bilden SPD und Grüne nicht in Ansätzen einen politischen Block, handeln nicht als solcher und werden nicht als solcher wahrgenommen. Das kann — Niedersachsen! — die entscheidenden Prozente kosten.

Bei der SPD führt der Widerspruch, die Wahl gewinnen zu wollen und die Regierung abzulösen, die notwendige Voraussetzung dafür aber nicht zuzulassen, laufend zu Spekulation und konfusen Plänen jenseits der offiziellen Parole der »absoluten« oder »eigenen« Mehrheit, an die die Mehrheit der eigenen Mitglieder doch kaum glaubt.

So gibt es die Meinung, die Parteiführung wolle »eigentlich« nicht gewinnen, schiele vielmehr auf 1991. Ich halte das so für falsch. Man will schon gewinnen, ist aber nicht bereit, die notwendige Voraussetzung zu einer Regierungsablösung, eine wie immer auch geartete Zusammenarbeit mit den Grünen, zu akzeptieren und landet damit in einem Dilemma. Als ob sich Probleme, die man dem aktiven Teil der Partei schon dadurch konkret vorgeführt hat, daß man ihm Unterbezirk für Unterbezirk vorrechnete, wie viele Stimmen man zur absoluten Mehrheit braucht, so aus der Welt schaffen lassen. Absolute und eigene Mehrheit hier und das Brandt-Wort dort, daß auch 43 Prozent ein schöner Erfolg wären — die Orientierung ist offenbar heftig umstritten zwischen Illusionismus und Sinn für politische Realitäten. Vermieden werden soll vor allem jede Zusammenarbeit mit den Grünen. Das hat sehr viel damit zu tun, daß die SPD bei einer Zusammenarbeit mit der Grünen Partei damit den Verlust ihres parlamentarischen Linksmonopols quasi anerkennen würde. Lieber verlieren und die Rechtsregierung nicht ablösen können, als dies zusammen mit den Grünen tun zu müssen, das trifft die Stimmungslage der Parteirechten. Die Verweigerung jeder Zusammenarbeit mit den Grünen führt automatisch zu allen möglichen Planspielen offener und verdeckter Großer Koalitionen. Daß auch die offene Große Koalition — nicht '87, aber später — nicht ausgeschlossen wird, haben Brandt, Glotz und andere klar gemacht. Eines hat sich allerdings in bezug auf Große Koalitionen verändert: Die Grünen könnten auf 20 Prozent kommen, wie Vogel vermutete. Eine verdeckte Variante von Großer Koalition hat Glotz schon für 1987 ins Spiel gebracht: Eine SPD-Minderheitsregierung mit Duldung durch die CDU. Wenn man also das strategische Herangehen der Parteiführung betrachtet, dann muß man sehen: Es gibt eine Durchhalteparole, ein Berührungstabu und ansonsten Konfusion. Das gilt auch für den Fall, daß es eine geringe Chance für eine absolute Mehrheit gäbe. Das Herangehen wäre dann immer noch *va banque*, und das ist kein seriöses Spiel bei den Einsätzen, um die es am 25. Januar geht.

Es soll nicht über die realen Schwierigkeiten hinweggeredet werden, die es für eine Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen gibt. Aber was es nicht geben darf, ist jene Atmosphäre eines Quasi-Diskussionsverbots zum Thema Rot-Grün, die die Partei zur Zeit belastet, und die nur von wenigen öffentlich durchbrochen wird. Oberstes Ziel muß es sein, die Rechtsregierung abzulösen. Erreichen kann man das nur durch politische Alternativen in den wesentlichen Fragen. Die Diskussion über eine mögliche Zusammenarbeit von SPD und Grünen muß offengehalten werden, nicht als Selbstzweck, sondern um die Rechtskoalition ablösen und eine andere Politik zu machen.

Analysen

Detlev Albers

Erste Anmerkungen zum Irseer Programmentwurf

Begeisterung wird er bei niemandem auslösen — der Irseer Entwurf für ein neues Grundstzprogramm der SPD. Allzuviel taktisches Kalkül und dann auch fehlender Mut zu klaren, natürlich unbequemen Aussagen sind in seine Formulierung eingegangen. So stellte man sämtliche Passagen zur Wirtschaft leichtfertig unter den Vorbehalt, daß ihre Stoßrichtung nicht nur mit dem Roth-Papier kompatibel sein (obwohl dessen Mehrheitsfähigkeit in der Partei keineswegs bewiesen war), sondern auch mit der Wahlplattform des Kanzlerkandidaten Rau übereinstimmen müßten. Kein Wunder, daß damit an einem entscheidenden Schnittpunkt der Programmentwurf einen Beitrag zur Neubestimmung des sozialdemokratischen Selbstverständnisses schuldig bleibt. Dennoch — das »Unternehmen Programmdiskussion« hat jetzt sein engstes Nadelöhr passiert, die Vorlage eines der ganzen Partei wie der Öffentlichkeit zugänglichen Textentwurfs. Er hat zunächst einmal Anspruch auf eine gründliche inhaltliche Auseinandersetzung (womit hier nur zu beginnen ist); anschließend wird sich ebenso automatisch die Frage stellen, ob die Parteilinke mit einzelnen Verbesserungsvorschlägen auskommt oder ob es um weiterreichende Alternativformulierungen gehen muß.

Der vorliegende Entwurf übertrifft mit seiner Präambel und den folgenden zwölf Kapiteln schon dem Umfang nach (106 Seiten) alle seine Vorgänger um ein Mehrfaches. Auch seine Ambition, das, was er an langfristiger Zielsetzung der Sozialdemokratie zu klären beansprucht, reicht nicht weniger weit, als dies etwa für Erfurt, Heidelberg oder Godesberg galt. Schauen wir also zunächst, wie er diesem Vergleich standhält. Auf eine summarische Formel gebracht, läßt sich dem Irseer Entwurf einerseits bescheinigen, daß er die Programmatik der Partei in einer Reihe zentraler Fragen voranbringt, in denen wir gegenwärtig einen tiefgreifenden Bewußtseinswandel erleben. Das scheint mir gleichermaßen für die Abschnitte zur Friedenspolitik, zu Ökologie und Technik und zur gesellschaftlichen Gleichheit von Frau und Mann zu gelten. Hier wird zumindest in den Grundzügen an die Forderungen der jeweiligen gesellschaftlichen Bewegungen wie die mittlerweile erreichten innerparteilichen Diskussionsstände angeknüpft; keine Frage, daß dies dem Irseer Entwurf als Ganzem zugute kommt.

Auf der anderen Seite kennzeichnet den Programmentwurf das, was man nach den Vorarbeiten der Grundwertekommission und nach der Zusammensetzung der eigentlichen Programmkommission erwarten mußte. Im Feld der allgemeinen theoretischen Ausrichtung dominiert, streckenweise sogar noch massiver als selbst in Godesberg, der Grundwertensatz in seiner ethisch-sozialistischen Lesart. Gewiß ist der »Godesberger Wurzelsatz« im Abschnitt »Unser Bild vom Menschen« sorgfältig überarbeitet worden; neben der »humanistischen Philosophie« und dem »Christentum« wird jetzt ausdrücklich auch die »Marxsche Geschichts- und Gesellschaftslehre« als gleichberechtigte weltanschauliche Richtung des »demokratischen Sozialismus in Europa« aufgeführt. Aber, sieht man einmal von wenigen Passagen des Kapitels »Woher wir kommen, wohin wir wollen« ab, dann bleibt praktisch für den gesamten übrigen Text (keineswegs nur für den Abschnitt

»Unsere Grundsätze«) die Sichtweise der ethisch-idealistischen Denkschule der Sozialdemokratie tonangebend.

So verzichtet der Text nahezu durchgängig auf eine »Zeit-Analyse«, wie man es vor Godesberg nannte, den Versuch einer zumindest thesenhaft verdichteten Ursachen-Erklärung für die Widersprüche der Gegenwart. Zwangsläufig verliert damit die Ableitung von Gegenmaßnahmen an Genauigkeit; das Erfordernis, aus den Mißständen der wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse die Ansätze und den Prozeß ihrer radikalen Veränderung zu gewinnen, tritt zurück, und man landet statt dessen vielfach bei normativen, wohlklingenden, aber beim besten Willen kaum handhabbaren Postulaten.

Nicht minder folgenschwer ist das Übergewicht der ethischen Richtung für die Ausarbeitung der Weg-Ziel-Problematik, das Kernstück der eigentlichen Programmaussage, zu Buche geschlagen. Wohl finden wir in den einleitenden Abschnitten eine allgemeine Zielbestimmung des Sozialismus; sie umreißt unter ausdrücklichem Hinweis auf das »Kommunistische Manifest« die fundamentalen Merkmale einer künftigen befreiten, klassenlosen Gesellschaft. Aber unterhalb dessen, bei der Frage, wie, über welche Etappen und Zwischenziele denn dahin zu gelangen sei, tröstet man sich sofort damit, daß es sich dabei ohnehin um eine »nie vollendete Aufgabe« handle. Und wer wollte sich darüber noch groß den Kopf zerbrechen! So kann es denn geschehen, daß die konkreteren Kapitel, etwa zum Staat oder zur Wirtschaft, sich nicht lange beim altmodischen Thema »vom Kapitalismus zum Sozialismus« aufhalten, sondern im gewohnten Diesseits des Kapitalismus — frei nach der Devise »soviel Markt wie möglich, soviel Plan wie nötig« — stehen bleiben.

Doch genug der allgemeinen Charakterisierung; was haben uns die einzelnen Kapitel des Programmentwurfs an Stärken und Schwächen zu bieten? »Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche Gesellschaft überwinden« — mit dieser Parole endet einer der gelungensten Abschnitte des ganzen Textes, jener zur »Gleichheit von Frau und Mann«. Bemerkenswert eindringlich unternimmt er einen Durchgang durch alle wichtigen Bereiche und Fronten des Kampfes gegen patriarchale Gesellschaftsstrukturen. Die Schrittmacherdienste der Arbeiterbewegung seit Bebels Zeiten werden benannt, aber das vielfältige Zurückbleiben auch der eigenen Lebensweisen hinter dem Ziel einer wirklichen Gleichheit der Geschlechter wird nicht verschwiegen. Eben hier findet die 50%-Quote als Zielforderung für die Aufteilung von Parlaments- und Parteiämtern ihren Platz. In den Grenzen, daß auch diesem Kapitel Umsetzungsschritte hinzuzufügen wären, daß schon der anschließende Abschnitt über die Familie weit schwächer ausfällt, daß nicht nur hier die eigentliche Intention der Gleichheitspassagen zwischen Frau und Mann ein Fremdkörper gegenüber den übrigen Programmvorstellungen bleibt, liefert der Irseer Entwurf insoweit einen unbestreitbaren Zugewinn gegenüber seinen Vorläufern.

Ähnliches scheint mir im großen und ganzen für das Kapitel »Ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften« zu gelten. Zu recht wird hier die Entstehung weltweiter Umweltkrisen zum Ausgangspunkt genommen, sich der bisher betriebenen »Entfesselung der Produktivkräfte« entgegenzustellen, um zur Überwindung des Mythos von der »neutralen Technik« und zur Ablehnung unhinterfragter Wissenschaftsgläubigkeit zu gelangen. Auch wenn die Kommission zu diesem Bereich an zahlreiche Vorarbeiten anknüpft, kann die Tragweite der von ihr damit betriebenen programmatischen Neuorientierung, nicht zuletzt hinsichtlich des internationalen Diskussionsstandes der Linken, gar nicht deutlich genug unterstrichen werden. Gegen den »Produktivismus« früherer Tage und kurzschlüssige »Industrialismuskritik« setzt sie ihre Maxime »Wachsen und Schrumpfen — die gewollte Entwicklung«, der sie ebenso wie zum Abschnitt »Technikgestaltung«

durchaus beachtliche Kataloge des Umbaus, alternativer Entwicklungskriterien etc. folgen läßt. Nur, indem sie das tut, begründet sie selbst, wie tief die umgestaltenden, demokratischen Eingriffe in den gesamten Wirtschaftsprozeß ausfallen müssen, wie radikal die alte ökonomische Logik zu verlassen ist, um tatsächlich ein ökologisch verträgliches Produzieren zu erreichen. Gerade weil es der Irseer Entwurf nicht beim bloßen ökologischen »Modernisieren« belassen kann und will, müßte er seine sozialistischen Alternativforderungen verschärfen — wenn mehr als Deklamation herauskommen soll.

Ein drittes Kapitel, das Lernprozesse der ganzen Partei in produktiver Form verarbeitet und zusammenfaßt, liefert uns der Abschnitt über Friedenspolitik. Er liest sich als eine systematische Darlegung des Konzepts der »Sicherheitspartnerschaft«. Seine Stärken liegen im Bruch mit der Logik der Abschreckung, in der Begründung einer strikt defensiven, entspannungsorientierten Ausrichtung der Bundeswehr bis hin zum Ziel der »beiderseitigen strukturellen Nichtangriffsfähigkeit«. Zahlreiche Einzelforderungen der Friedensbewegung, wie die Errichtung atom- und chemiewaffenfreier Zonen in möglichst ganz Europa, die Ablehnung der Weltraumrüstung oder die Forderung nach Auflösung der Militärböcke, lassen sich hier einfügen. Auch die Passagen zur »deutschen Frage« und zur »europäischen Identität« erscheinen in diesem Zusammenhang weithin akzeptabel. Freilich wird man, bei aller fundierten Kritik am Wettrüsten, vergeblich nach einem Satz über die Ursachen dieses Vorgangs Ausschau halten. Und schließlich wird der eben noch weiterführende Gedanke der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West dort unproduktiv und wirklichkeitsverstellend, wo er schematisch auf den Nord-Süd-Gegensatz und die Entstehung globaler Abhängigkeiten verlängert wird. Kein Rüstungsvorhaben des Ostens kann dem Westen die historische Verantwortung für die seit Jahrhunderten betriebene Ausplünderung der Kontinente des »Südens« abnehmen.

Wenn jedes dieser drei Kapitel einen wichtigen Zugewinn in der sozialdemokratischen Programmatik umreißt, wird die Frage um so bedeutsamer, ob und wie die Verschmelzung dieser »neuen Terrains« mit den klassischen Zielsetzungen des Sozialismus geglückt ist. Auch dazu finden wir im Einleitungskapitel ermutigende allgemeine Einsichten:

»Seit den Anfängen der menschlichen Zivilisation begleitet eine Hoffnung die Geschichte der Menschheit: die Hoffnung auf eine geschwisterliche Gesellschaft der Freien und der Gleichen. (...) Eine bessere Gesellschaftsordnung nicht nur zu beschwören, sondern Wirklichkeit werden zu lassen, hat die moderne Arbeiterbewegung von den Anfängen an als ihre historische Aufgabe betrachtet.«

Doch dann beginnt das Elend, läßt sich die Kommission Mal um Mal von ihren eigentlichen, systemverändernden Zielen abbringen. Wir kämpfen für die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, bei uns und weltweit. Aber uns hindert — der Weltmarkt, die Abhängigkeit vom internationalen Wettbewerb. Die Kommission vermag sich demgegenüber nur zu einem »Jein« durchzuringen: »Weder Abschottung noch Unterordnung«, ist ihre Parole. Und was statt dessen? Eine »gerechtere Weltwirtschaftsordnung«, lautet die Antwort. Doch wenn wir uns die Inhalte dieses Abschnitts vornehmen, begegnen uns dort nicht etwa Vorstellungen, wie die multinationalen Konzerne zu entmachten wären, wie eine demokratisierte bundesdeutsche oder (west-)europäische Wirtschaftsmacht zum Entstehen einer grundlegend veränderten internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen hätte. Statt dessen basiert hier alles auf der verschleiernnden Feststellung, daß die Länder des Südens noch »stärker und oft auch hilfloser« als wir den »weltwirtschaftlichen Zwängen«, »anonymen Mächten« anscheinend, wie es im Godesberger Programm hieß, ausgesetzt sind. Im übrigen zählen die Passagen zum Nord-Süd-Verhältnis als Gan-

zes zu den Enttäuschungen des Entwurfs; an keiner Stelle dringt man bis zu den Widerstand leistenden Kräften im Süden, den dortigen Befreiungsbewegungen und ihren notwendigerweise anderen Kampfformen vor. Genauso fehlen verständliche Aussagen dazu, welchen Preis wir in den nächsten Jahrzehnten zur Lösung der gigantischen Entwicklungsaufgaben aufzubringen bereit sein müssen.

Doch zurück zur Ausgangsfrage. Das Problem, wie denn jener gewaltige gesellschaftliche Umbau bewerkstelligt werden soll, der nötig ist, wenn sich künftig die Wirtschaft ohne Elend schaffende Krisen, den Ausgleich zwischen Nord und Süd herbeiführend, sozial und ökologisch verträglich entwickeln soll, dieses Problem tritt die Kommission zum einen an den Weltmarkt ab, d.h. sie verzichtet auf Lösungsvorstellungen, sieht man vom »Zwischendeck« Europa als partiellem Rückgewinn der verlorengegangenen nationalstaatlichen Entscheidungsautonomie einmal ab. Zum anderen, und das macht den Löwenanteil ihrer Aussagen zur Ökonomie aus, buchstabiert uns die Kommission in schöner Einfalt vor, wie der Zusammenballung wirtschaftlicher und damit gesellschaftlicher wie politischer Macht in privater Hand mit einer zielstrebigem, intelligenten Nutzung der vorhandenen Instrumente, leicht ergänzt von der Kartellgesetzgebung über das Steuerrecht bis zur Mitbestimmung, begegnet werden kann.

Aber Vorsicht, keine billige Polemik: Die Kommission spricht doch auch vom Erfordernis »staatlicher Rahmenplanung«, und sie riskiert zwei Sätze zur »Vergesellschaftung«:

»Wo Machtkontrolle anders nicht erreichbar ist und wichtige gesellschaftliche Interessen sich nur so durchsetzen lassen, können in besonderen Fällen — in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz — verschiedene Formen der Vergesellschaftung, auch die Überführung in Gemeineigentum nötig werden. Um die Ballung wirtschaftlicher Macht in Staatshand zu verhindern, soll Gemeineigentum aber nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung geordnet und nach Möglichkeit dezentral gegliedert werden.«

Selbst das DGB-Grundsatzprogramm von 1981 spricht hier eine deutlichere Sprache! Nimmt man diesen Berg von Vorbehalten ernst, möchte man die Mitglieder der Kommission persönlich fragen, ob sie wirklich glauben, mit einem so beschriebenen »Instrumentenkasten« jemals den Weg zur »geschwisterlichen Gesellschaft der Freien und Gleichen« zurücklegen zu können.

Leider ist über zwei weitere Hauptkapitel des Irseer Entwurfs nichts Positiveres zu berichten; gemeint sind die Abschnitte »Demokratie in Staat und Gesellschaft« und »Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft«. Der erste wiederholt viele Einsichten über die Bedeutung der Demokratie im Kampf der Arbeiterbewegung, die in unseren Reihen seit langem unbestritten sind. Allerdings verfällt er dabei über weite Strecken in eine formale Institutionenkunde zum Grundgesetz; Elemente direkter Demokratie, Ansätze weitergehender Demokratisierung der verschiedenen staatlichen Bereiche finden praktisch keine Beachtung. Ebenso gravierend ist, daß die schematische Trennung zwischen dem Staats- und dem Wirtschaftskapitel dazu verleitet, den elementar wichtigen Umsetzungsvorgang ökonomischer in politische Macht, das Fortbestehen von »Kapitalherrschaft in der Demokratie« (Bauer) aus den Passagen über den Staat des Grundgesetzes herauszunehmen. Die Beziehung Großwirtschaft-Staat ist dann glücklich kein »Staatsproblem« mehr, und um so demonstrativer stellt die Kommission das Bekenntnis zu »unserem Staat« voran. Dabei wird es doch wohl auch weiterhin Sinn machen, zwischen dem heutigen 2. CDU-Staat der »Adenauer-Enkel« und jenem Staat zu unterscheiden, der die Sozialstaatsgebote der Artikel 14, 15 und 20 des Grundgesetzes konsequent verwirklicht.

Auf den Kultur-Abschnitt des Irseer Entwurfs durfte man besonders gespannt sein.

Zum einen hatten vorangegangene Textfassungen und Diskussionen des »Kulturforums der SPD« aufhorchen lassen. Zum anderen hat die Kommission auf die Formulierung eines eigenen Durchsetzungs- oder Strategie-Kapitels, wie etwa das Kapitel »Vertrauensarbeit« im OR '85, verzichtet. Es hätte also nahegelegen, was der Titel »Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft« auch anzudeuten scheint, hierfür im Schlußteil des Entwurfs einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Die Vorlage bleibt jedoch weit hinter einem solchen Anspruch zurück. Es ist zwar bemerkenswert und für den Fortgang der Programmdebatte festzuhalten, daß die Kommission über die Ausweitung des Kulturbegriffs eine bewußte und gewollte Aufwertung des Arbeitsfeldes zu erreichen sucht. Aber was nützt das alles, wenn man dann, immer getreu seinem ethischen Grundwerteansatz, mit dem Begriff der Klassen, der Klasseninteressen und ihrem Ringen um gesellschaftliche Vormacht auch deren Rolle in der Kulturarbeit eliminiert. Kein Kapitel des ganzen Entwurfs fällt »menschentümelnder« im negativen Sinne aus als eben dieses; nicht einmal ein Hauch des Kampfs um »kulturelle Hegemonie« weht mehr durch die Zeilen. So ist gerade hier eine Chance des Umdenkens vertan worden.

Fazit: Der Text von Irsee lohnt und verlangt die Auseinandersetzung. Er markiert an vielen Punkten den gegenwärtigen Bewußtseins- und Diskussionsstand der Sozialdemokratie. Darauf im Sinne einer erneuerten sozialistischen Zielsetzung einzuwirken, in diesem Diskussionsprozeß selbst dazuzulernen und an Überzeugungsfähigkeit zu gewinnen, kurzum, das Gesicht der Partei zu verändern, kann niemand der Parteilinken und den Marxisten in ihr abnehmen.



**Zeitschrift der
Hochschulinitiative
Demokratischer
Sozialismus (HDS)**
ISSN 0176 - 0750

Herausgegeben von:
**Iring Fetscher
Jiri Kosta
Leo Kibler
Norbert W. Kunz
Karl Theodor Schuon**

Bestellungen an:
SP-Verlag
Deutschausstraße 31
3550 Marburg



1986 / Heft 2

DM 7,-

Neubestimmung der "Demokratischen Alternative"

Rainer Spiss zum 17. Kongreß der KPI

Thema**RÜSTUNGSEXPORT****GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN****RÜSTUNGSPOLITIK**

Dieter Eißel

Rüstung und Sozialstaatsdemontage

Hans-Joachim Schabedoth

Rüstungskonversion – Herausforderung
für gewerkschaftliche Politik

Hartmut Käerner

Der unerklärte Krieg der Reichen
gegen die Armen

Michael Strübel

Rüstung und Kriege in der Dritten Welt

Diskussion**ÖKOLOGIE UND SOZIALISMUS**

Matthias Kollatz

ZUR PROGRAMMDISKUSSION IN DER SPD

Sabine von Oppeln

STAATSDISKUSSION

Karl Theodor Schuon

Hans Willi Weinzen

Sozialdemokratische Entspannungspolitik — weiterentwickeln oder aufgeben?

Zur Kontroverse um den Berliner Antrag

»Kollaboration mit Moskau ... die linke Mehrheit der SPD tritt nicht offen für sowjetische oder kommunistische Ziele ein. Kollaboration nennt man die versteckte Zusammenarbeit mit einer fremden Macht, die sich vor der Mehrheit der Bevölkerung, welche eine solche Zusammenarbeit ablehnt, tarnt. Eben diese Politik verfolgt die gegenwärtige sozialdemokratische Mehrheit in Berlin.«¹

Dies schreibt einige Monate vor der nächsten Bundestagswahl nicht etwa Heiner Geißler (CDU), der »schlimmste Hetzer seit Josef Goebbels«, sondern Gesine Schwan (SPD).

Zum Anlaß dieser Denunziation wird der Auszug von einigen Delegierten aus dem Landesparteitag der Berliner SPD am 20./21. Juni 1986 genommen, der nach einer verlorenen Abstimmung über einen Geschäftsordnungsantrag erfolgte. In diesem war erfolglos beantragt worden, den dritten Teil des vom Fachausschuß I »Berlin, Deutschland, Internationales« beim Landesvorstand der Berliner SPD vorgelegten Antrags »Für eine neue Stufe der Entspannungspolitik und eine Europäische Friedensordnung« ein weiteres Mal in einer Kommission beraten zu lassen. Umstritten war in der Sache lediglich, wie eine sozialdemokratische Politik der Sicherheitspartnerschaft mit dem Osten als Ergänzung des Bündnisses im Westen im einzelnen ausgestaltet werden sollte. Konkrete Alternativen zum dritten Teil des Antrags wurden nicht aufgezeigt, alle Änderungswünsche liefen darauf hinaus, den Antrag weniger präzise zu formulieren. Von einer Kollaboration mit Moskau war weder im Antrag noch in der Auseinandersetzung die Rede. Diese Denunziation wird denn auch von Gesine Schwan (SPD) nicht mit Zitaten aus dem Antrag belegt. Sie zitiert zwar alle möglichen Quellen, immer nach dem Strickmuster, wer mit Kommunisten diskutiert, ist selber Kommunist, aber nur ein einziges Mal aus dem attackierten Antrag. Dieses Zitat ist dann auch noch erfunden. Gesine Schwan (SPD) schreibt von der »Versöhnung mit dem Umland« und lügt dann frech weiter, »sprich: langfristig der Anschluß [von Berlin [West]; Anm. d. Verf.] an die DDR«. Im Antrag ist statt dessen von der Absicht die Rede, den trennenden Charakter auch der Berlin (West) umgebenden Grenzen zu überwinden. »Erst die Herstellung all der vielfältigen Beziehungen, die jede große Stadt mit ihrem Umland verbinden, kann für Berlin (West) Normalität« herstellen.² Dieser Umgang mit dem Antrag ist nicht Zufall, sondern Absicht. Ohne auf den Inhalt einzugehen, zur Not einen ganz anderen als den tatsächlichen Inhalt erfindend, soll hier der CDU für den Wahlkampf Munition geliefert werden.

Bereits in der Kontroverse um die erste Phase der sozialdemokratischen Entspannungspolitik eingangs der 70er Jahre fanden sich am äußersten rechten Rand der SPD Mitglieder, die als fünfte Kolonne der CDU und CSU gegen die eigene Partei arbeiteten. Mittlerweile paßt sich zumindest die CDU, vom Erfolg der sozialdemokratischen Ostpolitik für die Menschen gezwungen, zwar langsam und spät, mehr und mehr der lange entschieden bekämpften sozialdemokratischen Ostpolitik an. Sie vollzieht damit eine Wandlung, welche mit der sozialdemokratischen Anpassung an die von der CDU betriebene Westintegration ausgangs der 50er und eingangs der 60er Jahre verglichen werden kann. Lediglich ei-

ne »Stahlhelm«-Fraktion in der CDU behindert noch deren Anpassung an die Realitäten. Dieser nun dienen sich einige wenige Mitglieder der SPD als fünfte Kolonne an. Wieder einmal werden Dolchstoßlegenden in Umlauf gebracht. Gesine Schwan (SPD) hat denn auch eine These anzubieten, mit der erklärt werden soll, wie die vermeintliche Kollaboration mit Moskau ins Werk gesetzt und der Ausverkauf des Vaterlandes vorbereitet worden ist.

»Die in Berlin kandidierende kommunistische SEW hat bei freien Wahlen keine Chance. Sie ist daher seit Jahren dazu übergegangen, in verschiedenen Berliner Organisationen, die bei der Bevölkerung Kredit haben; der SPD, der FDP, der AL, den Gewerkschaften, den diversen Friedensgruppen — mit einem Stamm zuverlässiger Kader eine Kommunikationsstruktur aufzubauen, die politische Leitlinien, Losungen und Aktionen koordiniert, und zwar so, daß einerseits die Eigenständigkeit der Organisationen nach außen betont wird, daß aber andererseits auf den Feldern, wo dies wesentlich und möglich ist, die politischen Optionen Schritt für Schritt so beeinflußt werden, daß das Hauptziel der Kommunisten erreicht wird: eine emotionale Abwendung von den USA und eine vertrauensvolle Zuwendung zur Sowjetunion.«³

Diese analytische Spitzenleistung erinnert schon an die Weisen von Zion. Man kann es auch einfacher sagen: Wer über Entspannung nachdenkt, wird von Kommunisten gesteuert. Mittlerweile ist die Denunziation im Gewande der Wissenschaft noch etwas plumper geworden. Die *Welt am Sonntag* kann mit Manfred Wilke ein weiteres politisch wie intellektuell marginales Mitglied der SPD anbieten, das in der fünften Kolonne mithilft. Dieses Mitglied erklärt die SPD sogar zur »russischen Partei«.⁴ Willy Brandts Ostpolitik wird als »geopolitische Orientierung auf die russischen Großmachtinteressen« denunziert. Es fehlt jetzt eigentlich nur noch das Mitglied der SPD, das in der BILD-Zeitung fordert: »Brandt an die Wand«. Dann erst dürfte die deutschnationale Hetze dieser fünften Kolonne der »Stahlhelm«-Fraktion den Gipfel erreicht haben.

Wie der Berliner Antrag tatsächlich entstand

In Wirklichkeit ist der von deutschnationaler Seite so infam attackierte Antrag natürlich in keinem kommunistischen Zentralkomitee ausgearbeitet worden, sondern in dreivierteljähriger intensiver Diskussion im Fachausschuß I, einem gut 30 Mitglieder starken, vom Landesvorstand der Berliner SPD berufenen Gremium, dem außer allen einschlägig tätigen Abgeordneten der Berliner Partei weitere fachlich kompetente Genossinnen und Genossen angehören. Der Fachausschuß hatte bereits vor einiger Zeit ein Papier (»Deutschlandpolitik auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung«) vorgelegt, welches sich mit den Perspektiven sozialdemokratischer Entspannungspolitik beschäftigte.⁵ Daran anknüpfend begann im vorigen Jahr die Arbeit an einem neuen Antrag. Aus eigener Erfahrung im Fachausschuß muß ich hervorheben, daß alle Strömungen intensiv um einen Konsens bemüht waren. Sowohl Gerd Heimann u.a. als Exponenten einer sehr prononcierten Position⁶ als auch demgegenüber eher kritisch eingestellte Mitglieder wie Dietrich Stobbe, Gerd Löffler u.a. waren fast immer bereit, in der Diskussion zum konsensualen Resultat zu finden. Lediglich am Anfang, als es um die Frage ging, ob ein Entwurf des SPD-Kreisess Spandau vom 6./7. Dezember 1985 zur Grundlage gemacht werden sollte, kam es zu einer merkwürdigen Allianz gut informierter Genossen mit der *Welt am Sonntag*. Dort war am 26. Januar 1986 zu lesen: »SPD: Spandauer 'Unfug' soll korrigiert werden.«⁷ Zu diesem Zeitpunkt hatte der Fachausschuß schon beschlossen, einen neuen Antrag zu formulieren. Am Ende blieben nur zwei Punkte strittig: Zum einen die geforderte Frist von

nur sechs Monaten für den Abzug der Pershing II und Cruise Missiles nach einem sozialdemokratischen Wahlsieg. Hier verabschiedete der Landesparteitag einen Kompromiß, in dem unverzügliche Verhandlungen gefordert werden. Zum anderen gab es inhaltlich nicht ausgewiesene Bedenken gegen das stark in militärische Details gehende Konzept defensiver Verteidigung. Die Kontroverse auf dem Landesparteitag über die Frage, ob dieser Antragsteil über die Sicherheitspartnerschaft so als Berliner Beitrag in die Diskussion des Bundesparteitags gehen sollte, oder ob zuvor nochmals eine Kommission darüber beraten solle, führte zu dem für die Partei schädlichen Auszug einiger Delegierter. Führende Vertreter dieser Minderheit wie Dietrich Stobbe erklärten zwischenzeitlich, daß auch sie 95% des Antrages mittrügen, was auch nicht verwundern kann, da nicht wenige Formulierungen von ihnen stammen. Ohnehin hatte der Landesparteitag die beiden ersten Teile des Antrags nahezu einstimmig verabschiedet.

Was der Berliner Antrag tatsächlich enthält

Jürgen Egert, Landesvorsitzender der Berliner SPD, hat in der jenseits der Inhalte geführten Kampagne auf die drei zentralen Elemente der vorgeschlagenen neuen Phase der Entspannungspolitik hingewiesen, die beitragen sollen, den Frieden sicherer zu machen und die Teilung des Kontinents zu überwinden⁸: Erstens gilt es, bestehende Grenzen und Staaten in Europa nicht anzutasten, wohl aber den trennenden Charakter von Grenzen zu überwinden. Zweitens soll ein Netz von Beziehungen zwischen Ost und West in Europa geschaffen werden. Drittens soll Sicherheitspartnerschaft nach Osten die Bündnispartnerschaft mit dem Westen ergänzen. Im Berliner Antrag wird all dies näher ausgeführt:

»1. Die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen. — Das Deutsche Reich ist politisch in der Niederlage Hitlerdeutschlands untergegangen. Stabilität und gegenseitiges Vertrauen erfordern zwingend, selbst bei Abschluß eines Friedensvertrages, Staaten und Grenzen, wie sie nach 1945 entstanden sind, nicht mehr in Frage zu stellen. Insofern entfallen die Ostverträge eine politische Bindungswirkung, die über ihre völkerrechtliche Bindung noch hinausgeht. Nur ein in endgültig gesicherten Grenzen lebendes Polen kann seine äußere und innere Unabhängigkeit finden. Ihrer besonderen Verantwortung für den Frieden können die beiden deutschen Staaten nur gerecht werden, wenn sie ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen, sondern sich als gleichberechtigte Staaten deutscher Nation behandeln. Ob die beiden deutschen Staaten in Zukunft wieder enger zueinander finden, ist keine Frage des Staats- oder Völkerrechts, sondern der gesellschaftspolitischen Entwicklung in beiden Staaten und der Gewährleistung stabiler Sicherheit für alle europäischen Partner.«⁹

Wer dies anders sieht, muß sich fragen lassen, welchen Weg er statt dessen anbietet. Einen anderen Weg schlug das damalige Mitglied der CDU, Thomas Finke, bekanntlich am 25. Januar 1985 in seinem Artikel »Nachdenken über Deutschland« im *Schlesier*, dem Organ der Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien, vor. Er hielt den Durchmarsch der Bundeswehr durch die DDR, Polen und die CSSR nach Ostpreußen, Memelland und Karpatho-Ukraine für möglich, und zwar ohne Dritten Weltkrieg.¹⁰ Solche Positionen sind auch in der CDU umstritten. Eine völlig andere, realistischere Position vertritt beispielsweise Volker Rühle, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, von dem die Formulierung der politischen Bindungswirkung ursprünglich stammt. Auch ansonsten formuliert der Berliner Antrag hier nur die Realitäten und dürfte weit über die sozialdemokratischen Reihen hinaus bei allen, die nicht zur »Stahlhelm«-Fraktion zählen, auf Zustimmung rechnen können:

»2. Ein immer dichter werdendes Netz von Beziehungen und gegenseitig ausgewogenen Abhängigkeiten zwischen West- und Osteuropa durch partnerschaftliche Zusammenarbeit. — Das Verhältnis zwischen den beiden großen politisch-wirtschaftlichen Ordnungssystemen in Europa, der Europäischen Gemeinschaft (EG) und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), muß als Rahmen geregelt werden, der die Beziehungen zwischen den beiden Wirtschaftsgemeinschaften entwickelt und bilaterale Beziehungen zwischen einzelnen Staaten nicht behindert, sondern entfalten hilft. Die deutsch-deutsche Zusammenarbeit, die aus Gründen der Geographie und wegen der gemeinsamen Geschichte, Sprache und Kultur besonders eng sein wird, muß in einen solchen europäischen Gesamtzusammenhang eingeordnet werden. Die beiden Teile Berlins bieten sich in idealer Weise als Sitz für die Institutionen an, die zur Förderung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Kooperation zwischen West- und Osteuropa notwendig werden.«¹¹

Die seit kurzem bestehenden Kontakte zwischen RGW und EG sind kein Geheimnis und die Forderung des Antrags ist so allgemein gehalten, daß hierüber wohl kaum Streit möglich ist. Zur deutsch-deutschen Zusammenarbeit folgt eine Fülle von Forderungen, die zumindest diskussionswürdig sind: Von der Erleichterung des Besuchsverkehrs über die Eisenbahnverbindung in die Bundesrepublik, bei der auch durch die Streckenführung ein Zeitgewinn erreicht wird, die Einrichtung einer deutsch-deutschen Schulbuchkommission, die Gründung eines gemeinsamen Instituts beider deutscher Staaten in Berlin, das die Sicherung des Friedens durch Erforschung von Kriegsursachen fördert, reicht der Katalog. In diesem Rahmen wird auf die Geraer Forderungen Erich Honeckers betreffend Staatsbürgerschaft, Elbegrenze und Erfassungsstelle differenziert eingegangen. Schließlich wird auch die Interfunktion Berlins in der Entspannungspolitik als neue und zukunftsweisende Funktion der Stadt hervorgehoben:

»Berlin (West) ist inzwischen auf der Basis seiner Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland eine kulturelle, wirtschaftliche und dienstleistende Metropole mit eigenständigem Profil. Die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen seit Abschluß des Grundlagenvertrages hat Berlin (West) auf der Basis des Viermächteabkommens, eine Rolle zugewiesen, in der eine europäische, blockübergreifende Dynamik liegt, die allerdings bisher nur in Ansätzen ausgeschöpft ist. Die Mehrzahl aller mit der DDR getroffenen Vereinbarungen und Verträge bezieht sich auf Berlin (West). Berlin (West) ist damit schon heute einer der wichtigsten realen Verbindungsfaktoren zwischen den beiden deutschen Staaten und daher auch zwangsläufig zwischen den beiden politisch-ideologischen Ordnungssystemen Europas. Der allein aus der Existenz von Berlin (West) folgende Zwang zum *modus vivendi* verhindert, daß das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zu einem Nicht- oder gar Unverhältnis wie in Korea werden kann. Die hier beschriebene Rolle wird Berlin (West) erst dann wirklich spielen können, wenn der trennende Charakter der Berlin (West) umgebenden Grenzen überwunden sein wird.«¹²

Der Antrag geht jedoch nicht nur auf die Funktion von Berlin (West) nach außen ein, er äußert sich auch erfreulich kritisch zur Situation im Inneren und fordert für die Einwohner von Berlin (West) von den drei Mächten bislang vorenthaltene Grundrechte:

»Die Sicherung der Freiheit von Berlin (West) ist die eigentliche Legitimation für den besatzungsrechtlichen Status der Stadt. In dieser Funktion liegt aber zugleich eine Begrenzung der Handhabung der aus dem Status abgeleiteten Rechte der ehemaligen Siegermächte. Die Handhabung bedarf deshalb einer den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verpflichteten Selbstbindung der drei Mächte, die die Rechte der Gebietskörperschaft Berlin und seiner Bürger im Verhältnis zu anderen Ländern der Bundesrepublik um keinen Handbreit weiter einschränkt, als durch die Gewährleistung der äußeren Sicherheit zwingend geboten ist.«¹³

Als Mindestforderungen formuliert der Antrag u.a., daß geltendes Alliiertes Recht nach einer gründlichen Rechtsbereinigung vollständig in deutscher Sprache neu veröffentlicht

wird, daß den Bürgern bei Verletzung ihrer subjektiven Rechte ein gesetzlicher Richter in Berlin gewährleistet wird oder daß die Überwachung des Post-, Telefon- und Telegrafenvverkehrs einer rechtsstaatlichen Kontrolle unterworfen werden soll. Wer diese Forderungen nicht unterstützt, hat ein gestörtes Verhältnis zur Rechtsstaatlichkeit und zur Demokratie. Wenngleich dem im Antrag geforderten Netz von Beziehungen zwischen Ost und West in Europa prinzipiell zuzustimmen ist, bleibt doch kritisch anzumerken, daß die ökonomische Dimension hier einmal mehr vage beschrieben wird. Hier ist in der zukünftigen Diskussion noch viel zu leisten. Erfreulicherweise hat das Nachdenken darüber in der Bundestagsfraktion der SPD schon begonnen.¹⁴ Dieses Nachdenken zielt übrigens keineswegs, wie Dietrich Stobbe mutmaßt¹⁵, darauf ab, eine europäische Mitte jenseits beider Blöcke zu reorganisieren. Vielmehr geht es darum, blockübergreifend, keineswegs blocknegierend, zur Kooperation zu kommen.¹⁶

»3. Eine Politik der Sicherheitspartnerschaft, die neben den eigenen Sicherheitsinteressen auch die der jeweils anderen Seite berücksichtigt und auf längere Sicht die beiden großen Militärbündnisse, die NATO und die Warschauer Vertragsorganisation, überflüssig macht. Auf absehbare Zeit bleibt jedoch die Bündnispartnerschaft im Westen konstitutives Element der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik. Jedenfalls solange die UdSSR eine hochgerüstete Supermacht in Europa ist, bedürfen wir der Verbindung mit dem militärischen Gegengewicht der USA. Die Bundesrepublik findet das für sie erreichbare Maß an Sicherheit nur mit ihren Partnern und nur dann, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen innerhalb des Bündnisses definieren, einbringen und durchsetzen kann.

Sicherheitspartnerschaft bedeutet vor allem, daß die nukleare Abschreckung überwunden und auf eine konfrontative Politik der Stärke, der Überlegenheit und der sich ständig steigenden Hochrüstung verzichtet wird. Eine wirkliche Abrüstung wird erst möglich werden, wenn anstelle der gegenseitigen Bedrohung eine hinreichende und glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit durch Umrüstung auf strikt defensive Verteidigung tritt. Eine NATO-Doktrin, die auf den frühen oder gar auf den Ersteinsatz von Atomwaffen nicht verzichten zu können glaubt, ist unglaubwürdig und nicht akzeptabel, weil sie im Ernstfall vernichten würde, was sie zu schützen vorgibt. Alle Waffen, die die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht erhöhen, sondern gefährden, sind abzuziehen; das gilt insbesondere für die neuen Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles. Darüber hinaus sind in Europa von Atom- und Chemiewaffen freie Zonen zu errichten. Langfristig wird ein vertraglich verankertes und von den Weltmächten garantiertes System kollektiver Sicherheit in Europa angestrebt.«¹⁷

Im Antrag werden dann im einzelnen rationale Gründe gegen die derzeitige Strategie der Flexible Response genannt, mit der nicht die Verteidigungsinteressen der Bundesrepublik, sondern die Weltmachtinteressen der USA verwirklicht werden können, nämlich durch regionale Begrenzung von Konfliktrisiken die weltpolitische Handlungsfähigkeit der USA wiederherzustellen. Es wird der Hinweis des langjährigen Verteidigungsministers der USA, Robert McNamara, in Erinnerung gerufen, der bereits im Oktober 1983 feststellte: »Worüber sich die Westdeutschen klar werden müssen, das ist, daß ihr Kulturkreis völlig verwüstet werden wird, wenn sie sich weiterhin an die NATO-Strategie halten.« Für die »Stahlhelm«-Fraktion und ihre fünfte Kolonne dürfte Robert McNamara dann wohl auch als Antiamerikaner gelten. In Wirklichkeit ist die im Antrag geübte Kritik an einer bestimmten Administration der USA und ihrer Politik keineswegs Antiamerikanismus, sondern notwendige, überlebensnotwendige Wahrnehmung deutscher Interessen. Dies muß derzeit leider von der SPD aus der Opposition heraus geleistet werden, da die gegenwärtige Bundesregierung anscheinend auf jeden ernsthaften Versuch verzichtet, deutsche Interessen auch dann zu vertreten, wenn sie einer bestimmten amerikanischen Administration nicht genehm sind.

»Die Konfrontation der beiden Weltmächte hat nicht nur zu Spannungen zwischen ihnen, sondern auch zu Spannungen mit ihren Bündnispartnern geführt: offen ausgetragen in der westlichen Allianz, versteckt, aber nachweisbar in der Warschauer Vertragsorganisation. Solange die Vereinigten Staaten eine Politik der Stärke und Überlegenheit betreiben, müssen ihre europäischen Verbündeten, voran die Bundesrepublik Deutschland, die Entspannungspolitik notfalls bis zum Konflikt im Bündnis verteidigen und vertreten. Das ist der Kern dessen, was die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die 'Selbstbehauptung Europas' genannt hat.«¹⁸

Diese Einsicht gehört erfreulicherweise zu den vom Berliner Landesparteitag einmütig verabschiedeten Teilen des Antrags, mögen auch einzelne Elemente des vorgeschlagenen Konzepts der Sicherheitspartnerschaft noch strittig sein. Der sozialdemokratische Konsens über die Entspannungspolitik ist demnach auch in Berlin weiterhin intakt. Lediglich die Frage, wie die militärische Dimension der Entspannungspolitik zu gestalten ist, stößt auf Vorbehalte einer Minderheit von Funktionären.

Konsequenzen aus der Kontroverse um den Berliner Antrag

Ungeachtet aller Angriffe der »Stahlhelm«-Fraktion und ihrer fünften Kolonne gilt es für all die Sozialdemokraten, welche die Kontinuität der Entspannungspolitik im Interesse der Menschen, gerade auch in Berlin und Deutschland, sichern wollen — und dazu gehört sicher auch die übergroße Mehrzahl der Minderheit, die den Landesparteitag zeitweilig verließ — zwei Aufgaben zu lösen: Zunächst muß das Konzept für eine zweite Phase der Entspannung in solidarischer Diskussion weiter entwickelt, die militärische Dimension einbezogen werden. Bei nüchterner Betrachtung ist nicht einzusehen, warum nicht auf der Grundlage der geltenden Bundesparteitagsbeschlüsse hierzu ein Konzept *struktureller Nichtangriffsfähigkeit* und strikt defensiver Verteidigung erarbeitet werden kann, das breiteste Mehrheiten in der Sozialdemokratie findet. Außerdem muß die ökonomische Dimension stärker als bisher einbezogen werden. Ein diffuses Wohlwollen und vage Absichtserklärungen für einen stärkeren Handel zwischen Ost und West reichen nicht aus. Schließlich gilt es, die Entspannungspolitik in Partei und Gesellschaft stärker argumentativ zu vermitteln. Dies ist auch für die erste Phase der Entspannung und ihre Erfolge nur ansatzweise geschehen. Zu rasch haben nach der intensiven Debatte eingangs der 70er Jahre andere Themen dieses überlagert. Insbesondere in Berlin, wo besondere historische Erfahrungen aus dem Kalten Krieg noch sehr lebendig sind, liegt hier noch eine große Aufgabe. Dabei ist auch zu verdeutlichen, daß die Entspannungspolitik in Deutschland erst begann, als sie zwischen den beiden Weltmächten längst in Gang gekommen war und sich in Deutschland mit dem 13. August 1961 zeigte, daß die Politik der Stärke zu Lasten der Menschen sich als gescheitert erwies. Die in Deutschland verspätet begonnene Entspannungspolitik muß im Interesse der Menschen durch den seit einigen Jahren unverkennbaren zweiten Kalten Krieg zwischen den Weltmächten gerettet werden. Dafür sind auch Mehrheiten zu bilden. Bereits gegen die erste Phase der Entspannungspolitik hat sich die deutschnationale Hetze einmal als wirkungslos erwiesen: Die Bundestagswahl 1972 erbrachte ein deutliches Votum der Wähler für die im Konflikt mit den ewig Gestrigen verfochtene Entspannungspolitik. Wer die Resultate der ersten Phase der Entspannung nicht verspielen will, muß für eine zweite Phase der Entspannung eintreten. Alles andere wäre der Bruch der deutschen Sozialdemokratie mit ihrer Geschichte.

Anmerkungen

- 1 Gesine Schwan: Steht die Berliner SPD vor einem Bruch mit ihrer Geschichte? In: *Der Tagespiegel*, Berlin (West), 29.6.86, S.3.
- 2 Antrag der Berliner SPD zur Sicherheits-, Deutschland- und Berlin-Politik, verabschiedet auf dem Landesparteitag vom 20./21.6.86, S.17.
- 3 Gesine Schwan, a.a.O.
- 4 Manfred Wilke: Entspannungspolitik bis zum Konflikt im Bündnis. In: *Welt am Sonntag*, Bonn 13.7.86.
- 5 Landesvorstand SPD Berlin, Ständiger Ausschuß I (Hrsg.): Deutschlandpolitik auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung, o.O. u. J.
- 6 Vgl. z.B Gerd Heimann: Auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung. In: *spw* 28, Berlin (West), 8.Jg., 9/85, S.276-282.
- 7 »SPD: Spandauer 'Unfug' soll korrigiert werden.« In: *Welt am Sonntag*, Bonn, 26.1.86.
- 8 Jürgen Egert: Für eine zweite Phase der Entspannungspolitik. In: *Der Tagesspiegel*, Berlin (West), 13.7.86, S.3.
- 9 Antrag »Für eine neue Stufe der Entspannungspolitik und eine europäische Friedensordnung« (im folgenden zitiert: Berliner Antrag), S.2.
- 10 Vgl. Thomas Finke: Nachdenken über Deutschland. In: *Der Schlesier*, 37.Jg., Nr. 4/5, Recklinghausen, 25.1.85, S.2.
- 11 Berliner Antrag, a.a.O., S.2f.
- 12 Berliner Antrag, a.a.O., S.16f.
- 13 Berliner Antrag, a.a.O., S.18.
- 14 Vgl. Michael Müller, Hans Ulrich Klose, Gerd Heimann: Neuordnung des sowjetischen Wirtschaftssystems und Chancen für eine zweite Stufe der Ostpolitik (=Materialien, hrsg. vom Vorstand der SPD), Bonn 1986.
- 15 Vgl. Dietrich Stobbe: Der Traum von der »Wiederherstellung der Europäischen Mitte«. In: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Bonn, H. 7/86, S.586ff.
- 16 Gerhard Heimann: Die europäische Mitte und die Zukunft Berlins, a.a.O., S.590ff.
- 17 Berliner Antrag, a.a.O., S.3f.
- 18 Berliner Antrag, a.a.O., S.5.

Jürgen Blume

Lexikon der Meinungen oder wissenschaftliches Handbuch?

Anmerkungen zu einem sozialdemokratischen »Lexikon des Sozialismus«*

Die sozialdemokratische Presse war voll des Lobes: »So kompakt und auf der Höhe der Zeit werden Geschichte und Gegenwart des demokratischen Sozialismus auf lange anderswo nicht verfügbar sein.« (SM-Magazin 7/86, S.34) »... dieser Band, der es absolut verdient hat, in viele Hände zu kommen.« (Vorwärts 18/86, 45). Und Rainer Diehl meint sogar, daß sich eine Kritik erübrige: »Alle kritischen Anmerkungen werden schon durch die Tatsache relativiert, daß es endlich überhaupt ein solches 'Lexikon des Sozialismus' gibt — noch dazu auf so hohem Niveau, sowohl was seinen wissenschaftlichen Anspruch als auch was seine Allgemeinverständlichkeit betrifft.« (Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 6/86, S.573)

Die Behauptung allein sollte uns nicht reichen, deshalb habe ich mich an eine kritische Lektüre gemacht. Der Anspruch der Herausgeber ist nicht eben gering: soll es sich doch um ein Lexikon *des* Sozialismus handeln, oder mit dem Vorwort: »Für die Auswahl der Stichwörter wurde 'Sozialismus' im breitesten Sinne der tatsächlichen politischen und wissenschaftlichen Verwendung des Wortes heute verstanden.« (S.5) Einzige Einschränkung: Das Projekt will sich in der »Perspektive des Demokratischen Sozialismus« (ebd.) verstanden wissen.

Diese Perspektive ist, was die politische Bandbreite der Autorennamen betrifft, nicht einschränkend gewesen: Von Günter Verheugen bis Jörg Huffschmid reicht das Spektrum. Wissenschaftler von Altwater bis Timmermann sind beteiligt. Die SPD-Politik ist von Willy Brandt bis Erhard Eppler vertreten. Die Autorennamen verweisen aber schon auf den ersten Pferdefuß des Unternehmens: Man hat das Gefühl, daß die Namen (ein buntes Konglomerat aus Politik *und* Wissenschaft) eine sinnvolle Konzeption des Lexikons ersetzt haben. So ist die Art und Qualität der Beiträge recht unterschiedlich. Sie reicht von genauen Analysen (wie z.B. Timmermann zu *Dritter Weg* und v. Oertzen zu *Sozialismus*) bis zu tagespolitischen *Parteitagsreden* wie Willy Brandts Beitrag zu *Demokratischer Sozialismus*, der die Geschichte der Arbeiterbewegung vor und seit 1959 in der Perspektive und im Ausgang von »Godesberg« anordnet, damit zwar viel darüber aussagt, wie Brandt die Geschichte gerne hätte, die Differenzierungen und Auseinandersetzungen aber vergißt. So wird Rosa Luxemburg zwar erwähnt, aber auch nur als Argument gegen Leninschen Zentralismus. Über die Auseinandersetzungen der »demokratischen Sozialisten« Rosa Luxemburg mit z.B. dem »demokratischen Sozialisten« Friedrich Ebert erfährt man nichts. Andere historische Strömungen eines Demokratischen Sozialismus, die nicht in die Brandtsche Perspektive passen, fallen ganz unter den Tisch.

Anders der Beitrag *Dritter Weg*: Differenziert werden die verschiedenen Konzeptionen von der sozialdemokratischen bis zur eurokommunistischen Variante referiert und auch die jüngsten Diskussionen um eine Eurolinke nicht vergessen. Ein solider Beitrag mit dessen Literaturverzeichnis man auch arbeiten kann, was in diesem Lexikon nicht selbstverständlich ist: Bei einer großen Anzahl von Artikeln fehlt es überhaupt, bei vielen ist es

* Lexikon des Sozialismus. Hrsg. v. Th. Meyer, K.-H. Klär, S. Miller, K. Novy, Heinz Timmermann. Bund-Verlag 1986 Köln, 776 Seiten, 112,- DM

lückenhaft. Ein Manko, das die eigenständige Arbeit mit dem Lexikon, mithin eine kritische Auseinandersetzung erschwert.

Ein anderes Hindernis bei der kritischen Aneignung ist der sich durch viele Artikel ziehende *Definitionsdiskurs*. So wird zum Stichwort *Diktatur des Proletariats* lediglich eine Interpretation einer Problematik des Begriffs bei Marx vorgestellt. Neue Problematiken werden so zu reinen »Präzisierungen des [Hervor.d.Verf.] Konzepts« (S.131). Was hingegen ein kritisches Lexikon hätte leisten können, macht ein Blick ins *Kritische Wörterbuch des Marxismus* (KWM, Argument Verlag, West-Berlin 1983ff.) deutlich. Der Beitrag Balibars zum selben Stichwort versucht auf zehn Seiten, den verschiedenen Problematiken schon bei Marx und Engels nachzuspüren. Von einem einheitlichen Begriff könnte man nach Lektüre dieses KWM-Artikels kaum noch sprechen.

Die fehlenden Kriterien für das Abfassen der Artikel werden auch deutlich, wenn an einigen Stellen der schlichte Alltagsverstand durchschlägt, wie z.B. unter dem Stichwort *Sozialdemokratie*: »Das Adjektiv 'sozialdemokratisch' zeigt im allgemeinen eine gemäßigte Richtung an als das Adjektiv 'sozialistisch', was bei Parteispaltungen zum Ausdruck kommt.« (S.551) August Bebel hätte uns ausgelacht. Daß die *austromarxistische* Sozialdemokratie sich erst 1945 in *Sozialistische Arbeiterpartei Österreichs* umbenannte, sei nur am Rande vermerkt.

Von einem Lexikon des Sozialismus kann in vielen Beiträgen, was sowohl die Wissenschaftlichkeit als auch das »über-den-sozialdemokratischen-Tellerrand-blicken« betrifft, kaum die Rede sein. Wäre zu prüfen, wie weit der Pluralismus innerhalb der Sozialdemokratie reicht. Hier ist zunächst auffällig, daß die Begriffe *Reformismus/Revisionismus* (Horst Heimann) und *Antirevisionismus* (Michael Scholing) quasi Eigendarstellungen der Richtungen sind, während *Stamokap* und *Antimonopolistisches Bündnis* »von außen« dargestellt werden. Kommt der *Stamokap*-Artikel noch sachlichen Kriterien nach, referiert und ermöglicht kritische Auseinandersetzung, ist *Antimonopolistisches Bündnis* eine Zumutung: Der Begriff degeneriert zu einer DKP-Verrücktheit, Diskussionen wie in der KPF (Boccaro) oder bei den westdeutschen Jusos kommen nicht vor, und die Grundbedingung, um sich selbst auseinanderzusetzen zu können, wird nicht erfüllt: ein Literaturverzeichnis fehlt. Schlicht schlampig ist das Stichwort *Jungsozialisten*. Im Textteil werden die verschiedenen Strömungen mit ihren Zeitschriften referiert, *spw* aber vergessen. Umgekehrt werden im Literaturverzeichnis als einzige programmatische Selbstdarstellung die *Herforder Thesen* angeführt.

Der Streit in der Sozialdemokratie wird durch redaktionelle Vorentscheidungen und wissenschaftliche Ungenauigkeit für den Leser kaum nachvollziehbar, als Lexikon des Sozialismus kommt es wegen Konzeptionslosigkeit und fehlender Anforderungen an die Artikelqualität (siehe oben) kaum in Betracht. Bleibt noch eine Lektüre, nämlich die Artikel als Dokumente für das Problembewußtsein der heutigen Sozialdemokratie zu lesen. Wie werden die großen Menschheitsfragen von heute behandelt?

Frauen. — Zunächst: Das Stichwort *Feminismus* fehlt. Daß dies nicht zufällig ist, wird bei der Lektüre des Artikels zu diesem Problemfeld (*Frauenemanzipationsbewegung*) deutlich. Hier wird Feminismus als »soziale Utopie für Männer und Frauen« (S.181) ökonomistisch definiert und auch in der Formulierung, »die in der sozialistischen Theorie selbstverständliche [Hervorh.d.Verf.] Koppelung von Sozialismus und Frauenbefreiung« (S.179), wird eher der Wunsch der Autorin als die reale Problematik deutlich. Was der Artikel leistet, ist also die Vorstellung eines Teils der Frauenbewegung, so daß das Fehlen solch wichtiger Autorinnen wie Kate Millett und Simone de Beauvoir auch nicht mehr

überraschen kann. Der zweite Frauenartikel (*Frauen und SPD*) liest sich eher als ein Namensregister der sozialdemokratischen Frauen, die Kämpfe und inhaltlichen Auseinandersetzungen werden an den Rand gedrängt.

Ökologie. — Auch hier sind die Begriffe symptomatisch: Der Begriff *Ökologie*, der es ermöglicht hätte, sich auf den Standpunkt des historisch-sozialen Verhältnisses von Mensch und Natur zu stellen, den Menschen als einen Teil der Natur zu begreifen und die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Lebewesen und belebter und unbelebter Natur zum Gegenstand zu machen, fehlt. Statt dessen gibt es *Umweltpolitik*, wird also das Problem um den Menschen zentriert, denn nur von ihm aus ist es sinnvoll, von Umwelt zu sprechen, und damit schon von der Problemanordnung eine angemessene Beschäftigung verbaut. Mit dem Zusatz »-politik« wird zudem eine zuerst zu analysierende Grundfrage vorschnell in das Problem *politischen* Handelns in staatsförmigen Gesellschaften verwandelt. Auffällig ist, daß der Autor des entsprechenden Artikels dieses Problem selbst artikuliert, sich dies aber nicht in der Gesamtkonzeption des Lexikons niederschlug. Im folgenden bedeutet die »Gesamtperspektive Demokratischer Sozialismus« »spontanes Denken in Ware-Tausch-Kategorien«: »Der Ausgangspunkt ist die Überlegung, daß der Umweltschutz für alle handelnden Subjekte *billiger* [Hervorh. d. Verf.] sein muß, als die Umweltverschmutzung.« (S.689) Den Anspruch einer sozialistischen Problemanordnung, wie ihn Willy Brandt in seiner Buchvorstellung durch *zeitliche* Verknüpfung des Projekts mit Karl Marx (»einer politischen Weltanschauung, die seit 140 Jahren existiert«; SM-Magazin, a.a.O., S.34) erhob, löst der Artikel kaum ein. Der pluralistische Charakter des Lexikons wird hier an dem anderen Artikel zu diesem Feld (*Ökosozialismus*) deutlich, der mit seinen Zielen »Vergesellschaftung der Produktionsmittel« und »Demokratisierung der Wirtschaft« (S.465) den oben vorzufindenden Denkrahmen durchaus sprengt.

Frieden. — Die wichtigen Artikel sind von *Egon Bahr* geschrieben. Sie sind gelungene Darstellungen von SPD-Friedenskonzeptionen und Kritik an NATO-Strategien. Auffällig ist jedoch der auf die sozialdemokratische Debatte verengte Horizont (Diskussionen außerhalb der SPD kommen kaum vor) und der enge Politikbegriff: Der Artikel *Friedenspolitik* hat den Gegenstand sozialdemokratische Friedenspolitik, die *Friedenspolitik* der Friedensbewegung wird in das Stichwort *Friedensbewegung* verbannt. Die einen sind für die notwendige Bewegung da, die anderen machen die Politik ...

Zum Abschluß soll ein für ein sozialistisches Lexikon wohl zentraler Begriff — *Arbeit* — gelesen und befragt werden, welche Blicke hier eine »Perspektive des demokratischen Sozialismus« ermöglicht. Der Artikel ist in seinem ersten Teil eine Bedeutungsgeschichte. Dann wird in zwei Richtungen differenziert: philosophische Anthropologie und Politische Ökonomie, wobei auch Marx mit zwei *Kapital*-Stellen (ohne Seitenangaben) kurz Erwähnung findet. Der Hauptteil bewegt sich im folgenden auf dem Feld der »Politischen Ökonomie«, wobei die Überschriften (»Arbeitsmarkt«, »Arbeitsvertrag«, »arbeitsmarktinterne Maßnahmen«, »arbeitsmarktexterne Lösungen«; S.34f.) schon begrifflich auf den Problemhorizont des Autors verweisen. Das Literaturverzeichnis ist daran anschließend ein anregendes Lektüreangebot von Hannah Arendt bis Max Weber; mit dem nicht entschuldbaren Mangel, daß *der* sozialistische Theoretiker zum Arbeitsbegriff, Karl Marx, fehlt. Dann doch lieber der *verengte* Zugriff eines marxistischen Lexikons wie das KWM (a.a.O., Bd.I, S.81ff.), wo schon im marxistischen Bereich ein breiteres Spektrum von Bedeutungsdimensionen (konkret/abstrakt, einfach/kompliziert, Maßstab und Substanz des Wertes, Arbeitsprozeß, Gesamtarbeiter) erschlossen wird als in unserem Lexikon *des* Sozialismus.

Monika Damm, Wieland Elfferding,
Christine Müller, Michael Stobbe und Jens Thurau

Die Diepgen-Formel zum politischen Erfolg*

Analyse eines neokonservativen Politikkonzepts

Daß der Wahlkampfeslogan »Berlin ist wieder da« auch heute noch ein Stück Berliner Realität bezeichnet, ist keine Neuigkeit. Spannender ist, wie das Konzept und die Perspektive der Diepgen-Politik aussehen, die an dieser »Stimmung« anknüpfen. Aus der politischen Praxis und den politischen Diskursen wollten wir dieses Konzept, mit dem West-Berlin für die Zukunft gerüstet werden soll, herausarbeiten.

Wir haben uns bei dieser Arbeit auf die Politikfelder beschränkt, die uns am wichtigsten erschienen. Ob und wie weitere Bereiche in die »Diepgen-Formel« passen, muß eine weitere Auseinandersetzung zeigen. Wir konnten auch nicht auf die Skandale des Diepgen-Senats eingehen. Dies nicht nur, weil es zu viele sind, sondern vielmehr, weil sie den Blick auf die Wirksamkeit des Konzepts verstellen. Diese Probleme, die quasi unter dem Bruchstrich der »Diepgen-Formel« stehen, legen leicht den Schluß nahe, daß es »ja eh' nicht klappt«, wodurch die Weichenstellungen verkannt werden, an denen Eingriffsmöglichkeiten bestehen, noch bevor der Zug abgefahren ist:

$$1 \text{ Diepgen} = \frac{\text{Europäische Metropole} + \text{Silicon Wedding} + \text{Alternative Vorzeigeprojekte}}{\text{Hausbesetzer} + \text{Antes}}$$

Die »europäische Metropole«

Im Wahlkampf 84/85 umriß die CDU die Konturen der neuen »Metropole Berlin«. Nachdem sich dieses optimistische Projekt durch die Wahl als zustimmungsfähig erwiesen hat, konnte Diepgen am 4. November 1985 in der Berliner Urania seine Vorstellungen zu »Berlin im Europa der Zukunft« ausbreiten. Der letzte Satz der Rede weist die Richtung:

»Berlin ist nicht die bemitleidenswerte Frontstadt zum ängstlichen Bestaunen, sondern exponierte Metropole im Herzen Europas mit Gestaltungskraft für die Zukunft Europas.« (29, nach Msk.)

Im »Wettstreit der Metropolen« (4) gilt es, die vorhandenen Standortvorteile Berlins auszubauen, damit sich die »Metropole Berlin« als »Ideengeber« und »Probierfeld« für »allgemeingültige Lösungen« (ebd.) in Europa durchsetzen kann. In diesem Zusammenhang gestaltet die Metropole Berlin aber nicht nur Europa mit, sondern erhält auch Gestaltungskraft im Kontext des Nord-Süd-Gegensatzes. Über Entwicklungshilfe-Organisationen und vor allem die Ausbildung an den Hochschulen Berlins sollen viele der zukünftigen »organischen Intellektuellen« der Dritten Welt ihre Kontakte und das nötige Know-How aus Berlin mitbringen.

Aber die »Metropole Berlin« soll noch mehr können: Sie soll auch die Einigung Europas tragen, ohne die nach Diepgen nichts geht. Das hört sich dann etwa so an: Europa ist der Kontinent der Städte, und in allen großen Städten gibt es ähnliche Probleme

* Eine Broschüre mit diesem Titel ging aus der gemeinsamen Arbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin hervor. Die Ergebnisse haben wir auf der Berliner Volksuni 1986 vorgetragen.

(Unregierbarkeit); denn die »Metropolen ziehen nicht nur die Kreativsten und Begabtesten an, sie sind der Sammelpunkt und der Brennspiegel immer auch für die negativen Erscheinungen einer Gesellschaft« (8). Als Anzeichen dafür werden »Straßenschlachten«, »Hausbesetzer«, »Krawalle«, »Kriminalität« und »grober Sozialdarwinismus« angeführt. In Berlin wurde inzwischen »im Geist der Toleranz und der Offenheit zu einem neuen Gemeinsinn« (8) gefunden, der die vielbeschworene »Unregierbarkeit der Metropolen« überwinden helfen konnte — »Berlin ist wieder da«.

Diese Berliner Lösungen sollen nun anderen Städten, wie Birmingham oder London, die noch »eine Krise durchzustehen haben« (10), als Beispiel dienen. Der sich über diese »optimismusstiftende Klammer« (3) ausbreitende neue Gemeinsinn der Metropolen, der ein Gefühl der Zusammengehörigkeit in Europa stiften soll, hat gleichzeitig die Aufgabe, die Einigung Europas voranzutreiben. Die Gemeinsamkeit der Städter soll die Grundlage der Gemeinsamkeit der Europäer abgeben.

In der europäischen Zukunft beansprucht die »Metropole Berlin« die »exponierte« Stellung einer »Gestaltungskraft« für den Weg in die neokonservative »Informationsgesellschaft«. Zu den Plänen dieser europäischen Zukunft gehört auch eine »operative Deutschlandpolitik«, die besonders gut von Berlin aus betrieben werden kann. Durch eine »stärkere Verflechtung zwischen Berlin und seinem Umfeld« soll die »Einheit im Kleinen«, d.h. in der Zusammenarbeit im wissenschaftlichen oder kulturellen Bereich, aber auch im Umweltschutz, zur »Überwindung der Trennung« beitragen (Diepgen 1984 in Wien: »Berlin — Rang und Aufgabe in Deutschland und Europa«).

Daß diese Großmachtträume der »europäischen Metropole«, die auch die »Hauptstadt Berlin« denkbar bleiben lassen, nicht nur ein theoretisches Konstrukt sind, sondern den Hintergrund der konkreten politischen Umbaumaßnahmen darstellen, die auch durch einen möglichen Regierungswechsel nicht so leicht rückgängig zu machen sind, läßt sich an der Politik der Berliner CDU ablesen.

Metropole sucht Mitte

Die Metropole braucht ein Zentrum. Jede Metropole hat eines. Der Kurfürstendamm fällt einem ein. Doch ist der ein »Zentrum«? Er ist das Schaufenster der kapitalistischen Warenvielfalt, aber seine Symbolik ist nicht die von »Zentrum«, »Metropole«, »Hauch von Kultur«. Außerdem: Eine Straße als »Mitte«? Dann die Gedächtniskirche, das geschlagene Berlin. Hohe Mieten, Fritten-Buden, Restaurantketten. Ein muffiges »Zentrum« für die neue High-Tech-Metropole Berlin.

Ein Zentrum, wie Berlin eines werden soll, braucht vielmehr eine »Bühne« für die Akteure, die sich hier nicht einfach nur treffen, sondern leben, arbeiten, essen, flanieren und ihre Freizeit verbringen. Zum Sehen und Gesehenwerden. — Das Terrain ist abgesteckt: Der Kemperplatz im Süden, der Spreebogen im Norden, der Reichstag im Osten, der Tiergarten im Westen: Die Berliner »Mitte«. In diesem Gebiet sollen Bauten entstehen, die ein »Zentrum« braucht. Ein »Deutsches Historisches Museum«, das Geschenk aus Bonn, dort, wo früher die Krolloper stand — vis à vis dem Reichstag. Fünf- bis sechshundert Wohnungen »für gehobene Ansprüche« mit Gastronomie und Freizeiteinrichtungen im Norden, Büros für Ärzte, Anwälte, Wirtschaftsberater. Die Akteure — vor Ort optimal betreut. Der Bau eines neuen Abgeordnetenhauses und eine neue Senatskanzlei sind hier geplant. Der Wissenschaftler trifft den Künstler von Rang auf der Straße, über die gerade der Regierende Bürgermeister flaniert. Die »Akademie der Wissenschaften zu Berlin«, das

Wissenschaftszentrum — alles in der Nähe und zu Fuß zu erreichen. Auch die TU ist nicht sehr weit weg. Wer doch mal ins »alte Zentrum« am Ku'damm will — eine Magnetbahn zum Gleisdreieck schafft die Verbindung. Leben, arbeiten, sich wohlfühlen: Die Akteure der »neuen Intelligenz« sollen ständig präsent sein und permanente Imagepflege für die Metropole leisten. Und auch wenn der gerade abgeschlossene Wettbewerb für die besten architektonischen Pläne zur Farce geriet, ist die Berliner »Mitte« keine tumbe Idee. Sie wird kostspielig realisiert.

Schwierig bleibt allerdings der Umgang mit der Geschichte dieses Gebietes, vor allem mit seiner Negativbestimmung durch das Zentrum der NS-Herrschaft. Der Versuch einer Aufarbeitung wird hier nicht unternommen, aber Geschichte wird auch nicht geleugnet. Man läßt sie im Raume stehen, vor allem auch, um ältere Bevölkerungskreise zu gewinnen, die die neue Fortschrittsgläubigkeit noch nicht so »geschluckt« haben. Also: Nichts gegen den freien Blick auf die Mauer, aufs (eingemauerte) Brandenburger Tor. Um alles abzurunden, kommen auch noch die Kritiker zu Wort: Die Gruppe »Mythos Berlin« ist ins Programm der 750-Jahr-Feier aufgenommen worden und plant auf dem Anhalter Bahnhof eine Ausstellung zur »Berliner Mitte«: »Das mögliche Zentrum bietet keinen Halt, es ist nicht fruchtbar. Es soll gezeigt werden, daß 'Mythos Berlin' die Unmöglichkeit der Metropole bedeutet.« Berlin — gespalten und nicht zur Metropole tauglich.

Die größte Schwierigkeit, die diesem »Zentrum-Konzept« entgegensteht, ist die Akzeptanz im »dezentralen« Berlin. Wo Spandau »den Rest der Welt« grüßt und Kreuzberg und Steglitz eigene Bürgerinitiativen haben, hat es die Metropole schwer. Die Politik setzt hier an zwei Punkten an: Zum einen wird der Wunsch nach »Nähe« und »Kiez« durch den Wiederaufbau historischer Elemente äußerlich erfüllt (z.B. im Rahmen der IBA), wobei einige Projekte (Wannesebahn) die Berliner wieder ins Zentrum locken. Zum anderen wird das Zentrum durch attraktive Veranstaltungen wieder selbst benutzbar gemacht (Hellers Feuertheater). Der Berliner wird eingeladen, »sein« Zentrum, seine »Mitte« zu bestaunen. »Wuselmitte«, Fußball vor dem Reichstag, 1.-Mai-Kundgebungen werden ersetzt durch Glanz und Gloria. Die Konzeption schafft eine äußerlich schöne »Metropole«, die aber nur für einen Bruchteil seiner Einwohner Nutzen bringt.

Vom Roten Wedding zum Silicon-Wedding

Wenn die neuen Konservativen über ihre Wirtschaftspolitik Bilanz ziehen, heißt es immer: alles prima, nur leider — die Arbeitslosigkeit. Und die liegt mit offiziell zehn Prozent (Frühjahr 1986) in West-Berlin knapp über dem Bundesdurchschnitt. Grundlegend anderes sagen SPD und Gewerkschaften auch nicht: Wirtschaftspolitik in Berlin ist Politik gegen die Arbeitslosen. DGB-Vorsitzender Pagels zum anderen Teil von Pieroths »Berlin tut gut«: »Zu diesem Teil seiner Wirtschaftspolitik können auch Sozialdemokraten und Gewerkschaften keine Alternative entwickeln.« (*Zeit* v. 1.3.85, S.33)

Das ist die Frage. Um sie beantworten zu können, muß man die Kernpunkte des wirtschaftlichen Umbaus von West-Berlin analysieren. Die großen Kapitale hatten sich, außer den Subventions-Dependancen, aus Berlin zurückgezogen. Die Hinterhofindustrien gehen früher oder später Pleite. Dienstleistungen, Wissenschaft und Technik waren keine selbstverständlichen Domänen der CDU-Politik. Der Umbau von West-Berlin zu einer europäischen High-Tech-Metropole erlaubt es, die wichtigsten Teile dieser sozialen Kategorien zu einem neu-konservativen Block zusammenzuschmieden.

Die Großen (Siemens, Schering, Nixdorf) bekommen eine moderne Infrastruktur gebo-

ten: reichliche, billige und avancierte Wissenschaft; gute Flugverbindungen; Ausbau des Ku'dammes zur Berliner Yuppie-Meile und von »Berlin Mitte« zum Hauptstadtersatz; Theater, Kino, Konzert — und Segeln für Manager auf dem Wannsee. Die Schornstein- und Hinterhofindustrien stehen vor der Alternative: technologische Erneuerung oder Abstieg. Für das CDU-typische Bündnis von Großkapital und alten Mittelklassen genügt es, wenn ein Teil dieser Kategorie den Weg in die High-Tech-Metropole findet. Lothar Späth zeigt, daß das funktioniert.

Schließlich die Arbeitnehmer/innen, von denen in West-Berlin viele in Handel, Versicherungen etc. und im öffentlichen Dienst arbeiten: die CDU lockt sie mit Entwicklungschancen, mit Lernen und Besserverdienen. Daß dabei nicht alle mitmachen, daß ein noch wachsender Teil aus dem ökonomischen Block herausfallen wird, kalkuliert sie langfristig ein. Ähnlich ist es mit den Wissenschaftlern: Wenige bedienen die gutbezahlten Schaltposten zwischen Industrie, Staat und Hochschule, etliche mehr rangeln eine Etage tiefer in der Hoffnung, aufsteigen zu können, ein größerer Teil arbeitet unter schlechten bis miserablen Bedingungen, nicht selten am Rande der Arbeitslosigkeit. Dieselbe Spaltung finden wir bei den Studenten und Hochschulabsolventen wieder.

Zufriedene und zahlreiche Berlin-Touristen, postmoderne Modellwohnungen in Berlin-Kreuzberg, Technologiepark und Innovationszentrum, »Sommernachtstraum« und Turmbau zu Babel für die automatisierte »Fabrik der Zukunft« am Spreebogen — alles im Dienste eines neuen historischen Blocks, in dem Arbeitnehmer mit Blaumann oder Ärmelschonern und mit Tarifmentalität wenig Chancen haben. Für sie hält die neue Metropole einen ausgedehnten Hinterhof bereit, in dem sich eine wachsende Minderheit — nicht zu lautstark — tummeln darf.

Wissenschaft und Technik in Forschung, Blaupause und Dienstleistung werden zum wichtigsten Standortfaktor und zugleich zum Feld der Rekrutierung neokonservativer Eliten. Der Manager und sein Cheffingenieur, das sind die Berliner der Zukunft, aber auch der ehemalige Soziologiestudent, der eine wendige Softwarebude in einen fiebernden Markt plaziert, ist mit von der Partie. Die meisten werden Berlin-zum-Angucken haben, Spalier stehen, wenn die staatstragenden Klassen vorfahren (z.B. vor der geplanten »Akademie der Wissenschaften zu Berlin«), oder Empfänge und Sensationen im Fernsehen mitverfolgen.

Die Dieppen-Formel in der Ökonomie heißt: Vorbereitung einer neuen Kapital- und Sozialstruktur, die endlich auf der in Berlin einzig verfügbaren Ressource Mensch aufbaut und alle Faszinationen der »Informationsgesellschaft« bedient und in klingende Münze umzusetzen weiß. Das kostet. Aber die Linken und Alternativen tun gut daran, sich nicht auf das Hobby »Subventionskritik« zu versteifen, so als sei Silicon-Valley für die Gesellschaft kein Zuschußgeschäft gewesen, als sei das Rüstungszentrum München-Umland keine Subventionskatastrophe, als hänge allein West-Berlin »am Tropf«. Seien wir ehrlich: Hier fällt es nur auf, weil die zwölf Milliarden jährlich vom Bund groß in der Zeitung stehen, während die übrigen Kosten des Übergangs zur »Informationsgesellschaft« nicht verzeichnet werden.

Die Politik gegenüber den Alternativen

Die Metropole Berlin und der alternative »Sumpf« — wie geht das zusammen? Welche Strategie verfolgt Dieppen, um die »Szene« zu integrieren und für seine Zwecke zu benutzen?

Als Folge der Bürgerinitiativ- und Anti-AKW-Bewegung seit etwa 1976 entstanden, versuchen sowohl ökonomisch orientierte Betriebe wie auch sozial ausgerichtete Projekte so etwas wie den Nachweis der Möglichkeit von Leben und Arbeiten in anderer Form zu erbringen. Peter Grottian und Marlene Kück nennen hierzu einige Kriterien: »Antikapitalistisch ... nicht auf Profitlogik bezogen ... Praktizierung demokratischer Selbstverwaltung ... dezentrale, kiezbezogene Vernetzung.« (In: Bolle/Grottian: »Arbeit schaffen — jetzt«, Hamburg 1983) Charakterisierungen also, die nicht so einfach ins Konzept der »Metropole« passen. Und doch nimmt der Senat sich der »Alternativen« an. Und zwar auf zwei Ebenen: Der staatlichen Mittelstandsförderung und des Fördertropfes für soziale Projekte, dem »Fink-Topf«.

»Wenig zu holen« — so kann man wohl das bezeichnen, was für viele Betriebe der alternativen Szene das Fazit eines Antrages auf staatliche Mittelstandsförderung ausmacht. Kriterien der Förderung sind »Wirtschaftliche und persönliche Förderungswürdigkeit«. Verzicht auf das Primat der Gewinnmaximierung im ersten Punkt und die innerbetriebliche Struktur vieler Kollektive im zweiten Punkt machen eine Förderung zumeist unwahrscheinlich. Man läßt die Betriebe »links liegen«. Und so bleibt unter den harten Marktgesetzen oft nur die Wahl zwischen tapferem Aufrechterhalten der Ansprüche und dem »Degenerieren« zu »normalen« Wirtschaftsbetrieben.

Etwas mehr beschäftigen sich die Macher der »Metropole« da schon mit den sozial engagierten Projekten: Seit der Hausbesetzerzeit als politisches Phänomen ernst genommen, erkannte die CDU »Gemeinsamkeiten«: Eigeninitiative, Kritik am zentralistischen (sprich: sozialdemokratischen) Sozialstaat, die »Nähe« zwischen den Menschen.

Der »Fink-Topf« wurde eingerichtet, um soziale Projekte finanziell zu unterstützen. »Die Grenzen des Sozialstaates sind gekommen«, argumentierte Sozialsenator Fink für die »Hilfe zur Selbsthilfe« und ließ die Projekte ihre Aufgaben in den »neuen sozialen Aufgabenfeldern« angehen. Zwei Fliegen schlägt dieser Plan mit einer Klappe: Die ehrenamtliche Struktur der Projekte ist »billig« zu fördern, und man institutionalisiert die »Szene« und ihre Spontaneität. »Sollen da nicht Aussteiger hoffähig gemacht werden?« fragt ängstlich die *Zeit* (29.6.84).

Gefördert wird so: Ein Jahr zumeist bekommen die Projekte Gelder, die sie so eben über Wasser halten, und dann wird versucht, auf die Förderungsmöglichkeit über ABM-Gelder auszuweichen. Die kommen aus Nürnberg von der Bundesanstalt für Arbeit und belasten den Landeshaushalt nicht. Ohnehin werden nicht alle Projekte gleichermaßen unterstützt, und einige wenige erhalten auch nach mehr als einem Jahr noch »Staatsknete«. Die über ABM geförderten Initiativen können sich am Leben halten, aber es reicht nur zum »Existieren«, nicht zum Weiterentwickeln. »Sozialstaatliche Leistungen abzubauen und Selbsthilfe und Alternativprojekte symbolisch zu fördern ist so, als ob ein riesiges Feld umgepflügt und ein kleiner Vorgarten für Selbsthilfe- und Alternativprojekte angelegt wird, der vom größten ungepflügten Feld ablenken soll.« (Grottian)

Noch zwei weitere Effekte sind den »Metropolen-Machern« nicht unwillkommen: Der Anschein wird erweckt, als bastele man am neuen Sozialstaatsmodell, welches das der »Alternativen« ist, man verkauft die (ehrenamtliche) Leistung der anderen als eigene sozialstaatliche. Das (im Einzelfall wünschenswerte) Selbsthilfeprinzip wird als billigstes strukturalisiert und als Allheilmittel mythologisiert (»Ich für Dich«-Slogan). Und nicht zuletzt drängt man engagierte Frauen in die »typischen« Frauenrollen ab, indem sie in den Projekten unterbezahlt Kinder hüten und »Wärme geben«. Der Fink-Topf: Ein großer Kuchen für einige Renommierprojekte und der kleine Wassertropfen für die meisten, die

aber am Leben bleiben müssen, um »Pluralismus« und Offenheit der »Metropole« zu dokumentieren.

Berlin: »Diepgens Stadt der Männer«?

Die bisherige Analyse der »Diepgen-Formel« zeigt, daß Frauen entweder gar nicht berücksichtigt werden oder lediglich ein Schattendasein führen. Aber eine Metropole kann ihrem Anspruch kaum gerecht werden, wenn sie die Mehrheit ihrer Bevölkerung, die Frauen, ausschließt. Allerdings sind Frauen nicht als die großen Pionierinnen gefragt, sondern Frauen sollen die nötige Kleinarbeit verrichten, nach dem Motto: »Ohne meine Frau wäre dieses Buch nie geschrieben worden.«

Das Berliner Familiengeld (maximal 4800 DM für ein Jahr), inzwischen zum bundesweiten Erziehungsgeld ausgebaut (600 DM monatlich) soll die familiäre Betreuung der Kinder gewährleisten. Angesichts der Beträge, die keine eigenständige Existenzsicherung erlauben, ist es voraussehbar, wie die »partnerschaftliche« Entscheidung ausfällt. Neben der frauenpolitischen Intention, nämlich eine scheinbar freiwillige Betreuung des Kindes durch die Mutter herbeizuführen, werden mit diesen Maßnahmen auch bevölkerungspolitische Ziele verfolgt.

Ähnlich motiviert ist die Stiftung »Hilfe für die Familie«, der Berliner Ableger der Bundesstiftung »Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens«. Sie erfüllt nicht ihr propagiertes Ziel der unbürokratischen finanziellen Hilfe. Die Leistungen, auf die kein Rechtsanspruch erhoben werden kann, beschränken sich meist auf einmalige zweckgebundene Zuwendungen von einigen hundert DM und setzen die Erfüllung umfassender Kontrollaufgaben durch die Beratungsstellen voraus. Von vornherein ausgeschlossen sind Ausländerinnen ohne Daueraufenthaltsgenehmigung.

Während die CDU in ihren programmatischen Äußerungen von der materiellen Lebenssituation von Frauen abstrahiert (»Wahlfreiheit«) und sich im geschlechtsneutralen Sprachgebrauch übt (»Elternteil«), orientieren sich konkrete Maßnahmen stärker an der Realität. Wiedereingliederungsmaßnahmen werden keinesfalls für Kfz-Mechaniker angeboten, sondern für Frauen in typischen Frauenberufen.

Das inzwischen erweiterte Angebot an Wiedereingliederungs-Maßnahmen gliedert sich in zwei Kurstypen: a) berufsfeldbezogene Maßnahmen, wie z.B. Wiederauffrischkurse für ehemals in Pflege- oder Büroberufen tätige Frauen, und b) Informations- und Orientierungskurse. Letztere sollen u.a. der Vorbereitung auf eine Tätigkeit im Krankenhausbesuchsdienst, innerhalb der Gemeinde und im Rahmen von Sozialstationen dienen. Ein Nachfolgeprogramm »Neuer Start durch soziales Engagement« sieht vor, daß Absolventinnen eines solchen Kurses eine auf ein Jahr befristete ehrenamtliche Tätigkeit übernehmen, wobei der Senat das Geld für die Rentenversicherungsbeiträge zur Verfügung stellt.

Damit werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Die Frauen sollen ihren familiären »Pflichten« nachkommen und zugleich auf gesellschaftlicher Ebene das Prinzip der Subsidiarität und »Solidarität« verwirklichen. »Wiedereingliederungswillige« Frauen können ohne Mühe den Erfordernissen einer neuen Sozialpolitik angepaßt werden. Die weibliche Heilsarmee kümmert sich um alle von der Metropole »vernachlässigten«, krank gemachten« und ausgegrenzten Menschen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, müssen Frauen weiterhin auf Autonomie verzichten; weiterhin in Abhängigkeit von Männern/»Ernähren« leben.

Die Wiedereingliederungsmaßnahmen in Berlin umfassen neben den bereits erwähnten

Informations- und Orientierungskursen auch berufsfeldbezogene Wiederauffrischkurse in den Bereichen neue Techniken, Hauswirtschaft, Hausmeisterei und Krankenpflege. Von 1983 bis 1985 nahmen 800 Frauen an insgesamt 42 Kursen teil, der Haushaltsansatz wurde für 1986 auf 800000 DM aufgestockt. Der Hälfte der Frauen gelingt eine Berufsrückkehr, wobei wahrscheinlich das Engagement der Dozentinnen bei der Vermittlung ausschlaggebend ist. Die Zahl der interessierten Frauen wird auf 100000 geschätzt. Es ist also weder der Bedarf gedeckt noch der Übergang ins Berufsleben gesichert — es sei denn, man akzeptiert unbezahlte, karitative Frauenarbeit als Chance weiblicher Selbstverwirklichung und als Beitrag zur Humanisierung der Gesellschaft. Selbst bei einer erfolgreichen beruflichen Wiedereingliederung stellt dieses Programm, das sich auf typische Frauenberufe bezieht, keinen Einbruch in eine Männerdomäne dar.

Das Entstehen zahlreicher Frauenselbsthilfeprojekte korrespondiert mit dem Prinzip der Subsidiarität des Senats in der Gesundheits- und Sozialpolitik. Nach Senatsvorstellung sollen sich die Projekte um Frauen in typischen Lebenssituationen oder besonderen Problemlagen kümmern, z.B. Frauen in der Lebensmitte, Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, Berufsrückkehr, Schwangerschaft, Arbeitslosigkeit etc. Solche Projekte werden als förderungswürdig erachtet. Als Prestigeobjekte gelten in CDU-Publikationen das Frauenstadtteilzentrum Schokofabrik in Kreuzberg und der Frauentreffpunkt Waschhaus in der Gropiusstadt. Hinter den Kulissen herrscht jedoch große Unzufriedenheit. Die Vorwürfe gegen die CDU-Politik betreffen die bürokratische Handhabung, das systematische Herunterschrauben der finanziellen Forderungen, die Vergabe nach politischem Wohlwollen, die Spaltung zwischen einigen wenigen dauergeförderten und vielen start- bzw. anlauf-finanzierten Projekten.

Mit dieser exemplarischen Politik kann mögliches Störpotential gespalten, durch staatliche Hilfe zur Selbstausschöpfung integriert und kontrolliert werden. Des Weiteren kann der Senat damit seine »metropolitane« Toleranz und Weltoffenheit unter Beweis stellen und muß keine eigenen Lösungsstrategien entwickeln.

Die Einrichtung der Stelle einer Frauenbeauftragten 1984 stellt eine Reaktion der CDU auf Forderungen und Vorwürfe linksorientierter, politisch aktiver Frauen und der Frauenbewegung dar. Die CDU schließt sich der von SPD-regierten Ländern initiierten Institutionalisierung des »Problems Frau« an und versucht sich als Verfechterin von Gleichstellungspolitik zu profilieren.

Aufgrund der nicht vorhandenen Kompetenzen (kein Veto-, kein Akteneinsichtsrecht, keine Weisungsbefugnis) muß sich diese Stelle auf eine Außenwirkung beschränken. Bestenfalls kann sie in mühseliger Kleinstarbeit eine Bewußtseinsänderung innerhalb und außerhalb der Verwaltung erreichen. Die Tendenz, weitere Gleichstellungsstellen zu installieren, in den Bezirken, an den Unis, bietet ein Betätigungsfeld für Akademikerinnen. Über die Effektivität dieser Arbeit läßt sich streiten. Der Marsch der Frauen durch die Institutionen? Die Politik der kleinen Schritte? Oder Alibifrau für frauenfeindliche Politik?

Selbst im öffentlichen Dienst, in dem der Senat seine Weisungsbefugnis geltend machen könnte, kann er sich zu keiner wirkungsvollen Frauenförderung durchringen. Es dauerte schließlich auch ein Dreivierteljahr, bis auf Betreiben der Frauenbeauftragten überhaupt die zur Umsetzung geforderten Ansprechstellen eingerichtet wurden. Inzwischen sind zwar »Zuständige« benannt, doch wissen diese nicht, worin ihre Umsetzungsarbeit eigentlich besteht. Sie besitzen keinerlei Mitspracherechte bei Personalentscheidungen, geschweige denn irgendwelche Sanktionsmöglichkeiten. Bestenfalls ist der Effekt zu verzeichnen, daß die Dienststellen ihr Bewußtsein dahingehend erweitern, daß es so etwas wie

»das Problem Frau« gibt. Ob dies ausreicht, um eine Vorbildfunktion für die »freie Wirtschaft« zu übernehmen? — Werden die Frauen die ihnen von der neokonservativen Frauenpolitik zugeschriebene Stützfunktion in der Metropole übernehmen? Die CDU versteht es geschickt, frauenspezifische Bedürfnisse, wie z.B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, anzusprechen. Die angebotenen Lösungsmöglichkeiten sind allerdings unbefriedigend, doch wie sieht es mit Alternativen aus?

In den offiziellen Verlautbarungen geht es der CDU einerseits um die angemessene Beteiligung von Frauen in Männerdomänen, also auch in und an der Metropole Berlin, andererseits um die Beteiligung von Männern in niedrigen Positionen der sozialen und ehrenamtlichen Tätigkeit. Zur Durchsetzung wird jedoch von Quotierung abgesehen, die Forderungen haben appellhaften Charakter. Auffallend ist die Propagierung von individuellen Lösungen. Der »Verstaatlichung« von Frauenfragen, von oben parteigebunden formuliert, tritt eine Entstaatlichung ihrer Lösungen gegenüber. Das neue Motto heißt: Selbermachen. Und damit dies nicht geschlechtsspezifisch bewältigt wird, sollen die Frauen zu Hause beim eigenen Mann mit der Überzeugungsarbeit beginnen. Daß dieser Rollenwandel einigen Männern entschieden zu weit gehen könnte, wird nicht berücksichtigt. Im Gegenteil wird blauäugig davon ausgegangen, daß die Männer alles eingesehen haben, die Bewußtseinsänderung scheinbar schon stattgefunden hat. Der Platz der Frau in der Metropole wird also zu Hause am Familientisch ausdiskutiert — in einer herrschaftsfreien Atmosphäre versteht sich!

Völlig unberücksichtigt bleiben Frauen, die keinen Familientisch haben (wollen), die nicht in ein traditionelles Familienmodell mit finanzkräftigem Ernährer eingebunden sind, also alleinstehende, alleinerziehende Frauen, Frauen, die für den Lebensunterhalt (mit-)aufkommen müssen oder dies als Element ihrer angestrebten Autonomie begreifen.

Was tun?

Politikanalyse und Strategiebildung sind zwei verschiedene, wenn auch zusammenhängende Aufgaben. Wir können aus unserer Analyse der »Diepgen-Formel« keine Strategievorschläge ableiten. Wir können aber wohl Aufgaben nennen, die eine erfolversprechende linke Gegenstrategie lösen müßte.

Die Berliner neuen Konservativen verfolgen ein positives Umbaukonzept der Stadt. Es verspricht jedem »Aufwertung« zum Metropolenbürger. Technikfaszination, historische Identität, urbane Massenkultur — all dem darf nicht nur entgegengesetzt werden, daß man sich um die Opfer kümmert. Insbesondere die Organisationen der Arbeiterbewegung müßten sich, über das Bestehen auf sozialstaatlicher Absicherung hinaus, in die Umbauprozesse von Berlins Identität einmischen. Nur wer sagen kann, was Berlin in fünf, in zehn, zwanzig Jahren sein soll, wie Leben hier sein soll, hat eine Chance.

Besonders angreifbar erscheint uns die imperiale Überheblichkeit, die mit dem Konzept einer »europäischen Metropole« verbunden ist. Die Zentralisierung von Aufmerksamkeit, gestalterischer Politik und materiellen sowie finanziellen Ressourcen auf die problematische Rekonstruktion einer »Mitte« muß sich an der Vielfalt und dem strukturellen Dezentralismus des Berlins der Bezirke und der Szenen brechen. Sozialdemokraten müssen hier darüber diskutieren, wieweit sie selbst von der metropolitanen Großmannssucht erfaßt sind, von der die Diepgens sich leiten lassen. Die Alternativen müssen sich fragen lassen, ob sie dazu beitragen können, daß alternative Kultur nicht nur dezentral blüht, sondern sich auch im ganzen als Gegenmacht bemerkbar machen kann.

Eine der klarsten und zugleich schlagendsten Einsichten, die wir gewonnen haben, lautet: Dieppens Berlin ist männlich. Die prinzipielle Unfähigkeit der »europäischen Metropole«, auf weibliche Bedürfnisse angemessen zu antworten, hat sich in den Nahrungsmittelkonflikten zwischen Berliner Müttern und Senat nach Tschernobyl gezeigt. In Berlin bekommt man leichter einen Computerkurs als nicht-verseuchtes Milchpulver. Der Absolutismus wurde von Lebensmittelrevolten erschüttert, weil er das Geld in Kanonen und Akademien für die Modernisierung steckte. Dem Späth-Absolutismus der neuen Konservativen könnte es ähnlich gehen. In der latenten Unterbefriedigung elementarer Grundbedürfnisse — so paradox das in unseren Breiten klingt — tickt eine Zeitbombe neokonservativer Politik, die am ehesten von den Frauen gezündet wird.

Dazu zählt das Bedürfnis nach ausreichendem und billigem Wohnraum. Auf den, zumal in Berlin, knappen Gütern des Immobilienmarktes drängeln sich zu viele Interessen an Profit, Repräsentation und Legitimation, die sich gegenseitig behindern und in die Krise führen. Es ist eine Frage der Zeit, wann von diesem Bereich die nächste Krise ausgeht. Man muß sich nur vorstellen, die Häuserkämpfe, an denen eine SPD-Regierung gescheitert ist, und die jüngsten Bauskandale wären zeitlich zusammengefallen. Linke müssen auf eine vergleichbare Situation vorbereitet sein und die Kräfte zusammenzuführen verstehen.

Langfristig setzt die »Dieppen-Formel« auf die Umwälzungen in der Sozialstruktur und da auf die potentiell produktivitätssteigernden Schichten der Ingenieure, der neuen Facharbeiter und der Manager. Im Bündnis mit dem Großkapital und dem modernisierenden mittleren und kleinen Kapital sollen sie in den Machtblock kooptiert werden. Um diese Gruppen der neuen technischen und naturwissenschaftlichen Intelligenz dezimiert, stünde die Arbeiterbewegung strategisch geschwächt da. Sozialistische und ökologische Politik kann allerdings nicht darin bestehen, die tragenden Schichten einer automatisch-informationellen Produktionsweise einfach um eine sanftere Variante einer erneuten Weltmarkt-offensive auf Kosten der Dritten Welt zu scharen. Neue Produktionen müssen sich auf neue, aus einem Umbau der Lebensweise hervorgehende Bedürfnisse richten, die ohne Artikulation von unten und ohne eine Art linke Selbstbescheidung (Austerität) mit Blick auf die ärmeren Regionen des eigenen Landes und der Dritten Welt nicht denkbar sind.

Ein Umbau der städtischen Lebensweise, der sich der von oben gesteuerten Identitätssuche entgegenstemmt, müßte an die Bedürfnisartikulationen aus Krisenbetrieben, aus Wohnbezirken und Initiativen ansetzen, ähnlich wie es der von Thatcher gestürzte Greater London Council mit seinem Programm »Jobs for a Change« getan hat. In der Suche nach gesellschaftlich sinnvollen und nützlichen Produktionen, Qualifikationen und Wissen könnten Arbeitslose, Wissenschaftler, Gewerkschafter und Alternativprojekte zusammenarbeiten. Jobs für ein bewohnbares und lebenswertes Berlin müßten vor den High-Tech-Bereichen durchaus nicht haltmachen. Das Projekt der neuen Konservativen lebt nicht zuletzt von der Verwandlung von gesellschaftlich privatem Fortschritt: der Soziologieabsolvent, ohne Berufsaussichten, der mit einer vom Arbeitsamt bezahlten Zusatzausbildung eine Software-Bude oder einen alternativen Computerladen aufmacht und so in die Klasse der Berliner Yuppies avanciert. Warum sollte nicht zumindest ein Teil seiner Intelligenz und Energie auf gesellschaftlich geplante statt auf Marktnachfrage gerichtet sein können? Das geht aber nur, wenn es eine gesellschaftliche Alternative zur »europäischen Metropole« Berlin gibt, die er bisher beliefert.

Josef Hindels

Die Sowjetunion von heute und Gorbatschows Reformen aus austromarxistischer Sicht*

Vor 50 Jahren erschien im tschechoslowakischen Exil Otto Bauers letzte theoretische Arbeit: »Zwischen zwei Weltkriegen?«¹ Die Lektüre ist auch heute ein geistiges Erlebnis. Otto Bauers Einschätzung des Faschismus, der zum Krieg treibt und damit seine Niederlage vorbereitet, wurde von der Entwicklung dramatisch bestätigt. Wie aber verhält es sich mit der Analyse der sowjetischen Entwicklung durch den großen Denker des Austromarxismus?

Otto Bauer hat in »Zwischen zwei Weltkriegen?« eine positive Wandlung der Sowjetgesellschaft vorausgesagt. Früher hatte er seinen Standpunkt zu dieser Frage mehrmals geändert.² In den ersten Jahren nach dem Sieg der Oktoberrevolution rechnete er, wie fast alle Sozialdemokraten, mit dem baldigen Zusammenbruch der Sowjetmacht. Das rückständige, halbfeudale Rußland, so lautete seine Begründung, sei nicht reif für den Sozialismus, die kapitalistische Entwicklungsphase könne nicht übersprungen werden.

Später hatte Otto Bauer den Mut, diesen Standpunkt zu revidieren. Er sah in der Sowjetunion — im schärfsten Gegensatz zu Karl Kautsky — eine geschichtliche Realität. Es handle sich, trotz aller bürokratischen Tendenzen, um einen Arbeiterstaat, der eine objektiv-progressive Funktion erfülle.

Als der Weltkapitalismus in einem blutigen Interventionskrieg den jungen Sowjetstaat vernichten wollte, prägte Otto Bauer die Parole: »Hände weg von Sowjetrußland!« Ebenso wie Rosa Luxemburg übte er Kritik an manchen Erscheinungen der bolschewistischen Revolution, sah aber die Hauptgefahr in einem Sieg der kapitalistischen Konterrevolution. Seine solidarische Kritik wurde von den Kommunisten mit Beschimpfungen beantwortet. Aber es gelang ihnen nicht, Otto Bauer in das Lager des reaktionären Antikommunismus zu drängen.

Als nach dem Tod Lenins, dem Otto Bauer einen tiefempfundenen Nachruf widmete, der Personenkult unter Stalin, begleitet von Repression und Terror, die Sowjetunion der sozialistischen Bewegung immer mehr entfremdete, übte auch Otto Bauer heftige Kritik an der Politik Moskaus. Aber in seiner Sicht hatte die Sowjetunion auch in der Stalinära ihren objektiv-progressiven Charakter nicht verloren. Seine Begründung lautete:

Das von der Oktoberrevolution gelegte sozialökonomische Fundament — Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Planwirtschaft — blieb unangetastet. Als die Bedrohung der internationalen Arbeiterbewegung durch den deutschen Faschismus immer größer wurde, sah Otto Bauer in der Sowjetunion — trotz Stalin, trotz der Moskauer Schauprozesse — ein Bollwerk des Antifaschismus. Die Gleichsetzung zwischen bolschewistischer und faschistischer Diktatur, zwischen Kommunismus und Faschismus, lehnte, er entschieden ab. Wer zwischen diesen beiden historischen Phänomenen nicht differenzieren könne, habe, nach Otto Bauer, mit dem marxistischen Denken gebrochen, befinde sich auf bürgerlichen Positionen.

Der Grundgedanke Otto Bauers, der auch in seinem von Friedrich Adler veröffentlichten Nachlaß zu finden ist³, läßt sich in dem Satz ausdrücken: Die Sowjetgesellschaft ist

* Der Artikel erschien zuerst in *Die Zukunft*, Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Nr. 4/1986, Wien, S.18ff.

nicht versteinert, sondern veränderbar. Gleichzeitig vertrat Otto Bauer auch die vor allem von Karl Kautsky heftig bestrittene These, daß nach der Oktoberrevolution zur Verhinderung eines Sieges der Konterrevolution eine Diktatur geschichtlich notwendig war. Die Übertragung der westlich-parlamentarischen Demokratie auf die völlig anderen Gesellschaftsverhältnisse des nachrevolutionären Rußland hätte nur zu einer Katastrophe führen können. Aber die geschichtlich notwendige Diktatur sollte nicht zum Dauerzustand werden.

Despotischer Sozialismus

Otto Bauer verwendete in diesem Zusammenhang auch häufig den Begriff: »Despotischer Sozialismus«. Kritiker, vor allem deutsche und skandinavische Sozialdemokraten, haben damals eingewendet: Despotie und Sozialismus seien Gegensätze wie Feuer und Wasser. Wenn es in der Sowjetunion, wie Otto Bauer selbst sagt, Despotie gibt, dann könne es sich nicht um ein sozialistisches Land handeln. Manche sprachen von einer neuen, von der Bürokratie ausgeübten Klassenherrschaft.

Otto Bauer, der Zeit seines Lebens für Demokratie und Humanität gekämpft hat, stand dieser Kritik nicht unbeeindruckt gegenüber. Aber er entgegnete: Der despotische Sozialismus ist eine in den Lehrbüchern der Klassiker nicht vorhergesehene Entwicklungsstufe eines rückständigen, isolierten Landes auf dem Weg zur sozialistischen Gesellschaft. Hatten doch Marx und Engels stets angenommen, die sozialistische Revolution werde zunächst in den hochentwickelten Industrieländern des Kapitalismus siegen.

Otto Bauer hat diesen despotischen Sozialismus in der Sowjetunion nicht glorifiziert und es kategorisch abgelehnt, in ihm ein Modell für die westliche Arbeiterbewegung zu sehen. Das Hauptgewicht legte er auf die Prognose: Es wird eine Weiterentwicklung in Richtung sozialistische Demokratie geben, sobald die Rückständigkeit überwunden, das Kulturniveau gehoben ist. Er sagte dazu unter anderem:

»Aber wenn nur diese bürokratische Diktatur den großen gesellschaftlichen Umwandlungsprozeß vollziehen konnte, so wird sie auf einer Entwicklungsstufe, der sich die Sowjetunion schnell nähert, zum Hindernis der Vollendung dieser Entwicklung. Die Erfolge der Diktatur gewinnen ihr immer breite Massen. Diese Entwicklung wird beschleunigt durch den Wechsel der Generationen. Die alte noch unter dem Zarismus, noch in der kapitalistischen Gesellschaft erzogene Generation stirbt allmählich ab. Die neue, in den Schulen, den Jugendorganisationen, der Armee des Sowjetstaates erzogene, mit sozialistischem Denken und Wollen erfüllte Generation tritt an ihre Stelle.

So nähert sich die Sowjetunion allmählich einem Zustande, in dem sich das Sowjetsystem nicht nur auf die überwiegende Mehrheit der Arbeiter, sondern auch auf die überwiegende Mehrheit der Kollektivwirtschaftsbauern und damit auf die überwiegende Mehrheit des Volkes überhaupt stützen können; einem Zustande, in dem es nicht mehr die Gewaltherrschaft einer Minderheit über die Mehrheit ist, sondern in dem Willen der überwiegenden Mehrheit des Volkes seine Stütze findet. Aber gerade dieser höchste Triumph der Diktatur macht sie entbehrlich. Nun erst kann die Diktatur abgebaut, kann die Staatsverfassung der Sowjetunion demokratisiert werden, ohne daß die Resultate der Revolution dadurch gefährdet würden.«

Aber Otto Bauer war nicht blind für die Gefahren, die dieser Entwicklung von einer um ihre Privilegien fürchtenden Bürokratie drohen. Er schränkte daher seine optimistische Prognose mit folgenden Worten ein:

»Diese an sich unvermeidliche Entwicklung schließt eine ernste Gefahr in sich: die Gefahr der Stabilisierung der Herrschaft einer nicht der Entscheidungsgewalt der Volksmassen unterwor-

fenen Bürokratie, die, mit den 'vornehmen Leuten' aller Gesellschaftsschichten eng verbunden und auf sie gestützt, dauernd zur Herrin der Arbeiter- und Bauernmassen würde, ihre Produktionsmittel beherrschte und über ihren Arbeitsertrag verfügte. Es wäre nicht eine sozialistische Gesellschaft, sondern eine Art Technokratie, eine Herrschaft der Ingenieure, der Wirtschaftsführer und der staatlichen Bürokratie, die in diesem Falle aus dem großen revolutionären Prozeß hervorginge.

Diese Gefahr kann nicht anders überwunden werden, als durch die Demokratisierung der Staatsverfassung der Sowjetunion und der Betriebsverfassung ihrer Unternehmungen. Erst wenn die Bürokratie der Beschlußfassung und Kontrolle der werktätigen Volksmassen selbst, die Einkommen und Vorrechte der 'vornehmen Leute' der Kontrolle durch die Massen der Nichtprivilegierten unterworfen werden, erst dann wird die Gesamtheit des werktätigen Volkes zur Herrin ihrer Betriebe, zur Herrin ihrer Arbeitsmittel und ihres Arbeitsertrages.«

Dennoch hoffte Otto Bauer, daß es auch innerhalb der Bürokratie Kräfte gibt, denen die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft wichtiger ist als die eigenen Privilegien. In dieser Bürokratie sah er keine neue Klasse.

Zwischen Otto Bauer und dem in der Verbannung lebenden Leo Trotzki gab es tiefreichende Differenzen. Trotzki vertrat in seinem Buch »Die verratene Revolution« und anderen Schriften die These, in der Sowjetunion sei eine politische Revolution mit dem Ziel des gewaltsamen Sturzes der Bürokratie notwendig. Otto Bauer lehnte Trotzki's These entschieden ab. Eine politische Revolution, falls diese überhaupt möglich sei, würde das sozialökonomische Fundament gefährden, die Konterrevolution begünstigen. Er hoffte auf eine friedliche, allmähliche Wandlung ohne Erschütterung des von außen bedrohten Sowjetstaates. Und er erwartete eine Periode systemimmenter Reformen.

Hat Otto Bauer recht behalten?

50 Jahre danach kann festgestellt werden: Die These Trotzki's von der politischen Revolution hat sich als falsch erwiesen. Es hat in diesem halben Jahrhundert nicht einmal Ansätze zu einer Revolution gegeben. Dafür gibt es nur eine dem marxistischen Denken entsprechende Erklärung.

In der Sowjetunion existiert keine Gesellschaftsklasse, die Trägerin einer Revolution sein könnte. Von den früheren Oppositionsgruppen ist nichts oder fast nichts übriggeblieben. Die Dissidenten sind eine winzige, einflußlose Minderheit ohne gesellschaftspolitische Konzepte. Die meisten schwärmen von der Vergangenheit, träumen von einer Restauration des Kapitalismus mit Hilfe des Westens.

Aber es gibt, wie aus seriösen Informationen hervorgeht, viel Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen. Diese Unzufriedenheit drängt nicht zu einer Revolution, sondern zu einer reformerischen Wandlung der Sowjetunion.

Dennoch würde ich die Frage, »Hat Otto Bauer recht behalten?«, nicht mit einem uneingeschränkten Ja beantworten. Gesellschaftliche Entwicklungen lassen sich, auch mit Hilfe der Marx'schen Untersuchungsmethode, nicht exakt voraussagen. Was sich voraussagen läßt, das sind die entscheidenden Entwicklungstendenzen, die großen Linien des historischen Prozesses.

In diesem Sinne hat Otto Bauer recht behalten, während er sich gleichzeitig, was unvermeidlich ist, in Einzelvoraussagen geirrt hat. Widerlegt wurden Generationen von sogenannten Kremlastrologen, die Jahr für Jahr den Zusammenbruch des sowjetischen Systems voraussagten. Und jetzt zeigt sich, daß Otto Bauers These von der Veränderbarkeit der Sowjetgesellschaft keine Illusion war:

Gorbatschows Rolle im Wandlungsprozeß

Der neue Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, fasziniert als Persönlichkeit die Öffentlichkeit des Westens. Es wird berichtet, wie er geht, spricht, lacht, welches Kleid seine charmante Frau trägt. Diese Äußerlichkeiten sind für die westlichen Medien von beachtlichem Unterhaltungswert, aber sie sagen nichts aus über die Rolle, die der neue Generalsekretär in der gesellschaftlichen Wandlung, die in der Sowjetunion vor sich geht, tatsächlich spielt.

Gorbatschow repräsentiert jene gesellschaftlichen Kräfte, die entschlossen sind, die Wandlung wesentlich zu beschleunigen und auch mit bürokratischen Tabus zu brechen. Es geht dabei nicht nur, wie oberflächliche Beobachter vermuten, um eine Modernisierung, sondern um wesentlich mehr: In der Ökonomie, aber auch in der Ideologie, bereiten sich tiefreichende Veränderungen vor, deren Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Die Sowjetunion löst sich aus Verkrampfungen, sie leitet eine neue Ära ein.

Der 27. Parteitag der KPdSU hat als Parteitag der großen Reformen die Weichen für die Zukunft der Sowjetgesellschaft gestellt. Aber täuschen wir uns nicht: Es wird sich um einen komplizierten, widerspruchsvollen Prozeß handeln. Tiefreichende Veränderungen lassen sich nicht von heute auf morgen verwirklichen. Auch bürokratische Widerstände sind unvermeidlich. Aber die positiven Tendenzen dürften wesentlich stärker sein.

Gorbatschow hat in seiner Parteitagrede das zum Ausdruck gebracht, was den Hoffnungen und Bedürfnissen breiter Massen entspricht. Wie aus den Befragungen sowjetischer Bürger durch ausländische Journalisten hervorgeht, empfinden die einfachen Menschen Sympathien für den neuen Generalsekretär und seinen Stil. Sie werden ihm helfen, mit den bürokratischen Widerständen fertig zu werden.

Das Generationsproblem spielt dabei ein gewisse Rolle: Die 40- bis 60jährigen, unter ihnen viele Wissenschaftler und Techniker, lösen die 70- bis 80jährigen ab, die bisher dominierten. Das bedeutet keinen Kampf zwischen den Generationen, sondern es geht lediglich darum, daß jüngeren Menschen in der Regel eine Umstellung leichter fällt als älteren.

Die »Gorbatschow-Generation« besteht aus überzeugten Kommunisten, die dem Sowjetsystem treu ergeben sind. Sie wollen dieses System nicht stürzen, sondern gründlich reformieren. In der Sowjetunion wird es daher auch in Zukunft keinen Parteienpluralismus nach westlichem Vorbild geben. Die Führungsrolle der KPdSU wird nicht in Frage gestellt.

Aber vieles deutet darauf hin, daß die Arbeiter in den Betrieben, die Wissenschaftler in ihren Instituten, die Künstler in ihren Bereichen wesentlich mehr Bewegungsfreiheit haben werden als bisher. Die Kritik innerhalb des Systems wird freier, offener und damit auch konstruktiver.

In der Wirtschaft erhalten die Unternehmungen mehr Rechte auf Eigeninitiative, überflüssige Bevormundungen zentraler Behörden werden abgebaut, bei Aufrechterhaltung der zum Wesen des sowjetischen Systems gehörenden Planwirtschaft. Von einer Übernahme des jugoslawischen Modells kann keine Rede sein. Auch das chinesische Modell wird nicht kopiert, obwohl sich die Beziehungen zwischen China und Sowjetunion verbessert haben.

Eine wesentliche Rolle spielen auch der Kampf gegen die Geißel des Alkoholismus und der Korruption. Das bedeutet auf längere Sicht eine Hebung des kulturellen Niveaus der Bevölkerung. Der Typus des korrupten, trinkfreudigen Bürokraten, der unermesslichen Schaden angerichtet hat, wird von Michail Gorbatschow schonungslos eliminiert. Auch in

der sowjetischen Literatur spiegeln sich die Veränderungen wider. Es ist kein Zufall, sondern ein Signal, daß der Lyriker Jewgeni Jewtuschenko, der zu den geistreichsten und härtesten Kritikern der Stalinära gehört, wieder stärker hervortritt und seine Arbeiten von der sowjetischen Presse gelobt werden.

Keine Anbetung des Wohlstands

Vor dem Parteitag gab es offen geführte Streitgespräche über ökologische Probleme, so über geplante Umleitungen von Flüssen. Kritisiert wird auch Chruschtschows Parole: »Die USA einholen und überholen.« Nüchtern wird festgestellt, daß die Erreichung dieses Zieles in kürzester Frist eine Illusion war.

Aber wesentlicher ist die Erkenntnis vieler Sowjetideologen, daß die Schaffung gigantischer Warenberge nach westlichem Vorbild kein erstrebenswertes Ziel ist. Eine sowjetische »Wohlstandsgesellschaft«, in der es lediglich darum geht, immer mehr Güter für den Konsum zu erzeugen, macht die Menschen zwar reicher, aber nicht glücklicher, gibt ihrem Leben keinen Sinn.

Typisch für diese Wandlung im ideologischen Bereich ist ein programmatischer Artikel des Publizisten Boris Bolotin, in dem es unter anderem heißt:

»In der Vergangenheit beschränkten sich unsere Aufgaben in diesem Wettbewerb teilweise auf die Devise 'Einholen und Überholen'. Das Ziel hieß: die führenden kapitalistischen Länder zunächst in der Gesamtproduktion und dann auch in der wirtschaftlichen Entwicklung zu überflügeln (sie wurde gewöhnlich etwa an der durchschnittlichen Prokopffproduktion gemessen). Diese Herangehensweise scheint uns jetzt zu vereinfacht. Uns am Stand der westlichen Produktion zu orientieren und ihn um jeden Preis, selbst bei einer ungleichen sozialen Struktur, übertreffen zu wollen, bedeutet das schweigende Eingeständnis der Rationalität des bürgerlichen Konsummodells, dem die Produktion in den westlichen Ländern unterworfen ist.

In den USA, in Westeuropa oder Japan gibt es jedoch keinen einzigen soliden Soziologen, der die dort üblichen Konsumstandards nicht kritisch beurteilt und nicht zugäbe, daß ein nicht geringer Teil der materiellen Güter, über die der 'typische Wohlstandsbürger' im Westen verfügt, ihm von der bürgerlichen Lebensweise, von einer aufdringlichen Werbung und einem raffinierten Absatzsystem aufgezwungen wurde. Sollen wir uns etwa auf die gleiche Ebene begeben?«⁵

Boris Bolotin warnt vor allen Versuchen, den Kapitalismus zu kopieren. Die notwendig gewordenen Reformen sollen, wie er wörtlich schreibt, »uns unmittelbarer an das sozialistische Ideal heranführen«.

Die Analyse der Wandlungen der Sowjetgesellschaft, ausgehend von den Voraussagen Otto Bauers, wird auch auf Skepsis stoßen. Könnte nicht, wird mancher fragen, die gegenwärtige Entwicklung bloß eine Episode sein, die mit dem Sturz Gorbatschows endet?

Für diese Hypothese spricht meiner Meinung nach nichts. Aber selbst wenn es zu diesem Sturz kommen sollte, würde früher oder später ein »neuer Gorbatschow« kommen, um das zu tun, was geschichtlich notwendig ist.

Wesentlicher scheint mir die Frage zu sein: Was bedeutet die Wandlung der Sowjetgesellschaft für die Außen- und Sicherheitspolitik Moskaus? Vor allem eines: Die Sowjetunion braucht, soll das große Reformwerk gelingen, einen dauerhaften Frieden und die Beendigung des kostspieligen Wettrüstens. Die sowjetischen Initiativen für Entspannung und Abrüstung sind daher keine propagandistischen Manöver. Sie verdienen es, ernst genommen zu werden. Hinzu kommt, daß die Völker der Sowjetunion, die im Zweiten Weltkrieg 20 Millionen Tote zu beklagen hatten, von einer tiefen Friedenssehnsucht erfüllt sind, der diese Initiativen Rechnung tragen.

Welche Folgerungen sollen Sozialisten aus dem Verlauf dieses sowjetischen Parteitag ziehen? Darüber wird noch viel zu diskutieren sein. Meiner Meinung nach ist es vor allem notwendig, die Veränderungen in der Sowjetgesellschaft sachlich und vorurteilsfrei zu analysieren, wie das unser großer Lehrer Otto Bauer vor einem halben Jahrhundert getan hat. Bauers Analyse gibt auf viele Fragen, die sich heute stellen, keine Antworten. Aber die von ihm angewendete Untersuchungsmethode hilft uns auch in der Gegenwart, die Kursänderung in der Sowjetunion zu begreifen, ihre weltpolitische Bedeutung zu erkennen.

Anmerkungen

- 1 Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen? Bratislava 1936. Veröffentlicht in: Otto Bauer, Werkausgabe, Bd.4, Wien 1976.
- 2 Siehe dazu u.a.: Raimund Löw: Otto Bauer und die russische Revolution. Wien 1980.
- 3 Otto Bauer: Die illegale Partei — Aus dem unveröffentlichten Nachlaß. Paris 1939.
- 4 Leo Trotzki: Die verratene Revolution. Zürich 1957.
- 5 Boris Bolotin: Die historischen Prioritäten des Sozialismus. Moskau 1985.

Edgar Göll

Demokratische Sozialisten in den USA

Der Wissensstand der bundesdeutschen Linken über politische Entwicklungen und Strukturen in den USA ist immer noch weitgehend dominiert durch die von den bürgerlichen Massenmedien vorgegebenen Themen. Neben speziellen Büchern und Magazinen trifft mensch höchstens auf Artikel über publikumswirksame Aktionen der neuen sozialen Bewegungen. Wenig bekannt sind Versuche politischer Organisation, die in den vergangenen Jahren zugenommen haben. So gibt es mittlerweile in vier Bundesstaaten linke »dritte Parteien« in den Parlamenten (allerdings sitzen sie nicht auf sehr sicheren Stühlen), »grüne« Partei-Organisationen schießen wie Pilze aus dem Boden, und zur Zeit wird versucht, die »Rainbow Coalition« auf eine breitere und effektivere Basis zu stellen. Daneben hielten die »Demokratischen Sozialisten Amerikas« (DSA) im Mai dieses Jahres eine Konferenz in Washington D.C. ab (»New Directions Conference«), um in der Öffentlichkeit und hauptsächlich innerhalb der Demokratischen Partei an Einfluß zu gewinnen. Damit soll ein Gegenpol zur Rechtsentwicklung im Lande aufgebaut werden, da auch die Demokratische Partei sich mehr und mehr dem rechtspopulistischen und medienwirksamen Kurs Reagans anpaßt und neoliberale Strategien verfolgt, statt eine progressive Alternative anzubieten. In ihrer grundsätzlichen Orientierung sind die DSA den Jungsozialisten und den Grünen vergleichbar. Sie verfolgen eine Art Doppelstrategie, indem sie »mit einem Fuß in der demokratischen Partei und mit einem Fuß in den sozialen Massenbewegungen« stehen (wollen). Wegen ihrer Zusammensetzung und Position in der politischen Landschaft der USA können sie von Interesse sein für die zukünftige Entwicklung einer Post-Reaganschen Periode. Historische Skizze zum Problem linker Organisation in den USA:

»Die Vereinigten Staaten sind charakterisiert durch, zum Beispiel, eine ungewöhnlich stark fragmentierte Arbeiterklasse, gespalten durch Ethnik, Rasse, Religion, Qualifikation und Karrierestufen; extrem geringe Gewerkschaftsmitgliedschaft (ca. 20 %); die Unfähigkeit, die Arbeiterschaft zu Wahlgängen zu mobilisieren; die Abwesenheit machtvoller arbeiterorientierter Parteien oder direkter Arbeiterrepräsentation in der Regierung; und die Dominanz von klassisch-liberalen, kapitalistisch orientierten Ideen in der Kultur« (Greenberg, 1983).

Ernsthafte Debatten über den amerikanischen Sonderweg (»american exceptionalism«) begannen schon mit Toquevilles' Reiseberichten von dort. Für die Entwicklung und Entfaltung des Kapitalismus und der Arbeiterklasse gab es Bedingungen, die teilweise sehr verschieden waren von den europäischen. Insbesondere die Tatsache, daß die Arbeiterklasse der USA kaum organisiert ist und keine progressive Ausprägung hatte bzw. hat, blieb bis heute im Zentrum insbesondere linker Debatten.

In einem Brief an Sorge stellte *Friedrich Engels* Ende 1892 über die US-amerikanische Arbeiterbewegung fest: »Es ist merkwürdig, aber ganz natürlich, wie in einem so jungen Land, das den Feudalismus nie gekannt, das von vornherein auf bürgerlicher Grundlage emporgewachsen, wie fest da die bürgerlichen Vorurteile auch in der Arbeiterklasse sitzen.« (MEW, Bd.38, S.560) Im Jahre 1905 dann versuchte der deutsche Sozialist und Soziologe *Werner Sombart* in einer Artikelserie die Frage systematisch zu diskutieren: »Warum gibt es keinen Sozialismus in den Vereinigten Staaten?« Seine Thesen gehören noch heute zum zentralen Bestandteil derartiger Analysen und erfaßten die folgenden Faktoren:

- der hohe Lebensstandard der Arbeiter in den USA; deswegen, so Sombart, »konnten alle sozialistischen Utopien wegen Roastbeef und Apfelkuchen zu nichts kommen«;
- die demokratische Struktur der täglichen Beziehungen; das Wahlrecht mußte nicht erkämpft werden, so daß die Arbeiterbewegung ohne Kämpfe und klare Identität in die bürgerliche Gesellschaft integriert wurde; die Idee der »Volkssouveränität« hatte relativ große Bedeutung;
- Chancen zum sozialen Aufstieg erschienen größer als in Europa; Mobilität und »frontier« (der offene Westen) ermöglichten Fluchtmöglichkeiten für Arbeiter aus der Lohnarbeit und reduzierten den Zwang zu Organisation und Auseinandersetzung mit dem Kapital.

In einem brillanten Aufsatz zum selben Thema setzt *Jerome Karabel* (in: Dollars und Träume 5/82, S.9-31) an Sombarts Thesen an, relativiert und ergänzt sie durch neuere Funde der Forschung. Demnach war die sozio-ökonomische Entwicklungsgeschichte und Struktur der USA recht verschieden von den europäischen Ländern, von denen die meisten Bewohner der USA oder ihre Nachkommen abstammten. So »war das weiße Amerika im frühen 19. Jahrhundert eine Gesellschaft von unabhängigen Produzenten — eine Gesellschaft, ganz überwiegend bestehend aus Farmern, Händlern und Handwerkern« (Karabel, S.15). Andere gewichtige Faktoren waren der ständige Ortswechsel von Abenteurern, Einwanderern, Farmern, die in die Stadt zogen, Städter, die weiter in den Westen zogen, und die Heterogenität der Arbeiterklasse, »denn in den Vereinigten Staaten, einzig unter den fortgeschrittenen Ländern, wurde in einem erheblichen Maße das Werk der Industrialisierung von Arbeitern vollbracht, die nicht einheimisch waren« (S.19). Unterschiedlichste Nationalitätengruppen verursachten Mißtrauen untereinander, hinzu kamen Sprachprobleme und die Tatsache, daß viele Arbeiter ihren Aufenthalt in den USA anfangs nur als zeitweilig ansahen (30 % der Einwanderer zwischen 1820 und 1924 kehrten in ihre Heimatländer zurück). Dies alles geschah in einem Zeitraum, in welchem der organisierte politische Konflikt zwischen Arbeit und Kapital möglich und denkbar war. Wegen der Fragmentierung der Arbeiterbewegung blieben Kämpfe und Erfolge weitgehend einzeln. Die Rolle des Staates und der Regierungen war äußerst schwach, und wie der US-Soziologe G. Hooks es ausdrückte, ist »die Regierung in den USA im Schatten von big business aufgewachsen«.

Vor dieser historischen Skizze kann verständlicher werden, daß es keine starke Partei oder Organisation der Arbeiterklasse gab und gibt und es in der gesamten Geschichte der USA lediglich zwei Perioden gab, in denen eine sozialistische Linke erwähnenswerte Macht entfalten konnte. Während der ersten beiden Jahrzehnte dieses Jahrhunderts war dies die Sozialistische Partei hinter der populären Persönlichkeit *Eugene V. Debs*, der mit Luxemburgscher Ideologie und Strategie relativ großen öffentlichen Einfluß entwickelte und beispielsweise bei seiner Präsidentschaftskandidatur im Jahre 1912 6% der Stimmen erhielt. Die zweite »linke« Periode war in den 1930er Jahren, als die Kommunistische Partei und der progressive Teil der Arbeiterbewegung, organisiert in der Gewerkschaft CIO (Committee for Industrial Organization), vor dem Hintergrund der großen Depression und des Roosevelt'schen New Deal einige Erfolge erzielen konnten. Nach der Periode des »Kalten Krieges« in den 1950er Jahren entfaltete sich die Bürgerrechtsbewegung für die Emanzipation insbesondere der schwarzen, mexikanischen und indianischen Bevölkerungsminderheiten. In der Folge der Studentenrevolten und der Opposition gegen den US-Krieg in Vietnam entwickelten sich soziale Bewegungen für Frauengleichberechtigung, Umweltschutz, Konsumentenrechte und Frieden. Neben der einflußlosen Kommunisti-

schen Partei (CPUSA) und der trotzkistischen Socialist Workers Party (SWP) gab es viele populistische Versuche breiter Organisierung:

Citizens Party (geleitet durch Barry Commoner, radikal-populistische Gruppe); ACORN organisiert Nachbarschaftsgruppen, sogar weiße Arbeiter, an lokalen Themen (grassroots); Ralph Nader groups arbeiten an Verbraucherthemen und Umweltschutzproblemen, und initiieren Gesetzesvorlagen dazu; und Anfang der 70er Jahre wurden dann die DSOC (Democratic Socialist Organizing Committee) und die NAM (New American Movement) gegründet. Diese beiden parteiähnlichen politischen bundesweiten Organisationen vereinigten sich nach jahrelangen zähen Verhandlungen am 20.3.1982 in Detroit zur DSA.

Von der NAM und der DSOC zur DSA

Die DSOC entstand 1973 nach harten Auseinandersetzungen in der alten Sozialistischen Partei. Deren Präsident *Norman Thomas* und führende Mitglieder der SPUSA waren stark antikommunistisch eingestellt und unterstützten den imperialistischen Krieg der USA in Vietnam. Unter der Leitung von *Michael Harrington*, einem früheren Bürgerrechtsaktivisten und Journalisten eines katholischen Magazins, gründeten die kritischen Mitglieder das Organisationskomitee für eine neue sozialistische Partei, DSOC. Ihre beiden Hauptziele waren die Konzentration auf Wahlkämpfe für die Demokratische Partei und die bundesweite Verknüpfung der lokal verstreuten Ansätze progressiver Politik. Die DSOC verstand sich als linker Flügel der Demokratischen Partei und wurde Mitglied der Sozialistischen Internationale. Gegen Ende der 70er Jahre hatte DSOC etwa 4.500 Leute organisiert und einigen Rückhalt in Teilen der fortschrittlichen Gewerkschaften (z.B. Automobil- und Maschinenarbeitergewerkschaften).

Die NAM entstand 1971 aus Aktivisten der Studentenbewegung, die sich als undogmatische Organisation der Neuen Linken betrachteten. Die etwa 1.000 Mitglieder waren meist im öffentlichen Erziehungssektor beschäftigt. Ihre Arbeit war orientiert auf lokale und regionale Aktivitäten an Umweltschutz, Atomkraft, Rassismus, in Frauenbewegung, progressiven Gewerkschaftsgruppen, Schwulengruppen. Die marxistisch-leninistischen NAM-Anhänger beteiligten sich jedoch nicht an der Vereinigung mit der DSOC.

In dem Vereinigungsdokument der DSA von 1982 kritisieren die DSA-ler die kapitalistische Wirtschaftsordnung, das System der Lohnarbeit und die Klassenstruktur. Sie beziehen explizit den Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen und von Minderheiten (Rassen, Schwule etc.) mit ein. Es ist schon fast erstaunlich, welch großen — zumindest verbalen — Stellenwert feministische Probleme und Themen darin haben. Demgegenüber spielen die marxistischen Traditionen keine große Rolle. Theoretische Ansätze stammen aus den ausgeprägten Diskussionen unter Neo-Marxisten aus den Siebzigern, seitdem innerhalb einiger Universitäten marxistisch orientierte und radikale Lehrende arbeiten. Verschiedene analytisch-strategische Konzepte werden dabei pluralistisch zusammengefaßt. Der grundsätzliche strategische Ansatz ist die Durchsetzung antikapitalistischer Reformen (oder auch »non-reformist reforms«). Daß diese jedoch eine breite Unterstützung in der Bevölkerung voraussetzt, wird hervorgehoben. In einem zentralen Passus des Vereinigungsdokuments heißt es:

»Zu einem großen Teil mangelt es der heutigen Linken nicht an Ideen, sondern an einer Sprache und an Symbolen, die die persönlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Menschen ansprechen, sowie am Zugang zu den Massenmedien. Wir müssen Programme entwickeln, die

als soziale Zielvorstellungen plausibel sind und gleichzeitig bei ihrem Eingehen auf die persönlichen Unzufriedenheiten der Menschen und den ökonomischen Verfall unserer Nation über die Lösungsvorschläge des traditionellen Liberalismus (linksliberal, E.G.) hinausweisen.« (in: Dollars und Träume, S.120).

Die Praxisorientierung der DSA verlagerte sich insgesamt mehr den Wahlkämpfen zu. Starke organisatorische Unterstützung für soziale Bewegungen gibt es nur in einigen sehr aktiven lokalen Gruppen (z.B. New York, Boston, Kalifornien). Die Mitglieder sind meist Akademiker und Studenten, während Frauen und rassische Minderheitsgruppen stark unterrepräsentiert sind. Allgemein scheinen viele DSA-ler vor allem aus beruflichen und Karrieregründen nur relativ wenig Zeit und Arbeit in politisches Engagement zu stecken. Hinzu kommt noch die neoliberale Drift der Demokraten und die allgemeine Rechtswende seit der Präsidentschaft J. Carters. Das ganze sozio-politische Umfeld wirkt relativ demotivierend auf die DSA, und als Anhängsel der Demokraten und deren Wahlergebnisse haben sie noch keine bundesweite Identität erreicht. Dafür gibt es jedoch einige DSA-Publikationen (Democratic Left, Dissent) und symphatisierende Zeitungen (In These Times, Socialist Review).

Innerhalb der DSA lassen sich zwei Strömungen unterscheiden, deren offensichtlichstes Unterscheidungsmerkmal die Verbundenheit mit der Demokratischen Partei ist. Dahinter steht jedoch die Frage nach der Funktion und strategischen Bedeutung des kapitalistischen Staates.

Der reformistischere Teil gruppiert sich um die Person des jetzigen Mit-Vorsitzenden (Co-Chair) *Michael Harrington*, dem Gespräche auf hoher Ebene leichter zu fallen scheinen als Basisarbeit. Diese Strömung betont die Verbundenheit mit den Spitzen der Gewerkschaften und der Demokraten. In Harrington's Wirtschaftsprogrammmentwurf zum 2. Bundeskongreß im vergangenen November in Berkeley wurden zwar analytisch die Verbindungslinien zwischen den sozialen Bewegungen gezogen, doch blieben konkretere Erläuterungen aus. Außerdem fehlten marxistische Ansätze völlig und Worte wie »Auseinandersetzung« oder »Kampf« tauchten nicht auf. Der andere Flügel der DSA, die sogenannten »Pistazien« (stark vertreten in New York und Boston), sind in dieser Hinsicht radikaler und realistischer in ihrem Entwurf. Sie betonen ihre theoretische und praktische Verbundenheit zu den sozialen Bewegungen und haben eine kritischere Haltung gegenüber der Demokratischen Partei. Sie bekommen wachsenden internen Einfluß. Die stärkste Seite der DSA insgesamt scheint ihre Verbindung zu linken Demokraten, Professoren und Gewerkschaftsfunktionären zu sein, was vereinzelt zu lokalen oder regionalen Erfolgen führte. Allerdings ist auch dafür ein starkes linkes Umfeld und breite externe Mobilisierung zum Erfolg notwendig.

Das wohl gewichtigste Versäumnis der DSA bisher war, die Präsidentschaftskampagne des farbigen Demokraten *Jesse Jackson* im Jahre 1984 nicht unterstützt zu haben. Diese Fehlentscheidung hatte nicht nur zurückgehenden Einfluß in linken Bewegungen zur Folge, die stark die »Rainbow Coalition« unterstützten; sie hatte auch beispielsweise die Konsequenz, daß der farbige neomarxistische Historiker *Manning Marable* seinen Sessel im Nationalen Exekutiv Komitee aufgab, und das Ziel der DSA, verstärkt Mitglieder unter (rassischen) Minderheiten zu finden, damit einen Rückschlag erhielt. In der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung hatte sich diese Frage der Organisierung von Unterprivilegierten/Minderheiten immer wieder als bedeutungsvoll für die Stärkung ihrer Organisation herausgestellt (z.B. AFL, IWW, CPUSA).

Parallel zur konservativen Wende hat die DSA innerhalb der letzten beiden Jahre ca.

1.000 Mitglieder verloren, was insbesondere auf das abnehmende Engagement von erfahrenen »68er-Veteranen«, von Frauen und auf mangelndes Problembewußtsein der DSA gegenüber rassistischen Problemen zurückgeführt wird. Heute arbeiten noch rund 6.000 DSA-ler in 45 Städten an Wahlkampfkampagnen auf verschiedenen Ebenen mit und beteiligen sich an unterschiedlichen Projekten und Bewegungen, vor allem in denen gegen Apartheid und US-Intervention in Mittelamerika. Neben diesem Engagement gab und gibt es allerdings kein Projekt, das die DSA als nationales Aushängeschild hätte nutzen können. Entsprechend wurde auch während ihres 2. Bundeskongresses im November 1985 in Berkeley/Kalifornien über ein nationales Strategiepapier und einen Parteiprogrammentwurf debattiert. Von den zwei Seiten wurden zum Programmentwurf Vorschläge vorgestellt und von den nur 180 erschienenen Mitgliedern/Delegierten diskutiert. Für die mehr reformistischen DSA-ler legte M. Harrington ein Papier vor, für die etwas mehr rot-grünen hatte die New Yorker Gruppe der »Pistazien« unter dem Ökonomen *Bill Tabb* ein komplementäres Papier erarbeitet. Beide waren zuvor in den Städtegruppen schon kontrovers diskutiert worden. Während des Kongresses wurde beschlossen, beide Papiere separat mit den Namen der Autoren zu veröffentlichen. Die Ökonomin *Judith Van Allen* erhielt dann den Auftrag, beide Papiere in einer verkürzten Version zu verarbeiten und mit größerem Gewicht auf Feminismus und Antirassismus zu belegen, was dann auf der »New Directions Conference« im Mai diesen Jahres erneut diskutiert wurde und als DSA-Dokument verbreitet werden sollte. Sie betont darin, daß wirkliche Gleichheit, Gerechtigkeit und Macht ausgleich im Kapitalismus niemals erreicht werden können, egal wie »reformiert« er ist. Allerdings müsse hier und heute angesetzt werden, weswegen Mobilisierung und Machtzuwachs (empowerment) sehr wichtig seien. Das allgemeine Ziel sozialistischer Politik sei die Erweiterung der Kontrolle der Menschen über ihre eigene Existenz in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die grundlegende Strategie ist, durch politische Praxis zu zeigen, daß verschiedene Interessen zusammenwirken und aufeinander bezogen werden können. Die allgemeinen kapitalistischen Wurzeln der ökologischen Zerstörung müßten verbunden werden mit Arbeitsplatzproblemen, der Beschäftigungskrise und der Militarisierung der Wirtschaft.

Zu den konkreteren Forderungen gehören:

1. Sozial- und wohlfahrtsstaatliche Reformen, in ein Konzept unter dem Begriff »universal social wage« zusammengefaßt; dies beinhaltet alle grundlegenden Reformen, die in West- und Nordeuropa bereits als »Standard« gelten (Ausweitung und Verbesserung von sozialer Absicherung, Arbeitslosen- und Krankenversicherung, Familienbeihilfen usw.); hinzu kommt allerdings noch eine nicht näher beschriebene Art von Entlohnung für Hausarbeit;
2. Volle und faire Beschäftigung soll alle Unterprivilegierten einbeziehen; Erziehung und Betreuung von Kindern, Alten und Behinderten soll bezahlt werden; Arbeitstag oder -woche sollen reduziert und die Einkommen für Teilzeitarbeitskräfte verbessert werden;
3. Demokratie am Arbeitsplatz und Arbeiterkontrolle; zentralisierter und bürokratischer Sozialismus wird explizit abgelehnt und Arbeiterselbstverwaltung als Essenz eines demokratischen Sozialismus betrachtet. Demokratisierung der Arbeitsplätze, Abschaffung geschlechtlicher und rassistischer Diskriminierung innerhalb der Betriebe und der Gewerkschaften, und Einfluß bei der Einführung neuer Technologien sind die wichtigsten Punkte. Daneben sollen landwirtschaftliche und Arbeiterkooperativen unterstützt werden, und diese Politik soll mit der Unterstützung kleinbäuerlicher Betriebe verbunden werden.

In einer während der 2. Bundeskonferenz verabschiedeten Prioritätenliste für die wichtigsten kommenden Aufgaben votierten die Delegierten für folgende Punkte:

1. das wichtigste nationale Projekt bildet die »New Directions Conference« im Mai, für dessen Vorbereitung sogar eine Vollzeitkraft eingestellt wurde;
2. die DAS-ler wollen in den 1986er Wahlen wieder aktiv werden;
3. dort, wo es sinnvoll erscheint, wollen sie verstärkt in der Bürgerrechtsbewegung und in der »Rainbow Coalition« mitarbeiten;
4. ihr Engagement in der Anti-Apartheid- und der Anti-Interventions-Bewegung soll intensiviert werden;
5. feministische Veranstaltungen sollen durchgeführt werden;
6. sie wollen ihre Aktivitäten in der Arbeiterbewegung erhöhen;
7. sie wollen die Organisierung von Studenten verstärken und mit der Organisierung von Lehrenden beginnen;
8. die Mitglieder des Bundesbüros sollen öfter Besuche abstatten in den Städtegruppen, mehr »leadership«-Schulungen durchführen und mehr Materialien erstellen und last but not least mehr Geld sammeln.

Das Van-Allen-Papier wurde allerdings nicht — wie geplant — auf der Konferenz im Mai diskutiert und verabschiedet. Anscheinend wollte der Kreis um Harrington eine Programmdebatte während dieser, eher als Schau, gedachten Konferenz vermeiden.

Ausblick

Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß krisengeschüttelte imperiale Mächte zu reaktionärer interner und externer Politik tendieren. Die sich abzeichnenden strukturellen Veränderungen auf internationaler und nationaler Ebene (zunehmende Weltmarktkonkurrenz durch Japan, die EG und die sich industrialisierenden Staaten, Rohstoffkartelle, Unruhen in Billiglohnländern und siegreiche Befreiungsbewegungen, ökologische Probleme, kontinuierlicher Fortschritt in staatssozialistischen Staaten etc.), lassen fortschrittlicher Politik in den USA ohne starke vereinigte Arbeiterbewegung und linke Bewegungen wenig Raum. Die Rechtsentwicklung weiter Teile der demokratischen Partei läßt es zur Zeit zwar als etwas aussichtslos erscheinen, daß die DSA und ihre Sympathisanten in nächster Zukunft an Einfluß gewinnen können. Es sieht so aus, als ob die Offensive der DSA (im Zusammenhang mit den vielen anderen kleinen Gruppen und politischen Ansätzen) aber zumindest einen Grundstein legen könnte für engere und effektivere politische Kanäle und Zusammenhänge in der politischen Szenerie der »spät-imperialen« USA (Mike Davis). Insofern könnte die DSA eine gewichtige Rolle der punktuellen Vernetzung verschiedener Gruppen und Bewegungen leisten; besonders auch deshalb, weil sie Kontakte zu einigen Einflußgruppen haben. Andererseits scheint die »Ingangsetzung« progressiver Alternativen nicht von der parteipolitisch recht stark eingebundenen DSA, sondern eher von der Vielzahl der zunehmenden Auseinandersetzungen von außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen gegen die Katastrophenpolitik des destruktiven US-Systems kommen zu können. In seiner Kritik sozialdemokratischer Konzepte der Konzentration auf Wahlen, Reformen und Gesetzgebungsprozesse schreibt *Robert Brenner* für die USA, daß Reformen nur durch Massenbewegungen in Gang gesetzt wurden und werden (Brenner 1985, S.32ff.). Komplementär zu den destruktiven/reaktionären Politiken des US-Kapitals und der Reagan-Administration entwickeln sich nun mit entsprechender zeitlicher Verzögerung Widerstände und oppositionelle Bewegungen. Innerhalb der fragmentierten Gewerk-

schaften wird beispielsweise immer mehr Unmut und Widerstand sichtbar gegen die erzwungenen Konzessionen an die Unternehmer (z.B. Lohnreduzierungen um 20% während der letzten fünf Jahre). Der von August 1985 bis April 1986 dauernde Streik der Hormel-Arbeiter in Austin/Minnesota war das schillerndste Beispiel dieser Bewegung. Frauenbewegung, Friedensbewegung, Ökologiebewegung, Regenbogen Koalition, Anti-Apartheidbewegung, Anti-Interventionsbewegung, Nachbarschaftsgruppen, Obdachloseninitiativen, Wählerregistrierungsgruppen usw. stellen vereinzelte Potentiale zur Liberalisierung dar. Was jedoch teilweise auf bundesstaatlicher Ebene durchgesetzt werden kann, ist noch lange nicht gültig für die restlichen 49 Bundesstaaten.

Ein für bundesdeutsche Verhältnisse eher befremdlich anmutender, aber hilfreicher Teil politischer Aktivitäten ist die Registrierung von armen Schichten der Bevölkerung und Minderheiten für Wahlen; eine Initiative, die vor allem im Südwesten der USA erfolgreich angelaufen ist. In den USA gehen nur etwa die Hälfte der Farbigen und nur ein Viertel der Arbeitslosen wählen; je geringer das Einkommen, desto geringer die Wahlbeteiligung und desto höher die Stimmabgabe für die Demokraten. Hier wird das Potential anderer Wahlergebnisse sichtbar.

Die DSA selbst müßte sich wirklich mehr für ihre programmatischen Aussagen engagieren. Ihre beschränkten personellen und materiellen Ressourcen stehen dem jedoch entgegen, worüber nur intensive Mobilisierung hinweghelfen kann. Ihre strategische Ausrichtung scheint dem konservativen Umfeld angemessen zu sein, doch besteht die Gefahr, in reformistischen Schritten mit den Demokraten ausgelagt zu werden. Dringende, in der Öffentlichkeit diskutierte Themen wie Farmer-Krise, Betriebsstillegungen, Druck auf Gewerkschaften usw. spielen kaum eine Rolle in der Theorie und noch weniger in ihren Aktivitäten. In diesen Bereichen wird teilweise in Einzelaktionen eine Offensive gestartet, aber es gibt keine zusammenhängenden Strategien und Praxen beispielsweise für eine demokratische Industriepolitik. Zum einen eröffnet der schwache politische Apparat der Demokraten die Chance effektiver politischer Arbeit für die DSA innerhalb der Demokratischen Partei. Zum anderen müssen aber die erheblichen Korruptionsgefahren berücksichtigt werden. Zudem wirken die konservativen Einflüsse der umgebenden (politischen) Kultur, der perfide Antikommunismus, der gering entwickelte Standard gewerkschaftlicher Rechte und sozialstaatlicher Absicherung etc. als starke Bollwerke für darüber hinausgehende Veränderungen dieser Gesellschaftsformation. Welche konkrete Taktik im »Stellungskrieg« zwischen Kapital und Arbeit in den USA erfolgreich sein kann, wird auf jeden Fall zu einem großen Teil auch durch die internationalen Entwicklungen beeinflusst.

Literaturverzeichnis

- Brenner, Robert, 1985: The Paradox of Social Democracy: The American Case. In: The Year Left. London
- Davis, Mike, 1984: The Political Economy of Late-Imperial America. In: New Left Review 143 (London, Jan./Feb.)
- Greenberg, Edward S., 1983: Context and Cooperation. In: Economic and Industrial Democracy Vol. 4 (SAGE, London, Beverly Hills, New Delhi)
- Karabel, Gerome in: Dollars und Träume — Studien zu Politik, Ökonomie und Kultur der USA. Heft 5 (März 1982)
- Marx-Engels Werke, Bd.38, Berlin/DDR 1965
- Zusätzlich: Materialien der DSA (New York City) und aus folgenden Publikationen der US-Linken: Against the Current; The Guardian und In These Times

Uwe Kremer

Der Juso-Bundesverband in der zweiten Hälfte der 80er Jahre

1

Der diesjährige Bundeskongreß der Jungsozialisten markiert einen tiefgehenden Einschnitt in der Geschichte des Verbandes. Dieser Einschnitt läßt sich an drei wesentlichen Punkten festmachen:

- an den Fortschritten in der inhaltlichen Beschlußlage des Verbandes;
- an der Herausbildung und Durchsetzung einer »verbandspolitisch konstruktiven« Mehrheitskonstellation;
- an der Veränderung des überkommenen »Fraktionsgefüges« bei den Jusos.

In den folgenden Abschnitten soll nicht versucht werden, eine Kongreßreportage zu liefern, sondern den Zusammenhang dieser Punkte zu skizzieren. Im Mittelpunkt stehen die politisch-ideologischen Veränderungen, die in diesem Verband seit geraumer Zeit stattgefunden haben und sich im Übergang zu den 90er Jahren weiter fortsetzen dürften.

2.

Zum Hintergrund dieser Umbruchssituation: In den 80er Jahren ist der Juso-Verband vor die Aufgabe gestellt worden, seine Rolle und seine Perspektiven in einer völlig neuen Etappe der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen neu zu bestimmen. Der ökonomisch-technische und sozial-kulturelle Strukturwandel, die veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse (darunter die Entwicklung der sozialen Bewegungen und des Parteiensystems), die neue Rolle der Sozialdemokratie und schließlich die gewandelten Lebensverhältnisse und Einstellungen in der Jugend: wichtige Problemfelder, denen sich die Jusos nicht hinlänglich gestellt haben. Dies wird häufig auf ein Problem der Verbandspraxis reduziert und damit ebenso häufig zu einer Frage des »Politikstils« und der »Verkehrsformen« gemacht. Tatsächlich liegt hierbei aber *auch* der Tatbestand einer tiefgreifenden *politisch-ideologischen Krise* der Jusos vor (im umfassenden Sinne: Analyse, Strategie und Taktik). In der ersten Hälfte der 80er Jahre hat faktisch keine Weiterentwicklung von inhaltlichen Positionen, Strategien und Handlungsorientierungen stattgefunden. Die altersmäßigen Umschichtungen im Verband und die weitgehende Ablösung der Juso-Generation mit den Eintrittsjahrgängen 1972ff. erfolgten in einer Zeit des Stillstands der Debatte, in einer Zeit, in der die berühmte Linkswende von 1969 und die klassischen Fraktionskämpfe Anfang und Mitte der 70er Jahre in der Erinnerung mehr und mehr verblaßten oder nur noch als Mythen hochgehalten wurden.

3.

In den vergangenen zwei Jahren hat sich diese Situation verändert — zunächst nur verdeckt und schlaglichtartig, dann aber im Vorfeld des letzten Bundeskongresses mit erheblich klareren Konturen. Bei Licht betrachtet, hatte eine grundlegende Veränderung des »Fraktionsgefüges« bei den Jusos eingesetzt, die gegenwärtig noch keineswegs als abgeschlossen zu betrachten ist. Die wesentlichen Eckpunkte dieser Entwicklung sind:

- die Stabilisierung der früheren »reformistischen« Gruppierung als »undogmatische« Strömung mit einem eigenen programmatisch-strategischen Grundlagenwerk (»Programmatische Impulse«);

- die Hinwendung der süddeutschen Bezirke (Nachfolge des »Antirevisionismus« und des sogenannten Göttinger Kreises) zu einer pragmatisch-reformpolitischen Orientierung (»Politökonomischer Minimalkonsens«);
- die Konzentration des Hannoveraner Kreises auf Fragen der »Etappenbestimmung« und der Strategie, insbesondere im wirtschafts- und im jugendpolitischen Bereich;
- die fraktionsübergreifende Ausbreitung der Feminismus-/Sozialismus-Diskussion und eine relative Autonomie der Diskussionsentwicklung im Frauenbereich.

Aufgrund der objektiven gesellschaftlichen Veränderungen, der politisch-ideologischen Krise der Jusos und des dann einsetzenden Wandels im »Fraktionsgefüge« haben sich die »Fraktionen« — insbesondere die »undogmatische« — stärker zu Dachverbänden unterschiedlicher inhaltlicher Tendenzen entwickelt. Die verbreitete Bewertung des Bundeskongresses als Auseinandersetzung zwischen den »radikalen« Undogmatischen und den »gemäßigten« Stamokaps und Süddeutschen macht in verdrehter Form deutlich, daß innerhalb des Verbandes auch Stellungen- und Diskurswechsel stattgefunden haben.

4.

Am bemerkenswertesten ist sicherlich die Entwicklung der »undogmatischen« Strömung, die auf dem Bundeskongreß ca. 45% der Delegierten stellte und ihre Hochburgen insbesondere in Hessen, Niederrhein und Rheinland-Pfalz hat. Tatsächlich handelt es sich hierbei mehr um eine Sammlungsbewegung, die traditionell-reformistische, öko-reformistische und »ultralinke« Tendenzen umfaßt und sich in der Regel auch auf rechtssozialdemokratische Tendenzen in den Verbandsgliederungen stützen kann. Seitdem die SPD in der Opposition ist, hat sich diese Strömung in einigen Bezirken »radikalisiert« und versteht sich heute als die »provokative Kraft« im Verband. Eine Bestimmung ihrer Positionen fällt aufgrund der internen Vielfalt schwer. Eckpunkte sind:

- Als Grundsatzposition zeichnet sich ein »integrales Sozialismuskonzept« ab, in dem der Marxismus einer von mehreren Bestandteilen ist. Betont wird die ideologische Pluralität, die sich auf die abstrakte Vorgabe »emanzipatorischer Werte« stützt. In diesem Zusammenhang liegt der Schwerpunkt des undogmatischen Selbstverständnisses auf »Kulturen« und »Politikformen«, deren Gehalt zumeist im Dunklen bleibt.
- Die zentrale analytische und strategische Bedeutung der ökonomischen Strukturen und Klassenbeziehungen gehen in einer Pluralität von Beziehungen und Ursachen unter. Dementsprechend wird die zentrale Rolle der Erwerbsarbeit und der Arbeiterbewegung — konkret in der technologiepolitischen und der Feminismus-/Sozialismus-Debatte — unterschätzt bzw. in Abrede gestellt.
- Die »Radikalität«, die diese Strömung angenommen hat, seitdem sich die SPD in der Opposition befindet, beruht vor allem auf der »radikalen« Propagierung der genannten Positionen, die durch Anlehnung an die demokratische Bewegungskultur und grün-alternative Anleihen erfolgt. Es handelt sich hierbei zum großen Teil um Rituale, die als Strategieersatz dienen.
- Es gibt allerdings auch eine »linksradikale« Traditionslinie im »undogmatisch-reformistischen« Bereich, die sich vom jungen Johano Strasser über Teile der Juso-Hochschulgruppen bis hin zu Teilen der »undogmatischen« Gruppe ziehen läßt. Symptomatisch waren und sind eine zur Schau gestellte Organisationsfeindlichkeit und »Basisorientierung« sowie eine abstrakte Propagierung »radikaler« Alternativen (vom Technikboykott bis zum NATO-Austritt), deren praktische Bedeutung gegen Null tendiert.

- Gegenwärtig versteht sich die »undogmatische« Strömung als »radikales« und sozialistisches Gewissen des Verbandes (in der Tradition des — illusionären — Juso-Wahlkampfzettels von 1972 »Sozialismus — weil's vernünftig ist«) und kämpft gegen die »Minimalkonzepte« der anderen Verbandsteile. Eine Einschätzung der gegenwärtigen Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung sowie der vorrangigen Kampfaufgaben im Rahmen eines strategischen Konzeptes fehlt.
- Bestimmend für den Zusammenhalt dieser Strömung ist wie eh und je der Antikommunismus, der sich immer noch regelmäßig am Hannoveraner Kreis und am SHB, gelegentlich auch an den süddeutschen Bezirken entläßt. Als Mittel zur Spaltung oder Schwächung von sozialen Bewegungen spielt er heute allerdings kaum noch eine Rolle (zuletzt vor zwei Jahren bei der Zerschlagung jugendpolitischer Aktions- und Bündniszusammenhänge).
- Statt dessen hat sich der Bewegungsbezug dieser Gruppierung in den letzten Jahren verstärkt, was sich auch in ihrer Haltung zur Frage rot-grüner Bündnisse ausdrückt. Insoweit verkörpert sie auch *real* bestimmte Momente von Bewegungskultur, die allerdings häufig als Vehikel für die innerverbandliche Auseinandersetzung mißbraucht werden.

5.

Die auf dem Bundeskongreß gebildete Mehrheit aus Hannoveraner Kreis (ca. 35%) und süddeutschen Bezirken (ca. 20%) hat — oberflächlich betrachtet — eine gewisse Tradition im Verband: Schon in den 70er Jahren, als vor allem die bayerischen Bezirke sich als Bestandteil des sogenannten Göttinger Kreises verstanden, gab es eine derartige Mehrheitskonstellation (Bundeskongresse 1977 und 1978). Allerdings haben sich die Grundlagen der Zusammenarbeit merklich geändert: Früher standen gemeinsame marxistische Grundlagen und die Ablehnung des inkonsequenten innerparteilichen Verhaltens reformistischer Bundesvorstände im Mittelpunkt. Durch das Ende der sozialdemokratischen Reformära und den Regierungskurs unter Helmut Schmidt lagen zudem andere Rahmenbedingungen vor.

Die gegenwärtige Mehrheit verfügt hingegen über deutlich veränderte Grundlagen, deren Schwergewicht weniger im ideologischen und strategischen Bereich, sondern mehr in den konkreten Aufgabenstellungen der kommenden Jahre liegt. Hierzu zählen folgende Punkte:

- Eine klare Prioritätensetzung wird auf die Vertretung und Durchsetzung vordringlicher reformpolitischer Sofortmaßnahmen gelegt: Dies gilt sowohl für die sozialen Bewegungen wie auch für die Parteidiskussion.
- Ein zentrales Gewicht wird auf die Wiederherstellung der verbandspolitischen Handlungsfähigkeit, insbesondere in den jugendpolitischen Aktionsbereichen gelegt. Hierbei spielt die organisationspolitische Verbandsreform eine unterstützende Rolle.
- Antikommunistisch motivierte Ausgrenzungsversuche werden gemeinsam abgelehnt und ein rationales Verhältnis zu innerverbandlichen Meinungsverschiedenheiten und zu bündnispolitischen Fragen angestrebt.
- Es hat sich allerdings auch gezeigt, daß in der Einschätzung der Arbeiterbewegung, der Rolle der Erwerbsarbeit und der Technologieentwicklung gemeinsame marxistische Grundpositionen vorhanden sind.

Hinzugefügt werden muß, daß das Zustandekommen eines Mehrheits-/Minderheitsverhältnisses auf dem Bundeskongreß im wesentlichen auf dem *Verhalten* der »undogmati-

schen« Strömung beruhte (permanente antikommunistische Denunziationen, fehlende Kooperationsbereitschaft, Monopolspruch auf das Bundessekretariat) und weniger den geschilderten politisch-ideologischen Positionen geschuldet war.

6.

Die süddeutschen Bezirke werden von »undogmatischer« Seite aus gegenwärtig als »Juso-Rechte« apostrophiert, die die Aufgabe sozialistischer Positionen betreibe. Über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren hat ein ständiger Kurswechsel im Bereich des Göttinger Kreises stattgefunden. Und in der Tat dominiert gegenwärtig eine pragmatisch-»realpolitische« Position in den süddeutschen Bezirken, die zwar weiterhin marxistische Grundpositionen im analytischen Bereich vertreten (s. insbes. die Technologiedebatte) und die vordringlichen inhaltlichen Schwerpunkte richtig gesetzt haben (hier gibt es deutliche Annäherungen an früher als völlig unzureichend kritisierte Positionen der Memorandumsgruppe und des Hannoveraner Kreises), es fehlt allerdings eine strategische Einordnung. Insoweit gibt es in diesem Bereich eine Traditionslinie: Die Betonung der Strategie, der Verbindung von Etappenzielen und sozialistischer Perspektive, der Bündnispolitik und des Bewegungsbezugs wird am Hannoveraner Kreis früher wie heute kritisiert. In einigen Bereichen — so in der Jugendpolitik — führt dies dann zu einer problematischen Verkürzung auf einen Katalog von (richtigen) kurzfristigen Forderungen. Hier liegen dann auch die gravierendsten Widersprüche innerhalb der gegenwärtigen Verbandsmehrheit.

7.

Im Vergleich zu den beiden anderen Gruppierungen kann der Hannoveraner Kreis auf eine große Kontinuität in seiner politisch-ideologischen Entwicklung zurückblicken. Kursänderungen bewegten sich in einem relativ engen Rahmen. Grundlage ist bis heute eine gewerkschaftlich orientierte marxistische Grundposition geblieben, wie sie insbesondere in den *Herforder Thesen* entwickelt und dargestellt worden ist. Allerdings haben die veränderten Rahmenbedingungen und Problemstellungen sich auch in der Entwicklung des Hannoveraner Kreises geltend gemacht. Hierzu zählen:

- Die stärkere Hervorhebung klassenübergreifender Fragestellungen und ebenfalls stärkere Berücksichtigung neuer demokratischer Bewegungen im allgemeinen, die Aufnahme feministischer Positionen im besonderen.
- Von daher ein offener angelegtes Strategieverständnis, das sich in Fragen der »gewerkschaftlichen Orientierung«, des »antimonopolistischen Bündnisses«, der »Aktionseinheit« u.a. zeigt.
- Angesichts veränderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse eine stärkere Betonung der konkreten Etappenbestimmung und eine politische Schwerpunktverlagerung auf den Kampf für eine Öffnung der gesellschaftlichen Situation (hier liegt auch die Übereinstimmung mit den Süddeutschen und die Basis für die innerverbandliche Linie des Hannoveraner Kreises).
- Gleichzeitig aber der Versuch, diese Schwerpunktsetzung mit der Entwicklung von Zukunftsperspektiven (konkrete Utopie eines »anders arbeiten — anders leben«) zu verbinden.
- Die Herausarbeitung der besonderen Rolle der Jugend in dieser strategischen Konstellation und die langfristige Perspektive einer demokratischen Jugendbewegung.
- Schließlich die Betonung von Neuformierungsprozessen in der Arbeiterklasse/den Klassenverhältnissen auf der Basis der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Feminisierung der Lohnarbeit.

Freilich gibt es auch im Hannoveraner Kreis unterschiedliche politisch-ideologische Tendenzen und Akzente, die sich allerdings sehr stark durchdringen und weniger als Strömungen identifizierbar sind. Man könnte hierbei grob unterscheiden zwischen »traditionalistischen«, »feministischen« und »modernistischen« Tendenzen, die ihre gemeinsamen Bezugspunkte aber in den *Herforder Thesen* und den oben genannten Punkten finden.

Gegenwärtig steht der Hannoveraner Kreis im »Zentrum« des Verbandes, weist er doch aufgrund seiner Entwicklung, seines Diskussionspektrums und seiner strategischen Orientierung größere Berührungspunkte zu den beiden anderen Strömungen auf, als das gegenwärtig zwischen den »Undogmatischen« und den Süddeutschen der Fall wäre. Dabei hat der Hannoveraner Kreis mit der Politik der »verbandspolitisch konstruktiven Mehrheit« den Versuch unternommen, Grundlagen für einen Aufschwung der Jungsozialisten im Übergang zu den 90er Jahren zu schaffen.

8.

Der Bundeskongreß hat vor diesem Hintergrund eine Beschlußlage erreicht, die sich deutlich von vergangenen Bundeskongressen und von der Zeit des innerverbandlichen Stillstands unterscheidet. Mit den Beschlüssen zur Jugendpolitik, zum Bereich Feminismus/Sozialismus und zum Bereich Arbeit und Technik hat der Bundeskongreß nach vielen Jahren wieder oder gar erstmals Neuland betreten. Hiermit hat er — bei allen Mängeln im einzelnen oder auch grundsätzlichen — dem gesellschaftlichen Strukturwandel Rechnung getragen. Hinzu kommt, daß nach vielen Jahren unter dem Motto »Wir wollen Leben, Arbeit, Zukunft« erstmals wieder ein Bundesarbeitsprogramm beschlossen worden ist, das insbesondere mit seinen jugendpolitischen Projekten handlungsorientierende Maßstäbe setzt. Die Beschlüsse und ihre Querverbindungen müssen im Verband weiterentwickelt werden — und zwar in zwei Richtungen: einerseits in der Umsetzung und Ergänzung des Arbeitsprogramms, andererseits in der 1987 geplanten Strategiedebatte. In ihrem Mittelpunkt soll (nach 16 Jahren!) ein Strategiekongreß der Jusos stehen. Angesichts des gegenwärtigen Diskussionsstandes wird es vor allem darauf ankommen, daß die Strömungen ihre Konzeptionen vorlegen und miteinander diskutieren, ohne vorschnell auf Zusammenschnitte zu spekulieren. Die Jusos aller »Fraktionen« sind heute noch nicht so weit, daß sie tragfähige Perspektiven für die gesellschaftliche Landschaft der 90er Jahre vorweisen könnten.

Diskussionsschwerpunkt: Linke Kultur und SPD

Diether Dehm

Kulturarbeit für den Ausstieg aus der Profitlogik

Eine Kritik des Kulturteils vom SPD-Programm-Entwurf

*Wie Du mit den andern Affen
Politik spielst auf den Bäumen
wie wir uns nach vorne träumen
und die Gegenwart nicht schaffen ...
im Sonett ist Gott uns schnuppe
Weißt Du, was wir wirklich wollen?
Eine Kelle aus dem Vollen
Kessel: Heiße Lebenssuppe
(Wolf Biermann)*

Erhard Eppler hat in Rücksprache mit Erhard Eppler den Kulturteil des neuen Programm-Entwurfs der deutschen Sozialdemokratie geschrieben. Erhard Eppler schreibt über viele Themen zwischen Bergpredigt und Naturschutz, d.h. Gott und die Welt. Bei einigen seiner Themen habe ich ihm mitunter eine gewisse Abgeschlossenheit von parteiinternen Diskussionszirkeln und SPD-Meinungsführern gewünscht. Seit heute wünsche ich ihm dies aber nicht mehr in bezug auf die Kulturdebatte der SPD.

Nicht einmal Eppersche Lyrik erstrahlt in alter Rührung, so unberührt von all den Diskussionen der zahlreichen Basisgliederungen der Partei, des »Kulturforums der Sozialdemokratie« in Bonn und auch dessen, was — darf man es als Linker hervorheben? — Peter Glotz für diverse kulturelle Praxisfelder scharfsinnig entworfen hatte.

Entwurf heißt immer auch Entwurf, nämlich für Leben und Gesellschaft, für Nutzen und Praxis. Aus der Abstraktion des Entwurfs soll sich, um Marx abzuwandeln, das neue *Konkrete* erheben. Daß Entwurf sich also immer auch Utopie vornimmt, ist die eine von ethischen Sozialisten immer gern gesehene Seite. Daß Utopie aber genauso gerne als kompensatorische Sublimation des alltäglichen Elends zu einem großtönernen Endlos-Magnetband ausschweift, ergibt die Gefahr von Folgenlosigkeit und zwingt darum Sozialismus, von der Utopie zur Wissenschaft aufzusteigen. Von der Vision seiner Strategie und seines Endspiels steigt jeder große Schachspieler zum nächsten Zug auf. *Hier* muß er sich bewähren. Aber doch nie ohne empirische Bestandsaufnahme. Also doch nie, ohne den Gegner und die eigene Kraft nüchtern — weil der Utopie dienlich — zu schätzen. Ohne Nüchternheit und Bilanz also keine realistische Utopie. Für die großen Streits der Gegenwart aber hat Erhard Eppler in seinem Kultur-Entwurf nichts übrig. Die eigenen Kräfte bleiben ebenso ausgespart, wie der Gegner wie eine laue Pflichtübung gerade eben ein einziges Mal erwähnt wird.

Der Beitrag ist nicht die Folge der Parteidiskussionen über Kultur, die etwa seit drei Jahren (z.B. vom »Kulturforum«) organisiert werden, sondern er ist »autonom« hingehauen. Aber — das ist sonst nicht Eppers Art — ohne Impuls und Impulsivität. So bleibt sein Ersatz-Entwurf ein Entwurf-Ersatz, und er tituliert dieses Utopie-Surrogat »Kultur-

gesellschaft«, was immer dies auch sein möge. Als ob nicht jede Gesellschaft eine Kultur habe. Als ob wir nicht fragen müßten, *welche* Kultur da unsere Gesellschaft durchziehen soll, besser gefragt: *welche Kulturen?* Und als ob wir nicht in bezug auf die Kulturen die klassische Frage »Wer gegen Wen?« stellen müßten, reicht es Eppler hin, daß eine künftige Gesellschaft Kultur hat.

Wenn hier »Kulturgesellschaft« als Utopie eingeführt werden soll, so stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von »Kulturgesellschaft« zu »demokratischem Sozialismus«. Wer das Verhältnis von Kultur zur gesellschaftlichen Transformation aber gar nicht erst zu bestimmen versucht, läuft Gefahr, »Kulturgesellschaft« als Utopie *anstelle* von »demokratischem Sozialismus« zu setzen. Vielleicht unbemerkt vom Autor, aber doch sicher nicht vom »Rest« der Partei.

Kritiker in Feuilleton und Politik öden mich an, wenn sie ihren eigenen Standpunkt nicht in die Kritik an etwas anderem einbringen. Sie sind dann allzu oft nur Heckenschützen. Also möchte ich meinen eigenen Standpunkt lieber ein wenig überoffen preisgeben: Mich interessiert Kulturarbeit eigentlich nur in bezug auf jene Gesellschaft, die nicht mehr durch die Logik des monopolisierten Finanzkapitals geprägt ist, mich interessiert Kulturarbeit als systematische Schwächung der Ausplünderer aller drei Welten. Mich interessiert Kulturarbeit und Kultur schwerpunktmäßig also in bezug auf die Gesellschaft, die wir mit Fug und Recht »Sozialismus« nennen werden. Das Neue an der Konzeption des »*demokratischen*« Sozialismus ist breite Akzeptanz. Mehrheiten, die in ihrer gesellschaftlichen Breite, in ihrer sinnlichen Tiefe und intellektuellen Höhe jeden terroristischen Keim von Bürgerkrieg als Contra-Reform-Strategie erdrücken. Akzeptanz ist ein Machtfaktor. Kultur und Kulturarbeit haben direkt damit zu tun. Wer den demokratischen Sozialismus will, braucht einen Entwurf und ein Einstiegs-Szenario. Braucht einen gesellschaftlichen Entwurf für den Entwurf eines Programms. Konkret bilanzierend und nüchtern, utopisch und mitreißend aus der Logik der Kapitalgesellschaft. Ein solches Aus- bzw. Einstiegs-Szenario muß immer den nächsten Schritt angeben und — den Feind im Auge behaltend — die Kräfte bedenken, die zur Verfügung stehen bzw. noch nicht zur Verfügung stehen. In Epplers Entwurf fehlt jeder Hinweis auf die Kulturarbeit der Gewerkschaften, die partielle und diffuse Gegenwehr der kleinen und mittleren Landwirte, die sich — noch verstreut — gegen die Macht des Finanzkapitals aufbäumen, fehlen die historisch neuen Erfahrungen jenes so unscharf unter »Mittelstand« subsumierten Konglomerats aus Aufsteigern, Kleingewerbetreibenden, Alternativbetrieben und anderen nicht monopolisierten Unternehmen (dessen kultureller Ausdruck ja teilweise »die Grünen« sind).

Ein demokratischer Sozialist muß also nach Momentaufnahmen jener gesellschaftlichen Kräfte fragen, die zu einem neuen historischen Block zusammenwachsen und mit unserer Orientierung dorthin auch reifen können und sollen, die jenen Machtfaktor »Akzeptanz« präsentieren könnten, der mit noch nie geahnten breiten Mehrheiten das historische Wagnis »Abschied von gestern« ohne Terror und Bürgerkrieg bestehbar machen könnte. Aber das will Eppler ja (noch) gar nicht.

I. Zum Kulturbegriff

Erhard Eppler sieht lauter Dinge, die es nicht gibt, die es aber geben sollte. Nur: Er behandelt sie im bilanzierenden Indikativ, so, als gäbe sie es schon. »Kultur besteht für den Sozialdemokraten nicht in der Pflege des Wahren, Schönen und Guten durch eine kleine Schicht.« (S.94) Für Sozialdemokraten! Und für Nicht-Sozialdemokraten? Zum Beispiel

die »kulturelle Pflege« des »Aufschwungs« als »schäbiger Utopie« (Walter Jens). Ist diese »Utopie« nicht auch Ausdruck einer Kultur? Ist jene wirklich nur durch *die* Schicht gepflegt worden, der sie dient? Was bedeuten also Volkssprüche wie »Jeder sei seines Glückes Schmied« bis zu denen, die auf Parteitag gefordert wurden, Leistung müsse sich wieder lohnen? Nein! Der »Aufschwung« ist der Extrakt einer herrschenden Kultur, die *nicht nur* von einer kleinen Schicht »gepflegt« wurde, sondern immer und immer wieder die Massen ergriffen hat und ergriffen gemacht hat. Wer sich also mit Kultur beschäftigt, muß auch die Gewalt der demagogischen Apparate bedenken. Unser Gegner baut diese Apparate nicht in verschwörerischen Hinterzimmern, sondern sie wachsen ihm sozusagen in den Schoß. Reformen haben nämlich selten so lange Traditionen wie die Restaurierer. Der Schwarzmarkt, jener Nährboden dessen, was man so verniedlichend »Ellenbogengesellschaft« nennt, z.B. das anschließend im Sinne herrschender Logik so logisch klingende »Wirtschaftswunder«. Und nun: die Wende und direkt danach, wie inszeniert, der nationale Kaufkraftschub (als Ausdruck des weltweiten Ölpreisverfalls der OPEC). Das paßt doch alles. Ist das nicht gegenwärtig gespenstisch wahr, schön und gut? Ich meine den Aufschwung. Nur für wen? Und wie lange? Das heißt, was kommt nach der Deflation? Mit einem Wort: haben nicht auch Ausbeuter und Demagogen ihre Kultur? Oder nennen wir immer nur das »Kultur«, was uns gefällt? Nach dem Motto: gut verdrängt ist halb gewonnen?

In seinen »Thesen eines Arbeitspapiers für die Programmdiskussion« hatte Peter Glotz, im Unterschied zu Erhard Eppler, noch geschrieben:

»Kultur ist nicht einfach mit dem Guten, Schönen und Wahren gleichzusetzen. Auch Demagogen, Kriege und Unterdrückung schufen (oder erzwangen) Kultur. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts gibt es auch eine 'Imagination des Bösen'.« (Herbst 1985)

Wohlbemerkt »für Sozialdemokraten« — sagen wir nun lieber: für Erhard Eppler — besteht Kultur »in der Pflege des Guten, Schönen und Wahren«. Bloß eben nicht nur durch eine kleine Schicht. Mehr will er nicht. Also muß er, Eppler, wissen, was das Wahre, Schöne, Gute *heute* denn sei, denn er will es ja von der »kleinen« Schicht in die Breite holen. Und dieses Wahre, Schöne, Gute (nennen wir es wohlwollend »das Humanistische«, wobei wir wissen, daß Herr Herrhausen von der Deutschen Bank sicherlich etwas ganz anderes darunter bejaht) ist dann Kultur und eo ipso historisch positiv. Wir halten fest: Erhard Eppler hat *einen* Begriff einer Kultur bzw. den Begriff von *einer* Kultur, und die ist historisch »etwas Gutes«. So, und nur so, läßt sich auch erklären, daß er im direkt nachfolgenden Satz nun nicht mehr nur feststellt, sondern postuliert: »Kultur darf nicht Besitz einer Elite sein ...« Warum denn sollte sie, wenn er sie nicht als ausschließlich historisch positiv sieht, aus der Elite herausgeholt und für die Masse geöffnet werden? Sollten wir hingegen mit Peter Glotz der Auffassung sein, auch Unmenschlichkeit mache eine Kultur und: »ein Volk hat nicht nur *eine* Kultur. In komplexen Gesellschaften existieren mehrere Kulturen nebeneinander. Gruppen, Regionen, Schichten, Klassen, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften schaffen und leben in Kulturen«, dann gibt es sicherlich auch Kulturen, die getrost »Besitz einer Elite« bleiben könnten. Ohne also zu fragen, *welche* Kulturen, fordert Eppler, »Kultur muß alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen«. Wir sind hier nah am Problem des hastig hingeworfenen Buchtitels »Kultur für Alle«, den man auch im Gefolge Brechts fragen möchte: Welche denn?

Es ist an der Zeit, einer gängigen sozialdemokratischen Expertenmeinung zu widersprechen, es gäbe nur *eine* Kultur, diese sei historisch positiv und hochstehend und müsse nur noch unter die Leute gebracht werden. Eine Gesellschaft hat mehr als *eine* Kultur! Und

daraus folgt: Kulturarbeit ist Arbeit *zwischen, mit* und *an* den Kulturen und nicht bloße Didaktik und Vermittlungsagentur von oben nach unten im Sinne sozialtherapeutischer Gefälle-Kompensation.

Lenin hat einst der Theorie von der *einen* mit der Theorie von *zwei* Kulturen widersprochen. Wenn auch produktiver als die »Ein-Kulturen-Theorie«, führte auch diese »Zwei-Kulturen-Theorie« zu erstarrten Fronten (selbst bei Antonio Gramsci und seinem falschen, weil undialektischen Paradigma vom »kulturellen Bewegungs- und Stellungskrieg« zwischen den Blöcken um Kapital und Arbeit. Einen wirklichen »kulturellen Stellungskrieg« hat es nämlich in der Geschichte nie gegeben, sondern höchstens ein Mehr oder Weniger an Bewegung. Und Kulturen sammeln sich nicht lediglich um zwei Sektoren, sondern um mehrere, und dies nicht erst seit der modernen sogenannten offenen Gesellschaft). Organisationsarbeit des demokratischen Sozialismus — auch in der Phase des vermeintlichen »Stellungskrieges« (Gramsci) — heißt, möglichst viele Kulturen in Bewegung zu bringen und dafür zu sorgen, daß immer weniger Kulturen sinnliche Akzeptanzfelder der Profitlogik bleiben. Selbst die kleinsten Risse innerhalb der Gegensektoren sind dabei zu vertiefen, selbst die größten in den eigenen Umfeldern überwindbar zu gestalten, was nicht immer heißt, daß sie gänzlich überwunden werden können.

Sich, wie Erhard Eppler und andere, Kultur nur als kulturellen Reichtum vorzustellen, der dann wie materieller Reichtum (oder stimmt gar die Unterstellung an die ethischen Sozialisten, den kulturellen Reichtum *anstelle* des materiellen vergesellschafteten zu wollen?) nur noch vergesellschaftet werden muß (»Kultur für Alle«), gibt für Parteipraxis — für den nächsten großen Zug des großen Schachspiels — nichts her, bleibt unproduktiv. Es gibt nur *einen* materiellen Reichtum, aber es gibt viele Kulturen, die von ihm zehren. Die ethischen Sozialisten wollten bloß Ethik sozialisieren; davon wurde diese nicht sozialistischer.

Haben wir uns also einmal auf die Frage eingelassen, wessen und welche Kultur gemeint sei, fällt die Depräzisierung des abstrakten Epplerschen Kulturbegriffs als Mangel an Konkretheit und Handhabbarkeit für eine Parteipraxis(!) immer penetranter in den Blick. »Kultur darf nicht Besitz einer Elite sein, sie muß alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen« (Eppler). Ebenso banal sind auch seine Ableitungen. Und direkt im Anschluß führt er fort: »Kultur erweist sich daher [?; Anm.d. Verf.] im Alltag.« Schon semantisch ist man irritiert: Wenn sie, die Kultur, alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen muß (als Postulat), warum erweist sie sich dann doch schon im Alltag? Und warum »daher«? Hätte er zuvor ein Ziel des demokratischen Sozialismus definiert und dann geschrieben, die *Kulturarbeit* dafür muß sich im Alltag erweisen — d'accord. Doch er schreibt: »Kultur erweist sich im Alltag.« Der Sensationsgrad dieser Feststellung liegt knapp unterhalb der eines niederbayrischen Kalenderspruchs.

An dieser Stelle empfehle ich dringend, auf die von Peter Glotz gegebene Definition von Kultur als »Erlebtes, das ein neues Erleben prägt« zurückzukommen. Sie ist vielleicht nicht so großtönend, aber eingreifend. Ich schlage als Definition vor: »Kultur bezeichnet jenes Erleben und Erlebte, das ein neues Erleben prägt.« Insofern haben Klassen und Schichten ihre Kulturen und erneuern sie ständig mit ihren singularen und kollektiven Erlebnissen. Insofern wird auch unsere Kulturarbeit als Organisation an den Kulturen überschaubar.

II. Kultur und Alltag

Steigen wir einmal mit dem Begriff von der »herrschenden ökonomischen Logik« als »Profitlogik«, also von einem äußerst abstrakten Begriff, an der Steilwand des Alltags empor in all die konkreten Formen, die Eppler vor Augen hat und malt, vom »Verhältnis von Menschen zueinander, zur Natur, Wohnung, Kleidung, Ernährung, Arbeit und Erholung«, so finden wir die Profitlogik dort oben wieder, nicht natürlich in reiner Gestalt, sondern »unnatürlich« als ästhetischen Gegenentwurf und dialektische Entsprechung, oft auch direkt als sinnliche Antipode der herrschenden Logik. »Time is cash — time is money« nennt die Kölner Rockgruppe *BAP* in ihrem aktuellen Song z.B. den Urlaubsstreß. Dies ist eine sinnliche Abbildung der abstrakten Profitlogik. Junkfood z.B. (und das ist beileibe nicht nur McDonalds) ist die Profitlogik in Gestalt von Reproduktion der Ware Arbeitskraft unter dem »time is cash«-Motto. Keine Stunde zu lange selber kochen, keine Minute zu lange darauf warten und keine Sekunde zu lange kauen. McDonalds ist die Philosophie von »easy-listening« auf gastronomisch.

Oder: »time is cash« als sinnliche Seite des »rationalen« Umgangs mit Pharmazie. Fieberdrücker, Hustenblocker und Schnupfenunterdrücker verkürzen zwar nachweislich die Krankheitszeit, bringen also schnell wieder zurück an den übervollen Büroschreibtisch oder in die Akkordmühle, sorgen also für kurzfristig weniger Angst um den Arbeitsplatz, verkürzen aber nachweislich durch ihre tragischen Spätfolgen die Lebenszeit. Dies ging in der Vergangenheit an Sozialisten vollkommen vorbei. Aber muß hier nicht auch »Lebensqualität« neu diskutiert werden? Ist das Recht auf Krankheit ohne gewerkschaftlichen Kampf zur Senkung von Wochenarbeitszeit denkbar? Alles Fragen, die neu sind, Verknüpfungen zwischen Kultur, Naturwissenschaft und gewerkschaftlichen Anstrengungen anbieten und uns entsprechende Hausaufgaben auf den Weg geben. Aber all das findet nicht bei Eppler statt. Er fragt nicht, welche und wessen Kultur sich in welchem Alltag »erweist«. Der tagtägliche Streit der Kulturen und die Möglichkeiten der »Partei des demokratischen Sozialismus«, sich hier einzumischen, berührt ihn kaum. Irgendeine Kultur ist »für Sozialdemokraten« jenseits des Alltags und muß nur noch in den Alltag hineingeholt werden. Ergo hat Utopie keine uns zugewandte Seite und bleibt Himmelreich.

Eppler — gerade ein Symbol für »ganzheitliches« Menschenbild — zerreißt Utopie und Realität sowie anderes auch, was noch zu zeigen wäre. Der Kampf der Gewerkschaften, bisher namentlich der IG Metall und der Industriegewerkschaft Druck und Papier, für erweiterte Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft (z.B. 35-Stunden-Woche, was einen erweiterten Erholungsbegriff natürlich einschließt), kommt als Realitätsmühe der Utopie, die Eppler »Kulturgesellschaft« nennt, nicht vor. Ich denke, daß Eppler sich selbst den zuweilen notwendigen Luxus homöopathischer Heilmethoden leistet. Soll dies aber nicht nur Privatvergnügen einer Elite bleiben, sondern kollektiven Zugang erhalten, bedarf es starker Gewerkschaften, die das Recht auf Krankheit erweitern helfen. Denken wir nur an die Masse grippaler Infekte in kalten Jahreszeiten, die, wenn man sich wirklich von schulmedizinischen Sofortwiederherstellungsmaßnahmen verabschiedet, schon ein paar Tage mehr arbeitsfreier Zeit bedürfen, die also bei vollem Arbeitsplatzerhalt erkämpft sein wollen (auch das zeitaufwendigere sanfte Heilen von Krankheiten kann somit einen arbeitszeitverkürzenden Effekt für den »Arbeitsstellenmarkt« bedeuten).

Es ist also eine sehr konkrete Frage und Entscheidung: Welche *Art* von Reproduktion und Erholung der Arbeitskraft ist von welchen Kulturen geprägt? Statt aber den Kampf *um* die Reproduktion der Arbeitskraft aufzunehmen, setzt Eppler dagegen und führt ei-

nen zerrissenen Persönlichkeitsentwurf vor: »Die Bürger müssen die Chance erhalten, ihre wachsende Freizeit nicht nur zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft, sondern auch zu künstlerischer Tätigkeit zu nutzen.« (S.103) Statt sich also darauf einzulassen, den Streit um die Formen und Bedingungen der »Wiederherstellung von Arbeitskraft« zu führen, wird diese erst einmal von »künstlerischer Tätigkeit« geschieden. Statt also die Ästhetik mit all ihren künstlerischen und humanen Potenzen der Wiederherstellung von Arbeitskraft zu offerieren, wird die Reproduktionssphäre als Konsumwelt verballhornt und eine dagegen separierte künstlerische Tätigkeit gepriesen. Dies verrät nicht nur eine elitäre Abwertung von »Erholung der Arbeitskraft« als gänzlich aus dem arbeitenden Menschen mechanistisch herausgelöstem Teil, sondern auch eine oberlehrerhafte Umgangsweise mit bestehendem »real existierendem« Konsum.

»Wir brauchen eine Kultur der Unterhaltung, in der die Menschen nicht in die Rolle von Konsumenten abstumpfender Unterhaltungsangebote gedrängt werden.« Wer entscheidet hier? Zum Beispiel, was abstumpfend ist? Gibt es nicht auch »abstumpfende Unterhaltungsangebote«, die ganz und gar nicht abgestumpft haben, weil die Konsumenten sie anders wahrgenommen haben? Oder gab es nicht auch schon viele künstlerisch »wertvolle« Unterhaltungsangebote, die trotzdem abgestumpft haben, weil der Arbeitstag die Konsumenten entsprechend ausgepowert hatte? Der Kampf um die Unterhaltung wird also nicht in der Unterhaltung allein entschieden, der Kampf ums Abstumpfen nicht nur in der Ästhetik! Von dieser Totalität allerdings verspüren wir bei Eppler nichts.

Ist die Massenakzeptanz nur die Folge geschickter Manipulation von außen? Oder anders gefragt: Will Eppler den Leuten vielleicht am Ende noch die »abstumpfende« Unterhaltung wegnehmen und durch »sinnvolle« ersetzen? Die Marxistin *Agnes Heller* hatte, wenn auch den Poststalinismus vor Augen, dies »Diktatur über die Bedürfnisse« genannt. Aber Eppler weiß, »was Frauen wünschen«, denn »wir sehen in den Menschen jeden Alters und Geschlechts nicht nur mehr oder minder verständige Konsumenten von Kunst; wir möchten, daß sie ihre eigenen schöpferischen Fähigkeiten entdecken und entfalten« (S.103). Lassen wir diesen Satz einmal durch den Kaffeefilter tröpfeln, dann ergibt sich logisch aus dem Gegenüber von »Konsumenten« und »schöpferischen Fähigkeiten«, daß »Konsumieren«, ja selbst ein »verständiges Konsumieren von Kunst« mit »eigenen schöpferischen Fähigkeiten« nichts zu tun hat. Das klingt nach einem dritten Adornitenaufuß: »Konsum ist Terror«.

Diese Formulierungen zusammen mit Epplers Aufruf, der »fortschreitenden Vermarktung von Kunst und der Fesselung des Bewußtseins durch die Kulturindustrie entgegenzuwirken«, ohne zu sagen, wie, kann leicht als Affront gegen unsere wieder neu zurückgewonnenen Freunde in der Unterhaltungsindustrie (*Maffay, Lage, Fritz Rau, Günter Wallraff* u.v.a.) verstanden werden. Statt die alte Lattmann-Forderung nach einem kulturfreundlichen Steuerrecht aufzugreifen, was natürlich bedeutet, die Spitzenprogression für zumindest einen Teil des Mittelstandes zu senken, macht Eppler die Front gegen Konsum und Unterhaltung neu auf und tiefer. Daß Massenmedien erst durch »Privatisierung« kommerzialisiert würden (Eppler, S.103), ist im übrigen eine fromme Legende. Sie waren es schon längst vorher. Und wer dieses Phänomen als Linker einschätzen möchte, sollte auch einmal den Sprachgebrauch der jungen Generation durchforsten, wonach »kommerziell« für »akzeptanzfähig« steht. (Sind wir nun gegen die herrschende Profitlogik, gegen die Großbanken, die die drei Welten ausplündern, oder gegen »das Kommerzielle«?) Aber Eppler tendiert objektiv nicht zum Sozialismus mit Breitenakzeptanz, sondern zu »einer Kulturgesellschaft ohne Konsum und Spektakel«. Wie weit ist es von da noch zur

Öko-Diktatur? — Epplers Frontstellung bedeutet nicht nur Abschied von der Arbeiterpartei, sondern auch von der Volkspartei. Eine Partei, die in einem ernstgemeinten Programmpunkt derart gegen Konsum, Unterhaltung und wie Eppler sogar gegen »Spektakel« wettet, ist ein Auswanderungsgrund.

III. Zu Kultur und Ökonomie

Nicht umsonst hat *Antonio Gramsci* sein Konzept der kulturellen Hegemonie eng mit einem ökonomischen Reformprogramm verknüpft. Das eine geht nicht ohne das andere. Wer dies nicht zusammenhält, muß letztendlich wie Erhard Eppler mit einem mechanistisch zerrissenen Bild von Gesellschaft und Persönlichkeit operieren. »Schöpferische Fähigkeit« steht dann neben dem »verständigen Konsumieren von Kunst«, die »Wiederherstellung von Arbeitskraft« außerhalb »der künstlerischen Tätigkeit«, »Kultur« neben »allen gesellschaftlichen Bereichen«, die sie dann erst noch durchdringen muß und fern dem »Alltag, in dem sie sich erst noch erweist«.

Und: »Die Kultur einer Gesellschaft war in der Geschichte häufig Resultat ökonomischer Prozesse oder [?; Anm.d.Verf.] Ausdruck ökonomischer Macht ... Wir wollen keine von ökonomischen Interessen manipulierte Kultur ...« Gegen was geht es Eppler hier? Gegen »ökonomische Interessen«? Oder »das Manipulieren«? Hätte er »manipuliert« durch »geprägt« oder »bestimmt« ersetzt, so wäre er sehr nahe dem gekommen, was das von ihm immer noch sehr hoffnungsfroh zitierte Godesberger Programm dümmlich schreibt: »Der Staat muß alle Bürger vor den Macht- und Interessengruppen schützen, die das geistige und kulturelle Leben eigenen Zwecken dienstbar machen wollen.« (Godesberger Programm) Als eine Konsequenz bedeutet dies, »der Staat«, vertreten durch Kohl, Zimmermann, hätten »den Bürger« vor der IG Metall (»Interessengruppe«) zu schützen, wenn diese mit Udo Lindenberg (»Kultur«) für die 35-Stunden-Woche (»eigene Zwecke«) wirbt. Für Eppler und das Godesberger Programm gilt gleichermaßen: Wer den Gegner nicht kennt oder benennt, wird letztendlich nicht zur spezifischen Form künstlerischer Parteilichkeit finden.

Geht es Eppler also darum, daß er keine ökonomischen Interessen in der Kultur will, oder geht es ihm nur um das »Manipulieren«? Wenn es ihm nur um das Manipulieren geht, so muß er doch wissen, daß herrschende Kulturen als Ausdruck ökonomischer Prozesse nicht Resultate von Manipulationen sind. Die herrschenden Kulturen sind gewachsen, schön langsam über jahrhundertlanges Einschleifen von Ausbeutermentalitäten, böser Lust am Leiden anderer, über die Imagination des Bösen (Glötz) und alles bis tief hinein ins Intimste der Menschen, selbst in ihr Schlechtleben; Selbsthaß bei den hoffnungslos Unterdrückten verstärkt nach historischen Niederlagen, individualistische Aufstiegsorientierung und »entsolidarisiertes Verhalten« — das ist doch alles nicht manipuliert, sondern organisch gereift. Wir aber organisieren dagegen. Wir können nicht aufs Organische vertrauen. Unsere Kulturarbeit ist ein Teil unserer *Organisation*. Eine neue Ästhetik für eine andere herrschende Logik als die Logik des Profits und der Kapitalgesellschaft — wirkt das nicht oft nach außen wie Manipulation? Sehen nicht gerade wir, die, aufs Organische nicht vertrauend, *organisieren* müssen, oft linkisch, unbeholfen, unelegant und manipulierend aus? Die Stromlinienform haben die Gesellschaftsveränderer weiß Gott nicht gepachtet. Wer Veränderung will, wirkt oft unorganisch. Das Unorganische, das Fremdkörperhafte, kann demagogisch leicht als Manipulation diskriminiert werden.

Wer also, wie Eppler, gegen »eine Kultur, die von ökonomischen Interessen manipuliert wird«, anschreibt, spielt den anderen, die Manipulation oftmals gar nicht nötig haben, gute Argumente gegen uns in die Hand. Leider macht dies einen traurigen Sinn im Zusammenhang mit Epplers Tendenz, unsere kulturellen Anstrengungen abzukoppeln von der »Wiederherstellung der Arbeitskraft«, von »abstumpfenden Unterhaltungsangeboten«, in die man (weil »Feindesland«) gar nicht mehr molekular eingzugreifen braucht. Es geht Eppler also letztendlich auch darum, daß *unsere* ökonomischen Interessen (sozialistische Forderungen) sich nicht im Kulturellen einprägen dürfen. Das Wort »Manipulation« soll hier nur noch eine zusätzliche Schreckensdosis mitliefern. Instinktos auch sein Satz: »Ausstieg aus Wissenschaft und Technik wäre Zerstörung unserer Kultur«. Was ist denn verdammt nochmal »unsere Kultur«, und welcher »Ausstieg« aus welcher »Technik« zerstört welche und wessen Kultur, Herr AKW-Gegner?

Der Weg des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft muß von jeder Sozialistengeneration immer wieder neu gegangen werden. Dabei lebt die Kraft der Marxschen Utopie von der Kraft des Hinterfragens bestehender Verhältnisse. Eppler nutzt diese Kraft nicht aus. Zugunsten des von ihm zitierten »Kulturstaats« im Godesberger Programm, den er zu einem Entwurf von »Kulturgesellschaft« fortdenken möchte, muß natürlich alles, was an Klassen-Paradigmen in der »Kritik des Gothaer Programms« enthalten ist, mit Haut und Haaren aus der Kultur (der *einen*, die dann *den* Kulturstaat oder *die* Kulturgesellschaft durchdringen soll) eliminiert werden. Statt Klassen — wir ahnten es schon — Menschen, Määnschen.

»Wer ändern den Grundkonsens bestreitet, zerstört ihn.« (S.104) Grundkonsens — auch mit den Großbanken, die Hitler an die Macht gebracht haben und heute mit ihrer IWF-Politik den Völkermord in der Dritten Welt betreiben? Gibt es denn überhaupt keinen kulturellen Grundkonsens der Beherrschten, der Unteren, der weltweit Ausgebeuteten? Kein: »Proletarier aller Länder«?

Man/frau höre und staune: »Menschengerechte Gestaltung von Technik ist eine kulturelle Aufgabe ersten Ranges und zielt auf eine Kultur der Technik«. Geil, Alter! Da ziehen ganze Horden von Arbeitsplatz-Designern los, die technischen Abläufe und Handgriffe noch reibungsloser zu gestalten, um noch mehr subtilen Taylorismus in die Arbeitswelt der Kapitalgesellschaft und damit noch mehr Rendite zu schaffen, und Eppler will noch mehr »menschengerechte Gestaltung von Technik«. Aber für welche Menschen denn? Ich bin davon überzeugt, daß eine Pershing II, mit ihrem Meß- und Schaltpult eine ziemlich menschengerechte Gestaltung von Technik aufweist, übersichtlich und geschmackvoll. Oder sind Soldaten nicht auch Menschen, Herr Kirchentagspräsident?

Ein Bildschirm in einer Setzerei ist sicherlich auch »menschengerecht«. Oder wird den Großaktionären einer Firma, die den Profit jener Innovation einstreichen, nicht auch die Technik gerecht? In solche Skurrilität gerät, wer sich dogmatisch und mit Scheuklappen an marxistischem Grundwissen vorbeidrücken möchte. Und es wäre doch so einfach gewesen, zu sagen: Wir erkennen das ökonomische Interesse der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften an der Gestaltung ihrer Arbeitsplätze als Bestandteil unserer Kulturarbeit rückhaltlos an, die demzufolge auf die Entmachtung der Kapitalbesitzer zielt. Einfach zu sagen, schwer zu machen, natürlich.

IV. Ideale und Sprüche

»Kunst ist kein Schnörkel an der Fassade der Leistungsgesellschaft.« (S.102) Meine Frage: Ist sie es nicht? Oder soll sie es nicht sein?

»Kunst ist kein Mittel zur Ablenkung und Beruhigung.« Ist nicht oder soll nicht sein? Dann folgende Unüberlegtheit:

»Kunst ist ein unentbehrliches Gegengewicht gegen Abstumpfung, Vereinsamung und Banalisierung des Alltags.« Dies kann selbst Auschwitz-Kommandant Höß empfunden haben, als er sich nach getaner Arbeit ins Reich Beethovens zurückzog. Meint Eppler hier wirklich »Gegengewicht«? Gegengewicht zielt doch auf Balance? Darauf, alles beim Alten zu lassen? Ist also Kunst doch zum Beruhigungsmittel degradiert? Ohne den Alltag zu ändern, werden Künstler wieder devote Ausbalancierer. Besser wäre es mit *Willy Brandt* die Künstler aufzurufen, »Gegen-Macht« zu werden — nicht nur gegen »Banalisierung des Alltags« und ähnliche oberlehrerhafte Kulturelite-Floskeln, sondern gegen die bestehende Macht (*Stern* vom 22.6.86, S.147).

»Wir wollen nicht zulassen, daß Sport zum Spektakel oder zur Gewalttätigkeit verkommt.« Was heißt das? Zuschauer vom Fußballplatz aussperren, um der Gefahr des Spektakels zu entgehen? Oder Fouls unter Gefängnisstrafe stellen? Und das alles in der Verbindung mit folgendem Satz:

»Wir schützen das Recht von Minderheiten auf eigene Ausdrucksweise.« Da werden sich aber die Skinheads nicht nur auf den Fußballrängen freuen. Oder sind ihre SS-Symbole u.ä. nicht gemeint? Es paßt eben alles überhaupt nicht zusammen.

Da ist von *einer Kultur* die Rede, von *einem Kulturstaat*, *einer Kulturgesellschaft*, der Kultur *eines* »Volkes als Ausdruck gemeinsamer menschlicher Werte« (S.97). Da ist die Rede von »deutscher Kultur, die vor mehr als tausend Jahren als Teil der gemeinsamen Kultur europäischer Völker entstanden« sei und heute wieder »deutsche Kultur ist, die sich als Teil der europäischen Kultur entwickelt«, und die nun wiederum ist »Teil einer Weltkultur«. Übertriebene Freude an Detailstudien läßt Eppler in dieser kulturellen Weltkarte nicht erkennen. Differenzierungen, wie sie etwa im Begriff »das andere Amerika« in der Linken mit Ernst Bloch diskutiert werden oder »das andere Europa« (was wir auch als Begriff anpacken müßten, und was einen Auftrag zum Sammeln und Organisieren für die Linke als kulturelle Hausaufgabe definiert) hat Eppler offenkundig noch nicht gehört. Aber: Was auch immer »europäische Kultur« sein mag, »wir fühlen uns ihr verpflichtet und wollen sie schützen« (S.97). Und darauf hoch die Gläser. (Ob es wirklich so leicht ist, aus Stichworten wie Stalingrad, Frankfurt Niederräder Bürostadt, Warschauer Ghetto, Italienische Partisanenrepublik und Informationskultur nach Tschernobyl *eine* europäische Kultur ohne den Begriff »das andere Europa« zu formen?)

»Der Breitensport hat Vorrang.« Wie? Hat er Vorrang? Schon? Was denken die Menschen? Sollen wir Ihnen nun den Spitzensport, Beckenbauer und Becker, abdrehen? Hier plädiere ich für eine Dialektik von Spitze und Breite (und hier wäre Epplers »Gegengewicht« auch sinnvoll). Der Spitzensport muß pädagogisch motivierend genutzt, der Breitensport finanziell wesentlich stärker gefördert werden, weil es für den Spitzensport ja eine Reproduktionsbasis, nämlich den Markt, gibt. Aber »Kohle« will da schon mal erwähnt sein.

»Fabriken brauchen so wenig häßlich zu sein, wie Massenartikel.« Dies könnte aus der Satzung des japanischen Arbeitgeberverbandes stammen.

»Kultur ist auch Ergebnis menschlicher Arbeit.« Auch? Was sonst? Etwa tierischer Ausscheidungen oder pflanzlichen Wachstums? Gerade weil *wir* als Marxisten in der SPD Kultur nicht als bloßes Resultat ökonomischer Prozesse und Produktionsverhältnisse sehen (insofern marxistisch und nicht leninistisch) und wir dem platten Ökonomismus durch einen kulturellen Begriff von Gesellschaft und Geschichte beikommen wollen, fassen wir

die Wirklichkeit auch in ihrer kulturellen Dimension »als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis« (Karl Marx, 1. These über Feuerbach).

»Lebensfähige, intakte Natur wird immer mehr zur lebenswichtigen Kulturleistung.« (S.95) Aber nicht die Natur wird doch die kulturelle Leistung, sondern, was die Menschen im Sinne der langfristigen und schonenden Nutzung zu ihrem Schutz tun. (Auch die Rinderweiden von McDonalds anstelle argentinischer und brasilianischer Tropenwälder sind an sich »intakt und lebensfähig«, und auch sie drücken eine »kulturelle Leistung« aus. Nur *welcher* Kultur und *welcher* Menschen? Unser historischer Block will hingegen historisch und geographisch Übergreifendes. »Lebensfähige und intakte Natur« bleibt zu wenig. Hier muß ein *globaler* Begriff von Lebens- und Überlebensfähigkeit der Menschheit als Schutzbedürfnis gegen herrschende ökonomische Logik her. Aber: Wer sich »gegen ökonomische Interessen« (Eppler) abschottet, wird auch der kulturellen Anforderung zum Schutz der Natur in unserem eigenen Land nicht gerecht. Da muß man schon ein Wort verlieren zu den Interessen und Forderungen der kleinen und mittleren Landwirte, die Finanzförderung gegen die hochindustrialisierte Nahrungsmittelproduktion fordern, und zwar auf Raum und Fläche bezogen, statt auf bloßen Output).

Formulierungen wie »Wir wollen, daß sich in den Gemeinden .. eine Kultur der Geselligkeit ... herausbildet« oder »Fordern wollen wir eine Kultur des Wohnens« (S.96) zeigen, daß Eppler den Begriff »Kultur« mit »humanistischer Kultur« gleichsetzt, daß er Kulturen im Einflußbereich des Gegners nicht kennt. Kultur ist für ihn eben generell positiv und sie muß nur noch in die »Geselligkeit« und das »Wohnen« hineingetragen werden. So, wie man sagt: »Dieser Mensch da ißt langsam und schmatzt nicht, der hat Kultur«, will Eppler, daß Wohnen und Geselligkeit »Kultur« bekommt. Aber genau diesen Kulturbegriff müssen wir verabschieden. »Geselligkeit« und »Wohnen« haben schon Kultur und sind ihr Bestandteil. Nur welcher Kultur? Und dies muß eben analysiert werden. Und: mit den vorhandenen Kulturen müssen wir arbeiten. Deshalb will ich, daß der Begriff »Kulturarbeit« als eigene Leistung der Partei und ihrer Glieder in das Parteiprogramm aufgenommen wird.

Nach all den Worthülsen sind wir so begnügung geworden, daß wir uns schließlich sogar noch an folgender schmuckloser Eppler-Erkenntnis erfreuen können: »Sport kommt dem Bedürfnis nach Bewegung, Spiel und Wettkampf entgegen.« (S.96) (Nur, ob wir wegen solch umstürzlerischen Schwergewichts nun extra ein Parteiprogramm brauchen ...)

V. Fazit

Der Parteilinke Erhard Eppler hat versucht, einen staatsmännischen Entwurf zu schreiben. Dieser wird, da braucht man kein Prophet zu sein, so nicht einmal die ersten Hürden der Parteidiskussion in Rudimenten überstehen. Kaum ein Parteiflügel wird hier Kraftvolles daraus entnehmen können. Es sind größtenteils im Indikativ gehaltene Wunschkstellungen.

Demokratischer Sozialismus heißt letztendlich, die Optionen auf menschliches Schicksal statt den Determinismus der herrschenden ökonomischen Logik zu erweitern. Nach der Lektüre von Erhard Epplers Entwurf wissen wir zwar nicht, was die »Weltkultur« ist, dafür wissen wir wenigstens aber auch nicht, was wir tun sollen. Denn die Partei, ihre Ortsvereine, Wahlkämpfe, Tagungen, Info-Stände, ihre Medienpolitik in den Rundfunkräten, ihre Inspiration für Künstler und ihre »Verteidigung der Rechte von Kulturarbeitern und Förderung der ästhetischen Animation« (Grundsatzserklärung der Kulturkommission

des Bundes der Sozialdemokraten vom 9. Januar 1986), die politische Kultur ihrer Parteitage, Straßen-, Partei- und Sommerfeste, kommen bei Erhard Eppler nicht vor.

Kulturarbeit wird es, ginge es nach Eppler, auch im nächsten Parteiprogramm nicht geben. Weder als Begriff noch als Selbstbindung. Dafür aber gibt es natürlich, wie bisher schon, »Kulturpolitik als dem einzigen Feld, auf dem Sozialdemokraten meinen, kulturell effektiv sein zu können. D.h., solange Sozialdemokraten nicht öffentliche Ämter bekleiden, in deren Einflußzonen Museen, Theater, Schulen (also die traditionellen Kulturinstitute) liegen, solange bleibt Kulturarbeit eben leider ungetan, die Partei als kulturelles Kräftefeld außerhalb der historischen Waagschale.

Es gibt in Gesellschaften keine »kulturfreie Diaspora«, in die wir wie Epplers Missionare »Kultur« hineinbringen müssen. Selbst Unmenschen haben Kultur und es ist Ausdruck einer Kultur, wenn Brecht »den Menschen als des Menschen Wolf« bezeichnet. Es gibt also nicht *eine* Kultur, sondern mehrere Kulturen. Und daran, dazwischen und damit müssen wir arbeiten, uns abarbeiten (und auch den Gegner)! Dies heißt eben Kulturarbeit.

Die alte Linke und frühere Sozialisten haben sich der Kulturarbeit als Arbeit am Machtfaktor Akzeptanz nicht genügend gestellt. Durch Traditionen und Volkskulturen haben sie sich nicht hindurchgearbeitet, sondern sie allzu oft weggedrängt. Und sie zahlten eben immer die Rechnung dafür und waren unpopulär. Die SED meinte, das Problem der ethischen und reformistischen Sozialdemokratie durch Verbot zu lösen, die polnische Arbeiterpartei versuchte dies mit der katholischen Kirche, die afghanischen Kommunisten mit dem Islam. Teilweise fühlten sie sich zu solchen rabiatischen Schritten gedrängt. Aber mangelnde Akzeptanz entpuppte sich später immer als volkswirtschaftlich überteures Unternehmen. — Die USA haben andererseits auf Hawaii und auf den Philippinen späte Einsicht in die Kosten von Akzeptanzdefiziten erkennen lassen. Die Sozialisten müssen Akzeptanz auch als den Umgang mit Volkskulturen (und dies meint immer auch zuallererst die eigenen Volkskulturen) noch lernen. Gramsci liefert einige Schlüssel zu ihrer Durchleuchtung, etwa indem er darauf hinweist, daß in »Klischees immer auch Teilwahrheiten verborgen sind«. Unterdrücken wir nun Klischees, also Teilwahrheiten, wie wir Lügen unterdrücken? Oder gehen wir mit Teilwahrheiten und Klischees um? Eppler: »In Sprache äußert sich geistige Differenzierung ... sie kann aber auch zu Klischees erstarren.« (S.96) Falsch! Zuerst ist nämlich Sprache ontogenetisch zunächst einmal nur Klischee (s. Wygotski/Piaget-Streit über »Kindersprache« um 1920; »Denken und Sprechen«, L.S. Wygotski, Fischer *Conditio Humana*). Die Differenzierung von Sprache baut sich immer auf Klischees erst auf! Es bleibt also nichts anderes übrig, als an bestehenden Kulturen zu arbeiten — sorgsam und nicht verdrängend. So ökologisch sanft müssen wir mit Teilwahrheiten und Klischees umgehen, wie Eppler sonst mit seiner Botanik!

Wir brauchen ein Parteiprogramm, das unsere reale Handlung orientiert, uns als Partei und die schlummernde Kraft unserer Gliederungen wachruft. Nicht erst, wenn wir als Stadtverordnete, Dezernenten, Minister oder Staatssekretäre in Kulturausschüssen sitzen, findet die Kulturarbeit des demokratischen Sozialismus statt. Wir sollten Gegner und uns ernster nehmen.

Zehn Thesen zum Kulturentwurf im künftigen SPD-Programm

1. Mehrere Kulturen machen eine Gesellschaft, nicht nur eine.
2. Kultur ist von sich aus nicht human oder reaktionär, nicht böse oder gut oder ähnliches, sondern ein widersprüchlicher Ästhetikorganismus, an dem die Arbeit der gesellschaftlichen Kräfte erst die historische Ausrichtung vollbringt.

3. Diese historische Ausrichtung geschieht nie ein für allemal, sondern ständig. Insofern ist das Wesen der Ästhetik ständig umkämpft!
4. Die Kulturen der Gesellschaft durchziehen den Alltag, prägen Gewohnheiten, Mythen und Erkenntnisse; ihre Korrespondenz reicht vom Essen bis zu Kunst und Sport. Kultur ist also historisch relevantes Erleben; insofern Erleben und Erlebtes, das ein anderes Erleben prägt.
5. Die Arbeit an den Kulturen ist Kulturarbeit. Diese hat nicht stattgefunden, wenn sie Gewohnheiten nicht letztendlich durchdringt.
6. Kulturarbeit zielt vor allem auf eine Erziehung der Intellektuellen, als der »kulturellen Unteroffiziere von Macht«. Brechts TUI-Entwurf liefert für die Neu-Orientierung der Intellektuellen (die vom Gewerkschaftssekretär über den Landpfarrer bis zum Künstler gehen) ebenso Orientierungen wie Gramscis Begriff vom organischen Intellektuellen eines historischen Blocks. Demokratischer Sozialismus braucht zunächst die Mehrheit der aktiven Intellektuellen, zumindest punktuell. Dabei muß die typisch intellektuelle Organisations- und Gewerkschaftsfeindlichkeit überwunden werden. Ihre eigenen spezifischen — oft »mittelständischen« — ökonomischen Forderungen müssen historisch abgewogen im Parteiprogramm also auch Platz haben. (Der ideologische Begriff von den »Unternehmern«, was ja viele Intellektuelle steuerlich sind, gehört aus gewerkschaftlichen Sonntagsreden raus!)
7. Kulturpolitik ist nur ein Teil der Kulturarbeit der Sozialdemokratie. Sie orientiert auf die Aussöhnung und den Konsens von bürgerlichem und sozialistischem Humanismus und ist dadurch nicht im engen Sinne links.
8. Akzeptanz gelingt nicht im Unterdrücken, sondern im Durchdringen anderer Traditionen und Kulturen. Dabei wird organisierte Politik erst noch zur organischen (erfolgreiche Beispiele, die unser politischer Gegner gesetzt hat, sollten uns doch mehr interessieren). Weder Bevormundung noch Opportunismus, sondern historisches Selbstbewußtsein sind der Kern für eine solche Kulturarbeit (hier: Katharsis). Ziel ist und bleibt die Überwindung der Macht der weltweiten Ausplünderer und ihrer ökonomischen Logik.
9. Im ständigen geistigen Stoffwechsel orientiert und resorbiert die SPD die Kulturarbeit ihrer Partner und Freunde sowie ihrer Mitglieder und Gliederungen, von den Gewerkschaften bis zu den Religionsgemeinschaften, vom Mittelstand bis zu den Arbeitslosen usw. mit inner- und außerparlamentarischen Begegnungen etc. Besonders der kulturelle Austausch mit emanzipativen Kräften aller drei Welten will organisiert sein. (Letztendlich geht es kultureller Hegemonie auch um die Rekonstruktion einer kooperativen Weltlinken.) *Konkrete Ratschläge* sind ebenso wichtige Bestandteile einer solchen Kulturarbeit wie *Lehren* (also vom Wesen des modernen Kapitalismus bis zu individuellen Gesundheitstips.).
10. Die Partei des demokratischen Sozialismus braucht Kulturarbeit, um ihre Ziele und Utopien zu realisieren. Sozialdemokratische Kulturarbeit stellt sich der Machtfrage, indem sie auf den Machtfaktor Akzeptanz zielt. Je breiter die Mehrheiten einer aktiven Bejahung, je unanfechtbarer sozialistische Politik und Ziele. Der Abschied von Avantgarde-Strategien, Bürgerkriegs-Theorien, kleinem und großem, individuellem und kollektivem Terror in industrialisierten Ländern ist Voraussetzung und Orientierung einer sozialistischen Politik mit ganz breiten Mehrheiten. Demokratischer Sozialismus ist populärer Sozialismus. Die Zeit ist reif dafür.

Joachim Günther

Amerikanisierung oder Parteiidentität?

Zur Organisationskultur der SPD

Die SPD sei eine »Partei ohne Kultur«, heißt es oft. Vielleicht sollte es besser heißen, eine Partei mit einer *bestimmten* »Kultur«: verräucherte Versammlungsräume, das Ritual der Tagesordnungen, die Kungeleien, erfreuliche Aktionen und Aktions-Frust, Selbstbeschäftigung und patriarchalische Strukturen, das Multifunktions(un)wesen, das Mit-sich-selbst-beschäftigen. Und erst recht: sozialdemokratische »Feierlichkeit«: Da, wo Traditionen noch lebendig sind, klappt es noch am besten. Schwierig wird es, wenn der sozialdemokratische Parteifunktionär einer »Zielgruppe« verordnet, zu »feiern«: Die Band läßt er aufspielen, selbst tanzt er nicht. Die Stellvertretermentalität treibt kuriose Blüten: Öffentliche Versammlungen werden verordnet, auf denen sich die Genoss(inn)en langweilen, weil sie da nichts zu sagen haben. Man »läßt reden«. Aber Leerlauf, ritualisierte Arbeitsformen, Orientierungslosigkeit (»wir brauchen noch ein Thema für die nächste Mitgliederversammlung«) sind Ergebnisse, nicht Ursache von politischen Entwicklungen.

Das Veränderungspotential bleibt aus

Auf die deutsche Sozialdemokratie kommen in den nächsten Jahren ernste Existenzprobleme zu: Die Strukturen der Partei sind brüchig. Jenseits von TV-Spektakeln, Wahlkampf-Gespennern einer schon erreichten hegemonialen Kraft der Partei und auch entgegen der oberflächlichen Betrachtung von Mitgliederzahlen, die offiziell erstmals seit der »Wende« wieder positiv sind, zeigen sich Symptome, die schon immer in der Geschichte der Partei bedrohliche Entwicklungen angezeigt haben:

- Die Altersstruktur der Partei weist eine ungünstige Entwicklung auf. Eintritte von sehr jungen Mitgliedern bleiben aus.
- In den Großstädten zeigt die Partei die größten Schwächen, die Erosion der Mitgliedschaft setzt sich fort.
- Gerade Intellektuelle bleiben der Partei fern (ein Trend, den nur engstirnige Propagandisten eines falschen Arbeiter-Kultes bejubeln können).

Die hier aufgeführten Tendenzen treffen vor allem das Veränderungspotential der Partei und sie machen deutlich, welche verheerende Wirkung es für die Entwicklungsperspektive der Partei hatte, daß sie in den 70er Jahren nicht in der Lage war, in einem innerparteilichen »Diskurs« die linke Kritik an überkommenen Politikmodellen und -vorstellungen zu verarbeiten.

Das Ausbleiben junger Mitglieder hat unmittelbare Auswirkungen auf die »aktive Struktur« der Partei: Die sogenannten »Enkel«, als aktives Juso-Volk noch verpönt, bilden heute das Rückgrat der Partei. Das massive Eindringen von ca. einem Drittel neuer Parteimitglieder in den Jahren 1967 bis 1974 zeitigt inzwischen die Verwirklichung des Juso-Slogans, der schon runde fünfzehn Jahre alt ist: »Wir sind die Partei der 80er Jahre!« Aber in welchem Zustand! Sehen wir ab von *den* »Enkeln«, die bereits ihren Fernsehauftritt hatten. *Die* »Enkel«, das sind auch das Heer des »frustrierten Mittelalters«, seit zehn und mehr Jahren in der Partei aktiv, diszipliniert, kämpfen sie, haben jetzt einen Ortsverein hinter sich gebracht, sind kommunalpolitisch aktiv, der eine oder die an-

dere hat »höhere« Funktionen inne. Die 68er — sie *sind* inzwischen die Partei. Mag sein, daß dies in der einen oder anderen Region noch nicht ganz so weit ist. Aber: Ohne »uns« geht nichts mehr. In der ganzen Bedeutung des Wortes. Die Älteren sind nur *noch* da, die Jüngeren aber sind *noch nicht* da. Ergebnis dieser Situation ist der Frust: Wir sind nur wenige, aber wir kennen uns schon lange.

Gerade in einer Situation, in der eine Generation an Gewicht gewinnt, die mit einem sehr hohen politischen Anspruch angetreten ist, bietet die Partei ein jämmerliches Bild: Das Niveau der inhaltlichen Diskussion ist so niedrig wie nie in den letzten zwanzig Jahren. »Spiegel«-Intellekt und ausgeliehene Polit-Parolen beherrschen die Partei. Der Glaube an die Demoskopie und Kaffeesatzleserei ersetzen politische Diskussionen und strategische Debatten. Die linksgestrickte Coca-Cola-Werbung, die ein Bodo Hombach als Wahlkampf ausgibt, und die mit Gramsci-Vokabular unterlegte Begründung einer großen Koalition durch den Bundesgeschäftsführer lassen den Scheideweg erkennen, an dem sich die Partei sehr bald befinden wird: Die nur mühsam kaschierte Form einer »Deutschen Ausgabe« der US-amerikanischen »Demokratischen Partei« mit personality-shows, umfrageabhängigen Programmen und dem reduzierten Anspruch, die Stimmen diesseits der Union für sich zu gewinnen. Und so stellt auch »Versöhnen statt Spalten« im eigentlichen Sinne keinen Wahlkampflogan dar, sondern bedeutet die Philosophie des Parteimanagements für eine amerikanisierte SPD.

Der Generation der Enkel, mit all ihrem Frust und den Niederlagen, die sie schon erlitten hat, fällt die Aufgabe zu, für eine Alternative zu streiten. Dazu gehört, die eigenen Köpfe einer Entschlackungskur zu unterziehen: von den falsch verstandenen Zwängen kommunalpolitischen Verwaltungsklein-kleins, von kurzfristigen lokalen Parteiquerelen, manchmal aber auch von einem akademisch-unproduktiven Logenverhalten: »Sie mal an, diese Politik«.

Das Unwohlsein an der »Parteiarbeit«

Unter Parteiarbeit verstehe ich all jene Elemente, durch die Mitglieder zueinander in Beziehung gesetzt werden:

- die gemeinsame Arbeit bei Aktionen, in Sitzungen, auf Versammlungen usw.;
- die Regelungen des Parteilebens durch Beschlüsse, Statuten u.ä.;
- die Politik der Partei, wie sie sowohl in der eigenen Gliederung wie auch vom Parteivorstand (auf Bundesparteitag, Bezirksparteitag usw.) definiert wird.

Die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit jedes einzelnen Mitglieds wird sich allerdings kaum auf einzelne Aspekte des Parteilebens beziehen. Die Erfahrung zeigt vielmehr, daß Genossinnen und Genossen, die über einen aktuellen, konkreten Anlaß schimpfen, bei näherer Befragung häufig schnell in einen allgemeinen »kulturkritischen« Diskurs gegenüber der Partei verfallen. Unter allen Themen, die die Genossinnen und Genossen gerne zum »Nörgeln« hernehmen, spielt die Kritik daran, daß die Partei »nicht klar sagt, was Sache ist«, eine herausragende Rolle, wenn auch aus den unterschiedlichsten Motiven und bei unterschiedlichsten Themen. Das ist sicherlich keine neue Entdeckung; eine Entwicklung, die in den letzten Jahren stärker geworden ist, könnte man allerdings als »Logenplatzhaltung« bezeichnen: Zustimmung und Pfui-Rufe aus der angenehmen Distanz des Zuschauers. Diese Entwicklung hat m.E. zwei Ursachen:

Zum einen eine zunehmende Gleichgültigkeit vieler ehemals sehr engagierter Genossen und Genossinnen gegenüber der immer technokratischer »gemanagten« Politik der Partei

von der mittleren Ebene aufwärts bis zum Parteivorstand. Zum anderen der auf den meisten gesellschaftspolitischen Feldern festzustellende drastische Qualifikationssturz sowohl der Parteimitglieder im allgemeinen als auch »der Partei« insgesamt. Kann die mangelnde Kompetenz höherer Ortes noch semantisch übertüncht oder dadurch ersetzt werden, daß irgendein *Spezialist* »mal schnell einen Text ausarbeitet«, bewirkt sie in der breiten Mitgliedschaft ein Gefühl der Ohnmacht und lähmt das Engagement. Die Hilflosigkeit der Partei gegenüber gesellschaftlichen Problemstellungen, die mit einfachen Schemata aus der Tradition der Partei nicht mehr zu beantworten sind, werden in aller Regel zum Tabu erklärt. Positive Beispiele, wie etwa die Entwicklung der letzten Jahre auf dem Gebiet der Friedens- und Deutschlandpolitik, bleiben bisher eher die Ausnahme von der Regel.

Ein weiteres »Nörgelthema« ist die Unzufriedenheit über das »unpersönliche Klima« in der Partei. Parteiarbeit wird als entfremdete Arbeit aufgefaßt. Durch vielfältige Formen der Fremdbestimmung gerät die Parteiarbeit »vor Ort« in eine Routinesituation, die sich für viele Mitglieder subjektiv als eine Verlängerung des beruflichen Arbeitstages darstellt. Dauerwahlkämpfe (die allgemein nicht so einfach zu reduzieren sind), traditionelle Aktivitäten (u.a. Bürgerfeste) u.a.m. sind zusätzliche Anstrengungen, die für sich genommen keinen qualitativen Fortschritt in der politischen Arbeit bringen (außer vielleicht einer angestrebten Aufnahme von neuen Mitgliedern).

Da ist zum anderen die Tendenz, Parteigliederungen ihrer Autonomie als politische Organisationen zu berauben und als verlängerte Arme der Verwaltung zu betrachten. Diese Tendenz hat wiederum ihre Ursache in den immer komplexer werdenden Verwaltungsvorgängen und hat auch etwas mit einer erweiterten Bürgermitsprache zu tun. In unreflektierter Form führt die »Partei« als kommunale Verwaltungsorganisation jedoch zur totalen Entpolitisierung und trägt dazu bei, Ortsvereine als Träger der politischen Willensbildung der Partei zu entmündigen. Gezielte politische Projekte haben da keinen Platz mehr, eine systematische Ansprache bestimmter Gruppen in der Bevölkerung gelingt meist nur da, wo es bisher auch gelungen ist; die Qualifizierung der Genossinnen und Genossen fällt unter den Tisch. Die fortschreitende Entfremdung in der Parteiarbeit ist aber vor allem auch ein »Männerproblem« — gerade die Erfahrung, daß der politische Leerlauf in der Partei von den Männern gehegt und gepflegt wird, ist unübersehbar.¹

Vorschläge für eine Reform sozialdemokratischer Parteiarbeit

Das Ziel einer reformierten Parteiarbeit ist es, wie wir mit Peter Glotz formulieren können, »den Kern der Anhängerschaft der Sozialdemokratie nicht nur für eine Wahl, sondern auf Dauer zu vergrößern und so die SPD zum organisierenden Zentrum einer mehrheitsfähigen Linken zu machen«.² Aber wie? Drei Indikatoren geraten in den Blick, die in eine Reform eingehen müßten:

1. Die Politisierung der Diskussion und eine breite Qualifizierung der Mitgliedschaft als Voraussetzung für den Identifikationsprozeß in der linken Volkspartei;
2. die »Befreiung« der Ortsvereinsarbeit von Fremdbestimmung durch Parteihierarchie und Verwaltungszwänge;
3. die Reorganisation des sozialdemokratischen »Vorfeldes« durch die Schaffung parteiunabhängiger sozialdemokratischer Zielgruppen-Organisationen.

Diese konstitutiven Elemente eines Verständnisses von Parteiarbeit sind die eigentlichen Voraussetzungen für die von Glotz gepriesene Kampagnen- und Diskursfähigkeit der Partei.

Für eine breite innerparteiliche »Qualifizierungsoffensive«

Wenn es richtig ist, daß es nicht genügt, einige qualifizierte »Fachleute« in der Partei zu haben, die bei Bedarf in ihren Forschungsergebnissen kramen, um dem Vorstand für eine Kampagne auf die Sprünge zu helfen; wenn es also besser so sein soll, daß die Partei als Kollektiv sich bestimmter gesellschaftspolitischer Felder »bemächtigt«, dann muß die Herstellung der Voraussetzungen für eine solche Landnahme für die Parteiarbeit hohe Priorität haben. Da muß Peter Glotz schon zitiert werden: »Die SPD darf nicht von Thema zu Thema hüpfen, sie muß einzelne Themen lange durchhalten können. Wir werden keinen Erfolg haben, wenn wir uns nur demoskopischen Potentialberechnungen hingeben.«³ Glotz nennt das »Diskursfähigkeit der Partei«. Wenn man nicht ganz so hoch angesiedelt ist wie der Bundesgeschäftsführer, möchte man mit Blick auf die große Schar der aktiven Genossinnen und Genossen den Begriff erweitern: *Kollektive Diskursfähigkeit* der Partei ist angesagt. Also etwas, was alle mitnimmt in die Auseinandersetzung.

»Die linke Volkspartei« ist durch die Heterogenität ihrer Mitglieder — sowohl ihrer Lebensbilder als auch ihrer sozialen Herkunft nach — kein natürliches Kollektiv. Dieses entsteht erst durch die politische Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, aber natürlich auch in der eigenen Organisation. Die kollektive Diskursfähigkeit der Parteiorganisation ist das Resultat der politischen Debatte und der strategischen Einordnung gesellschaftlicher Widersprüche. Dabei spielt die Fähigkeit der Partei eine erhebliche Rolle, für jeden einsehbar die gesellschaftlichen Konfliktfelder als Ergebnis kapitalistischer Produktionsweise zu veranschaulichen, ohne sie ökonomistisch darauf zu reduzieren.

Diskussion bedeutet Autonomie der Diskutierenden. Kollektivität und Diskursfähigkeit bedeuten die bewußte Beziehung der autonomen Glieder der Partei auf die gemeinsame »dritte Sache«. Die Herstellung einer politisierenden Diskussion ist wiederum kein beliebiger Vorgang — im Gegenteil: Die Organisation von Diskussionsprozessen in einer linken Volkspartei ist die eigentliche Führungsaufgabe. Die praktische Seite dieses Prozesses darf auf keinen Fall beseite gelassen werden. Weder ein unreflektierter Rückgriff auf traditionelle Bildungsarbeit (die dann offenherzig »Schulungsarbeit« genannt wird) noch die Haltung, Bildung verkaufe sich als Broschüre oder sei Sache der Friedrich-Ebert-Stiftung, bieten konzeptionelle Perspektiven.

Erstes Ziel ist eine innerparteiliche *Qualifizierungsoffensive*⁴ auf den wichtigsten gesellschaftspolitischen Feldern. Diese muß dabei eine über die Behandlung der wesentlichen gesellschaftspolitischen Fragestellungen hinausgehende Aufgabe haben: die Unterweisung von Genossinnen und Genossen für Führungsaufgaben in der Partei. Das gilt vor allem für die Ortsvereinsvorsitzenden. Die in diesem Zusammenhang immer wieder geforderte Parteischule könnte eine zentrale Rolle spielen. Qualifizierungsmaßnahmen haben im wesentlichen drei Elemente:

- Sie dürfen nicht nur »pädagogisieren«, sie müssen Kompetenz vermitteln; wenn sie wirklich mehr bieten als der »Spiegel« oder diesbezügliche Fernsehsendungen, motivieren sie die Genossinnen und Genossen zum organisierten Nachdenken — eine Tätigkeit, die durch Oberflächenbearbeitung in Ortsvereinsversammlungen — aber auch in so manchem gut gemeinten Seminar — in Verruf geraten ist.
- Sie bieten Ansatzpunkte für konkrete Arbeitsmöglichkeiten und setzen die Genossinnen und Genossen in den Stand, dem politischen Gegner Paroli zu bieten.
- Sie schaffen »Kollektivität«, indem der Wissensstand der einzelnen Genossinnen und Genossen angeglichen wird.

Das Konzept einer innerparteilichen »Qualifizierungsoffensive« hat allerdings nur Sinn, wenn es flächendeckend betrieben wird. Bildungsarbeit als unverbindliches Angebot, so wie es in der Reihe »Parteiarbeit« des Parteivorstandes vorgestellt wurde — als ein nach Bedarf zu nutzendes Instrument —, gibt es schon in vielen Ortsvereinen und Unterbezirken; allerdings dient es dort in aller Regel mehr der Differenzierung der Information zwischen bildungsbeflissenen Mitgliedern und sogenannten Praktikern.

Für die »Autonomie« der Ortsvereinsarbeit

Es gibt keine strukturierte Wegweisung, wie in der täglichen Parteiarbeit der Gliederungen Lebenszusammenhänge geschaffen werden, Solidarität und Geborgenheit entstehen können. Daß dies im Moment nicht geschieht, ist auf eine dreifache *Fremdbestimmtheit* der Ortsvereinsarbeit zurückzuführen:

- fremdbestimmte, »von oben verordnet« Parteiarbeit, deren Ausgestaltung von der jeweiligen Gliederung nicht mitbestimmt wurde;
- fremdbestimmte kommunalpolitische Arbeit, d.h. die Partei als »Wurmfortsatz« der Verwaltung;
- Fremdbestimmung durch die Dominanz der Interessen einzelner höherer Funktionäre, Amts- und Mandatsträger.

Selbstverständlich gibt es eine Reihe anderer Quellen für das »Leiden an der Parteiarbeit« — »Reibereien« aus unterschiedlichsten Gründen, soziale Spannungen, »Hackordnungen, professionelle »Miesmacher« usw., aber dies sind keine spezifischen Parteiprobleme, sondern Erscheinungen, die in den treffenden Beschreibungen von *Tucholsky* über das deutsche Vereinsleben nachzulesen sind.

Voraussetzung für das, was oben als »kollektive Diskursfähigkeit« beschrieben wurde, ist die Identifikation der Parteimitglieder mit ihrem eigenen Kollektiv — im Ortsverein, in der Arbeitsgemeinschaft. Der Fremdbestimmung dieser Kollektive ist der Begriff der *Autonomie* von Ortsvereinsarbeit gegenüberzustellen, der allerdings nicht als »losgelöste Existenz« mißverstanden werden darf: *Autonomie* heißt nicht, sich abkapseln von der Parteidiskussion und Sektenbildung, Hinwendung zur »Provinz« und auch nicht die Verwandlung der Partei in einen lokalen Wahlverein. Sondern: *Autonomie* meint die Fähigkeit kompetenter Schwerpunktsetzung der eigenen Arbeit *mit Bezug* auf die Politik der Partei; in der Lage sein, die Diskussion der Partei aktiv mitzuverfolgen und nach außen hin *selbständig* zu vertreten und schließlich: die Fähigkeit entwickeln, eigenständig Beiträge zur Weiterentwicklung von Positionen der Partei zu liefern.

Die Schwierigkeit der Verwirklichung einer so formulierten Zielprojektion liegt in der Zähigkeit der Ortsvereins- und Unterbezirksstrukturen begründet. Die Verknüpfung von »Interessen« in der Kommunalpolitik und die Ambitionen einzelner *Genossen* »nach oben« schaffen über sehr effiziente Methoden innerparteilicher Hegemoniebildung eine Disziplinierung der aktiven Mitglieder. Die Ablenkung des Parteivolks von seinen eigentlichen Interessen — wie auch immer sie funktioniert — ist die Ursache für die Misere der Parteiarbeit und nicht so sehr die gern gespielte Platte der Vorderleute, »die Partei ist nun mal, wie sie ist«.

Autonomie der Ortsvereinsarbeit geht einher mit der Demokratisierung der Partei. Hier ist zumindest schon einiges beschlossen worden: Der Kampf gegen das »Multifunktärswesen; die Trennung von Amt und Mandat; die Durchsetzung der Quotierung für Frauen gegenüber den oft üblichen »Männer-Proporzquoten« (jede Truppe erhält ein Mandat,

Qualität Nebensache); die Debatte um Maßnahmen zur Abschaffung der »Langzeitmandate« und schließlich die vielen kleinen Fragen, wie z.B. eine schriftliche Berichterstattungspflicht von höheren Funktionären, Amts- und Mandatsträgern (im Unterschied zu den obligaten Bonzen-Quasselstunden ohne politischen Nährwert).

Für eine neue Vorfeldarbeit

In seinen Erinnerungen schreibt Willy Brandt über den Neuanfang nach 1945:

»Zu dem Versuch, neu anzufangen, gehörte die Entscheidung, nicht mehr notwendigerweise auf 'sozialistische' Art zu turnen, zu wandern, zu singen oder Briefmarken zu sammeln. Dies bedeutete den Verzicht auf jene 'Subkultur', die Überzeugungen befestigte und der politischen Arbeiterbewegung wichtige Rekrutierungsfelder geboten hatte. Ich habe diesen Wandel ohne eigentliches Bedauern beobachtet. Für eine auf mehr als formale Demokratie angelegte gesellschaftliche Ordnung ist es eher ein Vorteil, wenn sich die parteipolitische Abkapselung in Grenzen hält ... Der nachwachsenden Generation bekommt es besser, wenn sie lernt, daß Glieder eines Volkes als Bürger des Staates oder der Gemeinde miteinander auskommen müssen — bei allen Unterschieden widerstreitender Interessen, konfessioneller Zuordnung oder auch politischer Überzeugung.«⁵

Ob es eine freie »Entscheidung« nach 1945 war, die sozialistische »Subkultur« aufzugeben, sei dahingestellt; was Brandts Begriff des Staatsbürgers betrifft — geschenkt; bemerkenswert aber die Auffassung eines in der Arbeiterbewegung aufgewachsenen, von ihrer Kultur geprägten Sozialisten, die heutige Sozialdemokratie bewußt abzusetzen von jener »Gemeinde«, die politische Organisation, Bewegung und Lebenszusammenhang gleichzeitig war.

Brandts Auffassung beinhaltet eine Menge Nachdenkenswertes über die Identifikationsmöglichkeiten, die das »Parteileben« heute überhaupt noch bieten kann. Ist es nicht gerade ein Bedürfnis, auch »sozialistisch« zu turnen, wenn Sport ansonsten mit dem digital gesteuerten Hechtsprung von *BumBumBoris* gleichgesetzt wird? Vor allem aber stellt sich die Frage, wo denn eigentlich das Rekrutierungspotential der heutigen Sozialdemokratie »abgeholt« werden kann, wenn die SPD als »Politverein« den Bürgerinnen und Bürgern nur aus der »hohen Politik« oder vom sporadischen Infostand her bekannt ist. Soll »Bruder Johannes« alle Mitglieder selbst werben, sozusagen als »Billy Graham⁶ des demokratischen Sozialismus«? In einem zentralen Aspekt ist der Einschätzung des Parteivorsitzenden kaum etwas zu entgegnen: Ein »Vorfeld«, wie es die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung insgesamt einst organisieren konnte, wird es in dieser Form nicht mehr geben, trotz neuer Anstrengungen der existierenden Organisationen wie Falken, Naturfreunde, Schreiberjugend und Arbeiterwohlfahrt. Daher ist es um so wichtiger, Eingriffsmöglichkeiten in das Vorfeld — oder anders gesagt, in Richtung auf bestimmte Zielgruppen zu schaffen.

Das Nachdenken über ein systematisiertes Eingriffspotential bezieht sich im folgenden auf jene Zielgruppen, für die in der Partei die großen Arbeitsgemeinschaften bestehen. Eine veränderte Rolle der Arbeitsgemeinschaften ist m.E. ausschlaggebend für die Frage, ob es der Partei gelingen kann, vor allem in dem immer wieder zitierten Feld der »neuen sozialen Bewegungen« Fuß zu fassen. Die derzeitige Funktion der Arbeitsgemeinschaften ist — auf unterschiedliche Weise — unproduktiv. Ihre statutarische Konstruktion behindert eine effektive Arbeit nach außen, auch wenn die Zeiten der administrativen Disziplinierungspolitik der Partei im Augenblick aus dem Blickfeld gerückt sind. Und von außen ge-

sehen, werden sie meist mit der Partei gleichgesetzt, selbst dann, wenn sie mit der Mutterpartei gravierende Meinungsverschiedenheiten haben. Daher wird auch das Potential derer, die z.B. bei den Jusos eine geeignete Möglichkeit sehen, eigenständige linke Politik mit sozialdemokratischer Orientierung zu machen, immer kleiner. Das hängt auch damit zusammen, daß die Arbeitsgemeinschaften in die Partei hinein keine wirkliche Interventionsmöglichkeit besitzen. Sie sind statutarisch gesehen nicht Bestandteil des Willensbildungsprozesses und ihre Vertretung in den Vorständen hängt vom jeweiligen »guten Willen« ab. Zwei Überlegungen sollten daher verfolgt werden:

1. Die Arbeitsgemeinschaften müssen die Möglichkeit haben, *nach außen* unabhängig von der Partei zu agieren, um auf diese Weise Verbindungen zu jenen Bevölkerungsgruppen herzustellen, die inhaltlich ansprechbar sind, jedoch bisher zu einer direkten Bindung an die Sozialdemokratie keinen Zugang hatten.
2. Die Arbeitsgemeinschaften müssen *innerparteilich* einen festen Status als Teil des Willensbildungsprozesses bzw. in ihrer Einbeziehung in Vorstände u.a. haben. D.h. den Vorstellungen der Arbeitsgemeinschaften muß das Recht der Antragstellung eingeräumt werden.

Konsequenz aus dieser Überlegung müßte die Gründung einer unabhängigen Juso-Organisation und einer unabhängigen Frauen-Organisation sein. Unabhängige Organisation hieße: eigene Programme, weitergehende Möglichkeiten der Kritik an der Partei, Mitglieder, die keine Partei-Mitglieder sind, eigene Publikationen. Die Widersprüche, die hierbei entstehen werden, sind die einer linken Volkspartei. Aber: Eine »Strategie«, die meint, Widerspruchsfreiheit per Order von oben herstellen zu können, sollte nicht mit der kecken Parole an die Öffentlichkeit gehen, »wir schaffen unsere eigene Mehrheit«. Die Schaffung unabhängiger Organisationen ist »per se« keine Garantie für eine eingreifende Politik. Vieles spricht aber für eine Stärkung des vorhandenen Potentials: Die Notwendigkeit, eigene Mitglieder anzuheuern und das nicht dem Zufall der Partei-Listen zu überlassen; der erweiterte Handlungsspielraum, den diese Organisationen dann auch im juristischen Sinne hätten (z.B. bei gemeinsamen Aktionen mit anderen Organisationen); ein erhöhtes Gewicht durch eine öffentlich dargestellte Eigenständigkeit.

Für die AsF entsteht eine deutliche Aufgabenverlagerung: Frauenpolitik als gesellschaftliches Gesamt-Konzept und nicht mehr nur innerparteiliche Klage-Organisation für das schlechte Gewissen der Partei-Männer. Die Jungsozialisten stünden dem Zwang einer neuen Denkungsart gegenüber, welche Rolle Auseinandersetzungen in der eigenen Organisation spielen (sollten). Darüber hinaus wäre der Status von Schüler- und Hochschulgruppen unter dem Dach einer unabhängigen Juso-Organisation klarer geregelt als bisher. Aus diesem Konzept müßte die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) ausgeklammert bleiben, da organisatorische Schwäche (d.h. Nicht-Vorhandensein in vielen Regionen) nicht durch einen organisatorischen Trick gelöst werden kann. Vielmehr kommt es hier darauf an, daß die Partei durch eine überzeugende wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik sich wieder zur Sachwalterin der Arbeitnehmerinteressen im politischen Raum entwickelt.

Die Schwierigkeiten des Konzepts sind nicht zu leugnen: Eine Partei, deren führende Funktionäre die zentralistische Ängstlichkeit so verinnerlicht haben, wie die der deutschen Sozialdemokratie, müßte wohl über ihren eigenen Schatten springen, wollte sie aus der Entwicklung von Widersprüchen eine Strategie machen.⁷ Gerade das jüngste Beispiel aus dem beginnenden Wahlkampf zeigt das überdeutlich: Allen Beteuerungen zum Trotz, sich den »Bewegungen« zu öffnen, konnte es in den Augen der Wahlkampfleitung nicht sein,

daß die Jungsozialisten in Nordrhein-Westfalen ein Volksbegehren gegen die Atomenergie unterstützen. Unter dem Vorwand, »damit machen die *Grünen* Wahlkampf«, fördert die SPD lieber eine Situation, in der die »Grünen« die Chance haben, sich allein zu profilieren, anstatt den Fuß in der Tür (des grünen Wählerpotentials) zu lassen.

Parteientwicklung am Scheideweg

Die drei Zielprojektionen: Politisierung der Partei durch eine flächendeckende *Qualifizierungsoffensive*; Herstellung der *Autonomie der Untergliederungen* (im wohlverstandenen Sinne bezugnehmend auf die Diskussion der Partei) und die *Schaffung eines Potentials im Vorfeld* der Partei und in Richtung zu politisierender Zielgruppen sind Richtungsänderungen zu einer neuen Strategie der Partei. Sie sind gleichzeitig Bindemittel für den sich auflösenden Zusammenhang der Partei als Kollektiv. Sie beziehen sich auf das, was »Parteiarbeit« genannt wird, sind aber Wegweisungen für die emanzipatorische Weiterentwicklung der Partei insgesamt. Die Partei steht am Scheideweg: Die andere Variante, der »Wahlverein SPD« nach amerikanischem Muster hat derzeit die größeren Chancen, sich durchzusetzen, obgleich dieses Konzept kaum offen propagiert wird. Aber die Kräfte sind auch nicht unbedingt nur in der Partei am Werk: Werbeagenturen, die Medien, die Noelle-Neumanns. Es wäre nicht das erste Mal, daß sich die Partei an herrschende Politikmuster anpaßt. Wenn dies verhindert werden soll, so nur durch die Organisation einer entschlossenen Parteilinken.

Anmerkungen

- 1 Der Fragestellung nachzugehen, wie die hier aufgeworfenen Probleme mit der patriarchalischen Struktur der Partei zusammenhängen, wie männliches Verhalten die Durchsetzung einer anderen Politik blockiert, scheint mir eine ausführlichere Untersuchung notwendig zu machen, die dieser Artikel nicht leisten kann.
- 2 Peter Glotz: Rede auf der organisationspolitischen Konferenz der SPD am 18. und 19.6.1986 in Bonn-Bad Godesberg.
- 3 Ebd.
- 4 Dieser Begriff ist vom Berliner Senat übernommen, der damit eine Kampagne in der Berufsausbildung propagiert. Der Begriff ist allerdings schon das Wichtigste dieser Kampagne.
- 5 Willy Brandt: Links und frei. Mein Weg 1930 bis 1950. Hamburg 1982, S.25.
- 6 William (»Billy«) Franklin, geb. 1918, baptistischer Erweckungsprediger.
- 7 Diese Probleme haben die italienischen Kommunisten nicht. Sie haben ihre eigene Jugendorganisation bereits in die »Wüste« geschickt, um die neuen sozialen Bewegungen aufzurollen, wie die Partei hofft. Über das Ergebnis gibt es wohl noch keine Aussagen, aber über das Vorhaben, das hier versucht wurde, auf SPD-Verhältnisse zu übertragen. Jochen Worsch, Bericht einer Delegationsreise für den Juso-Bundesvorstand, o.J.

Hermann Glaser

Europa zwischen Humanität und Barbarei

Über Ansatzpunkte demokratischer Kultur

I

Europäische Humanität — sie blieb immer wieder vergeblich angesichts enttäuschender, der Menschlichkeit entbehrender und somit unerfüllter Wirklichkeit; sie durchdrang jedoch immer wieder als erhebende, erhöhende Vision, als Trompetensignal der Freiheit, die Misere; Teil des »Prinzips Hoffnung«, oft genug auf verlorenem Posten gegenüber wüster Realität. Auf ergreifende Weise hat *Ernst Bloch* den Anbruch von Hoffnung inmitten der Verzweigung am Beispiel von Beethovens »Fidelio« aufgezeigt. Marseillaise und Augenblick in Fidelio. Das Trompetensignal.

»So tönt es in den Kerker hinunter, in die Fackeln und Lichter, die den Herrn Gouverneur hinaufbegleiten ... Der große Augenblick ist da, der Stern der erfüllten Hoffnung im Jetzt und Hier. Leonore nimmt Florestan die Ketten ab: 'O Gott, welch ein Augenblick' — genau auf diese, durch Beethoven in Metaphysik gehobenen Worte entsteht ein Gesang, der, ohnehin das Verweilen selbst, würdig wäre, niemals ein Ende seiner Ankunft zu nehmen.«¹

Nehmen wir zwei Aussagen, um jene destruktiven Geschichtskräfte zu charakterisieren, die europäischer Humanität entgegenstanden und sie vielfach fast bis in ihre Wurzel hinein zerstörten — wobei die Jahre, aus denen die Zitate stammen, jeweils »letzte Tage der Menschheit« markieren:

»Europa, diese Gräberstätte, ist von Völkern bewohnt, die singen, bevor sie sich gegenseitig umbringen«, sagt *Georges Sorel* im Dezember 1912 in Vorahnung des Weltkrieges.

»Glauben Sie nun, daß dies der letzte Krieg ist?«, fragte Sigmund Freuds Arzt *Dr. Schur* diesen bei Ausbruch des Weltkrieges 1939 im Exil in London. Freud antwortete: »Mein letzter Krieg.«

Soziale Demokratie für Europa will mit europäischer Humanität in dem Sinne ernst machen, als sie den geschichtlichen Alptraum (der zugleich Trauma ist) durch einen Tagtraum zu ersetzen sucht. Der Vor-Schein der Idee, der Idee eines humanen, vereinten Europa, soll als konkrete Utopie begreifbar gemacht werden; sie dient der Befriedigung von Heimweh, der Sehnsucht nach »einem Territorium, das dem Menschen die größtmöglichen Chancen für seine Identitätsgewißheit erlaubt« (I.M. Greverus).

Mit pessimistischer Zähigkeit und schwermütiger Überzeugungskraft gilt es, den Stein zu wälzen. Denn die Begeisterung eines nachdenklichen Fortschrittsglaubens ist nicht vom ungestümen Frischwärts geprägt; »nur wer den Stillstand im Fortschritt kennt und achtet, wer schon einmal, wer mehrmals aufgegeben hat, wer auf dem leeren Schneckenhaus gesessen und die Schattenseiten der Utopie bewohnt hat, kann Fortschritt ermessen« (Günter Grass). Europäische Humanität (von weltweiter noch gar nicht zu sprechen!) läßt sich immer noch als Sisyphusarbeit empfinden. Wir müssen uns, meint *Albert Camus*, Sisyphus als einen glücklichen Menschen vorstellen. Der »Mann mit dem Stein« hat Tugenden, die Hans Magnus Enzensberger mit den Worten beschreibt:

»... ungeduldig
 im namen der zufriedenen
 verzweifeln
 geduldig
 im namen der verzweifelten
 an der verzweiflung zweifeln
 ungeduldig geduldig
 im namen der unbelehrbaren
 lehren.«²

Wer von europäischer Humanität spricht, bewegt sich im spekulativen Bereich. Vor allem Dichter und Denker, Künstler und Philosophen sind es gewesen, die gegenüber den Machthabern und Rechthabern Bereitschaft zeigten, Grenzen (die Grenzen des Faktischen) zu überschreiten — weshalb sie oft Länder wie Schuhe wechseln mußten. Sie bemühten sich darum zu verhindern, daß die Tagträume europäischer Humanität zur Beute ideologischer Betrüger wurden.

Über europäische Humanität sprechen heißt, nicht mit Wirklichkeit, sondern mit Visionen sich befassen, aber auch Überlegungen anstellen, wie diese vom Kopf auf die Füße gestellt werden können. Kulturelle Demokratie kann dies bewirken helfen. Nicht der Krieger darf die Figur sein, die im Fokus des Fluchtpunkts Jahrhundertwende steht, sondern, wie es *Antoine de Saint-Exupéry* forderte, der Gärtner. Garten des Menschlichen. Terre des Hommes.

Europa — dieser Gegensatz von Vater- und Mutterländern —, ist es dabei, zum Bund von »Kinderländern« zu werden: friedliche Heimat für die Zukünftigen? Europäische Humanität verwirklichen bedeutet, um nochmals *Ernst Bloch* (nun mit dem Schlußsatz seines Werkes »Das Prinzip Hoffnung«) zu zitieren:

»Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt, sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfaßt und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.«³

II

Auch wenn wir das Bild der europäischen Geschichte nicht so betrachten, wie es uns von restaurativen Geschichtsfälschern dargeboten wird, nämlich als heroische Landschaft, hehr und erhaben — auch wenn wir solchen Geschichtsklitterungen, die immer nur nach den Namhaften und nicht nach den Namenlosen fragen, eine deutliche Absage erteilen, so bleibt doch die Tatsache, daß das Bemühen, europäische Humanität politisch zu verwirklichen, sich durch gewisse geschichtliche Präzedenzfälle ermutigt fühlen kann; durch Epochen, die sich als Zeiten einer verhältnismäßigen Ruhe und Befriedung darbieten. Ich will hier nicht eine historische Beispielsammlung verhältnismäßig goldener Ären geben — oft genug waren es übrigens golden-häßliche Jahre; ich will lediglich aus einem bestimmten Grunde die Grenzenlosigkeit der Welt vor 1914 durch ein Wort von *Sigmund Freud* charakterisieren. Erschüttert vom Ausbruch des Weltkriegs, beschreibt er in seiner Abhandlung »Zeitmaßes über Krieg und Tod«⁴ mit Nostalgie (ein Wort, das auch Karl Kraus mehrfach verwendet) das Europa der Vorkriegszeit — Topos kultureller Heimat, die geprägt gewesen sei durch kosmopolitische Toleranz und natürliche Schönheit. »Wen aber«,

so beginnt Freud seine Schilderung Europas, »die Not des Lebens nicht ständig an die nämliche Stelle bannte, der konnte sich aus allen Vorzügen und Reizen der Kulturländer ein neues, größeres Vaterland zusammensetzen ...« Wir wissen, daß es sehr, sehr viele waren, die die »Not des Lebens« »ständig an die nämliche Stelle bannte«; daß nur verhältnismäßig wenige im bürgerlichen (und vorher im kirchlichen, dann feudalen) Zeitalter Europa als kulturelle Heimat erleben und verinnerlichen konnten, daß dieses »schöne Europa« vor lauter glanzvollem Überbau des Unterbaus entbehrte. Es ging nicht um kulturelle Demokratie, nicht um demokratische Kultur, sondern um affirmative Kultur. Was einstmals im Aufbruch der Aufklärung in Richtung Vernunft sowie in der Hoffnung der Klassik auf den ästhetischen Staat Befreiung bedeutete, erstarrte; Kultur erwies sich als Alibi, als Ablenkung, Stabilisierung und pure Legitimation des Gegebenen, nicht als konstitutiver Faktor von Veränderung.

Zwar hat, um *Herbert Marcuse* zu folgen, in der bürgerlichen Epoche die Theorie des Verhältnisses zwischen Notwendigem und Schönerem, Arbeit und Genuß entscheidende Veränderungen erfahren; die Ansicht, nach der die Beschäftigung mit höchsten Werten an bestimmte gesellschaftliche Schichten als Beruf gebunden sei, verschwinde, und an ihre Stelle trete die These von der Allgemeinheit und Allgemeingültigkeit der Kultur. Zugleich werde jedoch Kultur von Zivilisation unterschieden und vom Gesellschaftsprozeß soziologisch und wertmäßig entfernt. Dies bezeichnet Marcuse als affirmative Kultur:

»Unter affirmativer Kultur sei jene der bürgerlichen Epoche angehörige Kultur verstanden, welche im Laufe ihrer eigenen Entwicklung dazu geführt hat, die geistig-seelische Welt als ein selbständiges Wertreich von der Zivilisation abzulösen und über sie zu erhöhen. Ihr entscheidender Zug ist die Behauptung einer allgemein verpflichtenden, unbedingt zu bejahenden, ewig besseren, wertvolleren Welt, welche von der tatsächlichen Welt des alltäglichen Daseinskampfes wesentlich verschieden ist ... Sie ist in ihren Grundzügen idealistisch. Auf die Not des isolierten Individuums antwortet sie mit allgemeiner Menschlichkeit, auf das leibliche Elend mit der Schönheit der Seele, auf die äußere Knechtschaft mit der inneren Freiheit, auf den brutalen Egoismus mit dem Tugendreich der Pflicht. Hatten zur Zeit des kämpferischen Aufstiegs der neuen Gesellschaft all diese Ideen einen fortschrittlichen, über die erreichte Organisation des Daseins hinausweisenden Charakter, so treten sie in steigendem Maße mit der sich stabilisierenden Herrschaft des Bürgertums in den Dienst der Niederhaltung unzufriedener Massen und der bloßen rechtfertigenden Selbsterhaltung; sie verdecken die leibliche und psychische Verkümmernng des Individuums.«⁵

Wer heute im Zeichen europäischer Humanität für eine kulturelle Demokratie eintritt, der tut dies mit der Absicht, die *Behauptung* einer besseren, wertvolleren Welt in eine *Tatsache* zu verwandeln. Ästhetische Erziehung wie Kultur insgesamt sind dabei nicht als Transmissionsriemen für direktes Handeln zu verstehen: wohl aber verhelfen sie zur Sensibilität gegenüber der Mitwelt und Umwelt — gegenüber dem Wir, Du, Es, gegenüber der Gemeinschaft wie der Dinglichkeit, die es beide zu pflegen gilt. Als Gärtner im Garten des Menschlichen. Terre des Hommes.

III

Kultur ist, idealtypisch gesprochen, ein der Parteilung und begrifflicher Separierung konträr gegenüberstehender umfassender Begriff. Ein Totalitätsbegriff. Bürgerliche Kultur pervertiert diesen Anspruch, da sie den Kulturbegriff schichtspezifisch verengt und so die kommunikative Offenheit von Kultur reduziert. Ein derart eingegengter bürgerlicher Kulturbegriff ist auch nach 1945 nicht überwunden worden, vor allem auch deshalb nicht, weil von den demokratischen politischen Kräften zu wenig das Bürgerrecht auf Kultur,

das Bürgerrecht auf Kreativität, beachtet und der »Sozialisierung« des Ästhetischen kein besonderes Augenmerk zugewandt wurde. Wer bürgerliche Kultur aus sektoraler Isolierung in die Totalität zurückzuführen trachtet, betreibt sozialdemokratische Kulturpolitik. Diese gibt es — freilich noch zu wenig; man sollte aber nicht von einer sozialdemokratischen Kultur sprechen; man verträte sonst, was man bekämpft: Vereinseitigung!

Das sozialdemokratische Engagement für die idealtypische Totalität von Kultur will die bürgerliche Kultur aufheben — wobei sie das, was elitär bzw. hermetisch an ihr, *aufhebt* (»vernichtet«) und das, was Kultur in ihr, *aufhebt* (bewahrt). Der Begriff »Soziokultur« ist eine Hilfskonstruktion. Er betont gegenüber einer feudal oder spät-bürgerlich bestimmten Kultur die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Dimension von Kultur. Er hat nur solange seine Gültigkeit, bis die ursprüngliche Bedeutung von Kultur wiederhergestellt ist, bis die, etwa dem Arbeiter oder Berufsschüler oder »Kleinbürger« oder ... oder ... schichtenspezifisch auferlegte Kulturferne mit Hilfe demokratischer Kultur (kultureller Demokratie) überwunden ist. In seinem Buch »Kultur für alle« zitiert Hilmar Hoffmann *Gottfried Benns* Gedicht »Teils-teils«:

»In meinem Elternhaus hingen keine Gainsboroughs
wurde auch kein Chopin gespielt
ganz amüsantes Gedankenleben
mein Vater war einmal im Theater gewesen
Anfang des Jahrhunderts
Wildenbruchs 'Haubenlerche'
davon zehrten wir
das war alles.«⁶

Die sozialdemokratische Alternative zur bürgerlichen Kultur ist eine Kultur, die keine Entzweiung, keine Entfremdung von der Gesellschaft mehr kennt. Man kann nicht davon ausgehen, daß dies in der SPD schon voll verstanden, geschweige denn gefordert wird. Die Parteiprogramme zeichnen sich durch außerordentliche Dürtigkeit im kulturpolitischen Bereich aus. Die regionalen und überregionalen Erkenntnisse wie Erfahrungen werden kaum verarbeitet bzw. genutzt. Es gibt offensichtlich keine kulturpolitische Theorie innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Das Defizit im Bereich sozialdemokratischer Kulturtheorie wie Kulturpolitik ist auch darauf zurückzuführen, daß die fermentative Kraft der Linken in den Bereichen von Kultur und Ästhetik nicht oder kaum sich auswirkt, nicht zuletzt auf Grund eines falsch verstandenen Marxismus (wobei zuzugestehen ist, daß die ästhetische Theorie, wie sie auf Karl Marx zurückgeht, nur fragmentarisch ist). Man ist Opfer seines eigenen Vorurteils geworden. Die historische Tatsache bürgerlicher Kultur wird so verstanden, als sei Kultur schlechthin bürgerlich; in Abwendung von Kultur sucht man sich den »eigentlichen« Dingen, die außerhalb von Kunst und Kultur liegen, zuzuwenden. Eine solche kulturfeindliche Attitüde hat dazu geführt, daß man Kultur als Ersatzbefriedigung denunzierte, statt zu begreifen, daß eine Veränderung des Bewußtseins gerade vom Überbau her erfolgen müßte. Die Tatsache, daß wir heute wieder einen sehr starken Trend zur Innerlichkeit und Privatheit haben, gibt den Bemühungen um Massenkunst und Massenkultur eine große Chance, *wenn* begriffen wird bzw. vermittelt werden kann, daß Innerlichkeit und Privatheit stets eingebunden sein müssen in die gesellschaftliche Situation; sie können im luftleeren Raum nicht bestehen. Ein Gespräch über Bäume ist nicht eskapistisch, sondern gesellschaftlich relevant.

IV

Die nachfolgende Geschichte vom Herrn Keuner möchte ich weniger ökologisch, sondern vielmehr als eine Haltung zu Kulturellem verstanden wissen.

»Befragt über sein Verhältnis zur Natur, sagte Herr K.: 'Ich würde gern mitunter aus dem Haus tretend ein paar Bäume sehen. Besonders da sie durch ihr der Tages- und Jahreszeit entsprechendes Andersaussehen einen so besonderen Grad von Realität erreichen. Auch verwirrt es uns in den Städten mit der Zeit, immer nur Gebrauchsgegenstände zu sehen, Häuser und Bahnen, die unbewohnt leer, unbenutzt sinnlos wären. Unsere eigentümliche Gesellschaftsordnung läßt uns ja auch die Menschen zu solchen Gebrauchsgegenständen zählen, und da haben die Bäume wenigstens für mich, der ich kein Schreiner bin, etwas beruhigend Selbständiges, von mir Absehendes, und ich hoffe sogar, sie haben selbst für die Schreiner einiges an sich, was nicht verwertet werden kann.' 'Warum fahren Sie, wenn Sie Bäume sehen wollen, nicht einfach manchmal ins Freie?' fragte man ihn. Herr Keuner antwortete erstaunt: 'Ich habe gesagt, ich möchte sie sehen *aus dem Hause tretend ...*'«⁷

Befragt über sein Verhältnis zur Kultur ... Ich habe gesagt, ich möchte sie sehen aus dem Haus tretend ... Natürlich auch beim Ins-Haus-Eintreten. Im Wohnumfeld wie im Wohnzimmer. Kultur um die Ecke. Mit Umwelt und mit Wohnungen dürften Menschen nicht mehr erschlagen werden! Kultur-Heimat sollten die Menschen haben; sich in Kultur einbergen können. Die Stadt ist nicht als Profitopolis, Megalopolis zu begreifen; denn dann ist sie Nekropolis. Metropolis hätte sie zu sein!

Wirtlichkeit — nicht nur der Städte, auch des (oft noch total platten) Landes — kann durchaus als Faktor in die Kosten- und Ertragsanalysen eingesetzt werden; Benefit (Wohlbefinden) ist dabei sogar ein monetärer Faktor: wenn man an die Folgekosten sozialpathologischer, also kulturell zerstörter Verhältnisse denkt! Der Begriff »Nische« ist in diesem Zusammenhang von heuristischer Bedeutung. Sie ist ein Ort der Offenheit wie der Privatheit; sie ist ein Ort, in dem man sich gerne einrichtet, in dem man sich wohlbefindet. Wenn wir kulturelle Demokratie verwirklichen wollen, dann muß es uns gelingen, gerade Kulturarbeit als »Nische« zu erhalten, als ökologische Nische, d.h. es vor dem Umkippen in welche Deformation auch immer zu bewahren. Vom Natur- und Kultur-Schutz ist die Rede. Recycling ist im Englischen übrigens ein Wort, das auch für Stadtsanierung (und zwar für eine behutsame Sanierung, die nicht Kommunikations- und Sozialisationsstrukturen wegsaniert) Verwendung findet.

Angesichts der Grenzen des Wachstums ist Kultur ein neuer Glanz von innen; damit die Gleichgewichtsgesellschaft eine Meliorationsgesellschaft bleibt und ihre Post-Modernität nicht zu einem Zuwachs von Frustrationsaggressivität führt, gilt es, Kultur allen als »Alternative« zu ermöglichen. Nicht durch das Haben, sondern durch das Sein werde die Zukunft bestimmt, meint Erich Fromm — d.h. durch die Entfaltung humaner und kreativer Möglichkeiten; nicht durch luxuriöse Verschwendung, sondern durch den Erwerb geistig-seelischen Reichtums. Schon John Stuart Mill hat darauf hingewiesen, daß der materielle Fortschritt bald sein Ende erreicht habe, der geistig-seelische jedoch unbegrenzt weitergehen könne. Ans Vorgesagte und Vorgefühlte sollte man dabei nachdenkend anknüpfen. Das Nachdenken und Nachfühlen, das Anschauen und Nachprüfen ist wie das Ästhetische zu »sozialisieren« — jeder muß die Sprache der Kunst und Kultur verstehen können.

Das Revolutionäre der Kunst besteht in ihrem *Kunst*-Charakter; sie darf weder Tribunal noch Tempel und auch nicht Rummelplatz sein. Der aufs Handeln allein Eingeschworene meint, Ästhetik sei ja nur sekundär. Sie ist in der Tat Sekundärwelt. Aber wir wissen, daß gerade durch Sekundärerfahrungen das Verständnis fürs Primäre (und für Prioritäten) geweckt werden kann. Um nochmals vom konkret wie metaphorisch »Grünen« zu spre-

chen: Der Baum in der Wirklichkeit mag besinnungs-los, bewußt-los abgeholzt werden; weil er seinen Preis hat. Der Baum im Naturgedicht verweist nicht auf einen Preis, wohl aber auf einen Wert. Indem sozialdemokratische Kulturpolitik als eine Politik, die eine Kultur für alle anstrebt, dem Menschen die geistig-seelische, die ästhetische Sekundärerfahrungen zu ermöglichen sucht, bereitet sie ihn für humane Wirklichkeitserfahrung und für humanes Wirklichkeitshandeln vor. Kunst in diesem Sinne ist Lebenshilfe; sagen wir besser: Lebens-Mittel; Überlebens-Mittel. Daß der Mensch nicht nur vom Brot alleine lebt, sollte freilich als Sentenz weniger die politischen Sonntagsreden zieren, sondern vielmehr die Kulturausgaben in den öffentlichen Haushalten ausweiten helfen! Damit genügend Kulturorte, zentral und dezentral, fürs professionelle Vor-Tun wie fürs amateurhafte Selbertun geschaffen und ausgebaut werden können! Und zwar Orte (Theater, Museen, Volkshochschulen, Kulturkneipen, Kulturläden, Büchereien, Kommunale Kinos, Kreative Werkstätten, Kommunikationszentren etc.), in denen demokratische Kultur konkret sich vollzieht.

V

Kunst und Kultur (Ästhetik) müssen hineingesprengt werden in triviale Normalität, in die stereotypen Szenerien unseres Lebens, in die alltäglichen Zwänge, damit die Stunden wahrer Empfindung häufiger schlagen.

»Schönheit ist

Freyheit in der Erscheinung

deshalb geht Schönheit

der Freyheit voraus

(...)

Ehe die Structuren der Gesellschaft

sich verändern lassen

muß der Mensch

verändert werden.«⁸

läßt *Peter Weiss* in seinem Stück »Hölderlin« Schiller zu Hölderlin sagen. Und im gleichen Stück sagt Marx zu Hölderlin:

»Zwei Wege sind gangbar

zur Vorbereitung

grundlegender Veränderungen.

Der eine Weg ist

die Analyse der konkreten

historischen Situation

der andere Weg ist

die visionäre Formung

tiefster persönlicher Erfahrung.«⁹

Wie sieht tiefste persönliche Erfahrung heute aus?

»Jetzt aber herrscht das Bedürfnis und beugt die gesunkene Menschheit unter sein tyrannisches Joch. Der Nutzen ist das große Idol der Zeit, dem alle Kräfte fronen und alle Talente huldigen sollen. Auf dieser groben Waage hat das geistige Verdienst der Kunst kein Gewicht, und, aller Aufmunterung beraubt, verschwindet sie von dem lärmenden Markt des Jahrhunderts.«

Diese aktuelle Stelle steht in *Friedrich Schillers* »Briefen über die Ästhetische Erziehung des Menschen«¹⁰, geschrieben 1793 unter dem Einfluß der französischen Revolution, die der Dichter als Befreiung der Menschheit begrüßte und als Perversion des Menschlichen verurteilte.

Der lärmende Markt des Jahrhunderts ist heute von der Warenästhetik, der Reklamewelt, besetzt. Sie bewirkt eine eigenartige, in ihrer Gefährlichkeit noch wenig erkannte Pseudo-Demokratisierung des Schönen. Jeder will sein — jung. Jeder will sein — modern. Jeder will haben — Sonne. Und Amore. Nicht Anmut und Würde. Bei den warenästhetischen Trivialmythen ist die Verpackung die Botschaft. Die Warenästhetik fragt nicht nach der Personalität. Geweckt wird die Begehrlichkeit auf das neue Produkt, auf den hygienisierten Partner (der den all-plastic-people zugehört). Das Gefühl muß vorherrschen, daß man auf dem Markt das jeweils Neueste erhält. Dementsprechend werden die Sehnsüchte präsentiert: Reinheit als Persilweiß, Zärtlichkeit als Creme-Bad. Aufbruch als Porsche-Karosserie. Glück bietet sich dar als Zahncreme; Versuchung als Cognac; Schönheit als Lippenstift; Intimität als Deodorant; Charme als Haarwasser. Angesichts der synästhetischen Inszenierung stellt sich nicht die Frage nach der Wahrheit. Was »dahinter« steckt, interessiert nicht; die Accessoires sind schon das Eigentliche.

Die Innenwelt materialisiert sich in der Außenwelt der Werbung, und umgekehrt entlehnen die menschlichen Beziehungen ihre Ausprägung den Waren. Das heute in der Plakatswelt zutage tretende Ritual bedient sich der Stanzmuster der Warenästhetik. Die ontologische Leere der Liebesbeziehungen hüllt sich in den Schein, in den sich auch die Waren hüllen. Zwei Herzen, die sich suchen, suchen sich so, wie Verkäufer und Käufer sich suchen. Angeboten werden Rothände-, Marlboro- und Camel-Typen, beliebig auswechselbar mit Typen der Parfum-, Sekt- oder Bekleidungsindustrie. Außenwelt und Innenwelt erweisen sich als eine Mischung von Feten, Flirts, Wassersport, Tanz und Zärtlichkeiten; der Charaktercode ist ein sportlich eingefärbter Spätidealismus. »Gäbe es jene Wareseele«, meinte einmal *Walter Benjamin*, »von der Marx gelegentlich im Scherz spricht, so wäre sie die einfühlsamste, die im Seelenreiche je begegnet ist. Denn sie müßte in jedem den Käufer sehen, in dessen Hand und Haus sie sich schmiegen will.« Es geht nicht um Kulturpessimismus; auch nicht um die Verketzerung von Werbung. Nur muß man mit ihr spielerisch-distanzierend umgehen — umgehen können. Kulturelle Demokratie ist Gegensteuerung zum Sog der Warenästhetik. Ohne solche Gegensteuerung ist heute eine demokratische Anthropologie nicht möglich.

VI

In *Heinrich Kleists* Abhandlung »Über das Marionettentheater«¹¹ (ästhetische Erziehung wird sich dieses Aufsatzes erinnern müssen — in einer Zeit, da wir die »Dialektik der Aufklärung«, den Umschlag von Vernunft in Technokratie, mit aller Deutlichkeit spüren!) heißt es als Trost für diejenigen, die nun einmal als Menschen vom Baum der Erkenntnis gegessen haben: »Das Paradies ist verriegelt und der Cherub hinter uns; wir müssen die Reise um die Welt machen und sehen, ob es vielleicht von hinten irgendwo wieder offen ist.« — Wenn wir von ästhetischer Erziehung und kultureller Demokratie sprechen, träumen, sollten wir den Mut zum Enthusiasmus haben, zum Glauben an das Paradies auf Erden — auch wenn konservativer Kulturpessimismus das Streben nach Glück und Glückseligkeit sowie das Recht des Menschen auf Glück als sozialistische Gleichmacherei verleumdete (da man nun einmal gerne für sich als Elite die Arche in Besitz nimmt und die Masse als »die anderen« der Sintflut überläßt!).

Natürlich wissen auch wir, im Anblick der geschichtlichen Erfahrungen, daß das Paradies durch viele Cherubs versperrt ist; man wird dennoch irgendwie hineinkommen müssen — nicht auf trickreichen, wohl aber auf listenreichen (durch die List der Idee markierten) Wegen. Geduld und Beharrlichkeit seien die Gefährten.

Anmerkungen

- 1 Ernst Bloch: Prinzip Hoffnung. In: ders.: Gesammelte Werke, Bd. 5, Frankfurt/M. 1959, S.1295f.
- 2 Hans Magnus Enzensberger: Blindenschrift. Frankfurt/M. 1964, S.59.
- 3 Ernst Bloch, a.a.O., S.1622ff.
- 4 Siegmund Freud: Studienausgabe, Bd.9, Frankfurt/M. 1969ff., S.33ff.
- 5 Herbert Marcuse: Über den affirmativen Charakter der Kultur. In: ders.: Schriften, Bd.3, S.192 u. 195.
- 6 Gottfried Benn: Sämtliche Werke, Bd.1, Stuttgart 1986, S.317f.
- 7 Bert Brecht: Gesammelte Werke, Bd.12, Frankfurt/M. 1967, S.381f.
- 8 Peter Weiss: Stücke II, Frankfurt/M. 1977, S.308 u. 314.
- 9 Peter Weiss, a.a.O., S.410.
- 10 Friedrich Schiller: Sämtliche Werke, Bd.5, München 1962, S.570ff.
- 11 Heinrich Kleist: Sämtliche Werke und Briefe, Bd.II, München 1984, S.342.

Max Steinacker/Andreas Westphal

Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich

Projet Socialiste und sozialdemokratische Modernisierung der Volkswirtschaft

Das vorliegende Buch liefert die erste umfassende Analyse der Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten im deutschsprachigen Raum.

Die Linke erhoffte sich vom Wahlsieg Mitterrands im Mai 1981 die Einleitung eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels. Mit dem im ersten Jahr betriebenen Keynesianismus verschärfte sich der außenwirtschaftliche Druck. Seitdem wurde die internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft zum obersten Gebot der Regierung, dem man eine wirksame Beschäftigungspolitik und eine an nationalen Zielen orientierte Industriepolitik opferte. Somit bestehen von der grundsätzlichen Logik her kaum noch Differenzen zwischen der französischen und der bundesdeutschen wirtschaftspolitischen Strategie.

Max Steinacker und Andreas Westphal versuchen die Fragen zu beantworten, wie es zu einer derartig grundlegenden Umorientierung kommen konnte, welche Handlungsalternativen vorhanden gewesen sind und wieso diese nicht genutzt wurden. Die Analyse erstreckte sich dabei auf die Bereiche der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik sowie der Industriepolitik.

Wissenschaftlicher Autorenverlag Berlin/W., 546 Seiten

Buchhandelspreis: 29,80 DM; spw-Leser erhalten das Buch zum Preis von 25 DM incl. Porto. Schriftl. Bestellung an: Andreas Westphal, Langobardenallee 6, D-1000 Berlin 19, bei gleichzeitiger Überweisung von 25 DM auf das Konto: Andreas Westphal, Postgiroamt Berlin (West), BLZ 100 100 10, Konto-Nr. 1821 09-104.

Karin Westermann

»Seien Sie mir heiter und ruhig ...«

Zum Film Margarethe von Trotta über Rosa Luxemburg

Vor mir liegt die Reproduktion eines Fotos von 1907. Es ist ein typisches Gruppenfoto. Vor einem Eingangsportal, auf breiter Treppe, steht eine Versammlung von etwa fünfzig Menschen, zu Füßen zweier großer Statuen im Stile des letzten Jahrhunderts. Wen diese Statuen darstellen, ob Berühmtheiten der Literatur, Politik, Wissenschaft oder Philosophie, kann ich nicht erkennen. Jedenfalls sind es typische Repräsentationsfiguren, männlich natürlich, und mit erhobenem Haupt, angewinkeltem Arm und schrittbereitem Bein scheinen sie, zuversichtlich und zielgerichtet in die Welt hinaus zu wollen. Einige der auf dem Foto abgebildeten Männer hatten wohl entsprechendes vor; zumindest präsentieren sie sich in ähnlicher Körperhaltung wie ihre steinernen Kollegen. Fast in der Mitte des Bildes, umgeben von lauter Rauschebärten, gestandenen Sozialisten und Mitgliedern des Büros der 2. Internationale, lächelt mit geneigtem Kopf und weißem Hut eine zierliche Frau in die Kamera.

Rosa ist immer sofort auf solchen Fotos zu erkennen. Nicht nur weil sie so klein ist oder eine von wenigen Frauen. So auch auf diesem Bild, das nur noch eine weitere Geschlechts-genossin zeigt, Angelica Balabanow. Vielleicht ist es ihre schöne, gerade und dominante Nase, dazu die dunklen, sehr sanft in die Kamera blickenden Augen, die ihr einen so unverwechselbaren Ausdruck geben. Aber ich glaube, es ist mehr das eigene Erstaunen, das bei ihren Abbildungen erwacht und den Blick auf sie lenkt. Denn so sanft war sie gar nicht. Und mit Zartheit und anderen weiblichen Tugenden hätte sie sich auch kaum in den Mittelpunkt dieses Kreises erlauchter Herren stellen können. Immerhin Bebel, Singer, Kautsky, Jaurès, (noch) im Hintergrund Lenin und weitere gewichtige Repräsentanten der internationalen Arbeiterbewegung. Der Kampf ging schon bei ihrem ersten Auftritt auf diesem internationalen Parkett los. Sie war dreiundzwanzig Jahre, wollte hier sprechen, hatte aber kein Mandat und war zudem, wie immer, anderer Meinung als die meisten anwesenden Männer.

»Ihre Gegner hatten gegen sie einen schweren Stand. Ich sehe sie noch, wie sie aus der Menge der Delegierten aufsprang und sich auf einen Stuhl schwang, um besser verstanden zu werden. Klein, schwächling, zierlich in ihrem Sommerkleid, das geschickt ihren körperlichen Fehler verbarg, verfocht sie ihre Sache mit einem solchen Magnetismus im Blick und mit so flammenden Worten, daß die Masse des Kongresses, erobert und bezaubert, die Hand für ihre Zulassung erhob.«¹

Unser Foto, wahrscheinlich während des Internationalen Sozialistenkongresses im August aufgenommen, zeigt sie als 36jährige. Allein in diesem Jahr, 1907, liegen hinter ihr die Trennung von ihrem langjährigen Geliebten Leo Jogiches, große innerorganisatorische Auseinandersetzungen in der deutschen Sozialdemokratie, in denen sie sich mit ihren politischen Forderungen gegen die Behäbigkeit deutscher Arbeiterbewegungsrepräsentanten nicht durchsetzen konnte, Wahlkampfreisen, dazu zwei Monate Gefängnis wegen »Aufreizung zu Gewalttätigkeiten« und so weiter und so weiter. Die größten Niederlagen ihres Lebens erwarteten sie noch, neun verschiedene Gefängnisse lernte sie kennen, aber es ist keine Spur von Bitterkeit und Verhärmung in ihrem Gesicht. Ist das nicht erstaunlich? Woher nahm sie bei all diesen Kämpfen, Niederlagen, bei dieser Rast- und Ruhelosigkeit

die Kraft für ihre Heiterkeit, wie sie sie in ihren Briefen geradezu beschwor und bat: Bleiben Sie mir ruhig und heiter!?

Margarethe von Trotta versucht in ihrem Film über Rosa Luxemburg dieser Frage nachzugehen. Eine lohnende, weil weiterreichende Frage als diejenigen der bisherigen Rosa-Luxemburg-Forschung. Es ist »einfach die Frau«, meint sie, die sie interessiert, »weil sie ein viel zu sensibles Gesicht hatte, um so kämpferisch durch die Straßen zu ziehen«. ² Und der so entstandene Film nutzt sein kulturelles Genre voll aus und gibt reichlich Antworten, in Bild und Wort. Aber bevor etwas zu diesen Antworten zu sagen ist, will ich noch zwei Männer in die Diskussion um diesen Film mit einbeziehen, als Gegenpart, denn beide erweisen sich erstaunlich verständnislos für diese Antworten.

Rosa Luxemburg als Heilige?

Der eine dieser beiden Männer, ein ehemaliger Mitarbeiter des »Vorwärts«, lobt in seiner Rezension diesen Film überschwenglich. Rosa stellt er uns vor als »eine Frau von ungeheurer Leuchtkraft«. Und was sendet uns diese einsame, von hohem Sockel herunter Strahlende, was ist nach *Kraft Wetzel* ihr Vermächtnis, das es zu bewahren gilt?

»Wie leicht fiel es ihr, sich ein schöneres Leben vorzustellen! Es wäre eines, in dem die Freude an Schönheit, an 'riesigen silbernen Wolken' zum Beispiel, nicht mehr das Privileg einiger Gebildeter und Vermögender wäre.« ³

Wenn dieser marxisierende Unsinn ihr Nachlaß wäre, würde es noch nicht einmal den Sockel lohnen, auf den er seine *Jeanne d'Arc* stellt. Aber der Sinn dieser Rezension ist es wohl auch nicht, sich ernsthaft mit dem Leben Rosa Luxemburgs und ihren Erfahrungen auseinanderzusetzen. Er sieht eine emanzipierte Frau, die er sich nur als *Heilige* vorstellen kann. Wie praktisch, denn sie ist ja so stark, daß sie seine Sträuße mit der Sozialdemokratie gleich mit ausfechten kann. Darum ist sie nach Meinung *Kraft Wetzels* nicht nur heilig, sondern eine frühe Grüne:

»Was nach Jahrzehnten technischer Hybris von den Grünen erst wieder zu Bewußtsein gebracht und politisch hoffähig gemacht werden mußte: unsere Verantwortung für alle Kreatur, dieses — heute würde man sagen: 'ganzheitliche' — Verständnis von Politik und Lebenspraxis macht uns Rosa Luxemburg zum Zeitgenossen.« ⁴

Diesem sich so euphorisch mit *dem Zeitgenossen* Luxemburg verbunden Fühlenden sei entgegengehalten, daß sie *Zeit* ihres Lebens darum stritt, nicht »auch von den eigenen Freunden sofort entmündigt und ohne jede Rücksicht auf seine Neigungen behandelt« zu werden. ⁵

Der Film — eine Geschichtsfälschung?

Die Kritik des anderen männlichen Rezensenten des Films ist eine vernichtende. Zwar setzt er sich energisch von dem hier zuerst vorgestellten Kritiker des »Vorwärts« ab mit der Behauptung, so schlecht wie dieser Artikel sei noch nicht einmal der Film von *Margarethe von Trotta*, aber dies ist auch fast der einzige Pluspunkt, den *Manfred Scharrer* dieser Auseinandersetzung mit Rosa Luxemburg anrechnet. Ansonsten wärme sich dieser Film »an alten wohlmeinenden Legenden«, sei zudem »antiaufklärerisch und ignorant gegenüber historischen Ereignissen und Zusammenhängen bis hin zur Geschichtsfälschung«. Nur die Hauptdarstellerin, *Barbara Sukowa*, findet in seinen Augen Gnade, dennoch lautet sein abschließendes Restümee: »Sehr viel schlechter läßt sich ein Film über Rosa Lu-

xemburg nicht machen.«⁶ Was *Manfred Scharrer* besonders erregt, ist der Anspruch Margarethe von Trotta, das von Historikern entworfene Bild einer politischen Frau zu vervollständigen.

»Es war immer so«, erklärt sie in dem eben schon zitierten »Vorwärts«-Interview, »daß entweder ihre Ideen und ihr politischer Werdegang im Vordergrund standen oder es wurde die warmeherzige, sensible Frau mit ihren Vögeln und Katzen hervorgehoben. Das wurde völlig isoliert voneinander betrachtet. Ich habe nirgends eine Beschreibung gefunden, die beide Seiten gleich ernst nahm. Aber genau das war meine Absicht.«⁷

Alles, was bei diesem »nicht gerade bescheidenen Anspruch«⁸ herauskomme, so *Manfred Scharrer*, sei eine grobe Mißachtung der politischen Seite Rosas, eine völlige Ausblendung der Theoretikerin. Genüßlich listet er dann auf, was alles fehlt: die alte und neue Internationale, die Massenstreikdebatte, der Streit um das Selbstbestimmungsrecht der Nation, die Spaltung der Sozialdemokratie, die Gründung der KPD, die Junius-Broschüre, die Räte-debatte ... Kurzum, hier nimmt eine Frau die andere nicht ernst, und kolportiert wird das ewige, leidige »Bild des Frauchens, das unter schweren Bedingungen schöne Briefe schreibt«.⁹ Und selbst dieser privaten Rosa Luxemburg tue der Film Gewalt an, denn er führe sie weitgehend widerspruchsfrei vor. Im Vordergrund stünden ihre Beziehungen zu Vögeln, Blumen, zu ihrer Katze und zu Leo Jogiches. Diese bissig wertende Reihung ist nicht von mir, sondern *Manfred Scharrer* markiert hier noch einmal besonders seinen Unmut über die Degradierung der sozialdemokratischen Männer in diesem Film zu Witzfiguren. Außer Leo Jogiches, aber der wird auch nicht als polnischer Arbeiterführer gezeigt, sondern »nur als Mann und Liebhaber bzw. verflüssener Liebhaber«.¹⁰ Ich glaube, es ist dieses »nur«, was ihm den Film so verdirbt und jedes Einlassen auf die besondere Herangehensweise von Margarethe von Trotta verstellt. Oder ist es der gekränkte Historiker, der hier mit Quellen droht? Wohl auch. Schade, denn seine Bücher¹¹, in denen er viele der, in dem Film nicht auftauchenden, Punkte der Theoretikerin und Politikerin Luxemburg beackert, sind so gut, daß er sich diese Eingeschnaptheit sparen könnte.

Was ist Selbstbestimmung?

Erstaunlich und aufschlußreich ist, daß keine der beiden Rezensionen den Gedanken erwähnen, der in diesem Film wirklich zentral ist: Was ist Selbstbestimmung, im großen wie im kleinen? In ihrer Interpretation der verschiedenen Facetten der Persönlichkeit Rosa Luxemburgs schlägt Margarethe von Trotta vor, diesen Kampf um Selbstbestimmung als dominierendes Element ihres Lebens zu sehen. Diese konsequente Behauptung des Selbstbestimmungsrechtes gegen alle Widrigkeiten und in allen noch so freiheitsfeindlichen Situationen verbindet auch die private mit der politischen Frau.

Schon die erste Szene des Films zeigt genau so eine Situation. Es ist Winter und kalt, 1916, im Festungsgraben des Gefängnisses Wronke spaziert Rosa Luxemburg, begleitet von einem Raben. Sie ist sechsundvierzig und die ersten Boten des Alters zeigen sich in grauwerdenden Haaren. Ihre Gedanken sind bei einem Brief an Sonja Liebknecht und sie sagt:

»Sonjuscha, Sie sind verbittert über meine lange Haft und fragen: Wie kommt das, daß Menschen über andere Menschen entscheiden dürfen? Mein Liebling ..., ich mußte beim Lesen laut herauslachen. Mein Vögelein, die ganze Kulturgeschichte der Menschheit basiert auf der 'Entscheidung von Menschen über andere Menschen', was in den materiellen Lebensbedingungen tiefe Wurzeln hat. Erst eine weitere qualvolle Entwicklung vermag dies zu ändern. Und Sie fragen: Wozu das alles?«¹²

Ist denn bei allem politischen Freiheitsgerede und Emanzipationsgequassel wirklich nebenbei selbstverständlich geworden, daß Menschen nicht mehr Entscheidungen über andere Menschen treffen dürfen? Oder warum taucht dieser Gedanke überhaupt nicht — weder in positiver noch negativer Wertung — in den beiden Rezensionen der Männer auf? Ich zumindest war wie elektrisiert, als mir Margarethe von Trotta und Barbara Sukowa vorführten, mit welcher wuchtigen Konsequenz Rosa Luxemburg ihr Recht auf die Bestimmung über ihr Leben behauptete. Wer kann denn schon von sich sagen, daß er so unerpreßbar, so unbestechlich dieses persönliche wie gesellschaftliche Recht verteidigt? Aber das ist doch die Idee, die aller Aufklärung und aller Moderne zugrundeliegt, wieso kann dann ein Film, der diese Idee und den Kampf einer Frau mit dieser Idee zum zentralen Gegenstand hat, antiaufklärerisch sein?

Lieber blieb Rosa im Gefängnis, als daß sie dem Parteivorstand zu Dank verpflichtet sein wollte, Rücksicht nehmen mußte, weil er die Kautions für sie aufbrachte. Unbedingt wollte sie verhindern, daß jemand sie aus liebender Sorge oder persönlichem Desinteresse, egal, aber auf keinen Fall »von einem so wichtigen Augenblick unserer Geschichte« ausperert. »Ich bin nicht mehr die kleine Studentin«, hält sie dem großen Revolutionär Leo Jogiches entgegen, »die sich von Dir Vorschriften machen läßt. Das scheint du immer noch nicht zu begreifen.« Und erst nach der Verwirklichung und Klarstellung ihres Rechtes, an der Geschichte teilzunehmen wie er auch, kann sie auch lieben. »Und jetzt nimm mich in den Arm, ich habe solche Sehnsucht nach Dir gehabt.«¹³ Dies ist z.B. so ein Scharnier, das die politische und die private Frau verbindet. Selbstbestimmt will sie Politik machen und genauso selbstbestimmt will sie lieben. Das eine gegen das andere in sich ausspielen zu lassen, womöglich mit der Liebe um den Preis der Politik erpreßt zu werden, das ist bei ihr nicht drin. Auch die Gefahr von Humorlosigkeit und Rechthaberei, die in dieser Kompromißlosigkeit lauert, spricht der Film an.

Das erste Anzeichen dafür ist das Abblitzenlassen des Genossen Bernstein beim Silbersterball. Rosa will nicht mit ihm tanzen, und er hält ihr entgegen: »Das hier ist kein Parteitag, verehrte Genossin Luxemburg. Auf Festen hat man das Recht, sich zu amüsieren.« Sie kontert: »Ich kann mich nicht heute mit Ihnen amüsieren und morgen gegen Sie polemisieren.« Bebel weist sie anschließend darauf hin, daß Bernstein sich bei ihm über ihre Humorlosigkeit beklagen wird. Mit Recht, wie er meint, denn er nimmt die Rolle des Abgewiesenen an und fragt sie: »Mal sehen, wann Sie mich vom Tisch vertreiben.« Rosa bleibt nur noch zu sagen: »Ich vertreibe niemand, ich gehe von selbst.«¹⁴ Dieses Moment der Selbstisolation zieht sich durch den ganzen Film, über das Nicht-mehr-Betretene des Kautskyschen Hauses nach dem Zerwürfnis mit Karl, bis zur Entfremdung von ihrer besten Freundin Luise, kurz vor Rosas Tod, die ihr aber schon früher vorwarf: »Manchmal bist du sehr hart, Rosa.«¹⁵ Diese Selbstisolation ist genauso latent wie der Gedanke der Selbstbestimmung, einfach weil es die große Gefahr dieses höchst individuellen Lebensweges war. Warum *Manfred Scharrer* dies dem Film als Manko ankreidet, ja behauptet, davon sei im Film gar keine Rede, ist mir ein Rätsel.

Der Film ist deshalb sehenswert, weil er aus Rosa gerade keine Heilige macht, sie sehr wohl in ihren starken wie in ihren schwachen Seiten zeigt. Nicht nur auf die Ambivalenz von Selbstbestimmung und Einsamkeit weist er hin, ebenso spielt er mit der Zweiseitigkeit von Selbstbehauptung und Rechthaberei. Besonders deutlich wird dies in der Trennung von Leo Jogiches. Er verkörpert hier keineswegs *nur* die Rolle des ungetreuen Liebhabers. Man verfolgte den Ablauf der Szene genau: Es beginnt mit Plänkeleien, ein paar Eifersüchteleien. »Es ist doch angenehmer, von einer hübschen Genossin versteckt zu werden.«

Der Umschlag von Spaß in Schmerz erfolgt mit der für Rosa in jeder Hinsicht typischen Aufforderung: »Ich möchte nur die Wahrheit wissen, das ist alles.« Und nun schöpft sie den Verdacht, daß er sie nicht ernst nimmt und nie als konkretes Individuum ernst genommen hat. Denn er kann mit jeder Frau zusammen sein, die die zwei für ihn wichtigen Konstanten »Genossin« und »Arbeit« mitbringt. Sie fühlt sich betrogen, weil ihr klar wird, daß er nur eine Beziehung zu sich hatte. Auf seinen Einwand: »Aber ich bin Deinetwegen nach Berlin gekommen«, entgegnet sie: »Du bist nach Berlin gekommen, weil Du aus Polen raus mußt ... hier ist Deine Arbeit wirkungsvoller. Und für Deine Arbeit würdest Du jede Frau verlassen.«¹⁶ Es wurde über sie verfügt, und als Antwort darauf faßt sie einen Entschluß, der für sie wohl ebenso typisch ist wie die unerschrockene Suche nach Wahrheit. Sie will nicht mehr mit ihm zusammenleben. Bevor sie zum Opfer von Verhältnissen und Entscheidungen anderer wird, zwingt sie lieber sich und anderen ihre Entscheidungen auf. Und wenn ich *Manfred Scharrers* Abhandlungen über die Massenstreikdebatte richtig verstanden habe, so kristallisiert er genau diesen Zug ihrer Persönlichkeit auch in dem politischen Konflikt heraus.¹⁷ Es müßte ihm dann doch einleuchten, warum Margarethe von Trotta genau diesen Konflikt auch für ihren Film auswählte, um die Konstanz der politischen wie der privaten Rosa zu zeigen.

»Ganzheitlich«, aber nicht widerspruchsfrei

Margarethe von Trotta beweist mit ihrem Film, wie ich finde, schlüssig, daß es den Gegensatz der politischen und der privaten Rosa nicht gab. Vielmehr bestätigt sich hier eine feministische These: das Private ist politisch. Die in diesem Film vorgestellte Rosa verhält sich also, wenn man so will, »ganzheitlich«, aber nicht widerspruchsfrei, wie *Manfred Scharrer* ihrer Interpretin unterstellt. Erinnert sei an die Auseinandersetzung mit Leo, der sie darauf hinweist, daß sie nicht zugleich Mutter und Revolutionärin sein kann. Aus dem einfachen Grunde, weil ein Kind sie furchtsam mache. Daraufhin zerschlägt sie einen Spiegel. Das Symbol des zerstörten Spiegels ist doch wohl eines der ältesten Motive, mit dem in Kunst und Kultur auf die widersprüchliche Einheit des Ichs verwiesen wird. Aber um das zu sehen, lieber *Manfred Scharrer*, müßte man auch Bilder lesen können, nicht nur Bücher. Daß Margarethe von Trotta nur die Massenstreikdebatte in ihrem Film aufnimmt, Rosas weitere politische Konflikte nicht erwähnt, finde ich auch deshalb gelungen, da diese Wahl auf den zentralen Kernpunkt ihrer politischen und theoretischen Arbeit hinweist. Wie sollte es jemand, der so energisch um Selbstbestimmung stritt, ertragen, daß die Mehrheit der Menschen freiwillig zu ihrer Unterdrückung und Fremdbestimmung ja sagt?

Dennoch lebte Rosa mit all diesen Widersprüchen, nahm mehr Niederlagen hin, als Erfolge sie hätten stärken können. Sich wirklich durchgesetzt hat sie wohl nur bei ihrem *Goldenen*, Leo Jogiches verließ sie nicht mehr. Woher nahm sie also ihre Heiterkeit, ihre Stärke, auch ohnmächtig gemacht zu sagen: »So ist das Leben, und so muß man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd — trotz alledem.«¹⁸ Sie hatte offensichtlich das Vermögen — und das ist neben dem Kampf um das Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen wohl ihr schönstes Vermächtnis —, ganz unradikal, nämlich in Gleichgewichten zu leben. Das Leben hat nicht nur Trauriges zu bieten, sondern ebensoviel Schönes, immer und überall. Man muß nur lernen, diese Schätze zu finden. Dann hat nichts und niemand mehr Macht über einen. »Mein innerstes Ich«, schreibt sie aus dem Gefängnis, »gehört mehr meinen Kohlmeisen als den 'Genossen'.«¹⁹

Die Antworten des Films von Margarethe von Trotta auf die Frage, wer war diese Frau,

sind entschieden reichhaltiger als die beiden Rezensionen von *Manfred Scharrer* und *Kraft Wetzels* ihm zugestehen mögen. Aber das hat wohl mehr mit ihren Traumvorstellungen weiblicher Emanzipation zu tun, als mit der wirklichen Rosa Luxemburg. Der eine will Rosa als den Typ, den sich viele Männer unter einer emanzipierten Frau vorstellen: die einsame, starke Heilige. Beim anderen soll Rosa ein ebenso häufig von Männern gepriesenes Modell weiblicher Selbstverwirklichung verkörpern: die bücherschreibende, »inhaltlich« starke Intellektuelle. Wäre sie diese oder jene allseitig reduzierte Persönlichkeit gewesen, so hätte sie sich kaum ihre Lebensfreude, ihre Ruhe und vor allem ihre Heiterkeit bewahren können. Daß sie es konnte, ist eine viel größere Leistung, als das, was so mancher Mann sich vorstellen kann und ihr darum nur zugestehen will. »Sie hat so gar nichts Verbittertes«, meinte Margarethe von Trotta als abschließende Einschätzung, »nichts Resigniertes. Kein Selbstmitleid.« Und Barbara Sukowa bestätigt: »Nichts Ungelebtes. Ich glaube, das, was bitter macht, ist das Ungelebte. Und sie hat versucht, was sie konnte. Auch wenn sie manche Sachen nicht so leben konnte, wie sie wollte, zum Beispiel ihr Kind oder ihre Liebe, das konnte sie nicht leben.«²⁰

Anmerkungen

- 1 Emile Vandervelde zum Internationalen Sozialistenkongreß in Zürich 1893. In: Margarethe von Trotta, Christiane Ensslin: Rosa Luxemburg. Das Buch zum Film. Nördlingen 1986, S.141. — Dieses Buch ist sehr zu empfehlen, es enthält in seinem ersten Teil genaue Nachzeichnungen der einzelnen Filmsequenzen, mit allen Dialogen und den schönsten und wichtigsten Bildern. Im zweiten Teil ist ein Gespräch zwischen Barbara Sukowa, Margarethe von Trotta und Christiane Ensslin über die Entstehung des Films dokumentiert, ebenso eine von Christiane Ensslin erstellte Dokumentation über das Leben Rosa Luxemburgs mit einer sehr ausführlichen Zeittafel, vielen Dokumenten wie Briefen, Berichten und Bildern. Außerdem eine umfangreiche Bibliographie. Verlegt ist es vom Franz-Grenö-Verlag (239 S., 29,90 DM).
- 2 Vorwärts, Nr. 14, 5.4.1986, S.42.
- 3 Kraft Wetzels: Ein Mensch, eine Frau von ungeheurer Leuchtkraft. In: Vorwärts, 5.4.86, S.40.
- 4 Ebd., S.41.
- 5 Rosa Luxemburg: Brief an Luise und Karl Kautsky. In: Trotta, Ensslin: Rosa Luxemburg, a.a.O., S.155.
- 6 Manfred Scharrer: Das schwarze Wasser vom Landwehrkanal. In: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Nr. 5/86, S.417.
- 7 Vorwärts, 5.4.86.
- 8 Manfred Scharrer, a.a.O., S.414.
- 9 Ebd., S.416.
- 10 Ebd., S.414; Hervorhebung von der Verfasserin.
- 11 Manfred Scharrer: Arbeiterbewegung im Obrigkeitsstaat. Berlin/West 1976; ders.: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1983.
- 12 Trotta, Ensslin: Rosa Luxemburg, a.a.O., S.12.
- 13 Ebd., S.19.
- 14 Ebd., S.29f.
- 15 Ebd., S.57.
- 16 Ebd., S.45f.
- 17 Manfred Scharrer: Arbeiterbewegung im Obrigkeitsstaat, a.a.O., S.90f.
- 18 Trotta, Ensslin: Rosa Luxemburg, a.a.O., S.85.
- 19 Ebd., S.77.
- 20 Ebd., S.119.

Arno Klönne

Thesen zur »neuen Geschichtsbewegung«*

I

Die »neue Geschichtsbewegung« ist durch drei Motive gekennzeichnet, die allesamt produktive politische Möglichkeiten enthalten: Es gibt ein gesteigertes Interesse an einer »Spurensuche«, die sich auf Herkunftste der eigenen politischen Identität bezieht — im Feld der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften also: Vergewisserung der Geschichte von Arbeiterbewegung; diese »Spurensuche« gilt nicht so sehr den »Haupt- und Staatsaktionen«, sondern vor allem der Geschichte »unten«, den Entwicklungen »vor Ort«, der Alltagsgeschichte; betrieben wird diese »Spurensuche« nicht allein von professionellen Historikern, sondern auch von sogenannten Laien, von Menschen also, die das Entdecken von Geschichte nicht dem relativ kleinen Kreis von Fachleuten überlassen wollen. In alledem steckt die Chance eines Zugewinns an historischem, auf Emanzipation gerichtetem, Lernprozesse für heute anregendem Bewußtsein.

II

Es stecken aber in der »neuen Geschichtsbewegung« auch Risiken: Die Hinwendung zur Geschichte kann ganz allgemein, wie wir wissen, nostalgischen Charakter haben. Nun muß Nostalgie nichts Negatives sein, im Kontext einer politischen Bewegung kann sie aber Abwendung von der meist mühsamen, oft als langweilig erscheinenden und meist nicht eben heroischen Praxis der Gegenwart bedeuten. Der Blick auf scheinbar oder tatsächlich revolutionäre Vergangenheit kann dann einen schlechten Ersatz für mangelnde politische Entschiedenheit heute bedeuten; der Blick auf die vermeintliche oder tatsächliche Eindeutigkeit historischer Konfliktlagen und Positionen kann kompensatorisch wirken und mit der vielbeklagten »neuen Unübersichtlichkeit« heute gewissermaßen aussöhnen; abgelenkt wird damit von der Notwendigkeit, Probleme der Gegenwart analytisch schärfer und politisch konsequenter anzugehen.

III

Die »neue Geschichtsbewegung« kann in einen »neuen Historismus« umschlagen, der nicht mehr darum bemüht ist, historische Prozesse auf ihre Gründe und Ergebnisse hin kritisch zu sichten und daraus wertende politische Schlüsse zu ziehen, sondern dazu neigt, alles Historische zu akzeptieren, eben weil es ja historisch ist. »Neuer Historismus« dieser Art, nun alltagsgeschichtlich oder lokalgeschichtlich gewendet, findet sich auch in linken Varianten, wird zur Beliebigkeit des Umgangs mit Vergangenheiten, zur Raritätssuche oder zum Archivalismus, wobei es gleichgültig ist, ob und warum bestimmte politische Entscheidungen sich durchsetzten und welche Folgen sie hatten — wenn nur »Authentisches« berichtet werden kann. Das modische Konzept der »Unübersichtlichkeit« wird dann in die Geschichte zurückgedacht; zwar werden historische »Lebenswelten« oder »Betroffenheiten« ausfindig gemacht, aber es wird auf die gedankliche Anstrengung verzichtet, gesellschaftsgeschichtliche Bestimmungsfaktoren, ökonomisch-soziale Struktureffekte und politische Entscheidungsergebnisse zu identifizieren und Urteilsbildung zu versuchen.

* Vorgelegt zur SPD-Geschichtstagung »Spuren im Alltag suchen — Geschichte in der politischen Praxis« (siehe auch den Bericht in diesem Heft).

IV

Das berechnete Abstandnehmen von politisch-wissenschaftlichen Zugriffen, die der Erfahrung von Geschichte ein gesellschafts-physikalisches »System« überstülpen, die also historische Entwicklungen nur vorgeblichen »Gesetzmäßigkeiten« zuordnen, kann in einen Theorieverzicht umschlagen, der eine andere Seite von Denkbeschränkung darstellt.

Wer vergangene Hoffnungen und Leiden, Glückserfahrungen und Unterdrückungen von Menschen, Erfolge und Niederlagen sozialer Bewegungen ernst nimmt, der kann nicht umhin, nach Gründen dafür zu suchen, mithin: Theorie zu bilden. Die Hinwendung zur überschaubaren, kleinräumigen, lokalisierbaren Geschichte enthält das Risiko, sich der schwierigen Analyse des historisch-gesellschaftlichen Makrokosmos durch die gedankliche Flucht in die »kleine Einheit« zu entziehen. Nur zu leicht entsteht dabei ein Kult der Unmittelbarkeit, mitunter auch eine Vortäuschung »ungebrochenen Lebens«, das aber auch der historischen Realität vor Ort nicht innewohnt, und auf dem Umweg über eine »alternative Geschichtsbewegung« wäre so jenes idyllisch-falsche Bild »einfacher« und »anheimelnder« historischer Sozialverhältnisses restauriert, das die traditionelle Volkskunde zu weiten Teilen und mit entpolitisierender Wirkung ausgemalt hat. Auch die von links her motivierte Beschäftigung mit historischem »sozialem Protest« kann ins Leere führen, wenn sie die Frage nach den Bedingungen für Erfolg oder Mißerfolg damaligen Aufbegehrens beiseiteläßt oder sich mit romantisierenden Imaginationen historischer Radikalität über die Schwierigkeiten einer so wenig radikal erscheinenden gesellschaftlichen Opposition in der Gegenwart hinwegtröstet.

V

Erinnerung an den historischen Protest vermag den Protest heute nicht zu ersetzen. Die »Spurensuche« hat ihren politischen Sinn nur dann, wenn versucht wird, aus der Geschichte zu lernen. Eine »neue Geschichtsbewegung« hat demokratisierende Wirkungen nur dann, wenn Vergewisserung historischer Erfahrungen einbezogen ist in eine politische Praxis, die heute Geschichte macht. Menschen machen bekanntlich ihre Geschichte unter Bedingungen, die sie vorfinden, und deshalb ist es vernünftig, sich zu vergewissern, wie es denn zu diesen vorfindbaren Verhältnissen gekommen ist. Soziale Bewegungen existieren nicht ohne Traditionen, und deshalb ist es sinnvoll, solche Traditionen kritisch bewußt zu machen. Die Kenntnis von Geschichte kann Urteilsbildung heute anregen, korrigieren, gründlicher machen. Aber politische Identität läßt sich nicht der Geschichte entleihen; Identität bildet sich über das eigene Handeln hier und heute.

Eckard Holler

Die Geschichte des Club Voltaire Tübingen 1970-1986

Von der antiautoritären und sozialistischen Jugendarbeit zur alternativen Kulturpolitik

1. *Praktische und theoretische Anregungen für eine neue Kulturpolitik*

Überregional bekannt geworden ist der Club Voltaire Tübingen durch das von ihm seit 1975 alljährlich veranstaltete Folk- und Liedermacherfestival, das mit jeweils rund 10000 Besuchern drei Tage lang die gesamte Innenstadt Tübingens in eine Freiluftarena verwandelt und einen lebendigen Eindruck von dem vermittelt, was Gramsci unter *kultureller Hegemonie* verstanden haben mag. Denn im Gegensatz zu den meisten anderen Open-Air-Festivals zeichnen sich die Tübinger Festivals dadurch aus, daß sie jeweils unter einem politischen Thema stehen und auf die Bezüge hinweisen, die zwischen den künstlerischen Darbietungen und den sozialen und politischen Bedingungen ihrer Entstehung vorhanden sind. So wird in Tübingen z.B. ein Musiker wie Abdullah Ibrahim/Dollar Brand nicht nur als Jazzmusiker vorgestellt, sondern auch als Südafrikaner, der im Exil lebt und gegen die Apartheid kämpft, und sein Auftritt wird bewußt als Höhepunkt eines Konzertes auf dem Marktplatz Tübingen geplant, das im Rahmen eines Afrika-Festivals stattfindet und sich gegen die Apartheid in Südafrika richtet.

Die verschiedenen Themen des Tübinger Festivals seit 1975 wurden so entwickelt, daß sie facettenartig jeweils einen der verschiedenen Aspekte unserer zeitgenössischen »Kultur von unten« herausarbeiten. Mit Themen wie »Heimat und internationale Solidarität« (1986), »Das andere Amerika« (1985), »Für die Geschwister Scholl und ihre Freunde« (1984), »Für Afrika — gegen Apartheid und Rassismus« (1983), »Für den Frieden« (1982), »Für Nicaragua« (1981), »Grüne Blätter am Freiheitsbaum« (1980), »Hanns Eisler und die zweite Kultur heute« (1979) usw. wurde über die Jahre hinweg ein kultureller und politischer Bildungsprozeß angeregt, der unter Einbeziehung eines Massenpublikums vor sich ging und die Erarbeitung einer widerständigen Gegenwartskultur zum Ziel hatte.

Die Ansätze zu einer alternativen Kulturtheorie und Ästhetik, die sich aus der praktischen Kulturarbeit entwickeln lassen, führten einerseits zu einem wachsenden Interesse von Kulturwissenschaftlern und Kulturpolitikern, das sich in der Verleihung des Kulturpreises der Kulturpolitischen Gesellschaft im Jahr 1985, in der Einladung zu einem Landtagshearing über »Kulturelle Vielfalt in Baden-Württemberg« und in der engen Zusammenarbeit mit der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren und der Sektion Soziokultur des Deutschen Kulturrates ausdrückte. Andererseits erregte der Club Voltaire auch die Aufmerksamkeit einer Reihe von CDU-Politikern, denen der Widerstand der Geschwister Scholl gegen Hitler genauso suspekt ist wie die Friedensbewegung bei uns und in den USA und die es für nötig hielten, ihre Parteifreunde in geheimen Dossiers vor den »kommunistischen« und »staatsfeindlichen« Bestrebungen zu warnen, die hier verfolgt würden.

2. *Die Entstehung des Club Voltaire in Tübingen*

Die Anfänge waren — rein äußerlich — bescheiden: In einer verfallenen Hufschmiede in der Altstadt Tübingens richteten einige sich als »progressiv« verstehende Mitglieder des

Bundes Deutscher Pfadfinder (BDP) im Winter 1969/70 einen Jugendclub ein, der am 20. März 1970 bei seiner Eröffnung den Namen *Club Voltaire* bekam. Die Tübinger Pfadfinderleitung um Herbert Swoboda war von den Theorien der antiautoritären Pädagogik angetan und wollte ihre bisherige Arbeit auf dieses neue Konzept umstellen. Mit einem offenen Jugendclub sollten neue Mitglieder gewonnen werden. Eckard Holler, der aus der freien bündischen Jugendarbeit kam und in Karlsruhe die Entwicklung vom Baslertorturm als Heim der »Deutschen Jungenschaft e.V.« zum »antiautoritären Jugendheim Roter Turm« mitvollzogen hatte, wollte in Tübingen ein sozialistisches Jugendzentrum gründen und zog mit drei Vietnamfilmen durch die Stadt, um Mitstreiter für dieses Projekt zu finden. Er hatte auch Verbindungen zum Republikanischen Club (RC) hergestellt und das Hinterzimmer des RC als Gruppenraum zur Verfügung gestellt bekommen. Der RC hatte seine beste Zeit bereits hinter sich und mußte noch im selben Jahr einer Boutique weichen, und sein Hinterzimmer, in dem das Projekt Sozialistisches Jugendzentrum saß, wurde zur Küche einer neuen Studentenkeipe umgebaut.

Eckhard Holler war ursprünglich wegen Ernst Bloch nach Tübingen gekommen, war von dessen Hoffnungsphilosophie fasziniert und wollte etwas Praktisches tun, um wenigstens ein Stück davon zu verwirklichen. Für ihn hatte die Begegnung von Rudi Dutschke mit Ernst Bloch 1968 eine symbolische Bedeutung gehabt: Blochs philosophischer Glaube von der »Invariante der Richtung«, die beim Einsatz für die Menschlichkeit zu verfolgen sei, war auf Rudi Dutschkes Strategie vom »langen Marsch durch die Institutionen« bei gleichzeitigem Aufbau einer »Gegengesellschaft« gestoßen und hatte sich in der Freundschaft der beiden zu einem politischen Programm vereinigt. So läßt sich sagen, daß — ungeachtet der bescheidenen äußeren Bedingungen in den Köpfen der 15 bis 20 jungen Leute, die im Frühjahr 1970 den Tübinger *Club Voltaire* eröffneten, manches gährte, was dem Außenstehenden gänzlich unrealistisch scheinen mochte, zumal die Zeit und die örtlichen Gegebenheiten dafür alles andere als günstig waren: der SDS hatte sich gerade in viele sich gegenseitig bekämpfende Fraktionen aufgelöst, der ASTA in Tübingen wurde von der ML-Fraktion übernommen, die den *Club Voltaire* gleich als »bürgerlich« einstuft und ablehnte (damalige Aussage von Jürgen Treude, dem späteren Tübinger Jugendreferenten und damaligen ML-Chef: »Jugend ist ein bürgerlicher Begriff!«). Auch die Bevölkerung und nicht zuletzt die Stadtverwaltung standen den neuen Ideen ablehnend, wenn nicht sogar feindselig gegenüber.

Das kleine Häuschen in der Haaggasse 26b in Tübingen, in dem der *Club Voltaire* untergebracht war, war in einem desolaten Zustand: ohne Toilette, mit defekten Ölöfen, einer zu schwachen Stromleitung, einem durchgefallenen Fußboden und einem regendurchlässigen Dach. Die Startbedingungen waren denkbar schlecht, und bald begann man, sich wegen der richtigen politischen Linie erbittert zu bekämpfen.

3. Die SDAJ-Phase bis 1974

Die ersten Jahre des neugegründeten Clubs waren in sich widersprüchlich und lassen sich von heute aus am ehesten als eine Phase des Experimentierens mit den unterschiedlichen, auch gegensätzlichen Möglichkeiten einer derartigen Einrichtung beschreiben, die erst durch das Einschwenken auf die Folk- und Liedermacherbewegung ab 1974 beendet wurde.

Die Frage, die im Club interessierte, war zum einen, wo sind die Leute und die politischen Gruppen, die die Ideen der 68er Zeit fortführen wollen, und zum anderen, wie läßt

sich eine solcher Betrieb längerfristig finanzieren? Nachdem die damals tonangebenden ML-Gruppen das Projekt *Club Voltaire* ablehnten, folgte fast zwangsläufig eine Annäherung an die neugegründete SDAJ, die sich auf die Traditionen der Arbeiterjugendbewegung und die Grundsätze der sozialistischen Pädagogik berief und mit dem Anspruch gestartet war, ein großer, unabhängiger Jugendverband zu werden.

Zum Schrecken vieler, die die Gründung des *Club Voltaire* als »kleineren Bruder« des Republikanischen Clubs anfangs mit Wohlwollen betrachtet hatten, gewann die SDAJ im *Club Voltarie* die Oberhand, die Jusos und die »undogmatischen« Linken zogen sich schmolend zurück. Während dem Club dadurch viel Sympathie und Unterstützung verlorenging, bekam er auf der anderen Seite Kontakt zur Gewerkschaftsjugend, zum VK, zum Werkkreis Literatur der Arbeitswelt und auch zur Generation der alten Kommunisten, die das »Dritte Reich« im Gefängnis und im KZ überlebt hatten. Diese »kommunistische« Phase der Clubgeschichte gilt heute im allgemeinen als ein »Faux pas«, was wohl damit zusammenhängt, daß die SDAJ die in sie gesetzten Erwartungen nicht zu erfüllen vermochte und schon eine bloße Nähe zur SDAJ (oder gar DKP) zu Berufsverbot und gesellschaftlicher Ächtung führt. Von dieser Phase ist im *Club Voltaire* nichts geblieben als die vergilbten Exemplare einer Lehrlingszeitung, in denen die Mißstände in Tübinger Betrieben bei der Lehrlingsausbildung angeprangert wurden.

4. Kursänderung in Richtung auf ein soziokulturelles Zentrum

Für die notwendige Kursänderung war das Jahr 1973 entscheidend: Erstmals waren Kontakte zu anderen politisch-kulturellen Clubs in anderen Städten wie zum Club Alpha in Schwäbisch Hall, Club Manufaktur in Schorndorf, Club Bastion in Kirchheim, Zelle Reutlingen u.a. aufgenommen worden, die auf der Basis von Konzerten mit Liedermachern, Folk- und Jazzgruppen, Filmen, Arbeitsgruppen und politischen Diskussionen ein fortlaufendes Programm entwickelten, das — von anderen Organisationen unabhängig — auf der juristischen Grundlage eines eingetragenen Vereins organisiert wurde. Die Kursänderung wurde auch von Bernhard Lassahn vorangetrieben, der 1973 als Student von Marburg nach Tübingen wechselte und seine Kenntnisse als Musiker und Literat und als Mitarbeiter des Folkclubs Marburg mitbrachte. Nach der entscheidenden Sitzung im Sommer 1974, bei der sich die SDAJ aus dem Club zurückzog und die Wendung zur Folkszene beschlossen wurde, schrieb die örtliche Tageszeitung zwar etwas wehmütig, »Club Voltaire entschärft — Rückzug in Kultur-Gefilde«, jedoch war damit der entscheidende Schritt in die Unabhängigkeit getan, der einerseits eine Orientierung an den neuen sozialen Bewegungen ermöglichte und andererseits eine Breitenwirkung zur Folge hatte, von der die Clubmacher bisher nur geträumt hatten. Der Club Voltaire Tübingen wurde Teil einer kulturellen Bewegung, aus der heraus 1971 in Hamburg die *Fabrik* als erstes soziokulturelles Zentrum in der Bundesrepublik entstanden war, dem binnen kürzester Zeit ähnliche Einrichtungen in allen größeren Städten der Bundesrepublik folgen sollten.

In Tübingen setzte man fortan auf Folkmusik und junge deutsche Liedermacher, organisierte Treffen und Tagungen auf diesem Sektor und fuhr zu den ersten Folkfestivals der 70er Jahre in Ludwigshafen, Erlangen und Ingelheim, veranstaltete pro Woche selbst drei bis vier Konzerte im kleinen Clubraum in der Haaggasse und auch schon einmal ein Großkonzert. Im Elan der neu entdeckten Möglichkeiten wurde für 1975 das erste Tübinger Folk- und Liedermacherfestival im Schloßhof Hohentübingen geplant, mit dem der Durchbruch der neuen »alternativen« Kulturarbeit an die Öffentlichkeit so gut gelang,

daß die Veranstaltung des »Tübinger Festivals« zur jährlichen Tradition und zu einem wesentlichen Inhalt der Arbeit des Club Voltaire Tübingen bis heute wurde.

5. Die Stellung des Club Voltaire in der Kulturpolitik

Sehr früh schon wurden vom Club Voltaire Versuche unternommen, von der Stadt Tübingen Zuschüsse für die Arbeit zu bekommen: 1971 wurden für den Einbau einer Toilette — es war gerade Kommunalwahlkampf — tatsächlich einmal 750 DM bewilligt. Das erste Tübinger Festival 1975 wurde mit 300 DM »gefördert«, weil der Oberbürgermeister meinte, der Club Voltaire solle auch nicht schlechter gestellt werden als jeder andere Kulturverein, der ein Konzert veranstaltet. Erst mit den Festivals und den großen Besucherzahlen bei den von der Presse stark beachteten Ereignissen — das Gedächtniskonzert für Victor Jara beim vierten Festival von 1978 war mit 9000 Besuchern das größte Publikumsereignis, an das man sich in Tübingen überhaupt erinnerte — änderte sich die Situation: Selbst die konservative Gemeinderatsmehrheit aus CDU und freien Wählern zeigte sich beeindruckt und beschloß einen Zuschuß von 38000 DM, wobei dieser Betrag völlig willkürlich zustandekam (beantragt und begründet worden waren 89000 DM). Der gewährte Zuschuß stand in keinerlei Verhältnis zu den Gesamtkosten des Festivals oder dem Gesamthaushaltsvolumen des Club Voltaire von ca. einer halben Million DM pro Jahr. Bis auf den heutigen Tag war eine Förderung, die sich prozentual am finanziellen Gesamtbedarf der Einrichtung orientiert, nicht durchzusetzen. Nachdem sich bei den Gemeinderatswahlen von 1984 die konservative zu einer grün-roten Mehrheit verschoben hatte, wurde der jährliche Zuschuß zwar von 50000 auf 100000 DM erhöht, doch macht er immer noch weniger als 20% der Gesamtkosten der Arbeit aus, die für 1984 insgesamt 650000 DM betragen. Auch ein größeres Gebäude, das seit 1976 für den Club Voltaire gefordert wird, war bislang nicht durchzusetzen. 1981 wurde einmal von der Stadt ein grundsätzlich geeignetes Gebäude angeboten, allerdings unter der Bedingung, daß zunächst 1 Million DM für die notwendigen Umbaumaßnahmen aufzubringen seien und das Gebäude danach regulär gemietet werden müsse. Bei den Verhandlungen betonte die Stadt Tübingen, daß sie selbst keinen Pfennig beizusteuern gedenke.

Trotz den seit 1984 veränderten Mehrheitsverhältnissen hat auch der Zusammenschluß von rund 20 Tübinger Kulturinitiativen aus dem alternativen Spektrum, bei dem der Club Voltaire mitarbeitet, mit seiner Forderung nach einem soziokulturellen Zentrum bisher keinen Fortschritt gemacht. Vorgezogen werden statt dessen andere Projekte wie der Bau eines Heimatmuseums oder der Umbau einer Turnhalle zu einer Vereinshalle. Daß das Projekt eines soziokulturellen Zentrums in Tübingen nicht vorankommt, hängt damit zusammen, daß die SPD in dieser Frage gespalten ist. Der fortschrittliche Flügel, der zusammen mit der AL dem Projekt zustimmt, ist zu schwach, um sich gegen den konservativen Flügel, der mit der CDU und den freien Wählern dagegen votiert, durchzusetzen. Daß unsere Probleme kein Einzelfall sind, wird deutlich, wirft man einen Blick auf Freiburg, wo sich eine Gemeinderatsmehrheit von 26 Stimmen von SPD, FDP, Grünen und Friedensliste gegen 23 Stimmen von CDU, freien Wählern und Oberbürgermeister Böhme (SPD) zur Bewilligung eines Ausbauschusses von 3 Millionen DM für ein alternatives Kulturzentrum in einer alten Gießereihalle erst gefunden hat, nachdem der Gemeinderat beschlossen hatte, 79 Millionen DM für den Bau einer Kultur- und Tagungsstätte auszugeben. Dagegen hatten allein die Grünen gestimmt.

Dokumentation

Kulturteil des Entwurfs für ein neues SPD-Grundsatzprogramm

Vorbemerkung

Im Juni dieses Jahres veröffentlichte eine vom Essener Parteitag 1984 eingesetzte Kommission ihren Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD. Dieses Programm soll nach einer längeren Diskussion, die im Anschluß an die Bundestagswahlen in den Parteigliederungen beginnen soll, auf einem Parteitag im Jahre 1988 verabschiedet werden. Damit würde das nunmehr fast 30jährige »Godesberger Programm« von 1959 abgelöst werden. Wir dokumentieren aus diesem sogenannten »Irseer Entwurf« den Teil XII »Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft«, um die Möglichkeit zu geben, die kritischen Anmerkungen von Diether Dehm in diesem Heft anhand der Quelle zu beurteilen.

Die Redaktion

XII. Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft

Das Godesberger Programm wies über den Sozialstaat hinaus auf den Kulturstaat.

Kultur besteht für Sozialdemokraten nicht in der Pflege des Wahren, Schönen und Guten durch eine kleine Schicht. Kultur darf nicht Besitz einer Elite sein, sie muß alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen.

Kultur erweist sich daher im Alltag, im Verhältnis von Menschen zueinander, zur Natur, zu den Gegenständen des täglichen Gebrauchs, zu Wohnung, Kleidung, Ernährung, zu Arbeit und Erholung. Kultur manifestiert sich im Umgang mit Dingen, Pflanzen, Tieren vor allem aber im Umgang von Menschen mit Menschen. Daher ist für uns der Sozialstaat eine bedeutende Kulturleistung.

Die Kultur einer Gesellschaft war in der Geschichte häufig Resultat ökonomischer Prozesse oder Ausdruck ökonomischer Macht. Auch die Form von Informationsgesellschaft, wie sie von Konservativen propagiert wird, wäre geprägt durch die Gewinninteressen derer, die neue Medien und Informationssysteme einrichten, beherrschen, vermarkten und zum Ausbau ihrer Macht nutzen, während menschliche Bedürfnisse und Fähigkeiten sich in den Medienbetrieb einpassen oder verkümmern müßten.

Wir wollen keine von ökonomischen Interessen manipulierte Kultur, sondern eine Wirtschaft, die sich als Teil einer Kulturgesellschaft versteht und verhält. Dabei werden wir auf heftigen und mächtigen Widerstand stoßen, den wir nur überwinden können, wenn wir alle Bürgerinnen und Bürger auf unserer Seite wissen, die von einem solchen Kulturverständnis höhere Lebensqualität erhoffen.

Wenn Kultur sich im Umgang von Menschen mit Menschen erweist, muß sich Kulturgesellschaft zuerst bewähren in der Art, wie sie sich denen zuwendet, die sich nicht selbst helfen können: Kindern, Alten, Kranken, Behinderten, Verfolgten. Eine solidarische Kulturgesellschaft nimmt sich der Schwachen nicht nur an, weil sie es ihnen, sondern weil sie es sich selbst schuldig ist.

Kultur muß sich auch im Verhältnis zur Natur bewähren durch behutsame Pflege, die auf Eigengesetzlichkeiten Rücksicht nimmt. Dies beginnt bei der Agrikultur. Lebensfähige, intakte Natur wird auf einer dicht bevölkerten, industrialisierten Erde immer mehr zur lebenswichtigen Kulturleistung.

Kultur ist auch Ergebnis menschlicher Arbeit. Die Qualität der Arbeit ist zugleich Zei-

chen und Bestandteil von Kultur. Auch wenn Mühe und Selbstdisziplin immer zur Arbeit gehören werden, muß Arbeit als sinnvoll erfahrbar sein. Arbeit muß möglichst viele menschliche Fähigkeiten fördern und bilden, auch die Fähigkeit zur Entscheidung über die eigene Arbeit. Daher gehören vielfältige Formen von Mitbestimmung für uns zu einer Kultur der Arbeit.

Industrie und Kultur sind für uns keine Gegensätze. Sie lassen sich verbinden in einer industriellen Kultur. Fabriken brauchen so wenig häßlich zu sein wie Massenartikel. Höhere Produktivität muß nicht durch Zerstückelung und Entleerung von Arbeit erkauft werden.

Unsere Kultur ist bestimmt durch Wissenschaft und Technik, gegründet auf deren Leistungen. Ausstieg aus Wissenschaft und Technik wäre Zerstörung unserer Kultur. Unterschiedliche, auch konkurrierende wissenschaftliche Ansätze und Methoden beleben und bereichern die wissenschaftliche Kultur. Sie sind Ausdruck der Freiheit von Wissenschaft und verhindern, daß Teilwahrheiten absolut gesetzt werden. Weder der einzelne Wissenschaftler noch die einzelne Wissenschaft ist freigestellt von der Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Arbeit.

Menschengerechte Gestaltung von Technik ist eine kulturelle Aufgabe ersten Ranges und zielt auf eine Kultur der Technik.

Da die Erwerbsarbeit immer weniger Zeit erfordert, ist eine Kultur der Eigenarbeit nötig, die auch der Ausbeutung durch Unterhaltungs- und Freizeitindustrie entgegenwirkt. Eigenarbeit in Haus, Garten und Umwelt, aber auch soziales Engagement in der Nachbarschaft können Werte schaffen, vor allem aber menschliche Fähigkeiten und Neigungen zur Entfaltung bringen, die in der Erwerbsarbeit verkümmern oder nicht gefragt sind.

Sport kommt dem Bedürfnis nach Bewegung, Spiel und Wettkampf entgegen und bildet vor allem in jungen Menschen den Sinn für Fairness und Teamarbeit. Deshalb hat der Breitensport Vorrang vor Spitzensport. Und deshalb wollen wir auch nicht zulassen, daß Sport zum Spektakel oder zum Anlaß für Gewalttätigkeiten verkommt.

Fördern wollen wir eine Kultur des Wohnens. Wohnung soll nicht nur ein Dach über dem Kopf bieten. Sie soll ein Ort sein, an dem Menschen gesellig und gleichzeitig geborgen sein können. Städtebau ist eine herausragende Leistung aller Hochkulturen. Das Gemeinwesen Stadt war immer zugleich Wohnstatt, Arbeitsfeld, Markt und Ort der Begegnung. Wo Innenstädte entleert werden, wo jedes Gespräch im Lärm untergeht, kann städtische Kultur nicht gedeihen.

Wir wollen, daß sich in den Gemeinden eine kommunale Kultur, eine Kultur der Geselligkeit, des Feierns und der Besinnung erhält oder herausbildet.

Kultur wurzelt auch im Religiösen. Wo religiöses Erbe neu lebendig gemacht wird, entstehen ethische, soziale und künstlerische Impulse, die eine Kulturgesellschaft bereichern können. Toleranz und Dialog zwischen unterschiedlichen Glaubenshaltungen, die Spannung zwischen Überzeugung und Zweifel bestimmen die Qualität unserer Kultur.

In der Sprache speichert sich menschliche Erfahrung, in ihr äußert sich geistige Differenzierung. Sprache kann aber auch abgenutzt werden und zu Klischees erstarren. Bewußte Manipulation kann ihren Sinn verfälschen. Werbung kann Sprache verbrauchen, Worthülsen benutzen und wegwerfen. Wo Sprache nicht mehr Wirklichkeit benennt, sondern nur noch an Ressentiment und Vorurteil appelliert, wo sie bewußt zur Waffe der Diskriminierung gemacht wird, gerät auch die Demokratie in Gefahr.

Daher bedarf die Sprache ständiger Erneuerung. Sprache erneuert sich, wo die literarische Bewältigung neuer Wirklichkeit gelingt, wo lebendig gebliebene Dialekte ihre bildhaf-

te Anschaulichkeit einbringen oder wo sich beim Erlernen fremder Sprachen die eigene neu erschließt.

Deutsche und europäische Kultur

Die Kultur eines Volkes ist Ausdruck gemeinsamer menschlicher Werte, die seinen Zusammenhalt ermöglichen. In diesem Sinn ist die deutsche Kultur vor mehr als tausend Jahren als Teil der gemeinsamen Kultur europäischer Völker entstanden und hat sich, bei allen nationalen Besonderheiten, als deren Teil entwickelt. Auswanderer haben die europäische Kultur auch nach Übersee, vor allem nach Amerika, getragen. Die nationalistische These von einer besonderen Rolle deutscher Kultur »zwischen angelsächsischem Materialismus und russischer Barbarei« war verhängnisvoll nicht nur für den Frieden in Europa, sondern für die deutsche Kultur. Diese Irrlehre aus dem 19. Jahrhundert, die im Nazismus ihren Höhepunkt erreichte, hat den Krieg, den sie heraufführen half, nicht überlebt. Seither entwickelt sich deutsche Kultur wieder als Teil der europäischen.

Heute ist die europäische Kultur durch die Übermacht mächtiger audio-visueller Medienkonzerne bedroht. Sie gefährden ihren Bestand, vor allem aber ihre Fähigkeit zur Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Wir fühlen uns europäischer Kultur verpflichtet und wollen sie schützen.

Europa ist unverwechselbar geprägt durch seine vielsprachige, regional unterscheidbare und doch gemeinsame Kultur. Wir wollen dazu beitragen, daß sie sich weiter entfalten kann. Sie ist Teil einer Weltkultur; aber sie dient dieser Weltkultur nicht, indem sie sich in ihr auflöst, sondern indem sie ihre Traditionen und ihre Eigenarten in die Kultur der Weltgesellschaft einbringt.

Bildungsziele

Bildung vermittelt Kultur und ist selbst Ausdruck der Kultur einer Gesellschaft.

Bildung war für uns immer mehr als Qualifikation für den Beruf, Mittel zum Fortkommen. Sie hat auch da Eigenwert, wo unmittelbare Verwendung nicht möglich und vielleicht auch nicht gewollt ist.

Bildung ist auch mehr als Wissensvermittlung. Sie soll jungen Menschen helfen, sich in einer komplizierten, schwer durchschaubaren Gesellschaft zurechtzufinden, Technik sinnvoll zu gebrauchen, mit einem qualitativ sehr unterschiedlichen Überangebot von Unterhaltung und Information fertig zu werden und dabei eigene Kreativität zu entfalten. Sie soll jungen Menschen helfen, in einer hochtechnisierten Welt menschliche Grunderfahrungen zu bestehen und daran zu wachsen: Liebe und Zärtlichkeit, Freundschaft und Trennung, Krankheit und Tod.

Gefühle wie Vernunft, geistige wie praktische Fähigkeiten, bedürfen der Bildung. Sie soll für Lebendiges aufschließen: für Pflanze und Tier, Landschaft und Jahreszeiten. Sie soll jungen Menschen die geschichtliche Dimension ihrer Existenz erkennbar machen und ihnen helfen, ein kritisches Verhältnis zu sich selbst und ihrer Gesellschaft zu finden und sich anderen Kulturformen zu öffnen. Sie soll dazu befähigen, die von Erwerbsarbeit freie Zeit für Familienarbeit, Eigenarbeit, musische Betätigung, soziales Engagement oder politische Aktivität zu nutzen. Vor allem gehört zur Bildung auch Einübung in solidarisches Verhalten.

Alle diese Bildungsaufgaben gehen nicht auf Kosten der notwendigen Vorbereitung auf Arbeitswelt und Beruf. Im Gegenteil: In einer Arbeitswelt, in der Teamarbeit gefragt ist

und im Laufe eines Arbeitslebens sehr verschiedene Aufgaben zu bewältigen sind, wird sich beruflicher Erfolg um so eher einstellen, je weniger eng und einseitig Bildung sich darauf konzentriert.

Reform von Schule und Hochschule

In der Schule fallen Entscheidungen über die Zukunft der Gesellschaft. Schule spiegelt aber auch die Gesellschaft der Gegenwart wider. Weil Schule Zukunft gestaltet, hat sie für den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft eine Schlüsselrolle. Weil sie immer notwendig auch Spiegelbild von Gesellschaft ist, werden wir sie nicht überfordern.

In den letzten Jahrzehnten sind wir unserem Ziel einer bestmöglichen Bildung für alle näher gekommen. Wir haben den Zugang zu qualifizierter Bildung für Kinder aller Schichten geöffnet. Die Schulpflicht wurde verlängert. Mädchen und Frauen wurden in Bildung und Ausbildung einbezogen wie noch nie zuvor.

Inzwischen steht unser Bildungswesen vor neuen Herausforderungen. Konkurrenzdruck in der Arbeitswelt wirkt in das Bildungssystem hinein und bestimmt sein Klima: Wer keine qualifizierte Ausbildung hat, wird häufig aus dem Arbeitsleben ausgeschlossen, und vielen, die eine solche Ausbildung haben, bleibt der Zugang zum Beruf versperrt. Andererseits erleben immer mehr Menschen, daß ihr erlerntes Wissen nicht oder nicht mehr gebraucht wird. Alte Mechanismen der Auswahl spielen sich auf einem höheren Bildungsniveau wieder ein. Konservative Bildungspolitik macht sich solche Zwänge zunutze.

Daher muß auch im Bildungswesen der quantitativen Erweiterung der qualitative Ausbau folgen. Sozialdemokratische Bildungspolitik wollte immer fördern statt auslesen. Im Blick auf die neuen Aufgaben der Schule ist dies noch wichtiger geworden. Die dafür am besten geeignete Schulform ist die Gesamtschule. Gesamtschule will den verschiedensten Begabungen und Neigungen der Kinder und Jugendlichen nachgehen und sie differenziert fördern. Begabungsförderung und Gesamtschule sind keine Gegensätze. Gesamtschule ist auch am besten geeignet, der Chancengleichheit näherzukommen. Wir sind daher für die Einführung einer Gesamtschule, die eine Vielfalt der Bildungsangebote sichert.

Unser Ziel bleibt, im ganzen Bildungswesen gleiche Chancen herzustellen für Mädchen und Jungen ebenso wie für Kinder verschiedener sozialer Herkunft. Wir wollen Kinder, die durch körperliche oder geistige Behinderung benachteiligt sind, nicht ausgrenzen, sondern verstärkt in die Erziehungsgemeinschaft einbeziehen. Ausländische Kinder müssen vollwertige Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten erhalten, ohne daß sie den Kontakt zur Kultur ihres Herkunftslandes verlieren.

In der beruflichen Bildung müssen die beträchtlichen Qualitätsunterschiede abgebaut werden, weil sie zu ungleichen Berufschancen führen. Dazu ist es notwendig, die berufliche Grundbildung zu verbreitern. Das Berufsgrundbildungsjahr, ergänzt um die Ausbildung im dualen System, hat sich als der richtige Weg erwiesen.

In der allgemeinbildenden wie den Berufsschulen, aber auch in der Weiterbildung, wollen wir allgemeine und berufliche Bildung stärker verknüpfen.

Gegen die fortschreitende Bürokratisierung aller Bildungseinrichtungen und die übermäßige Reglementierung ihres Alltags setzen wir Dezentralisierung und mehr Mitbestimmung der Beteiligten. Die Schulen müssen zur Arbeitswelt, vor allem aber zu den Städten und Gemeinden hin geöffnet, in das kommunale Leben eingebunden werden. Mitbestimmung aller am Schulleben Beteiligten bekommt aber nur einen Sinn, wenn der Staat sich auf Rahmensecheidungen beschränkt, die durch Willensbildung vor Ort ausgefüllt wer-

den können. Ein menschliches Klima, in dem Kinder gerne lernen, kann nicht staatlich verordnet werden, aber es kann vor Ort wachsen.

Die Öffnung der Hochschulen ist bisher nur teilweise erreicht. Sie bleibt unser Ziel. Wissenschaftliche Ausbildung darf nicht wieder Privileg einer Minderheit werden. Der Zugang zu den Hochschulen aus der Berufspraxis muß erweitert werden.

In einer demokratischen Verfassung der Hochschulen müssen alle Gruppen wirksame Mitbestimmungsrechte erhalten. Erweiterte Handlungsspielräume für die Hochschulen sollen Eigeninitiative ermutigen, auch bei Reform und Neuentwicklung von Studiengängen.

In einer Gesellschaft, der es immer weniger gelingt, naturwissenschaftliche Erkenntnis und technische Innovation sozial und ethisch zu bewältigen, müssen Sozial- und Geisteswissenschaften gleichgewichtig mit den Naturwissenschaften entwickelt werden. Dazu ist in allen Wissenschaften der Nachwuchs kontinuierlich zu fördern, der Anteil der Frauen zu steigern.

Bildung ist, heute mehr denn je, ein lebenslanger Prozeß. Die Weiterbildung Erwachsener soll nicht nur berufliche Fähigkeiten erhalten und erweitern. Sie soll durch allgemeine und politische Bildung Menschen helfen, mit dem immer rascheren Wandel gesellschaftlicher Wirklichkeit zurechtzukommen und ihr Leben bewußt in die Hand zu nehmen.

Ein umfassendes öffentliches Angebot zur Weiterbildung ist vor allem Sache der kommunalen Volkshochschulen. Ihre Arbeit muß ergänzt werden durch die freien Träger der Erwachsenenbildung, zunehmend auch durch die Hochschulen. Bildungsurlaub muß in allen Bundesländern gesetzlich abgesichert werden, damit alle Arbeitnehmer Angebote zur Weiterbildung nutzen können.

Medienfreiheit

Die Freiheit einer Gesellschaft erweist sich auch in unbehinderter Kommunikation.

Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt müssen immer neu erkämpft werden. In einer gefestigten Demokratie ist obrigkeitstaatliche Zensur die geringste Gefahr. Dafür kann Zusammenballung verlegerischer Macht in wenigen Händen die Meinungsvielfalt einschränken. Scharfer kommerzieller Wettbewerb kann zu einer Verflachung der politischen Kultur führen. Deshalb müssen klare Rahmenbedingungen gewährleisten, daß unsere Medien interessant und informativ sind. Jeder Gefährdung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit werden die Sozialdemokraten entgegenreten.

Die Druck-Medien, insbesondere Zeitung, Zeitschrift und Buch, bleiben auch im Zeitalter elektronischer Medien unersetzbar. Die Kulturtechnik Lesen muß gefördert werden.

Die Vielfalt der Meinung muß auch da zum Ausdruck kommen, wo die Vielfalt der Medien nicht gesichert werden kann. Wirksame Mitbestimmung der in der Kommunikationsindustrie Tätigen ist deshalb notwendig. In Hörfunk und Fernsehen müssen innere Demokratie, aber auch die Integrationsfunktion und der kulturelle Auftrag dieser Medien gesichert werden. Neue Medientechniken müssen zuerst regionale Vielfalt darstellen und pflegen.

Der deutsche und europäische Film sind zu fördern. Wir werden uns bemühen, eine weitere Schwächung der deutschen Filmindustrie und der verbliebenen filmtechnischen Betriebe zu verhindern. Der einheimische Kurz-, Dokumentar-, Kinder- und Spielfilm muß auch künftig eine Chance haben.

Kunst und Kultur

Kunst ist kein Schnörkel an der Fassade der Leistungsgesellschaft, kein Mittel zur Ablenkung und Beruhigung, sondern eine notwendige Äußerung menschenwürdigen Lebens, ein unentbehrliches Gegengewicht gegen Abstumpfung, Vereinsamung und Banalisierung des Alltags.

Kunst lebt vom Engagement, der Eigenwilligkeit, Radikalität und Verschiedenartigkeit von Menschen, von der Sehnsucht nach Schönheit, Sinnlichkeit, Freiheit und Glück, von Gesten und Entwürfen, mit denen wir Wirklichkeit wahrnehmen, aber auch aus der Routine des industriellen Alltags ausbrechen.

Die Moderne hat unterschiedliche Kunststile geschaffen; regional geprägte Volkstraditionen, klassische und romantische Kunst, die Antiformen der Protestkulturen und die modernen Medien entwickeln sich getrennt und beeinflussen sich gegenseitig. Wir wollen keine Einheitskultur. Aus künstlerischer und kultureller Vielfalt, aus lebendigem Austausch und kontroverser Diskussion speist sich die innere Spannung einer Kulturgesellschaft.

Wir sehen in den Menschen jeden Alters und Geschlechts nicht nur mehr oder minder verständige Konsumenten von Kunst; wir möchten, daß sie ihre eigenen schöpferischen Fähigkeiten entdecken und entfalten. Daher fördern wir nicht nur organisierte Kulturangebote wie Bibliotheken, Museen, Theater, Ballett und ein vielgestaltiges Musikleben, sondern die unterschiedlichsten Versuche von Menschen und Gruppen, ihre künstlerische Ausdrucksform zu finden.

Ein lebendiges Vereinswesen kann kulturelle Tradition pflegen und neue Formen von Volkskultur entwickeln.

Wir brauchen auch eine Kultur der Unterhaltung, in der die Menschen nicht in die Rolle von Konsumenten abstumpfender Unterhaltungsangebote gedrängt werden.

Wir fordern von Bund und Ländern, Gemeinden und gesellschaftlichen Organisationen eine Kulturpolitik, die Menschen zur aktiven Gestaltung und Veränderung der sozialen Umwelt anregt und befähigt und der fortschreitenden Vermarktung von Kunst und der Fesselung des Bewußtseins durch Kulturindustrie entgegenwirkt. Die Bürger müssen die Chance erhalten, ihre wachsende Freizeit nicht nur zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft, sondern auch zu künstlerischer Tätigkeit zu nutzen.

Wo Massenmedien privatisiert und damit kommerzialisiert werden, müssen wir an Erfahrungen der von Humanismus und Aufklärung geprägten Bildungs- und Kulturbewegungen anknüpfen und neue kulturelle Gemeinschaftsangebote schaffen.

Wir schützen das Recht von Minderheiten auf eigene Sprache und Ausdrucksweise, auch wenn sie sich nicht allen Bürgern auf den ersten Blick erschließt.

Politische Kultur

Die Rahmenbedingungen für eine Kulturgesellschaft sind im politischen Machtkampf gegen widerstreitende Interessen durchzusetzen. Er wird nur erfolgreich sein, wenn die Methoden des Kampfes um Macht und Mehrheiten dem Ziel angemessen sind. Der Zweck von Machtgewinnung und Machterhaltung heiligt nicht jedes Mittel. Es gibt Mittel, die jeden Zweck ungläubwürdig machen. Zur Kulturgesellschaft gehört daher auch politische Kultur.

Politische Kultur braucht gemeinsame Grundüberzeugungen. In der Bundesrepublik Deutschland ergibt sich der Grundkonsens aus dem gemeinsamen Ja aller bedeutenden

politischen Kräfte zu den Grundrechten und Grundregeln des Grundgesetzes. Dieser Grundkonsens wird nicht dadurch entwertet, daß die politischen Kräfte einzelne Elemente der Verfassung verschieden interpretieren. Eben daraus entsteht der Raum für das, was strittig und damit politisch gestaltbar ist.

Wer anderen die Teilhabe am Grundkonsens abstreitet, zerstört ihn. Auch wenn ohne offene Austragung von Konflikten Demokratie nicht lebensfähig ist, muß an der Form des Streits erkennbar bleiben, daß es eine gemeinsame Grundlage politischen Handelns gibt.

Politische Kultur erschlafft ohne die Spannung zwischen Zukunftsentwurf und Realität. Die Kulturgesellschaft ist ein solcher Zukunftsentwurf; unser sozialdemokratischer Beitrag zur politischen Kultur soll so beschaffen sein, daß im Weg das Ziel erkennbar wird. Demokratische politische Kultur entsteht, wo möglichst viele Menschen aktiv mitdenken, mithandeln und mitentscheiden. Eine Kulturgesellschaft kann nur wachsen, wenn Millionen selbstbewußter Bürgerinnen und Bürger sie zu ihrer Sache machen. Nur wo Menschen sich nicht als machtlose Objekte, sondern als gestaltende Subjekte von Politik verstehen können, wo sie ihre Einsichten und Erfahrungen, ihr Erschrecken und ihre Hoffnung als etwas Wichtiges begreifen und sie unbefangen in die Politik einbringen, können die Kräfte freigesetzt werden, durch die politische Kultur in einer solidarischen Gesellschaft Wirklichkeit wird. Wir wollen und werden diese Kräfte nicht gängeln. Wir setzen auf Weggenossen, die ihre Unabhängigkeit wahren und uns kritisch begleiten wollen.

»Asylantenfrage« und Grundgesetzänderung

Vorbemerkung

Die »Asylantenfrage« hat Tschernobyl verdrängt. Kaum ein Tag vergeht ohne eine neuerliche »alarmierende« Meldung über *Asylantenschwemme* etc. In diesem Zusammenhang erwägen einflußreiche Unionspolitiker einschneidende Änderungen des Asylrechts. Werner Holtfort, Vorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins, hat sich Ende Juli 1986 in einem um die Erhaltung unserer Grundrechte besorgten Brief an die Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP im Deutschen Bundestag und in den Landtagen gewandt, den wir im folgenden dokumentieren.

Die Redaktion

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Aufgrund der gestrigen Erörterungen im Bundeskabinett soll Anfang September ein Gespräch zwischen Bundeskanzler, Ministerpräsidenten und den Fraktionsvorsitzenden aller Parteien über die Frage stattfinden, wie man die Zugänge von Asylbewerbern stoppen kann, die laut Bundesinnenminister Zimmermann »besorgniserregende Ausmaße« angenommen haben. Die Bundesregierung sieht offenbar ihre Aufgabe darin, das Asylrecht um so einschneidender zu beschränken, als die Folterungen weltweit zunehmen: Je mehr Folter, desto weniger Asyl!

Nach den Zahlen von a.i. [Amnesty International] nehmen allerdings Folterungen weltweit dramatisch zu; nach den Zahlen des Flüchtlingshochkommissariats der UN ist aber die Zunahme der Flüchtlingszahlen bei uns vergleichsweise ganz undramatisch. Dennoch ist die Asylfrage durch eine geschickte polemische Regie in den letzten Tagen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt worden.

Ob die vom Menschen entfesselte Atomkraft ihm dient oder ihn zerstört, diese in den Wochen nach Tschernobyl doch quälende Frage auf Leben und Tod ist plötzlich im öffentlichen Bewußtsein auf untergeordneten Rang verdrängt. »Christliche« Politiker haben es geschickt verstanden, statt dessen eine neue Angst und zugleich den im deutschen Spießbürger latenten chronischen Haß auf Fremde (es seien denn *mächtige* Fremde, z.B. »Siegermächte«, die man dann nachahmt) zu aktivieren, dabei unterstützt von entweder wahlverwandten oder gedankenlosen Journalisten. »Asyltourismus« »überschwemme unser Land«, »ein empfindliches Sicherheitsrisiko«, »bedrohlich« schwellen »die Flut an«. Unser »luxuriöses Grundrecht«, jedermann »fast schon auf dem Tablett angeboten«, werde »wachsend« mißbraucht. »Wie lange« — so beispielhaft dieser Tage ein Leitartikel der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung — »wollen wir uns diese Ausnutzung unserer Gutmütigkeit oder Dummheit eigentlich noch gefallen lassen?« Da doch »die Mehrzahl der Asylbewerber ... uns auf der Nase herumtanzen«!

Sicher, der Strom der Mitmenschen, die durch Folter und Todesdrohung aus Haus und Heimat, aus Beruf und Freundeskreis vertrieben werden, ist weltweit auf 20 Millionen (Zahlen nach Angabe des Flüchtlingshochkommissariats der UN) geschwollen. Er landet indes in den ärmsten Ländern: in Somalia ist jeder Vierte, in Jordanien jeder Fünfte, im Sudan jeder Zehnte ein Flüchtling! Zu uns kommt statt der erlogenen »Flut« ein Rinnsal: Nicht einmal drei von Tausend. Weit, weit hinter selbst anderen Industrienationen wie zum Beispiel Schweiz, USA, Frankreich sind wir — neben Norwegen — Schlußlicht der Humanität.

Sogar wenn man den Zahlen des Bundesministers des Innern glaubt, käme auf 100 Bundesbürger weniger als ein Asylbewerber. Aber von den angeblich 600 000 Bewerbern

sind infolge sehr restriktiver Gerichtspraxis bislang nur knapp 100 000 anerkannt worden. Was also ist »bedrohlich«, was bedroht uns? Die vom Bundesminister des Innern behaupteten Kosten für den Fiskus von über 2 1/2 Milliarden Mark jährlich?

Mißbräuche sind gewiß auch dabei — wenn man die Flucht nicht vor Folterknechten, sondern vor dem Hungertod als »Mißbrauch« bezeichnen will. Es liegt in der Natur eines jeden Rechtes, daß es auch mißbraucht werden kann. Besonderheit ist hier allein, daß stets dieselben christdemokratischen Politiker — ob die Herren Albrecht, Dregger, Spranger, Strauß — angesichts wirklichen oder angeblichen Rechtsmißbrauchs ohne Verzug nach Gesetzesänderung immer nur dann rufen, wenn es sich um Menschenrechte handelt wie zum Beispiel Asyl, Versammlungsfreiheit oder faires Strafverfahren. Wenn hingegen massenhaft Ärzte ihre Abrechnungsbefugnisse, Wirtschaftler das Subventionssystem, Kapitalisten Steuerersparnischancen mißbrauchen, dann will man nur »einige schwarze Schafe« wahrhaben, die keinerlei gesetzliche Kontrollmechanismen rechtfertigen.

Politische Verfolgung und die Reaktion darauf sind freilich ein dunkles Kapitel unserer Geschichte. Die deutsche Obrigkeit der letzten zwei Jahrhunderte hat selbst Hunderttausende in die Flucht getrieben, 48er-Revolutionäre, Elsässer, Lothringer, Südpolen, Sozialisten, Hitlergegner und Juden. Sogar als die Bitternis des Naziterrors den Parlamentarischen Rat veranlaßte, das Recht auf Asyl in der Verfassung zu verankern, gab es christdemokratische Bedenken: Asyl solle nur bekommen, wer wegen »Eintretens für Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Weltfrieden politisch verfolgt« werde. Dazu damals der Vorsitzende des Ausschusses für Grundsatzfragen:

»Nimmt man eine solche Beschränkung auf, dann kann die Polizei an der Grenze machen, was sie will. Es ist dann erst eine Prüfung notwendig, ob die verfassungsmäßigen Voraussetzungen des Asylrechts vorliegen oder nicht ... Damit wird das Asylrecht vollkommen unwirksam ... Man kann das Asylrecht nur halten, wenn man die Bestimmung ganz einfach und schlicht faßt: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.«

Dennoch wird heute mit eiserner Stirn behauptet (so der schon erwähnte Leitartikler), der fragliche Artikel 16, »diese schöne, idealistische Verfassungsbestimmung«, sei nur »eine noble Geste, die auch heute noch Respekt verdient«, doch wer sie »retten will, muß alles daran setzen, der wachsenden Flut ein Ende zu bereiten«. Soll heißen, bei Schönwetter kann man das Grundrecht stehen lassen, wird es aber im Ernstfall benötigt, weil Millionen gefoltert werden, so müsse man es schon aushöhlen — eine Methode, die anderwärts, z. B. bei dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung bereits erfolgreich probiert wurde.

In der Tat unterschieden die Unionsparteien von Beginn an politische Flüchtlinge danach, ob sie ins ideologische Feindbild paßten: Wer aus Ostblockstaaten oder Vietnam flieht, findet offene Arme, wer der Folter aus Militärdiktaturen zu entkommen sucht, stößt auf verschlossene Türen. Vor gut einem Jahrzehnt schon verweigerten CDU-Länder denen die Aufnahme, die Pinochets Torturen entwichen waren. Und auch Kurden, Yeziden, Armenier, Syrisch-Orthodoxe und türkische Gewerkschafter können ein Lied davon singen.

Einige Strophen daraus müßten allerdings auch SPD-Parlamentarier der 9. Wahlperiode reuig stimmen. Denn als der immer stärkere Druck der Militärjunta in Ankara auf ethnische, religiöse und politisch-oppositionelle Minderheiten den Anteil der Flüchtlingszahlen auf 80% aus Kleinasien vermehrte, reagierte die sozial-liberale Koalition auf den wachsenden Türkenhaß des »gesunden Volksempfindens« mit dem auch vom Bund Deutscher Verwaltungsrichter vernichtend kritisierten Asylverfahrensgesetz vom 1. August 1982, das von erfahrenen Praktikern als »gnadenlos« bezeichnet wurde. Und flankierend

dazu begannen menschenrechtswidrige »einzigartig abschreckende Maßnahmen« (so der Hohe Kommissar für das Flüchtlingswesen in der Bundesrepublik) Asylbewerber zurückzuschrecken zu versuchen. Auf diese Weise wurden — um letztmals unseren Leitartikler zu zitieren — »Hunderttausende von Türken ... erfolgreich abgewehrt. Statt dessen melden sich nun aber in Massen Asiaten und Afrikaner, die nicht die geringste Beziehung zur Bundesrepublik haben, und diesem Andrang aus fernen Ländern stehen wir wehrlos gegenüber.«

Hier zeigt sich die rassistische Wurzel der jetzt akuten Ausländerfeindlichkeit. Und es zeigt sich, auf welch fruchtbaren Boden die ausländer- und namentlich asylfeindliche Propaganda »christlicher« Politiker führt. Daß ein Neuköllner Sportplatz vorübergehend als Notlager einiger hundert vor allem persischer Familien mit Kindern dient, hat nicht nur zum Versuch geführt, das Übernachtungszelt darauf nächtens mit einer Leuchtrakete in Brand zu setzen, sondern auch zu feindseligen Resolutionen von Anwohnern, zu Anrempelungen, Prügeln, zum Teil mit Baseballschlägern und Stahlrohren. Telefonische Anrufe in die Berliner Amtsstuben verlangen, die »Kanaken abzustechen, nieder zu brennen oder zu ersäufen«. Kann es denn die Aufgabe von Politikern sein — Wahlkampf hin oder Wahlkampf her —, mit Angstmache vor der »bedrohlichen Flut« den glimmenden Ausländerhaß derart zu entfachen? Oder ist es nicht vielmehr staatsmännische Pflicht, die Glut sozial negativer Nationaleigenschaften auszutreten, um Recht und Verfassung durchzusetzen, auch wo das unpopulär ist?

Auch von SPD-Kommunalpolitikern hört man heute mitunter Töne, die nicht gerade asylrechtsfreundlich klingen. Dennoch ist die SPD — neben den für das Grundrecht engagierten Grünen — als stärkste Oppositionsfraktion unsere große Hoffnung, daß sie jeder Manipulation an der Verfassung widersteht. Und auch an die FDP-Abgeordneten wenden wir uns, unserer Skepsis in Standhaftigkeit liberaler Rechtspositionen (siehe Demonstrations- und Versammlungsstrafrecht!) ungeachtet. Verhindern Sie, sehr geehrte Abgeordnete von der Freien Demokratischen Partei, was Sozialdemokraten und Grüne allein nicht verhindern können, nämlich die schon im Juni in der Regierungskoalition verabredete erneute Verschlechterung des Asylrechts wie zum Beispiel durch Arbeitsverbote bis zu fünf Jahren. Widersetzen Sie sich der von CDU-Ländern verlangten zweijährlichen Überprüfung, ob ein gewährtes Asylrecht wieder aberkannt werden soll, aber auch den menschenrechtswidrigen »flankierenden« neuen Asylabschreckungsmaßnahmen! Wenden Sie sich gegen die Folterer, nicht gegen die Gefolterten, und setzen Sie in der Regierung auch durch, daß die Bundesrepublik Deutschland endlich der »Anti-Folter-Konvention« beitrifft!

Mit freundlichen Grüßen Dr. Werner Holtfort (MdL)

Interview

»Rot-grüne Koalition nicht instabiler als die sozialliberale Koalition«

Hans Janßen über den Kampf für die 35-Stunden-Woche, Kernenergieverzicht und die Macht nach den nächsten Bundestagswahlen

Vorbemerkung

Seit neun Jahren ist *Hans Janßen* geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Auf dem Gewerkschaftstag im kommenden Monat kandidiert er erneut für den Vorstand, um weitere drei Jahre die Tarifpolitik der größten Gewerkschaft in einem kapitalistischen Land verantwortlich zu leiten. Als IG Metall und IG Druck und Papier 1984 den ersten Streik für die 35-Stunden-Woche organisierten, wurde *Hans Janßen* als das für die Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied durch seine Aktivitäten bekannt und in der westdeutschen Arbeiterbewegung zu einem der populärsten Funktionäre. Sein engagiertes Eintreten für eine ernsthafte, die Zusammenarbeit ermöglichende Auseinandersetzung mit den Grünen fand weithin Beachtung.

Bereits der Gewerkschaftstag der IG Metall wird Teil der Mobilisierung für die kommende Tarifaufeinandersetzung mit den Metallindustriellen um die weitere wöchentliche Arbeitszeitverkürzung sein. Kampfmaßnahmen der IGM, aber auch Aussperrungen der Unternehmer sind in den ersten Monaten 1987 denkbar. Über diese Fragen, über die bevorstehende Bundestagswahl und die weitere Entwicklung der IG Metall mit Franz Steinkühler an der Spitze sprachen wir mit *Hans Janßen*. Das Interview führten *Frank Heidenreich* und *Klaus-Peter Wolf*. Die Redaktion

spw: Du hast verschiedentlich, auf einem Parteitag der Grünen ebenso wie auf der wirtschaftspolitischen Konferenz der SPD in Hamburg Anfang Mai 1986 davon gesprochen, daß es gelingen muß, eine soziale Bewegung im Kampf für die 35-Stunden-Woche über die Grenzen der Gewerkschaften hinaus zustande zu bringen. Ist das realistisch, und was muß die IG Metall in den nächsten Monaten noch für Initiativen ergreifen?

Janßen: Als wir 1984 für die 35-Stunden-Woche gekämpft haben, habe ich tatsächlich von einer großen sozialen Bewegung geschwärmt, die es zustande zu bringen gelte. Ich war davon überzeugt, daß eine Gewerkschaft allein das Tabu unter den Tabus der Arbeitgeber zu brechen, wohl nicht in der Lage wäre. Hätte das damals in befriedigendem Ausmaß geklappt, wäre der Kampf kürzer und das Ergebnis besser gewesen. Nun sind wir ja damals auch nicht ohne Bundesgenossen geblieben. Die Sozialdemokraten haben, nach anfänglichen Startschwierigkeiten, sich voll auf die Seite der IG Druck und Papier und IG Metall gestellt. Wir haben Unterstützung bekommen von den Grünen. Wir haben damals Unterstützung bekommen von Teilen der Friedensbewegung, auch Geistliche aus beiden großen Kirchen haben uns sehr wohl geholfen. Und wir haben auch Künstler und Wissenschaftler auf unserer Seite gehabt. Wenige Journalisten haben uns unterstützt. Zu der großen sozialen Bewegung ist es damals nicht gekommen. Allerdings, der Ansatz läßt hoffen. Nachdem nun keiner mehr bestreitet, daß Arbeitszeitverkürzung arbeitsumverteilend und mithin beschäftigungspolitisch so wirkt, wie wir es vorausgesagt haben, hoffe ich darauf, daß wir bei der nächsten Auseinandersetzung mehr Bundesgenossen haben werden als das letzte Mal. Wir müssen also wieder versuchen, weit über die Grenzen der Gewerkschaften hinaus Bundesgenossen in der Öffentlichkeit zu finden.

spw: Die Berührungängste sind doch sehr, sehr stark. Oft herrscht die Mentalität vor, die Gewerkschaft muß sich auf ihre eigene Kraft besinnen. Und deshalb die Frage: Wird dieses Konzept, eine soziale Bewegung zu initiieren, wirklich von vielen geteilt, oder ist das eher Dein persönlicher Ansatz?

Janßen: Die Meinungen sind natürlich geteilt. Und wir können in der IG Metall, dies gilt erst recht für die anderen Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Meinungen nicht uniformieren. Natürlich gibt es dort auch Leute, die sagen, der Starke ist am mächtigsten allein. Ich halte davon nichts. Mein Ansatz ist, und da habe ich auch viele Freunde, daß wir auf uns allein gestellt das nicht schaffen können. Das ist eine dermaßen große gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, daß wir ohne Bundesgenossen und Freunde nicht auskommen können. Deswegen bin ich auch ganz glücklich, daß jetzt alle Gewerkschaften auf dem Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes vor wenigen Wochen in Hamburg die Wochenarbeitszeitverkürzung mit absoluter Priorität versehen haben. Die ohnehin nicht schlechte Solidarität unter den Gewerkschaften in der großen Auseinandersetzung 1984 dürfte noch übertroffen werden; denn die Solidarität unter den Gewerkschaften war ja nicht so gut, daß sie nicht noch hätte besser sein können.

spw: Gibt es konkrete Ideen, wie bestimmte gesellschaftliche Gruppen außerhalb der Gewerkschaften angesprochen werden können?

Janßen: Wir haben vor, das im Vorstand wieder zur Diskussion zu stellen. Ich meine sogar, daß wir ganz gezielt die Bundestagswahlkampfzeit dafür nutzen müssen, die politischen Parteien zu zwingen, zum gesellschaftlichen Skandal der Dauer- und Massenarbeitslosigkeit Stellung zu beziehen. Und das werden wir am besten und am ehesten können, indem wir fragen: Wie hältst Du es denn mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung? So werden wir in der Öffentlichkeit, meine ich, publizistisch wirksam den Bundestagswahlkampf nutzen können. Und da werden sich dann die relevanten gesellschaftlichen Gruppen, da werden sich Wissenschaftler, Politiker, Künstler äußern können, und dann werden wir wieder Initiativen ins Leben zu rufen versuchen.

Nun gehe ich nicht davon aus, daß wir die Vollbeschäftigung allein durch Arbeitszeitverkürzung erreichen können. Nur, volkswirtschaftliches Wachstum, das wir ja seit mehreren Jahren haben und hoffentlich auch in den nächsten Jahren noch in dem Ausmaß haben werden, wie das jetzt der Fall ist, wird ja zur Vollbeschäftigung erst recht nicht führen. Das ist ja höchstens geeignet, die Arbeitslosenzahlen nicht anwachsen zu lassen. Jedenfalls, diese Regierung weigert sich, ein Beschäftigungsprogramm aufzulegen. Es wird also gezielt nichts getan, um Massen- und Dauerarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Aber, selbst wenn dort nichts geschieht, müssen wir unseren autonomen Beitrag leisten. Wir können nichts anderes tun, als Arbeitslosigkeit zu bekämpfen durch die Politik der Solidarität mit den Arbeitslosen, sprich: durch eine Tarifpolitik, die Arbeitszeitverkürzung mit absolutem Vorrang versieht.

spw: Du hast die Mobilisierungsphase angesprochen, die bevorsteht. Ich sehe auch, daß die bisherigen Erfolge, die die Arbeitszeitverkürzung gebracht hat, dazu beitragen werden, von vornherein eine stärkere Mobilisierung innerhalb der IG Metall erreichen zu können, als beim letzten Mal. Ich sehe aber auch einen Faktor, der eventuell dazu beiträgt, diese Mobilisierung zu erschweren, vielleicht sogar erheblich zu erschweren. Stichwort: Arbeitsförderungsgesetz § 116 — und die Verunsicherung der Kolleginnen und Kollegen, was denn passiert, wenn nun tatsächlich der Streik beginnt, beginnen muß und es zu Aussparungen kommt.

Janßen: Leichter wird es ein, unsere Basis davon zu überzeugen, daß es ohne Arbeitszeitverkürzung nicht geht. In den Betrieben ist ja zu spüren gewesen, daß im gleichen Maße, wie Neueinstellungen vorgenommen wurden, im gleichen Maße, wie der eigene Arbeitsplatz sicherer wurde, auch die Angst vor eigener Arbeitslosigkeit abnahm. Und in gleichem Maße, wie diese Angst vor dem Arbeitsplatzverlust abnahm, ist natürlich das Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer wieder größer geworden. Das wird als angenehm empfunden, das will man fortgesetzt wissen.

Auf der anderen Seite erkennen wir natürlich auch, daß mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz, mit der Möglichkeit, nur noch befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, in den Betrieben erneut die Unsicherheit gewachsen ist. Einen befristet eingestellten Arbeiter oder Angestellten kann man nun einmal nicht zu einem großen Kämpfer für die Gewerkschaften machen. Das ist doch auch ganz verständlich, daß er seine geringe Chance, später ein Dauerarbeitsverhältnis zu bekommen, nicht gefährden möchte. Der verhält sich doch »pflegeleicht«. Das wollen die Unternehmer, das ist ja wohl auch das Ziel dieses Gesetzes.

Wir wissen, daß uns die Streikmöglichkeit wesentlich erschwert worden ist. Wir wissen noch gar nicht genau, wie wir künftig werden kämpfen können. Wir wissen nur, daß wir kampfflos die Platte nicht putzen werden. D.h. wir werden nicht aufhören, eine Kampforganisation zu sein, wir werden wohl noch in größerem Ausmaß, als es sonst der Fall gewesen ist, neue Beweglichkeiten praktizieren müssen. Ich hoffe, wir können unsere Mitglieder davon überzeugen, daß das unverzichtbar ist. Wenn es dann wieder zum großen Streik kommen sollte, dann wird die IG Metall außerhalb des Kampfgebietes keine Streikunterstützung, keine Aussperrungsunterstützung zahlen können, weil wir dann vor die Hunde gingen. Das kann keine Gewerkschaft bezahlen. Ob wir dann geschlossen mit unseren Mitgliedern zu den Sozialämtern gehen, um dort Sozialhilfe zu beantragen, das weiß ich alles noch nicht.

Schließlich hoffen wir auf eine arbeitnehmerfreundlichere Politik nach den Bundestagswahlen. Dies wird mit dieser Regierung wohl nicht möglich sein, d.h. mit anderen Worten: Wir werden wohl den Mut haben müssen, unseren Mitgliedern zu empfehlen, so zu wählen, daß man hinterher so regiert wird, wie das gewünscht ist. Johannes Rau hat zugesagt, daß er als Bundeskanzler in den ersten hundert Tagen seiner Regierungszeit die Streikfähigkeit der Gewerkschaften wieder herstellen würde. Mir wäre lieber, er würde sich noch mehr beeilen. Es muß schnell etwas geschehen, wenn die Gewerkschaftsbewegung nicht auf Dauer geschwächt werden soll.

spw: Wenn wir mal vom Wahlsieg der jetzigen Koalition ausgehen, der ja auch ganz sicher zu den strategischen Überlegungen der IG Metall gehören wird, unternimmt die IG Metall schon genug, um die Kolleginnen und Kollegen auf eine Aussperrung im Arbeitskampf vorzubereiten?

Janßen: Wir werden unmittelbar nach dem Urlaub mit der Mobilisierung unserer Basis beginnen. Der Gewerkschaftstag im Oktober dieses Jahres wird ein erster großer Höhepunkt im Kampf für eine weitere Arbeitszeitverkürzung sein. Und dann werden wir zum Ende dieses Jahres die Tarifverträge kündigen. Im Frühjahr des nächsten Jahres werden wir gegebenenfalls zum großen Schlag ausholen müssen. Bis dahin kann politisch eine andere Landschaft in der Bundesrepublik gegeben sein, wenn nicht, dann werden wir unter erheblich erschwerten Bedingungen zu kämpfen gezwungen sein.

spw: Das Tarifziel oder die Hauptforderung wird ja sicherlich wieder die 35-Stunden-Woche sein.

Janßen: Das ist Beschlußlage der Organisation. Daran wird sich nichts ändern. Das ist das Nahziel der IG Metall: »35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich«.

spw: Und unverändert bleibt es bei der Haltung der Unternehmer, die wesentlich lieber eine stärkere Flexibilisierung hätten. Zu hören ist ja auch wieder die Forderung, den Samstag mit zu einem Regelarbeitstag zu machen. Wie weit geht die IG Metall in Sachen Flexibilisierung?

Janßen: Wir haben jetzt erst ein Konzept entwickelt, um die Flexibilisierungsbestrebungen der Unternehmer abzuwehren. Wir wollen eine Flexibilisierung höchstens zulassen, die den Wunschvorstellungen auch von Arbeitnehmern entspricht. Ich kann mir vorstellen, daß Arbeitnehmer über die Lage und Verteilung der Arbeitszeit in den Betrieben mitreden möchten. Ich kann mir vorstellen, daß der Wunsch nach Selbstfestlegung der täglichen Arbeitszeit in den Betrieben besteht.

Wir werden allerdings auf keinen Fall zulassen, daß der 8-Stunden-Tag abgelöst wird. Die Belegschaften haben das verlängerte Wochenende, mit dem freien Samstag und dem freien Sonntag, als eine sozialpolitische Errungenschaft ersten Ranges erkannt, so daß der freie Samstag für uns nicht zur Disposition steht. Das ist also unantastbar. Wir wollen auch die 5-Tage-Woche von Montag bis Freitag in den Betrieben erhalten. Und dort, wo sie noch nicht selbstverständlich ist, diese 5-Tage-Woche sogar durch tarifliche Regelungen noch festigen.

spw: Sind denn Tendenzen in Westberliner Großbetrieben untypisch, in denen Belegschaften eine noch stärkere Flexibilisierung fordern, als Du das gesagt hast — also Arbeit am Samstag und 3-Schicht-Betrieb?

Janßen: Es wird immer weniger gesellschaftliche Arbeit vorhanden sein. Wenn schon mit neuen Techniken produziert wird, dann muß das auch zur qualitativen Verbesserung des menschlichen Lebens führen. Und dann muß es eben weniger Schichtarbeit geben und nicht mehr. Länger zusammenhängende Freizeiten an Wochenenden wollen wir uns nicht nehmen lassen. Im allgemeinen drängen unsere Mitglieder darauf, Schichtarbeit abzubauen, das freie Wochenende zu erhalten. Ich kann mir vorstellen, daß es hier und dort auch Gewerkschaftsfunktionäre gibt, die meinen, mit solchen Flexibilisierungen, wie sie den Arbeitgebern vorschweben, Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können. Dann werden wir diese Funktionäre noch darüber aufklären müssen, daß das unsinnig ist.

Wenn man neue Techniken glaubt, extensiv nutzen zu müssen, dann wird es zu einem Verdrängungswettbewerb kommen, wie wir ihn noch nicht gekannt haben. Denn für all das, was dann mehr produziert wird, sind doch neue Märkte überhaupt nicht vorhanden, das kann man doch gar nicht absetzen. Damit wird man dann womöglich in der einen oder anderen Region zunächst neue Arbeitsplätze haben, mehr Schichtarbeiter; aber dafür wird in anderen Regionen dann das Licht ausgehen. Wenn BMW beispielsweise, von dort kamen ja einmal entsprechende Ideen, erst mal rund um die Uhr produziert und über jedes Wochenende hinweg, dann würde ja mehr als das Doppelte an Automobilen produziert. Diese Produktionsweise wäre dann auch billiger, weil die »teuren Anlagen« rund um die Uhr genutzt werden würden. Wenn das aber BMW tut, dann werden auch die anderen Automobilkonzerne mitziehen wollen. Eine solche Entwicklung würde an den bundesre-

publikanischen Grenzen nicht halt machen. Aber wer soll die ganzen Automobile denn kaufen und fahren? Deshalb kann eine solche Strategie überhaupt nicht zur Sicherung von Arbeitsplätzen führen, sondern das wird Arbeitsplätze vernichten.

spw: Wenn wir damit rechnen können, daß also die Interessen an Flexibilisierung in der Basis der IG Metall nicht so stark sind, so wird die Kapitalseite, als Strategie gegen die IG Metall, auf die Flexibilisierung setzen. Von der kapital-orientierten Presse unterstützt, wird die Forderung lauten: wenn überhaupt Arbeitszeitverkürzung, dann nur im Tausch gegen mehr Flexibilisierung. Du hast gesagt, was die IG Metall nicht meint, daß z.B. der Samstag nicht der sechste Regelarbeitstag sein soll. Aber was verstehst Du unter selbstbestimmten, mitbestimmten Arbeitszeiten?

Janßen: Zunächst einmal müssen wir sogar das, was oft Flexibilisierung genannt wird, zurückdrehen. Die differenzierte Arbeitszeit, daß in den Betrieben die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit nur im Durchschnitt erreicht werden muß, daß man meinetwegen den einen nur 37 Stunden arbeiten läßt, dafür den anderen 40 Stunden, das wollen wir sowieso wieder beseitigen.

spw: Ist das realistisch?

Janßen: Natürlich ist das realistisch. Ich bin überzeugt davon, daß manche Dinge endgültig für jeden durch Tarifvertrag geregelt werden müssen: das sind die Mindestlöhne, das sind die Mindestgehälter und vor allen Dingen auch die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit. Und im Rahmen dieser, für alle verbindlich und endgültig geregelten wöchentlichen Arbeitszeit kann ich mir Zeitsouveränität für den einzelnen und auch für ganze Gruppen und Belegschaften vorstellen. Ich würde es nicht als einen Verstoß gegen den 7-Stunden-Tag empfinden, wenn bei Erreichung der 35-Stunden-Woche Betriebsräte einvernehmlich mit der Belegschaft mit den Arbeitgebern durch Betriebsvereinbarung festlegen, daß — meinetwegen — von Montag bis Donnerstag jeweils 7 1/2 Stunden gearbeitet wird, damit am Freitagnachmittag zwei Stunden früher Feierabend gemacht werden kann. Dort, wo nämlich die Arbeitszeitverkürzung von 1 1/2 Stunden so festgelegt worden ist, daß freitags 1 1/2 Stunden früher Feierabend ist, ist der Wert des freien Samstags noch gewachsen.

Ich kann mir auch vorstellen, daß nicht nur Angestellte, sondern auch Facharbeiter und andere, die nicht am Fließband sitzen, selbst solche, die im Einzelakkord sind, sagen, ich fange Montagmorgen nicht um sieben Uhr mit meiner Arbeit an, sondern um halb neun und arbeite dafür abends 1 1/2 Stunden länger. Ich kann mir vorstellen, daß solche Arbeitszeiten, die in den Betrieben auch jetzt schon manchmal, vorbei an tariflichen Regelungen, gehandhabt werden, im Tarifvertrag zugelassen werden und daß einzelne dann darüber entscheiden.

Wogegen ich mich allerdings ausspreche, ist, daß man sich ganze Freizeitblöcke erarbeiten kann, um eine zusätzliche weitere Urlaubswoche zu kriegen. Das muß so geregelt werden, daß nur innerhalb eines bestimmten Zeitraums, der nahe der Woche liegen müßte, in der länger gearbeitet wurde, ein Zeitguthaben durch Freizeit ausgeglichen wird. Ganz wichtig ist, Mehrarbeit zu begrenzen. Nicht vermeidbare Überstunden müssen durch Freizeit ausgeglichen werden.

spw: Kommen wir zum letzten DGB-Bundeskongreß. Unmittelbar nach der Katastrophe von Tschernobyl hat der DGB-Bundeskongreß einen Beschluß zum Ausstieg aus der

Kernenergie gefaßt. Reicht diese Positionsbestimmung aus Deiner Sicht schon aus für das Zusammenwirken von Arbeiter- und Ökologiebewegung?

Janßen: Es ist immerhin ein hoffnungsvoller Ansatz. Der DGB-Bundeskongreß hat beschlossen, so schnell wie möglich aus der Atomenergie auszusteigen, den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft gar nicht erst mitzumachen und Kalkar nicht ans Netz gehen zu lassen. Das sind positive Ansätze. Es ist schlimm, daß wir durch Tschernobyl erst noch für die Gefahren der Kernenergie sensibilisiert werden mußten. Ich weiß nicht, ob das ausreicht. Nun gilt es, intensiv daran zu arbeiten, daß die Kernenergie tatsächlich überflüssig wird, daß man sich alternative Energien erschließt und auf Kernenergie so schnell wie möglich verzichtet.

spw: Sicher, mit diesem Beschluß hat sich die gewerkschaftliche Position verändert. Vor Jahren dominierte eine unkritische Haltung gegenüber der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Aber reicht es aus zu sagen, politisches Ziel muß eine »Energieversorgung ohne Kernenergie« sein, und doch relativ unkonkret zu bleiben bei der Frage, wie kann das erreicht werden?

Janßen: Ich glaube, das wird fast ein Selbstgänger werden. Jeder noch so kleine Störfall in einem Atomkraftwerk wird immer mehr Menschen sensibilisieren. Das mag auch in Wellen verlaufen. Vielleicht ist ein Teil dessen, was nach diesem Kraftwerksunfall in der Ukraine passiert ist, schon wieder abgeebbt. Aber wenn die Bevölkerung aufgefordert wird, noch kein Wild zu essen, dann wird das wieder einen »Aha-Effekt« auslösen. Und da fragen sich eben Eltern besorgt, »ist es denn wirklich gut, daß unsere Kinder nach draußen gehen, solange die Kühe noch nicht auf die Weide dürfen? Kühe müssen drinnenbleiben, Kinder können rausgehen?« Da werden Eltern doch ängstlich sein. Und jeder noch so kleine Störfall, der auch überhaupt schädliche Folgen nicht unmittelbar zeitigen muß, wird sensibilisieren, wird Ängste wecken. Ich finde, daß man dann auch Angst haben darf, daß man dann sogar Angst haben muß, daß etwas passieren könnte. Deswegen baue ich darauf, daß das nahezu ein Selbstgänger wird. Die Bevölkerung wird in immer größerem Maße ohne Kernenergie auskommen wollen.

Das wird selbst solche Betriebsräte sensibilisieren, die neulich in Nordrhein-Westfalen erst noch einmal für Kernenergie demonstriert haben. Ich halte so etwas ja für total kurzichtig. Wie kann man denn einen Arbeitsplatz haben wollen, mit dem man seine eigenen Kinder und sich selbst gefährdet?

Ich meine, daß alternative Energien, eben auch die fossilen Energiequellen, wie Kohle, Öl, Gas, genutzt werden müssen. Da muß man doch keine Kohlekraftwerke als Dreckschleudern bauen oder wieder in Betrieb nehmen. Wir sind doch eine der reichsten Industrienationen. Und überhaupt: Die Industrienationen müssen doch mit fossiler Energie nicht die Umwelt kaputt machen. Es muß kein Kraftwerk betrieben werden, das nicht entschwefelt wäre. Bezahlen müssen wir sowieso alles, und da ist es doch vernünftiger, Energie zu erzeugen ohne die Gefahren der Kernenergie. Wenn man das, was Kernenergie gekostet hat, zur sauberen Erzeugung alternativer Energien investiert hätte, dann wäre der Strom sowieso dort nicht teurer. Denn jetzt wird Energie, wenn man die vielen Kraftwerke, die schon gebaut worden sind, nicht mehr nutzt, erst recht teuer.

spw: Ist es nicht doch etwas zu optimistisch zu sagen, der Ausstieg aus der Kernenergie ist ein »Selbstgänger«, gerade wenn man die Stimmung auch in der IG Metall beobachtet? Was wird der Gewerkschaftstag der IG Metall zum Ausstieg aus der Kernenergie beschließen? Wird es über das hinausgehen, was der DGB-Bundeskongreß beschlossen hat?

Janßen: Ich sage nicht, daß es ein Selbstgänger wird, wenn wir gar nichts tun. Wir können die Sensibilität, die Betroffenheit nutzen. Ich befürchte da keine großen Auseinandersetzungen innerhalb der IG Metall. Der Gewerkschaftstag wird die Position des DGB mindestens erhärten und fordern, daß wir so schnell wie möglich ohne Kernkraft auskommen müssen. Und das werden wir auch tun, trotz der Vorbehalte, die bei uns organisierte Arbeitnehmer haben. Die werden das auch begreifen und eines Tages mit an diesem Strang ziehen. Die haben ja Angst vor dem Verlust ihres jetzigen Arbeitsplatzes. Das muß doch nicht so sein, daß jemand, der jetzt im Kernkraftwerk arbeitet, dann ohne Arbeit ist.

spw: Tschernobyl hat weite Teile der Bevölkerung sensibel gemacht, was die Nutzung der Kernenergie betrifft. Haben an dieser Sensibilisierung nicht vielleicht auch die Grünen einen ganz erheblichen Anteil durch ihr politisches Wirken in den letzten Jahren?

Janßen: Aber natürlich, das ist überhaupt nicht zu bestreiten. Das ist doch kein Zufall, daß fast jede politische Partei jetzt schon in Umweltfragen ein Programm hat, das ein Grüner geschrieben haben könnte. Natürlich ist das ein Verdienst der Grünen. Es wäre töricht, das zu leugnen. Es ist nur schlimm, daß es erst soweit kommen mußte. Da nehme ich ja die Sozialdemokraten nicht einmal aus. Wir hatten ja mal hoffnungsvolle Ansätze, als Willy Brandt z.B. vor mehr als fünfzehn Jahren gesagt hat, wir brauchen einen blauen Himmel über der Ruhr. Da ist er mitleidig belächelt worden. Und dennoch hat er recht gehabt. Aber daß die Sozialdemokraten sich den Umweltfragen jetzt mehr zuwenden, das ist auch ein Verdienst der Grünen. Hätten wir sie nicht, wäre die Sensibilität unter den Politikern für diese Fragen wesentlich geringer.

spw: Indem jetzt große Parteien, wie beispielsweise die SPD, das Thema Atomenergie so aufnehmen, wie das jedenfalls in großen Zügen auch bei den Grünen diskutiert wird, gibt es ja zwei Möglichkeiten: Zum einen gibt es hoffentlich den Ausstieg aus der Kernenergie. Auf der anderen Seite gibt es aber auch, wenn wir das gesellschaftspolitische Gefüge sehen, Tendenzen dahingehend, daß die Grünen überflüssig werden, weil andere ihre Themen besetzen, die Gewerkschaften beispielsweise für den Ausstieg plädieren, die Sozialdemokraten ebenso. Besteht nicht die Gefahr, daß durch so eine notwendige Politik vom DGB und auch von der SPD, die Grünen überflüssig gemacht werden?

Janßen: Warum ist das eine Gefahr? Wenn die Politik der Grünen tatsächlich von anderen gemacht wird, ist es doch keine Gefahr, wenn die Grünen verschwinden. Ich will nur, daß das, was die Grünen in Umweltfragen betreiben, wirklich ernsthaft von den anderen politischen Parteien in Angriff genommen und erledigt wird. Wer das Gute tut, ist mir dann gleich — Hauptsache, es geschieht.

spw: Gibt es denn für die richtige Politik auch die Mehrheit? Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten, die jetzige Bundesregierung nach den Wahlen im Januar abzulösen. Der Kanzlerkandidat der SPD hat sich festgelegt, bisher in rein negativer Hinsicht, mit den Grünen im Bund auf keinen Fall. Ist das aus Deiner Sicht eine aussichtsreiche Politik?

Janßen: Jede(r) weiß, daß ich Sozialdemokrat bin. Ich kämpfe natürlich mit dieser Partei und ihrem Kanzlerkandidaten, Johannes Rau, auch für die absolute Mehrheit der SPD. Nur gehe ich davon aus, daß, wenn man die absolute Mehrheit verfehlt, man Bündnispartner braucht. Sonst müßte man sich von den politischen Gegnern regieren lassen. Deswegen sage ich, ehe ich von der FDP und der CDU/CSU weitere vier Jahre so arbeitnehmerfeindlich regiert werde wie jetzt, ist mir eine Koalition zwischen Sozialdemokraten

und Grünen dann lieber, wenn die SPD die absolute Mehrheit verfehlt. Aber wenn die Grünen noch zwei solche Parteitage machen bis zur Wahl, wie jetzt jüngst in Hannover, dann machen sie sich tatsächlich selbst überflüssig. Daß sie in Niedersachsen nicht die Zehn-Prozent-Hürde übersprungen haben, haben sie sich selbst zuzuschreiben. Umgekehrt sage ich wieder, man kann auch nicht mit allen Grünen koalieren.

Das sind eben unterschiedliche Gruppen. Wenn jetzt Schröder mit den Grünen zusammen die Mehrheit von einer Stimme hätte, dann könnte man mit den Grünen nicht koalieren. Das könnte Holger Börner in Hessen auch nicht, weil die Mehrheit nicht stabil genug wäre. Da braucht man schon einige Mandate mehr. Eine Rot/Grüne Koalition mit einer Ein-Stimmen-Mehrheit in Niedersachsen oder in Bonn wird nicht tragfähig sein. Bei einer größeren Mehrheit würde ich es mit den Grünen riskieren.

spw: Peter Glotz sagt zugespitzt: Jede Rot/Grüne-Koalition im Bund wäre tausendfach instabiler, als der Sozialliberalismus 1982. Deshalb kann er sich die Lösung der politischen Grundfragen unserer Gesellschaft nur im Konsens der beiden großen politischen Lager vorstellen. Er spricht nicht direkt von einer »Großen Koalition«. In der Tat wäre ja auch bei einer nur kanppen numerischen Mehrheit für Rot/Grün eine sozialdemokratische Minderheitsregierung denkbar — mit wechselnden Mehrheiten. Sicherlich ist eine »Große Koalition« innerparteilich in der SPD auch nicht durchsetzbar. Da sind die Verhältnisse heute auch andere als 1966. Welche Konstellation würdest Du bevorzugen?

Janßen: Ich halte eine Rot/Grüne-Koalition nicht für instabiler als die sozialliberale Koalition. In den Ländern und auf der Bundesebene war auf die Freien Demokraten erst recht kein Verlaß. Auf die Freien Demokraten ist doch nicht mehr Verlaß als auf Grüne. Angesichts dieser Erfahrungen kann ich Johannes Rau auch verstehen, wenn er sagt, ich will eine absolute sozialdemokratische Mehrheit. Aber wenn er sie verfehlt, soll dann die SPD auf eine mögliche Regierung verzichten? Und da sage ich, mit den Freien Demokraten kann man doch wohl nicht, eine Große Koalition ist nicht opportun, dann kann man doch gar nicht anders, als die Mehrheit links von der CDU zu suchen, und das wäre dann eben die mit den Grünen.

spw: Wir sprachen gerade von den Grünen, über die Kernenergie, den AFG 116 — wird die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung, wenn man an diese Themen denkt, politischer? Gibt es eine Politisierung der Gewerkschaften oder eher eine gegenläufige Entwicklung hin zum Sozialversicherungsverein?

Janßen: Die Gefahr bestand eher in der Vergangenheit, daß wir zum Sozialversicherungsverein degenerieren. Wir haben seit Jahren politischer gehandelt als in der Vergangenheit. Ob viele von uns das immer so gewollt haben, das wage ich zu bezweifeln. Aber die Verhältnisse waren wohl so, daß wir gar nicht anders konnten. Als wir die Tabu-Politik der Arbeitgeber erkannten, war uns klar: Wir müssen neue Kampfformen erschließen. Damals sind wir dazu übergegangen, Warnstreiks, Demonstrationen, unterschiedliche und vielfältigste Veranstaltungen während der Arbeitszeit stattfinden zu lassen. Das politisiert natürlich die Belegschaften, und das haben wir auch gewollt. Dann konnten die Unternehmer sich nicht mehr hinter der Anonymität ihres Arbeitgeberverbandes verstecken, dann wurde der Konflikt in den Betrieb hineingetragen. Das politisiert natürlich in einem Ausmaß, wie viele das nicht geglaubt haben.

Und die letzten drei Jahre, die sind doch wohl so verlaufen: Vorbereitung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche, dann der Streik selbst, dann die Umsetzung des erstreikten Er-

gebmisses in den Betrieben, dann die sozialpolitischen Wochen mit den großen Kundgebungen im Oktober 1985. Überganglos sind wir hineingekommen in den großen Kampf gegen die Veränderung des § 116 AFG. Und diese ganze Phase ununterbrochenen Kampfes, über einen Zeitraum von mehr als drei Jahren, hat auch der IG Metall gut getan. Wir haben wieder steigende Mitgliederzahlen. Die Gewerkschaften haben sich als relevantes Widerstandspotential erwiesen, da macht natürlich für bewußte Arbeitnehmer die Gewerkschaften attraktiv. Wir sind politischer geworden, wir politisieren die Öffentlichkeit, die Arbeitnehmerschaft.

spw: Wird diese Politisierung weitergehen, wenn es einen neuen Ersten Vorsitzenden in der IG Metall gibt, der dann Franz Steinkühler heißt?

Janßen: Wer immer das ist und wie immer der heißt, ich meine, daß die Politisierung der Gewerkschaften unverzichtbar ist. Wir sind keine hochpolitische Organisation und sollten uns dazu bekennen, daß wir die Arbeiterbewegung und als Teil der Arbeiterbewegung die Gewerkschaften zu politisieren haben. Das machen andere Interessenvertretungen doch wie selbstverständlich. Wenn ich an den parteipolitisch unabhängigen Bauernverband z. B. denke, der entschuldigt sich doch mit keinem Wort dafür, wenn er Mist und Milch vor Rathäuser und Parlamente kippt, wenn ganze Städte mit Traktoren blockiert werden. Wenn es darum geht, selbst unsinnige Subventionen und Zuwendungen zu verteidigen, dann sind die Bauern erst einmal Bauern, ganz gleich, welche politische Richtung sie sonst vertreten, welcher Partei sie angehören oder welche sie wählen. Von ihnen können wir einiges lernen, glaube ich.

spw: Also auch neue Aktionsformen für die IG Metall?

Janßen: Auch neue Aktionsformen für die IG Metall. Wer uns dort noch Ideen liefern kann, der rennt bei uns offene Türen ein. Wir brauchen neue Aktionsformen auch für die Gewerkschaftsbewegung und sollten uns dazu bekennen, daß wir als Teil der Arbeiterbewegung eben politisch sind und auch in der Politik unser Wort zu machen haben.

spw: Um nochmal auf den Gewerkschaftstag zurückzukommen: Nennenswerte Kurskorrekturen in der gewerkschaftlichen Politik der IG Metall, mit einem wahrscheinlichen Vorsitzenden Steinkühler, siehst Du gegenwärtig nicht?

Janßen: Nein, sehe ich nicht.

spw: Und wie würdest Du Deine Rolle im nächsten Vorstand beschreiben?

Janßen: So, wie sie bislang gewesen ist. Ich werde meine ganze Kraft dafür einsetzen, daß diese Gewerkschaftsbewegung ihrem Anspruch gerecht wird, Arbeitnehmerinteressen so konsequent wie nur irgendmöglich zu vertreten. Und da bin ich in der Wahl der Mittel nicht zimperlich. Ich möchte weiterhin die Gewerkschaften als Kampforganisation verstanden wissen und alles dazu beitragen, was ihre Wirkung als Kampforganisation stärkt.

Berichte

Jürgen Blume

»Nicht in Mehrheiten, sondern in Alternativen denken!«

»Spuren im Alltag suchen — Geschichte in der politischen Praxis«. Geschichtstagung der SPD vom 19. bis 20. April 1986 in Oldenburg

Daß die SPD noch einiges aus der eigenen Geschichte aufzuarbeiten hat, ist bekannt. Seit vier Jahren wird mit der Historischen Kommission beim Parteivorstand versucht, dem Abhilfe zu schaffen. Diesem Versuch, die eigene Geschichte aufzuarbeiten, war auch diese Tagung gewidmet. Sah man sich auf der letzten Tagung (siehe Tagungsbericht in *spw* 27, 1985, S.232ff.) zunächst einmal mit der »Geschichte von unten« konfrontiert, versuchte man diesmal, die neuen Anforderungen zum Gegenstand der Tagung selbst zu machen.

Arbeiterkultur nach '45

Wer denkt heute nicht mit Wehmut an die Zwischenkriegszeit, wo es im Gegensatz zur heutigen *Fernsehprivatheit* eine ausgeprägte Arbeiterkulturbewegung gab? Wie ist diese Tradition verloren gegangen? Gab es nach '45 Möglichkeiten, an diese Tradition anzuknüpfen, war es überhaupt sinnvoll? Und heute — vier Jahrzehnte später: Kann uns die damalige *Arbeiterkultur* für unsere heutige Aufgabe nützen, den Rechten auf dem Feld der »kulturellen Hegemonie« etwas entgegenzusetzen?

Helmut Konrad, österreichischer Historiker, versuchte, die Probleme der Österreicher zu verdeutlichen. Als neue Bedingungen, die nach 1945 zu berücksichtigen waren, führte er die durch die faschistische Modernisierung erfolgte *veränderte Arbeitsstruktur* und damit verbunden das Entstehen einer »neuen Arbeiterklasse« ohne Tradition, die »Entideologisierung« der Klassenkämpfe (Sozialpartnerschaft) und die veränderten Mentalitäten (Individualisierung) an. Daraus zog er den Schluß: Eine »Weiterführung oder Neuentwicklung geschlossener Gegenpositionen« ließen die Rahmenbedingungen nicht zu.

Was ist daraus heute zu lernen? Es geht nach Konrad weniger um neue, sondern um die Vermittlung klassischer Werte unter neuen Bedingungen. So sei *Solidarität* heute nur noch in Kleingruppen mit konkreten Anliegen oder international erfahrbar, auf staatlicher Ebene werde sie nur passiv als Versicherungsfunktion wahrgenommen. »Arbeiterkultur heute wird sich also bemühen müssen, unter Aufgabe überholter und erstarrter zentralistischer Strukturen in einer Willensbildung auch von unten nach oben die dezentralen Erfahrungen, Konflikte und Erwartungshaltungen für ein neues politisches Profil fruchtbar werden zu lassen.«

War die Arbeiterbewegung bei Konrad zu sehr zum »Opfer der Verhältnisse« geworden, wurde in der Diskussion (vor allem von *Jochen Zimmer*) unter Einbeziehung der deutschen Erfahrungen die *Eigenleistung* betont: So gab es in Deutschland nach '45 zunächst zahlreiche Neugründungen von Arbeitersportvereinen, die erst in den fünfziger Jahren mit bürgerlichen Vereinen vereinigt und damit als »Bastionen der Gegenkultur« aufgegeben wurden. Auch die Beschränkung des Untersuchungsobjekts »Arbeiterkultur« auf die Organisationen der Arbeiterbewegung wurde kritisiert und sehr heftig über den

Charakter der »Arbeiterkultur« (Gegenkultur oder Partizipation an der bürgerlichen Kultur?) gestritten. An Beispielen fehlte es nicht. Kein Wunder, war doch damals etwa im Arbeiter-Turn- und Sportbund die Frage Konkurrenz/Solidarität durchaus umstritten und äußerte sich in verschiedenen praktischen Sportkonzeptionen: Die einen wollten Diplome als Anerkennung individueller sportlicher Leistungen, die anderen bevorzugten Massenturnübungen zur Volksgesundheit ohne Rekordsucht.

Mentalitäten im Nachkriegsfilm

War das erste Plenum noch von den »großen Fragen« geprägt, wechselten die drei Arbeitsgruppen des Spätnachmittags auf die Mikroebene und wurden so eher dem Motto der Tagung gerecht. In einem Werkstattgespräch gab es Anregungen zur eigenen Spurensuche im Alltag. In einem Roundtable-Gespräch stellten sich verschiedene Projekte vor, die in der Tradition der »oral history« dem Alltag des/r kleinen Mannes/Frau nachspüren: Naturfreunde, ein DGB-Projekt und Vertreter verschiedener Geschichtswerkstätten berichteten über ihre Arbeit und diskutierten das in der Praxis oft spannungsreiche Verhältnis von »Profi-Historikern« und »Amateuren«.

Die dritte Arbeitsgruppe versuchte sich über die Analyse eines Films aus der Nachkriegszeit — *Helmut Käutners* »In jenen Tagen« —, der *Mentalität* dieser Zeit zu nähern. Gerade Massenmedien spiegeln die Mentalität besser wider als andere Quellen: Filme sind in Produktion wie Rezeption nie Ausdruck eines Individuums, sondern haben schon der Form nach kollektiven Charakter. Die Diskussion zeigte aber ein typisches Problem dieses Genres: Filme verändern sich durch das Umfeld, von dem und in dem sie gesehen werden. Die kontroverse Diskussion machte deutlich, daß man ohne Menschen, die die Filme damals gesehen haben, die Filme kaum noch verstehen kann, da auch unsere heutige Wahrnehmung historisch bestimmt ist.

Insbesondere die jüngeren Beobachter hoben die ideologische Funktion des Films hervor. Er sollte von der »Vergangenheit« entlasten und — typisch für den »Trümmerfilm« — allgemein-menschliches Leid statt Politik vorführen. Somit sei der Film als ein Stück »Ideologie der Herrschenden« zu begreifen, der zudem noch platt-kitschig sei. Demgegenüber wurde insbesondere von Älteren, die die Zeit selbst erlebt hatten, eine andere *Sehweise* vorgestellt: Sie hätten den Film damals als »Wahrheit/Realität« verstanden, der sehr genau dem entsprach, wie man die Realität empfunden hat. Die kleinen Versuche, sich durchzuschlagen — die Gegenstand des Films sind —, waren nicht nur vorgesetzte Ideologien, sondern praktisch erfahrenes »Leben« der Menschen in der Nachkriegszeit. Das *Zusammenleben*, unabhängig von sozialer Schicht, wurde so gelebt, nicht nur filmisch propagiert. Somit könne man in Filmen wie diesem einiges über die Mentalität nach dem Krieg erfahren.

Ich denke, eine *kritische Filmanalyse* muß beide Positionen berücksichtigen: Gegen das bloße »So-war-es« und die »reine Ideologie« ist der *praktische Charakter* der Ideologie ins Zentrum zu rücken. So ist zwar das »Sichdurchschlagen« eine Illusion von Selbstbestimmung, wenn man/frau gleichzeitig von der *Voraussetzungsproduktion* (Produktion und Reproduktion des Lebens) ausgeschlossen ist, aber doch »reale Illusion«, denn in *diesem Bereich* bestimmten sie ja selbst. Das Ideologische wäre also in der Beschränkung der Kompetenz der Menschen auf bestimmte Bereiche — zu sehen und ein Film ideologisch, der nur diesen Bereich zum Gegenstand macht.

Rahmenbedingungen und Chancen der Arbeiterbewegung im Nachkriegswestdeutschland

Den ersten Streitpunkt bildete die Frage, welche Bedingungen vor allem die Verwirklichung sozialistischer Zielvorstellungen verhinderten: Während *Helga Grebing* im Gegensatz zum internationalen »Ruck nach links« (Labour-Sieg) vor allem nationale Bedingungen (Zerstörung der Arbeiterbewegungskader, Hungerkrisen, die eine alliierte »Lösung« stützten, und die Diskreditierung sozialistischer Zielvorstellungen durch den Stalinismus) verantwortlich machte, sah *Hans-Ulrich Huster* die Hauptdominante in der Blockbildung, dem wenig später offen ausbrechenden Systemkonflikt und der damit verbundenen herrschenden Ideologie »im Westen«, dem Antikommunismus. Allerdings sei für den Historiker nicht nur das zu berücksichtigen, was sich realgeschichtlich durchgesetzt habe, sondern auch die Ansätze und Praxen, die dem zuwiderliefen, so die vielfältigen Vergesellschaftungskonzepte, die in der SPD diskutiert wurden.

Von diesen Diskussionen hatte *Brigitte Brandt* offenbar nichts gehört. Für sie reduzierten sich die Ziele der SPD auf die »Möglichkeit der Mitwirkung im demokratischen Staat«. Dies sei durch das Grundgesetz — »eine einzigartige Sache« — auch erreicht worden. Damit hätte die SPD die Chance gehabt, als Volkspartei über Wahlen die *Macht* (für sie identisch mit einer SPD-Regierung) zu erreichen. Was mit dieser Macht angestellt werden sollte, wußte sie nicht zu sagen. Und auf die notwendige Frage, ob sich ihr Konzept einer SPD-Regierung ohne Aussagen zur sozialen Konzeption nicht auf eine »bessere CDU« als sozialdemokratische Politik reduziere, polemisierte sie mit der schiefen Alternative, »besser eine bessere CDU an der Macht als eine linke Partei mit 15 bis 20%«. Das allgemeine Unbehagen an ihren Beiträgen brachte *Ulrich Borsdorf* (WSI) auf den Punkt: »Eine soziale Marktwirtschaft könne nicht das letzte Wort der Sozialdemokratie sein. Es sei nicht nur in Mehrheiten, sondern auch in Alternativen zu denken.«

Wie mit der Geschichte beschäftigen?

Die Diskussion »Beschäftigung mit der Geschichte — ein Teil politischer Praxis oder Flucht aus der Politik?«, wurde durch ein Thesenpapier des leider nicht anwesenden *Arno Klönne* vorbereitet, der Chancen und Risiken der »neuen Geschichtsbewegung« formulierte (s. seinen Beitrag in diesem Heft). *Michael Wildt* (Geschichtswerkstatt Hamburg) machte das andere Politikverständnis der »neuen Geschichtsbewegung« am Beispiel des Konzeptionsstreites um ein »Deutsches Historisches Museum« deutlich. Dem Vorschlag der Bundesregierung, ein repräsentatives Museum zu schaffen und damit Normen aufzustellen, was als deutsche Geschichte zu begreifen sei, sei nicht nur eine Erweiterung der Themen (+ Arbeiter-/Sozialgeschichte) und Demokratisierung der Vorbereitung (Allparteienkuratorium) entgegenzusetzen, wie dies SPD und Grüne fordern. Geschichte lasse sich nicht in »Rundfunkrat«-Manier erforschen. Die »eigensinnige« Geschichte, quer zu den »normalen« Parteifronten, die anderen Möglichkeiten in der Geschichte, müssen auch zum Gegenstand werden. Diese andere Forschung kann auch von einer Äußerung eines alten Genossen in der vorhergehenden Diskussion ausgehen: »Ich bin gegen die Zusammenarbeit mit Kommunisten gewesen, weil sie meine Eltern als Sozialfaschisten bezeichnet haben.« Davon auszugehen heißt, die Blickrichtung und Perspektive zu ändern. Geschichtsschreibung, die politisches Eingreifen ermöglichen will, kann nicht bei den Auseinandersetzungen auf Parteitagsniveau stehenbleiben, sondern muß die Geschichte im Lebensprozeß der Menschen miteinbeziehen oder mit *Susanne Millers* Schlußworten: »Das von der bisherigen Geschichtsschreibung Vernachlässigte müsse zum Gegenstand werden.«

Fazit: Mit dieser Tagung wurde ein erster Schritt in diese Richtung getan, wenn auch noch die dabei nicht zu vergessenden »alten« Fragen der Geschichtsforschung im Vordergrund standen und am ehesten die Arbeitsgruppen dem durch das Tagungsmotto gestellten Anspruch nachkamen.

Gerald Mackenthun

Konservative Denkspiele

»Die Tagesordnung der Zukunft — Humaner Fortschritt, Sicheres Leben«. Kongreß der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung am 29. und 30. Mai 1986 in West-Berlin

Der Begriff des »agenda setting« (Tagesordnung festlegen) ist ein bekannter Terminus aus der US-amerikanischen Kommunikationssoziologie und bezeichnet die Fähigkeit der Massenmedien, die Themen, über die das Publikum spricht, vorzugeben. Gleichzeitig wird mit diesem Begriff ausgedrückt, daß die Wirkung der Medien beschränkt ist: Sie haben nur wenig Einfluß darauf, *wie* über das betreffende Thema in der Öffentlichkeit diskutiert wird, also beispielsweise ablehnend oder zustimmend. Ohne daß es direkt so ausgesprochen wurde, kann die Tagung der konservativen Konrad-Adenauer-Stiftung im Berliner Reichstagsgebäude in diesem Sinne verstanden werden. Dort konnte zwei Tage lang Hegemoniearbeit im besten Sinne beobachtet werden, nämlich der Versuch, Schlüsselbegriffe für sich zu reklamieren und mit Inhalt zu belegen.

Über was (und darüber hinaus: wie) sollte nach Meinung der etwa 200 hochrangigen Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Publizistik in Zukunft geredet werden? Die Unterteilung der zwei Tage in vier thematische Blöcke mit den Motti »Freiheit in Verantwortung«, »Arbeit in Solidarität«, »Leben in Gesundheit« und »Sicherheit in atlantischer Partnerschaft« sowie die vorliegenden Referate geben darüber Auskunft.

Zwar forderte das Obermotto »Klarheit in den Grundsätzen«, doch so glatt geht es auch bei den Konservativen nicht, wie der Züricher Philosophie-Professor Hermann Lübbe bereits im ersten Hauptreferat vorführte. Die Anwesenden waren einigermaßen überrascht, daß er den »Mut zur Erneuerung« (weiteres Obermotto) und die »Neubestimmung der leitenden Werte und Prinzipien unserer Gesellschaft« (Bruno Heck) wörtlich nahm und begründete, warum Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung als »Lebensorientierungsgrößen« an Gewicht gewinnen müssen. Wegen der Steigerung der Produktivität und der Verlängerung der Lebenserwartung schrumpfe der der Berufsarbeit gewidmete Lebenszeitanteil. Der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß bedeute für den einzelnen die Erweiterung von Dispositionsmöglichkeiten, die durch die Verfügung über Zeit und Geld bestimmt werden. Lübbe: »Objektiver Freiheitsgewinn konstituiert einen Zwang ganz neuer Art, nämlich den Zwang zur Selbstbestimmung.« Daß die Bevölkerung auf diesen Zwang bereits reagiere, belegte er mit dem Hinweis auf die »Blüte der Alltagskultur«, das heißt, die Blüte des Vereinswesens, der Nachbarschaftshilfe, der Gartenkultur, der Hausmusik und des Bücherkonsums. Fernsehen ruiniere nicht die Lesekultur, wie Theodor W. Adorno noch gemeint habe, vielmehr würden die Buchmessen von Jahr zu Jahr neue Rekorde aufweisen. Lübbe erkannte aber auch ganz richtig, daß die Alltagskultur ihre Elendsseite

hat, die sich im immer noch expandierenden Alkoholismus, dem Dauerkonsum von Massenmedienangeboten und den »Vereinsamungsfolgen mißlingender Kommunikation« äußere. Der Freiheitsspielraum wachse, gleichzeitig aber auch die (Selbst-)Verantwortung, diese Zeit mit Sinn zu füllen — so kann das Untermotto »Freiheit in Verantwortung« verstanden werden. Freilich sei die »Selbstbestimmungsfähigkeit« ungleich verteilt und auch nicht »gleichverteilungsfähig«, mit der Konsequenz, daß gesellschaftlich die individuell erreichbaren Kulturniveaus auseinanderdriften. Die kulturelle Homogenität werde abnehmen.

Ich zitiere Lübke so ausführlich, weil er einer der intelligentesten Redner der Konferenz war. Er scheute sich nicht, eigenverantwortete Selbstverwirklichung als konservative Aufgabe hinzustellen, womit Sozialisten größere Schwierigkeiten haben dürften, da die verbalen Bekundungen zur Selbstverwirklichung mit ihren Vorstellungen von einer umfassenden staatlichen Versorgung kollidieren.

Wovon viele konservative Intellektuelle überzeugt zu sein scheinen, ist die plurale Entwicklung der Gesellschaft. Der Kölner Soziologie-Professor Erwin K. Scheuch sprach von einer »außerordentlichen Pluralisierung der Einstellungen zu Arbeit, Freizeit und Familie«. An die Stelle der verbindenden Moral sei das Trennende verschiedener Moralvorstellungen getreten, so daß sich Teile der Gesellschaft aus dem Wege gingen. Selbst mit ihren fragwürdigen statistischen Methoden konnte Professorin Elisabeth Noelle-Neumann eine doppelläufige Entwicklung feststellen; einerseits die hedonistische Tendenz, also die Suche des Lebenssinns in Glück, Freude und Genuß, andererseits eine steigende Wertschätzung der Leistung, der Familie, des Kindes und der Gottesgläubigkeit einschließlich des Nationalstolzes. Aus dem Wissen über den »autoritären Charakter« können wir ohne weiteres annehmen, daß die autoritäre Tendenz mit Ausländerfeindlichkeit, Mißachtung der Rechte der Frau und antiliberalen Tendenzen korreliert.

Was immer wieder fasziniert, ist die Fähigkeit der Konservativen, mit eklatanten Widersprüchen zu leben. Die »unerträgliche Lage am Arbeitsmarkt«, die Adolf Hörsken, Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, beklagte, blieb völlig unbeachtet. Arbeitslosigkeit spielte überhaupt keine Rolle, ebensowenig die Gefährdung des Lebens und der Natur durch Großtechnik. An Wiederaufbereitungsanlagen und Schnellem Brüter wird unbeirrt festgehalten, während gleichzeitig appelliert wird, auf die menschengerechte Gestaltung der Technik zu achten. Über Tschernobyl kein Wort. Der Schutz des ungeborenen Lebens vor Radioaktivität? Kein Thema. Wer die Macht hat, braucht keine Begründung für sein Handeln. Oder, wie Walter Jens sagt: »Sobald es um Macht geht, wird Moral zu einer Kategorie zweiten Grades.«

Deutlich wurde die Sorge um die Familie und die Bevölkerungsentwicklung, weil die Armee Soldaten und die Industrie Arbeitslose benötigen. So deutlich sagte es Helmut Kohl natürlich nicht. Für ihn gehört aber die Bewältigung der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung zu jenen Aufgaben, die »ganz oben auf der Tagesordnung« stehen. Nun können Staat und Regierung nicht in die höchstpersönliche Entscheidung eines Paares eingreifen, ob es Kinder haben wolle oder nicht. Konservative Politik werde aber über das Bildungswesen und die Wohnungsbaupolitik Einfluß auf diese Entscheidung nehmen. Ob der Zwischenruf einer Frau, »das Drücken von Knöpfen der Waschmaschine ist keine kreative Beschäftigung für Hausfrauen«, irgendwelche Folgen haben wird? Überhaupt waren es einzig einige Frauen, die die oft weitschweifigen und hochtrabenden Ausführungen auf den Boden der Realität zurückzuführen versuchten: »Welche Aufstiegschancen hat denn ein Ehevater, der zugunsten seiner Kinder nur halbtags arbeitet?« Auch hier Differenzie-

rung der Gesellschaft: Paare mit Kindern investieren in ihren Nachwuchs, Paare ohne Kinder bilden Kapital und machen Karriere.

Was völlig unverrückbar steht, ist die Einbindung in die westliche Allianz, ausgedrückt im Motto »Sicherheit in atlantischer Partnerschaft«. Richard Burt entwarf das Bild einer »offenen Welt«, in der Menschen überall ihre Ziele in einem Umfeld von Freiheit, Sicherheit und Frieden erlangen können. Es ist für ihn gar keine Frage, daß die Überwindung der Grenze zwischen West und Ost nach westlichen Vorstellungen zu laufen habe. Burt ist ein eisgrauer Herr, in dessen näherer Umgebung die Luft gefriert, seinem Gesicht ist kein Hauch einer menschlichen Regung anzusehen. Der Erlanger Geschichtspräsident Michael Stürmer, ein weiterer Vordenker der konservativen Elite, der auf sämtlichen einschlägigen Veranstaltungen auftritt, eiferte ihm im metallischen Klang der Stimme und im Abfeuern von unsinnigen Sätzen, die begeistert aufgenommen wurden (»Die Schüler sollten ihre Zeit nicht so viel mit Marx verschwenden« — »Das Unglück Europas begann in der Minute, als Kanzler und Fernsehen sich vom Westen abwandten«) nach.

Wer viele Menschen einlädt, wird viele Meinungen hören. Ich versuche eine Zusammenfassung: Die Einbindung Europas in die westliche Allianz ist für Konservative nicht hinterfragbar. Gleichwohl gibt es Stimmen, die Europas Stellung in der NATO stärken wollen. Zweitens ist den Konservativen die Besetzung ökologischer Belange nicht mehr fremd. Die ungehemmte Zerstörung der Natur werden auch sie nicht zulassen. Der Begriff der Lebensqualität ist drauf und dran, zu einem der Konservativen zu werden. Gleiches gilt für die Begriffe Selbstverwirklichung und Selbstverantwortung, wobei sehr richtig gesehen wird, daß der Mensch Freude an Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsfreiheit hat. Konservative Politik wird ferner die Familie als jenen Ort unterstützen, in dem jene, die für die Leistungsgesellschaft unnütz sind (ganz Junge und ganz Alte), betreut werden. Konservative halten ferner die klassischen Tugenden für sich besetzt: Klugheit, Besonnenheit, Maß, Tapferkeit bis hin zu den sekundären Tugenden der Ordnung und des Fleißes. Mit dem Hinweis auf die Widersprüchlichkeit der konservativen Argumentation ist nichts gewonnen, zumal auch das sozialistische Lager in gravierende Widersprüche verwickelt ist. Interessant ist das konservative Menschenbild: »Genießet, was Euch beschieden ist«, lautet das konservative Credo. »Nach getaner Arbeit verbleibt im Kreise der Eurigen, bei den Eltern, bei der Frau und den Kindern und sinnt über Haushalt und Erziehung. Aber für die große Landespolitik erspart Euch die Aufregung.« So sprach ein Unternehmer im Jahre 1877, und es scheint, als habe sich in den letzten hundert Jahren wenig geändert. Sozialisten werden nicht umhin kommen, sich mit Werten und Tugenden zu befassen, wenn sie Begriffe wie Solidarität und Selbstverwirklichung bestimmen wollen. Das zunächst Irritierende dabei ist, daß die vorhin genannten Tugenden ebenfalls aufgegriffen, »besetzt« und um weitere ergänzt werden müßten. Der konservative Tugendkatalog ist nämlich begrenzt, während wir ihn um Kooperationsfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Weltbürgertum, Handlungsfähigkeit, kulturelle Assimilation, soziale Kompetenz, Wahrhaftigkeit, biographisches Denken, Anti-Autorität usw. erweitern können. Erst dann wird sich die wahre aufklärerische Kraft von Werten und Tugenden entfalten.

Karl-Heinz Wanninger

Diskussionen im juristischen Elfenbeinturm

Rechtspolitischer Kongreß der SPD vom 20. bis 22. Juni 1986 in Essen

Die »menschengerechte« Gestaltung unserer Gesellschaft durch sozialdemokratische Rechtspolitik stand im Zentrum dieser Tagung. In drei Arbeitsgruppen wurde über die ethischen, arbeits- und wirtschaftsrechtlichen sowie die staatsrechtlichen Herausforderungen durch die neuen Technologien (vor allem Informations- und Biotechnologien) unter der Fragestellung diskutiert: Wie können wir mit den Mitteln der Rechtspolitik technische Entwicklungen bewußt steuern, die technischen Möglichkeiten also in den Dienst menschlicher Bedürfnisse und Interessen stellen?

Höhepunkt des Kongresses war das Referat des deutsch-amerikanischen Philosophen *Hans Jonas*. Sein Thema war die Antwort von Ethik und Recht auf die neuen Fortpflanzungstechnologien. Von der Existenz unveräußerlicher Menschenrechte ausgehend, zu denen auch das Recht auf Nachwuchs gehört, entwickelte er eine differenzierte Skala von ethisch unbedenklichen über eingeschränkt unbedenklichen bis hin zu äußerst bedenklichen und zu verbotenden Fortpflanzungstechniken.

Sein Referat und die anschließende Diskussion machten die Grenzen abstrakter Ethik-Diskussionen, auch wenn sie auf hohem Niveau geführt werden, deutlich: Die institutionellen und strukturellen Bedingungen für politisches Handeln, wie z.B. die Grenzen parlamentarischer Gesetzesinitiativen, blieben unberücksichtigt.

Ähnliches gilt für den Versuch einer juristischen Neubestimmung des Verhältnisses Mensch / Natur. Die Abkehr vom »anthropozentrischen Weltbild« und die Ausstattung der »natürlichen Mitwelt« mit eigenen Rechten forderte der Hamburger Senator *Meyer-Abich*. Das Gleichheitsgebot des Art. 3 GG gebiete es, Menschen, Tiere, Pflanzen gleich zu behandeln, wo sie als Lebewesen gleich sind (z.B. Schmerzempfinden). Sein Konzept des »Friedens mit der Natur« blieb jedoch unrealistisch, da er in seiner undifferenzierten Industrialismuskritik spezifisch kapitalistische Tendenzen zur Umweltzerstörung (profitorientierte Tierversuche und Vergeudung natürlicher Ressourcen) unberücksichtigt ließ.

Konkreter wurde die Diskussion in der Arbeitsgruppe »Arbeit — Technik — Recht«. Die Einführung neuer Informationstechnologien verändert die Betriebsstruktur nachhaltig, so daß es erforderlich ist, den Schutzbereich des Arbeitsrechts durch Neubestimmung des Arbeitnehmerbegriffes (volle Einbeziehung der Tele-Heimarbeiter) zu erweitern. So warf der Bremer Arbeitsrechtler *W. Dübler* die Frage auf, ob der Marktmechanismus das angemessene Steuerungsmittel für die Einführung neuer Technologien ist angesichts der Tatsache, daß eine »Umwälzung aller Lebensverhältnisse« und die Schaffung eines »Kommunikationsmarktes« zu erwarten sei. Aus verfassungsrechtlicher Sicht sei staatliches Handeln geboten. Die grundlegenden Entscheidungen seien durch Parlamentsgesetz zu fällen (Wesentlichkeitstheorie des BVerfG), konkrete Ausgestaltung obliege der Exekutive (z.B. Postminister, Forschungsminister) und unabhängigen Expertenkommissionen. Ambivalent sei die Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer, wenn die betriebliche Einführung neuer Technologien zur Entscheidung steht. Aufgrund ihrer weitreichenden Folgen und zur Vermeidung von Betriebsgeheimnissen sei die überbetriebliche Berücksichtigung der Interessen aller Arbeitnehmer durch ihre Gewerkschaft erforderlich. Die Einbeziehung der Gewerkschaften berge aber die Gefahr der »Integration in die bestehen-

de Gesellschaftsordnung« (Däubler) in sich. Bei Berücksichtigung der Haltung der SPD zur Verkabelungspolitik der Bundespost und zum Privatfunk scheint aber auch in diesem Bereich Skepsis bezüglich der Konfliktbereitschaft sozialdemokratischer Politik angebracht.

Dringendes Handeln des Gesetzgebers ist nach den Ausführungen des Hannoveraner Rechtsprofessors *H.P. Schneider* erforderlich, um das System der sozialen Sicherung zu retten. Seine Vorschläge waren realistisch, da sie die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten und Grenzen (insbesondere im Licht der Rechtsprechung des BVerfG) berücksichtigten. Sie beinhalten eine Ausweitung des Kreises der Beitragszahler, eine Anpassung der verschiedenen Versorgungssysteme (vor allem Reduzierung der Zusatzversorgung der Beamten) und die Ergänzung der lohnbezogenen Beitragsbemessung durch einen Wertschöpfungsanteil der Arbeitgeber. Allerdings steht auch hier zu befürchten, daß keine Umsetzung der Vorschläge erfolgen wird, da alle anderen Bundestagsparteien (auch die Grünen) beitragsunabhängige Grundrentenmodelle favorisieren und die Konservativen natürlich eine Privatisierung der Alterssicherung anstreben.

In der dritten Arbeitsgruppe wurden zu Beginn datenschutzrechtliche Aspekte erörtert. Die Notwendigkeit eines umfassenden Datenschutzes wurde als Konsequenz aus dem Volkszählungsurteil des BVerfG betont, auch wenn dies ein »Mehr an Bürokratie« (NRW-Innenminister *H. Schnoor*) bedeutet.

Um die Beherrschbarkeit und die Möglichkeit der Revision von Entscheidungen ging es in der Diskussion über »Bürgerfreiheit und Großtechnik«. Durch die Einführung der Kernenergie werden Sachzwänge (z.B. Endlagerung) geschaffen, die nachfolgenden Generationen die Möglichkeit freier Entscheidung nimmt. Dadurch wird die im Grundgesetz normierte Demokratie durch die Schaffung von Tatsachen ausgehöhlt. Dem Darmstädter Professor *A. Roßnagel* gebührt das Verdienst, die Gefahr für den »heute erreichten Stand an Freiheitsgewährleistungen« überzeugend dargelegt zu haben. Er schlägt als verfassungsrechtlichen Maßstab das Kriterium der »Grundrechtsverträglichkeit« vor, das erfüllt sein muß, um die Einführung einer Großtechnik verantworten zu können. Abschließend wurde kontrovers diskutiert, welche erweiterten Teilhabemöglichkeiten des Bürgers an politischen Entscheidungen über den vierjährigen Wahlakt hinaus das Grundgesetz zuläßt. Das Fehlen einer demokratischen Tradition des deutschen Volkes rät zur Vorsicht, wenn die Forderung nach Einführung von Elementen direkter Demokratie erhoben wird. Bedenkenswert waren hierbei die Erwägungen des Bielefelder Rechtswissenschaftlers *D. Grimm*, Verbandsklage (bei kollektiver Betroffenheit) und Sachwalterklage (bei künftiger Betroffenheit) einzuführen, um mögliche Rechtsbeeinträchtigungen, die von Großprojekten ausgehen, wirksam überprüfen zu können.

Fazit: Die interessanten Diskussionen wurden größtenteils im juristisch-akademischen Elfenbeinturm geführt, so daß den Diskussionsergebnissen die Umsetzung in praktische Politik wohl erspart bleiben wird.

Besprechungen

Gärtner, Heinz, und Günter Trautmann (Hrsg.): Ein dritter Weg zwischen den Blöcken? Die Weltmächte, Europa und der Eurokommunismus. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1985 (406 Seiten, br., 40,- DM)

Der vorliegende Band gibt die Beiträge wieder, die auf einer gemeinsamen Tagung des Österreichischen Instituts für Internationale Politik und der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft am 6. und 7. Mai 1982 in Laxemburg bei Wien gehalten wurden. In einem weiten Bogen werden aktuelle und historische, nationale und internationale, ideologische und praktische Fragen behandelt, die die Politik der eurokommunistischen Parteien prägen. Bezugspunkt ist dabei insbesondere die italienische KP, die von den meisten Autoren als die authentische Vertreterin des Phänomens Eurokommunismus angesehen wird. Anzahl und Umfang der Beiträge machen es nur möglich, auf einige etwas näher einzugehen. *Gärtner/Trautmann* machen sich in der Einleitung »Historische, ideologische und politische Gedanken zu Europa« (S.1ff.). Dahinter verbirgt sich allerdings — und dies ist durchaus ein Vorzug des Bandes — eine ausführliche Übersicht zu allen Beiträgen. Hier kann man sich einen guten Inhaltsüberblick verschaffen.

Jahn eröffnet den ersten Teil mit Überlegungen zum Problem Eurokommunismus und Osteuropa (S.43ff.). Er sieht den Eurokommunismus — im Unterschied zu anderen Autoren — zum wesentlichen Teil als ein Produkt der sowjetischen Entstalinisierungsvorgänge (S.53). Sein Versuch, aus der Definition der KPI dessen, was sie unter »drittem Weg« versteht, gleich sechs Wege abzuleiten, wobei er noch zwischen drittem Weg, dritter Phase und dritter Kraft unterscheidet (S.54f.), dürfte mehr zur Verwirrung denn zur Klärung beitragen. Wie schon die Herausgeber und eine Reihe der anderen Autoren sieht er (allerdings mit Einschränkungen) Parallelen des Eurokommunismus zum Austromarxismus der Zwischenkriegszeit (S.47f.).

Mit dieser Frage beschäftigen sich ausführlicher die Beiträge von *Hejzlar* (S.73ff.) und *Leser* (S.159ff.). *Hejzlar*s Position ist insofern interessant, als er u.a. die Einschätzung der Sowjetunion durch die Austromarxisten zum Ausgangspunkt nimmt. Zwar kommt er zunächst — anders als etwa Otto Bauer oder Max Adler — zu der Auffassung, daß heute vom Sowjetkommunismus nichts mehr zu lernen sei (S.76). Dennoch geht er weiter von einer Demokratisierungsmöglichkeit des politischen Systems in den »sowjetkommunistischen Ländern« aus. Er zeigt aber, daß und warum es dabei nicht möglich ist, das politische System der politischen und parlamentarischen Demokratie Westeuropas einfach übertragen zu wollen, daß hier neue, eigenständige Wege beschritten werden müssen (S.77). *Leser* zeigt in seiner kurzen Skizze verschiedene Berührungspunkte von Eurokommunismus und Austromarxismus. Erfrischend liest sich das Kapitel über das Problem der innerparteilichen Demokratie. Dort kommt er zu dem Schluß, daß die Frage des demokratischen Zentralismus insoweit nur noch ein theoretisches Problem sei, als er — trotz Ablehnung in der Theorie — de facto auch in den sozialdemokratischen Parteien vorherrsche.

Mit dem Verhältnis der eurokommunistischen Parteien zu den realsozialistischen Ländern beschäftigen sich ebenfalls mehrere Beiträge: die von *Mlynár* (S.65ff.), *Hegediüs* (S.143ff.), *Fritzsche* (S.179ff.), *Trautmann* (S.211ff.), *Berner* (S.277ff.) und *Knobel-Ulrich* (S.281). In unterschiedlicher Akzentuierung wird die Bedeutung der Krisen 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR, 1978 in Afghanistan und 1981 in Polen für die Identitätsent-

wicklung des Eurokommunismus herausgearbeitet. *Knobel-Ulrich* gibt zusammengefaßt die Ergebnisse ihrer Dissertation wieder, in der sie die sowjetischen Reaktionen insbesondere auf die KPI-Kritik untersucht.

Ein eigener Teil widmet sich historischen Zeitabschnitten der österreichischen Sozialdemokratie bzw. des Austromarxismus: *Haas* (S.99ff.), *Weber* (S.111ff.) und *Stuhlpfarrer* (S.129ff.). Ohne unmittelbare Bezugnahme auf heute und den Eurokommunismus werden Aspekte der internationalen Orientierung behandelt. Dennoch wird deutlich, daß es hier um Fragestellungen für eine europäische Politik im Rahmen einer Ost-West-Polarität geht, die neue Aktualität gewonnen haben. Im Teil über ideologische und demokratietheoretische Fragen untersucht *Trautmann* das Verhältnis von sozialer Hegemonie und politischer Macht bei Gramsci (S.187ff.). Seine Auffassung, Gramsci habe »die für den modernen Eurokommunismus wichtigen Fragen entweder nicht gestellt oder aber in einer leninistischen Perspektive untersucht, die eine Berufung auf ihn zur hilflosen Demonstration faktischer Theorielosigkeit des Eurokommunismus macht« (S.189), scheint mir allerdings eine ziemliche Verkennung der Gramsci-Rezeption in der KPI darzustellen. Der letzte Teil behandelt in drei Aufsätzen — *Fritzsche* (S.333ff.), *Strübel* (S.349ff.) und *Tetzlaff* (S.361ff.) — die Nord-Süd-Dimension und das Verhältnis der KPI zu den Blockfreien.

Vieles in dem Band ist nicht neu, gibt Zusammenfassungen von schon vorliegenden Untersuchungen, manches wiederholt sich in den einzelnen Beiträgen. Dennoch ist das Buch lesenswert für jeden, der sich einen guten Überblick zum Thema verschaffen will.

Uli Schöler (Bonn)

Scharrer, Manfred: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. edition cordeliers. Stuttgart 21985 (300 Seiten, br., 28,- DM)

Scharrers Buch ist von einem merkwürdigen, nicht aufzulösenden Widerspruch begleitet. Zunächst mußte er zwei Jahre lang suchen, bis er einen (kleinen) Verlag fand, der seine Dissertation 1983 in erster Auflage druckte. Danach fand es eine Aufmerksamkeit, wie sie ansonsten nur wenigen Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren zuteil wurde. Zum Teil namhafte Autoren verfaßten überaus positive Rezensionen: Hermann Weber in der Neuen Gesellschaft, der inzwischen verstorbene Heinz Brandt in der Frankfurter Rundschau, Peter von Oertzen in der TAZ, Udo Wichert in den Gewerkschaftlichen Monatsheften und im ÖTV-Magazin. Die Verwunderung dürfte noch wachsen, wenn man mit einbezieht, daß hier nicht — wie der Titel vermuten läßt und selbst das Titelblatt noch suggeriert — der Spaltungsprozeß in der gesamten Arbeiterbewegung, also insbesondere bezogen auf die Parteien SPD, USPD und KPD dargestellt wird. Vielmehr handelt es sich um die ideengeschichtliche Untersuchung der Politik des Spartakusbundes bzw. der KPD zwischen 1914 und 1921, vor allem ihrer Führungsfiguren Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Paul Levi.

Hierzu liegen aber immerhin schon eine ganze Reihe von Untersuchungen vor (u.a. von Waldman, Schorske, Weber, Flechthelm, Wohlgenuth). Scharrers Arbeit ist auch keine Bearbeitung neuer Quellen, sondern sie ist im wesentlichen eine *Neubewertung* der historischen Rolle des Spartakusbundes und seiner Führungsspitze. Wichert faßt diese Neueinschätzung so zusammen: »Mit seiner Arbeit zerstört der Autor eine besonders in der deutschen Linken liebgewordene Legende: Eine KPD unter der langjährigen Führung Rosa Luxemburgs wäre eine demokratische Alternative gewesen.« (GM 7/19884, S.452). Und bei Scharrer selbst lautet das Fazit des Buches: Mit der Märzaktion 1921 war »endgültig Rosa Luxemburgs Versuch (gescheitert), mit der Abkehr von den allgemeinen demokratischen

Prinzipien der alten Sozialdemokratie und der Gründung einer sozialistischen Partei auf der Grundlage des Bekenntnisses zu einer politischen Klassendiktatur die Mehrheitssozialdemokratie und die unabhängige Sozialdemokratie radikal zu überwinden.« (S.300).

Da die vorhandenen Quellen, dazu Archivmaterial und Sekundärliteratur (zwar nicht vollständig, aber) sorgfältig und detailliert bearbeitet und wiedergegeben wurden, könnte man von einer gelungenen Arbeit sprechen. Dennoch bleibt — abgesehen von mancher Kritik an der Darstellung bzw. Einschätzung in Einzelfragen — ein eigenartiges Gefühl nach der Lektüre dieses Buches. Dem soll im folgenden nachgegangen werden.

Fangen wir bei der *Kriegsfrage* an. Scharrer zeigt mit Recht, daß ein Erklärungsansatz, der den 4. August 1914 nur als »Verrat« der sozialdemokratischen Führung zu interpretieren weiß, zu kurz greift und sich auch nicht in der Junius-Broschüre von Rosa Luxemburg findet (S.14). Er zeigt, daß die internationalen Beschlüsse der Vorkriegssozialdemokratie in ihrer Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungskrieg durchaus Interpretationsspielräume offenließen (S.24). Beschränkt man sich aber darauf und bezieht nicht die folgende Politik und Haltung der SPD-Führung mit ein, dann geht völlig der Zusammenhang verloren, der belegt, daß es sich hier nicht um einen bloßen Interpretationsirrtum handelte, sondern diese Entscheidung durchaus auch von nationalen, chauvinistischen und klassenversöhnlerischen Motivationen getragen war. Nicht umsonst hielt selbst Eduard Bernstein die MSPD noch 1919 für »Sozialimperialisten«. Scharrers Arbeit hingegen läßt durchaus den fatalen, die SPD-Führung rechtfertigenden Schluß offen, den Wichert zieht: »In der vorliegenden Arbeit wird deutlich, daß die Politik der Sozialdemokratie(!) am 4. August 1914 weder ein Bruch mit den Massen noch mit der bisherigen Geschichte, sondern allein in der historischen Entwicklung begründet war.« So einfach ist das. Warum es damals überhaupt Kritiker innerhalb der Sozialdemokratie gab, dürfte so wohl keinem mehr einleuchten.

Weil Scharrer die politischen Ereignisse dieses Zeitraums nur aus der Perspektive des Spartakusbundes beleuchtet, erscheint nur dieser als Agierender. Schon Weber hat mit recht darauf aufmerksam gemacht, daß so »an einigen Stellen der Eindruck entstehen (kann), als sei die äußerste Linke Haupt- oder sogar Alleinschuldige an der Spaltung und den Folgen« (NG 10/1984, 109). Ich gehe noch weiter: Dies ist der — falsche — *Gesamteindruck*, den das Buch vermittelt. Nicht so sehr die kriegsbejahende, sozialpatriotische Haltung der MSPD werden als Hauptfaktor der Spaltungsprozesse in der Arbeiterbewegung untersucht, die lassen sich ja durch die »historische Entwicklung« begründen, sondern die eigenen Aktionen/Reaktionen der Spartakusgruppe werden zum treibenden, auslösenden Element dieses Spaltungsprozesses. — Damit dieser Eindruck entstehen kann, geht Scharrer auch schon einmal über das zulässige Interpretationsmaß hinaus. Er schreibt: »Es ging ihr [Rosa Luxemburg; d. Verf.] tatsächlich darum, eine neue Internationale aufzubauen ...« (S.47) Dies behauptet er schon für eine Rede im März 1916, obwohl er weiß, daß sie der Gründung einer neuen Internationale selbst 1919 noch skeptisch gegenüberstand (S.180). In ihrer Rede 1916 hatte Rosa Luxemburg ausgeführt: »Wir wollen jetzt anders gestalten das Leben *in* der Partei und *in* der Internationale; im bewußten Gegensatz zum Bisherigen ... Wir müssen jetzt *umgestalten* die Internationale von Grund auf.« (GW, Bd. 4, S.166; Hervorh. d.d. Verf.) Nur durch Weglassen des ersten und des letzten Satzes beim Zitieren kann Scharrer daraus konstruieren, hier sei schon die Gründung der Dritten Internationale ins Auge gefaßt worden.

Wie ein roter Faden zieht sich durch Scharrers Buch die Einschätzung, das Abgehen von der Forderung nach der konstituierenden Nationalversammlung hin zur Forderung

nach Errichtung einer Klassendiktatur auf der Basis von Räten im November 1918 sei die eigentliche politische Wende des Spartakusbundes. Hierin sieht er auch den wesentlichen Grund für das Fortdauern der Spaltung, für die Unmöglichkeit einer Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung angesichts des Gegensatzes von Demokratie und Diktatur: »Die Forderung nach einer politischen Klassendiktatur stellte die Spaltung der Arbeiterbewegung auf eine neue Grundlage ... Die Spaltung der Arbeiterbewegung beginnt erst mit dem von Spartakus vollzogenen Bruch unversöhnlich zu werden.« (S.140) Hier wird erneut deutlich, wo Scharer letztendlich die »Schuld« in der Frage der Spaltung ansiedelt. Die Kriegspolitik der MSPD, ihre Kooperation mit der Obersten Heeresleitung zur Verhinderung eines »Weitertreibens« der Novemberrevolution hin zu einer wirklich sozialen Revolution, die Noske-Politik usw. werden so zu vernachlässigenden Faktoren. So kommt es ihm auch gar nicht in den Sinn zu untersuchen, warum selbst Karl Kautsky, zu diesem Zeitpunkt schon am äußersten rechten Flügel der USPD angesiedelt, noch 1919 eine organisatorische Vereinigung mit dem Noske-Flügel der MSPD für ausgeschlossen hält.

Mit dem Raster »für Nationalversammlung = gute demokratische Sozialisten, für Klassendiktatur = schlechte diktatorische Kommunisten« entgeht ihm völlig der Gesamtzusammenhang der damaligen theoretischen und strategischen Diskussion innerhalb der Arbeiterbewegung. Dies ist wohl auch mit der schwersten Einwand, der gegen diese — dem eigenen Anspruch nach ideengeschichtliche — Arbeit erhoben werden muß. In einer — äußerst skizzenhaften — Einführung in die Fragestellung der Diktatur des Proletariats bei Marx, Engels und Lenin zitiert er zwar Engels' Auffassung, daß die demokratische Republik nichts anderes sei als die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats (S.112). An anderer Stelle bezeichnet er aber gerade diese sich auch bei Rosa Luxemburg findende Auffassung als »phantastische Wortspielerei« (IWK 4/1982, S.548). Ohne diesen Zusammenhang hier selbst ausbreiten zu können, sei so viel gesagt, daß die Vorstellung von der Notwendigkeit einer vorübergehenden Klassendiktatur zum Allgemeingut innerhalb der USPD und ihrer verschiedenen Flügel nach der Novemberrevolution gehörte. Dabei hielten selbst eher im Zentrum dieser Partei stehende Vertreter, die den Anschluß an die Kommunistische Internationale im Jahre 1920 wegen der berühmt-berüchtigten 21 Anschlußbedingungen nicht mitmachten (vorher hatten auch sie ihn befürwortet), eine Nationalversammlung nicht für den ausschlaggebenden bzw. einen unabdingbaren Faktor. Stellvertretend seien hier Breitscheid, Dittmann und Hilferding genannt.

Breitscheid gab auf dem USPD-Parteitag 1919 in Berlin der Überzeugung Ausdruck, daß die politische Macht nicht mit dem Stimmzettel zu erobern sei. Für Dittmann, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, bedeutete dort der Ruf nach und die Verwirklichung der Nationalversammlung nichts anderes als »schnöden Betrug« und Verrat am Sozialismus. Noch 1920, nach dem Übergang der USPD-Mehrheit zur KPD, war für Hilferding, wie für Breitscheid später im Parteivorstand der wiedervereinigten SPD, klar, daß die Entscheidung über die politische Macht nicht parlamentarisch zu fällen sei, sondern erzwungen werde durch die Massenaktionen des Proletariats selbst. Ohne eine bereits existierende demokratische Tradition Deutschlands und ohne vorherige politische und ökonomische Entmachtung der bisher herrschenden Klassen sah man also auch im Zentrum der USPD — im Nachhinein betrachtet wohl nicht zu Unrecht — in der MSPD-Forderung nach einer Nationalversammlung, die alles weitere regeln solle, eher eine Verhinderung der sozialistischen Revolution, denn ihre Voraussetzung. In seinen Erinnerungen aus dem Jahre 1928 bestätigte auch Gustav Noske noch einmal, die (mehrheits-)sozialdemokratische Partei habe die deutsche Revolution nicht gewollt. Diesen Gesamtzusammenhang sieht Schar-

rer überhaupt nicht. Für ihn bedeutet die demokratische Republik die Trennungslinie zwischen USPD und Spartakusgruppe bzw. KPD (S.165f.). — Nicht einmal für die russische Arbeiterbewegung, in der die Spaltung in bolschewistische und menschewistische Partei nach der Oktoberrevolution sehr viel schärfere Konsequenzen hatte, gilt Scharrers Unterscheidungsmerkmal. In den von Martow geschriebenen Thesen der Menschewiki vom April 1920 heißt es — und dies kann stellvertretend für die damalige Haltung des marxistischen Zentrums gelten, zu dem sich auch die nicht zur KPD wechselnde USPD-Minderheit rechnete: »Jede Demokratie ist historisch durch den Rahmen bestimmter sozialer Gruppen beschränkt, in deren Kreis sie die demokratischen Prinzipien realisiert ... Deshalb widerspricht es dem demokratischen Wesen der Klassendiktatur keineswegs, wenn man den sozialen Gruppen, die außerhalb des Rahmens dieser Demokratie, das heißt außerhalb der produktiven gesellschaftlichen Arbeit stehen, die bürgerlichen Rechte entzieht oder beschränkt.« (Wiederabgedruckt in: Der Kampf 1927, S.240) Heftig umstritten hierbei war — auch aufgrund der Erfahrungen der russischen Revolution —, ob dies auch die Legitimität einer Minderheitsdiktatur einschließe, welches Verhältnis zwischen der sozialistischen Partei und den Arbeitermassen gelten solle, wie weit innerparteiliche Demokratie oder Zentralismus vorzuherrschen habe und in welchem Ausmaß die revolutionäre Entwicklung durch Gewalt geprägt werde oder aber friedlich verlaufen könne.

Von wesentlicher Bedeutung für die Parteidifferenzen war ferner, ob es einen Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror gibt. Hier schieden sich die Geister allerdings scharf. Während dies im Spartakusprogramm noch durchaus so gesehen und der Terror abgelehnt wird, glaubt Scharrer, einerseits dem Programm Widersprüchlichkeit in dieser Frage (S.155), andererseits Karl Liebknecht in seiner Rede auf dem Gründungsparteitag bereits ein Bekenntnis zum Terror unterschieben zu müssen, obwohl dieser sich nur zur revolutionären Gewalt bekennt (S.178). Der Grund: Scharrer macht einen Standpunkt »absoluter Gewaltlosigkeit« zum Maßstab (S.155). Natürlich war dies für die Situation 1918 eine Illusion. Er bekennt dies selbst, wenn er an anderer Stelle die richtige Alternative erörtert, daß die bestehende souveräne Diktatur der Regierung der Volksbeauftragten (MSPD, USPD) und der Arbeiter- und Soldatenräte dazu hätte genutzt werden sollen, »um zumindest die alten Strukturen des preußischen Obrigkeitsstaates in Militär, Verwaltung und Justiz zu zerschlagen ...« (S.138)

Kommen wir zur Eingangsbewertung zurück. Trotz aller Schwankungen und Widersprüche insbesondere auch in Theorie und Praxis von Rosa Luxemburg, die Scharrer detailliert und richtig beschreibt, bleibt es bei der Tatsache, daß das Spartakusprogramm den Weg zum Sozialismus als den Weg der Mehrheit beschreibt. Insoweit ist es durchaus — entgegen späteren Positionen der KPD, aber auch entgegen den eingangs zitierten Resumes — ein sozialistisches *und* demokratisches Programm. Paul Levi hat diese Position in den späteren Auseinandersetzungen innerhalb der KPD etwa gegen die Offensivtheorie zu behaupten versucht und ist nicht erst durch den Eintritt in die SPD 1922 zu den alten demokratischen Vorstellungen der SPD zurückgekehrt, wie Scharrer meint (S.299). Ohne die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hätte die Entwicklung der KPD durchaus einen anderen Verlauf nehmen können. Im Widerspruch zu seiner Schlußbeurteilung (S.300) schreibt Scharrer selbst: »Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hätten ... niemals eine bürokratische Unterordnung der KPD unter die Komintern und damit unter die Partei Lenins, Trotzki oder Stalins hingenommen.« (S.220) Widersprüchlich wie diese Einschätzungen bleibt das ganze Buch. Es ist gut lesbar geschrieben, informativ, aber dennoch nur mit Vorsicht zu genießen.

Uli Schöler (Bonn)

Über die Autoren / Autorinnen

Albers, Detlev, geb. 1943; Hochschullehrer an der Universität Bremen am Fachbereich Arbeitslehre/Politik. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus. Veröffentlichungen u.a.: *Demokratie und Sozialismus in Italien* (1978); *Herforder Thesen* (Mitautor, 1980); *Versuch über Bauer und Gramsci* (1983). Mitglied in SPD und GEW, Mitherausgeber der *spw*.

Blume, Jürgen, geb. 1960; Studium der Germanistik und der Geschichtswissenschaften an der FU Berlin. Mitglied der HBV, des Kreisvorstandes der Jungsozialisten Berlin-Charlottenburg und der *spw*-Redaktion.

Damm, Monika, geb. 1962; Studium der Politologie an der FU Berlin.

Dehm, Diether, geb. 1950; Dr., Musikproduzent und Heilpädagoge. Arbeitsgebiet: Sozialistische Kulturarbeit. Mitglied im Kulturforum der SPD.

Elfferding, Wieland, geb. 1950; Dipl.-Politologe. Letzte Veröffentlichung: *Marxismus und Theorie der Parteien* (Mitautor, 1983). Mitglied in der Redaktion *Das Argument*. Arbeitsgebiete: Marxistische Theorie, Geschichte, Entwicklung und Politik der Sowjetunion, Parteientheorie. Mitglied in GEW, DVPW.

Glaser, Hermann, geb. 1929; Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg; Arbeitsgebiete: Kulturpolitik der SPD und Kulturtheorie. Mitglied der SPD, der Kulturpolitischen Gesellschaft und Vorsitzender des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages.

Göll, Edgar, geb. 1957; Ausbildung als Werkzeugmacher, z.Zt. USA-Aufenthalt (Studium der Soziologie an der Uni Bielefeld). Mitglied in SPD, IG Metall und DVG-VK. Arbeitsgebiete: Politik und Linke in den USA.

Günther, Joachim, geb. 1951; Kreisgeschäftsführer der SPD Berlin-Kreuzberg. Mitglied in HBV, AWO und der *spw*-Redaktion.

Hindels, Josef, geb. 1916; kfm. Angestellter, ehemaliger Sekretär der Gewerkschaften der Privatangestellten, Mitglied der SPÖ und stellv. Vorsitzender des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Mitherausgeber der *spw*.

Holler, Eckard, geb. 1941; Oberstudienrat, Mitarbeiter des Club Voltaire Tübingen und der LAKS Baden-Württemberg. Veröffentlichungen u.a.: *Ästhetik des Widerstands und politisches Engagement in der bündischen Jugend* (1984). Arbeitsgebiete: Jugendbewegung, Alternativkultur, Kulturpolitik.

Holtfort, Werner, geb. 1920; Rechtsanwalt und Notar. Bundesvors. des Republikanischen Anwaltsvereins (RAV). Mitglied der SPD und Landtagsabgeordneter in Niedersachsen.

Janßen, Hans, geb. 1924; Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Metall (zuständig für Tarifpolitik), Mitglied der SPD.

Klönne, Arno, geb. 1931; Prof.Dr.phil. Veröffentlichungen u.a.: *Die deutsche Arbeiterbewegung* (1980); *Jugend im Dritten Reich* (1984); *Zurück zur Nation* (1984). Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, Soziale Bewegungen, Soziologie des deutschen Faschismus.

Kremer, Uwe, geb. 1956; Doktorand. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, Reformismusanalyse, Gewerkschaftspolitik. Stellv. Bundesvors. der Jungsozialisten in der SPD, Mitglied in AWO, GEW, VVN.

Mackenthun, Gerald, geb. 1950; freier Journalist. Mitglied in SPD und IG Druck/JV.

Michal, Wolfgang, geb. 1954; Journalist. Mitglied der SPD und IG Druck und Papier.

Müller, Christine, geb. 1962; Studium der Politologie an der FU Berlin.

Schöler, Ulrich, geb. 1953; Jurist. Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV.

Stobbe, Michael, geb. 1959; Studium der Politologie an der FU Berlin.

Thurau, Jens, geb. 1961; Studium der Politologie an der FU Berlin.

Weinzen, Hans-Willi, geb. 1953; Dipl.-Pol., tätig in der Politischen Bildung. Arbeitsgebiete: Geschichte und Theorie der deutschen Arbeiterbewegung, Parteien und Verbände. Wichtigste Veröffentlichungen: *Gewerkschaften und Sozialismus* (1982); *Viktor Agartz. Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft* (1985). Mitglied in SPD, GEW und der *spw*-Redaktion.

Wanninger, Karl-Heinz, geb. 1960; Jura-Studium an der FU Berlin. Mitglied im Kreisvorstand der Jungsozialisten Berlin-Spandau und der HDS.

Westermann, Karin, geb. 1955; 1. Staatsexamen in Politikwissenschaft und Chemie, dann Doktorandin der FES, z.Zt. Studienreferendarin. Arbeitsgebiete: Kulturtheorie und sozialdemokratische Kulturpolitik nach 1945. Mitglied der SPD.

Zellner, Wolfgang, geb. 1953; Dipl.-Soziologe. Arbeitsgebiete: Sicherheitspolitik und Strategien der Friedensbewegung. Ehem. Bundesvorsitzender der SHB. Mitglied in SPD und GEW.

DAS ARGUMENT 157

A 22352 F

Editorial: Männlichkeiten: Nach Tschernobyl
 Fünftägiger Todestag von Karl Kraus: Zum Tode von Reinhard Opitz 319
 Günther Anders: Terrorologie und Lugenterror 325
 Volker Braun: Der Mensch ohne Zugehörigkeit 327

Männlichkeiten

Bob Connell
 Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse 330
 Gerhard Herrgott
 Das Innerste ist das Äußerste 345
 Peter Middleton
 Die begrenzte Relevanz des Geschlechtsunterschieds 360
 Chris Cunneen
 Arbeiter*innen und »Verbrechen« 368

• • •
 Christian Sigrist: Der lange alghanische Krieg 379
 Michele Barrett: Die »Dinner Party« von Judy Chicago 291

Diskussion: Wissenschaft und Ideologie: Piella zu Weingarten 398

Märasmus-Kontroverse:
 Ralfut: Besseres ist Goldschmidt: Lohse: Imbricht: Rühl: 401

Die westdeutsche Arbeiterbewegung: Einleitung: Gorbatschow 412

• • •
 28. Jahrgang Mai/Juni 1985

Redaktion: Postfach 10 15 50, D-1000 Berlin 65, Tel. (030) 25 37 10

Verleger: Argument-Verlag, Postfach 10 15 50, D-1000 Berlin 65

Verfasser*innen: Zeitschriftenschau, Summaries 469

28. Jahrgang Mai/Juni 1985

ARGUMENT Service-Struktur:

- **GEDICHTE, TEXTE** u.a. von Günther Anders, Wolf Biermann, Erich Fried, Ruth Rehmann, Peter Weiss, Dorothee Soeile, Christa Wolf, Peter Paul Zahl
- **THEMENSCHWERPUNKT** zu Grundfragen der sozialen Bewegungen und ihrer Theorie, 2 x im Jahr von der *Autonomen Frauenredaktion* gestaltet
- **AKTUELLE ANALYSEN**
- **ZUR DISKUSSION GESTELLT.** Die Leser sind zum Widerspruch aufgefordert
- **INTERVENTIONEN** von zufriedenen und unzufriedenen Lesern
- **KONGRESSBERICHTE** aus Politik und Wissenschaft
- **ZEITSCHRIFTENSCHAU**
- **BESPRECHUNGEN:** 50 Seiten in jedem Heft aus den Fächern Philosophie, Sprach- und Literaturwissenschaft, Kunst- und Kulturwissenschaft, Soziologie, Erziehungswissenschaft, Psychologie, Medizin, Geschichte, Soziale Bewegungen und Politik, Ökonomie

Andere über uns:

»Für die sozialwissenschaftliche Diskussion weiterhin unentbehrlich.« *Zürcher Tagesanzeiger*
 »Ein offenes Forum für kritische, linke Theoriebildung.« *Diskus.* Frankfurter Studentenzeitung
 Der Rezensionsteil ist »ein Service, den sich kaum eine Zeitschrift mehr leistet, weil es einen ungeheuren Arbeitsaufwand erfordert, dem Leser aber einen Überblick bietet über das, was sich in den Wissenschaften bewegt.« *Börsenblatt* für den deutschen Buchhandel

DAS ARGUMENT: Jahresumfang 6 Hefte, davon zwei Hefte der Autonomen Frauenredaktion; je 160 bzw. 176 S.; Einzelheft: 12,80 DM (für Stud. 9,80); Jahresabo: 69,60 DM (für Stud. 55,80)

Argument-Vertrieb · Tegeler Straße 6 · 1000 Berlin 65

159: Befreiung statt Gleichstellung

F. Haug: Die Neue Frauenbewegung in Westdeutschland / C. Hoskyns: Gleichstellungspolitik und Europäische Gemeinschaft / P. Piva u. Ch. Ingrao: Women's Subjectivity, Union Power and the Problem of Work / D. Sölle: Frauen in Nicaragua

158: Markt-Freiheit und Antifaschismus

Hinkelammert: Vom totalen Markt zum totalitären Imperium / Helmut Gollwitzer: Der achte Mai ist nie vorbei / W.F. Haug: Deutungskämpfe um Anti/Faschismus / G. Simon: Wissenschaft und Wende 1933

157: Männlichkeiten

Connell: Theorie der Geschlechterverhältnisse / Herrgott: Das Innerste ist das Äußerste / Middleton: Die begrenzte Bedeutung des Geschlechtsunterschieds / Cunneen: Jungen aus der Arbeiterklasse und »Verbrechen«

156: Wi(e)der das Private

F. Haug: Zeit der Privatisierungen? / Fischer: Ein neues Arbeitszeitmodell / Pringle: Frauen und Konsumgesetze / Coward: Fragen Sie Frau Sowieso

155: Postmodernismus und Spiritualismus

Urs Jaeggi: Modernität und Aufklärung / Jameson: Postmodernismusdebatte / Wartmann: Gegen Baudrillard / R. Nemitz: Über Capras »Wendezeit«

154: Mutation des Kapitalismus

Ingrao: Übergang zu einer neuen Produktionsweise und »Dritter Weg« / F. Haug: Automationsarbeit und Politik bei Kern/Schumann / Conert: Gorbatschows Wirtschaftspolitik

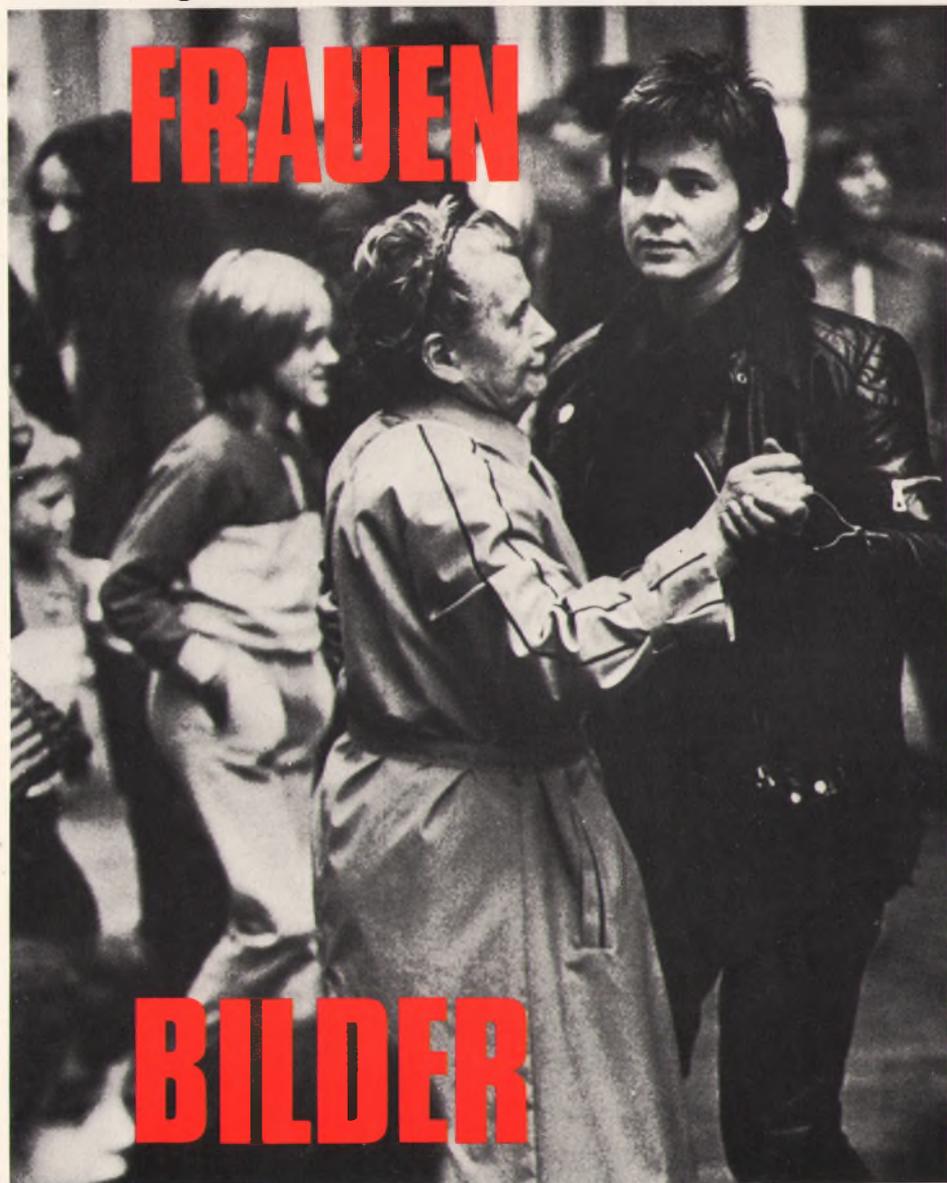
153: Feministische Besetzungen

Jäger, Kohn-Wächter: Carmen und die Revolution / Dietrich: Feministische Theologie / Hauser: CDU und Frauenbewegung / Brückner: Regierungsterror und Befreiungskampf in Südafrika

152: Die neuen Konservativen

Bosshart u.a.: Neokonservatismus und neue Rechte in USA und Frankreich / Kleger: Was ist Neokonservatismus? / Jessop u.a.: Anatomie des Thatcherismus / Hall: Autoritärer Populismus

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Berlin (Hrsg.)



FRAUEN

BILDER

spw

ELEFANTEN PRESS

Format: 210 x 280 mm

80 Seiten — 19,80 DM

Bestellungen: spw-Vertrieb, Tegeler Str. 6 in 1000 Berlin (West) 65, Tel. 030 / 461 70 83